# *Deutschland-England 1933-1939*
# *Die Dokumente des deutschen Friedenswillens*

Hg. von Professor Dr. Friedrich Berber

Essener Verlagsanstalt, Essen © 1943.
Diese digitalisierte Version © 2011 by **The Scriptorium**.
Druckversion 2016 gesetzt vom Hilfsbibliothekar.
Alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

## *Inhalt:*

## *Vorbemerkung*

Der vorliegende Band bringt einhundertsechs Dokumentenstücke in deutscher Sprache. Naturgemäß war es nicht möglich, sämtliche Dokumente im vollen Text zu bringen. Es wäre dadurch nicht nur der Umfang des Bandes unverhältnismäßig angewachsen, sondern auch die mit ihm verfolgte eigentliche Absicht - lediglich die deutsch-englischen Beziehungen im politischen Gesamtzusammenhang der Jahre 1933-1939 darzustellen - vereitelt worden. Infolgedessen sind im wesentlichen nur diejenigen Fälle der Dokumente veröffentlicht worden, die mehr oder weniger unmittelbar das deutsch-englische Verhältnis betreffen. Wo der zum Abdruck gebrachte Auszug den Zusammenhang nicht deutlich genug erkennen ließ, ist versucht worden, im Zwischentext ergänzend das Notwendige zu sagen. Die einzelnen Dokumente tragen laufende Nummern, die am Seitenrand [Scriptorium merkt an: in diesem online-Nachdruck direkt vor dem Dokumententitel] verzeichnet sind.

Die im Urtext fremdsprachigen Dokumente sind in deutscher Übersetzung gebracht worden, und zwar ist, soweit bereits eine getreue Übersetzung vorlag, diese übernommen, andernfalls eine eigene Übersetzung vorgenommen worden. Die Dokumente sind nach Möglichkeit amtlichen Quellen entnommen; nur soweit solche nicht vorlagen, sind andere, nach Möglichkeit primäre Quellen benutzt.

Bei fremdsprachigen Dokumenten bedeutet "E" oder "F", daß an dem angegebenen Fundort das betreffende Dokument in englischer oder französischer Sprache vorliegt. Durch "D" wird die deutsche Übersetzung nachgewiesen.

Bisher unveröffentlicht waren die nachfolgend aufgeführten Dokumente: **3**, **8**, **10**, **13**, **39**, **41**, **45**, **49**, **54**, **55**, **56**, **61**, **78**. Zahlreiche Dokumente werden zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht.

## *Einleitung*

Als im Herbst 1918 das im Felde unbesiegte deutsche Volk sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärte, hatten die Alliierten und insbesondere ihr wichtigster und aktivster Teil, Großbritannien, die Neuordnung Europas nach ihren eigenen Grundsätzen, Kriegszielen und Deklarationen frei in der Hand. Insbesondere Deutschland gegenüber hatten sie nunmehr, nach dem Sturz der kaiserlichen Regierung und nach der Errichtung eines demokratischen Systems, die Möglichkeit, ihre in Millionen von Flugblättern vertretene Propagandathese, ihr Kampf gelte nicht dem deutschen Volke, sondern nur der deutschen Führung, in die Wirklichkeit umzusetzen und Deutschland als in jeder Hinsicht gleichberechtigten Partner in die neue europäische Staatengemeinschaft aufzunehmen. Daß nichts dergleichen geschah, daß vielmehr das deutsche Volk in schmählicher Weise hintergangen und seiner primitivsten Lebensrechte beraubt wurde, ist die allseitig anerkannte eindeutige Ursache all der Leiden und Verwirrungen, die den europäischen Kontinent in den letzten zwanzig Jahren heimsuchten und die schließlich zu einer erneuten Entfachung des erst so kurze Jahre gelöschten Kriegsbrandes führten. Damit ist aber zugleich die eindeutige Schuld derjenigen, die für dieses Versagen und für diesen Verrat verantwortlich waren, festgestellt.

Es wird für kommende Generationen, die die Ereignisse der letzten zwanzig Jahre aus historischem Abstand betrachten werden, immer ein verwunderliches Rätsel sein, wie sich die Friedensmacher von 1919 denn eigentlich die weitere Regelung des von ihnen geschaffenen Zustandes vorstellten. Denn über seine Unzulänglichkeit, ja Unmöglichkeit waren sich eigentlich alle einig. Aber sie legten träge die Hand in den Schoß und warteten auf die heilende Kraft der Zeit, auf eine

Entwicklung, die diesen ungesunden Zustand zur Normalität zurückführen würde, auf ein Wunder.

Und dieses Wunder, das herbeizuführen diese Schuldigen nichts, das zu verhindern sie alles taten, ereignete sich. Die in den Feindländern längst als Reaktion auf ihre unsinnigen Maßnahmen gefürchtete innere Entwicklung Deutschlands trat ein: der Nationalsozialismus ergriff in Deutschland die Macht. Zugleich aber - und darin lag das Wunder - stellte diese zur Macht gekommene Regierung **ein ausgesprochenes Friedensprogramm**, ein Programm der friedlichen Revision, des *peaceful change* auf, statt, was nicht verwunderlich, sondern natürlich gewesen wäre, eines Programms des Hasses, der Gewalt, der Revanche. Das war die zweite große Chance der "Sieger" des Weltkrieges seit 1919: in enger Zusammenarbeit mit dem **nationalen, aber friedliebenden Deutschland** für die Beseitigung der gröbsten Sinnlosigkeiten und Härten des **Versailler Systems**, für die Wiederaufrichtung einer europäischen Ordnung zu wirken, sich den eigenen Völkern gegenüber für die Notwendigkeit der Maßnahmen auf die veränderte Machtlage wie auf die hoffnungslos gewordene internationale Wirtschaftslage zu berufen und die Gerechtigkeit der elementaren deutschen Forderungen durch die eigene Teilnahme anzuerkennen. Italien ist unter der Führung seines genialen Staatschefs Mussolini diesen Weg gegangen. England, das diesem Weg friedlicher Revisionen allein volle Wirksamkeit verleihen konnte, hat sich ihm versagt. Und dabei war es gerade die **Freundschaft mit England**, auf die das ganze außenpolitische Programm des Führers hinzielte.

Adolf Hitler ergriff die Macht in Deutschland mit dem festen und eindeutigen außenpolitischen Programm, das er bereits 1924 in seinem Kampfbuche niedergelegt hatte: wenn irgend möglich ein Bündnis mit Italien und mit England zu erreichen. Dadurch war nach seiner Überzeugung sowohl den deutschen Interessen wie dem **Weltfrieden** am besten gedient. Sechs Jahre lang hat er dieses Ziel durch immer erneute Vorschläge und Angebote zu verwirklichen gesucht und **Friedenspolitik** getrieben. Daß sie endlich gescheitert ist, ist einzig und allein Englands Schuld. England hat alle die Jahre hindurch eine wahre Verständigung zwischen den beiden Völkern abgelehnt und hintertrieben, England hat die immer wiederholten deutschen Vorschläge für einen dauernden Frieden als zu radikal und als zu kühn empfunden, während doch die völlig verfahrene europäische Situation nur mit radikalen und kühnen Maßnahmen gerettet werden konnte. Es hat in hochmütiger Verblendung auf **die deutschen Vorschläge** nur mit halber Aufmerksamkeit und mit halbem Herzen hingehört, während doch ein Zusammenkommen der beiden so verschiedenen Partner nur bei konzentriertester Aufmerksamkeit auf die gemeinsame Aufgabe möglich gewesen wäre. Es hat jede ihm dargebotene Möglichkeit viel zu langsam begriffen und immer zu spät ergriffen, statt blitzschnell bei dieser einzigartigen Chance, aus dem selbstverschuldeten Wirrwarr ohne einen neuen Krieg herauszukommen, zuzugreifen. Es hat den Sonderbotschafter des Führers, Ribbentrop, mit Unverständnis empfangen, statt in der Entsendung des engsten außenpolitischen Vertrauten des Führers die eminente Geste der Freundschaft zu sehen. Seine Presse hat die von englischen Vorstellungen vielfach abweichenden inneren deutschen Verhältnisse mit feindseligem Hohn und mit giftiger Kritik überschüttet, statt alles zu tun, um die beiden Völker, von deren gegenseitigem Verstehen die Zukunft des Kontinents abhing, in Freundschaft einander näherzubringen. England hat sich, statt die lebendige Kraft des deutschen Volkes anzuerkennen und sich mit ihr zu verbinden, auf die antiquierte und schemenhafte Lehre vom Gleichgewicht der Mächte zurückgezogen, die ihm die ständige Intervention auf dem Kontinent gegen jede erstarkende Macht gebot. Es hat schließlich im Verfolg dieser Doktrin sich dem unter seiner genialen Führung zusehends erstarkenden Deutschland in den Weg gestellt, wo immer es konnte, hat auf seine berüchtigte Tradition der Einkreisung zurückgegriffen, hat überall den Widerständen gegen Deutschland den Rücken gesteift und damit schließlich jenen Brand heraufgeführt, den gerade England im Interesse seiner so leicht verletzlichen Herrschaft überall in der Welt unter allen Umständen hätte vermeiden sollen.

Die einzelnen Etappen dieses verhängnisvollen Weges seit 1933 sind in der nachfolgenden Sammlung dokumentarisch nachgewiesen. Dabei kommen in wissenschaftlicher Objektivität beide

Seiten gleichmäßig zu Wort. Das englische Versagen, die englische Schuld tritt damit nur um so deutlicher in Erscheinung. Die britische Linie stellt sich dabei trotz allen Schwankens im einzelnen als eine durchaus geradlinige heraus: Deutschland sollte nicht stark werden, Deutschland sollte schwach bleiben, Deutschland sollte in den Fesseln von **Versailles** bleiben. Angesichts dieser dokumentarisch nachgewiesenen Linie erscheint das heute mit immer größerer Offenheit verkündete englische Kriegsziel, Deutschland zu Versailles zurückzuführen, ja ihm noch weit über Versailles hinausgehende Fesseln anzulegen, als Konsequenz der allzu häufig durch tönende Phrasen getarnten wahren britischen außenpolitischen Linie. Das deutsche Volk wird dafür sorgen, daß dieses britische Programm diesmal nicht in Erfüllung geht.

Berber

## *Das Jahr 1933*

*Bereits die erste Begegnung des Führers mit der britischen Politik führte zu Erfahrungen, wie sie Deutschland seit 1933 immer wieder machen mußte. Die erste Auseinandersetzung des nationalsozialistischen Deutschland mit Großbritannien knüpfte sich an die Abrüstungsfrage, bei der die Außenpolitik des Führers nach Lage der Umstände Anfang 1933 einsetzen mußte. Durch die von Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland abgegebene Erklärung vom 11. Dezember 1932 war Deutschland grundsätzlich die Gleichberechtigung "in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet", zugestanden worden. Statt dieses feierliche Versprechen einzuhalten, suchten die Westmächte nach der Machtergreifung die grundsätzlich zugestandene Gleichberechtigung durch endlose Diskussionen in Genf zu zerreden und gegenstandslos zu machen. Am 16. März 1933 endlich legte der britische Ministerpräsident MacDonald einen neuen Abrüstungsplan vor. Die Stärke der Heeres-, Flotten- und Luftstreitkräfte, die Dauer der Dienstzeit der Landstreitkräfte wurden festgelegt und eine qualitative Abrüstung erwogen. Die Bestimmungen des Abschnitts V des* ***Versailler Vertrages*** *sollten durch diese Bestimmungen ersetzt werden. Der MacDonald-Plan bedeutete zwar eine beschränkte Rüstungsangleichung, stellte aber nicht im entferntesten die Deutschland bereits zugesicherte Rüstungsgleichheit mit den hochgerüsteten Westmächten her, die sich bislang stets ihrem Abrüstungsversprechen entzogen hatten. Er genügte auch keinesfalls den Erfordernissen der deutschen Sicherheit; wurde doch Deutschland z. B. kein einziges Flugzeug zugestanden. Obwohl also der MacDonald-Plan für Deutschland alles andere als befriedigend war und weit hinter den bereits gegebenen Versprechungen zurückblieb, hat sich der Führer gleich in seiner ersten programmatischen Reichstagsrede, die er als Kanzler hielt, positiv zu dieser englischen Anregung geäußert. Der Wille zur deutsch-englischen Zusammenarbeit steht also am Anfang der nationalsozialistischen Außenpolitik.*

### *1.*
### *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 23. März 1933*

Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Regierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung einer Scheidung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Begriffe von Siegernationen und von Besiegten können nicht als eine dauernde Basis freundschaftlicher Beziehungen der Völker untereinander gelten. Die ewige Offenhaltung dieser Wunde führt den einen zum Mißtrauen, den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit.

Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volke die Hand zu einer aufrichtigen Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit endlich einmal grundsätzlich abzuschließen. Die Not der Welt kann nur vergehen, wenn innerhalb der Völker und untereinander durch stabile Verhältnisse wieder Vertrauen geschaffen wird. Denn folgende Voraussetzungen sieht die nationale

Regierung für die Behebung der allgemeinen Wirtschaftskatastrophe als notwendig an: **erstens** eine unbedingte Autorität der politischen Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse; **zweitens** eine Sicherstellung des Friedens durch die wirklich großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander; **drittens** den endlichen Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine und internationale Entlastung von **Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen**.

Leider stehen wir vor der Tatsache, daß die Genfer Konferenz trotz langer Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung über die Herbeiführung wirklicher Abrüstungsmaßnahmen ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und das Hereinziehen von Problemen, die mit Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden. Dieses Verfahren ist untauglich. Der rechtswidrige Zustand einer **einseitigen Abrüstung und der daraus resultierenden nationalen Unsicherheit Deutschlands** kann nicht länger dauern. Als ein Zeichen des Gefühls der Verantwortung und des guten Willens erkennen wir es an, daß die britische Regierung in ihren letzten Vorschlägen in Genf den Versuch gemacht hat, die Konferenz endlich zu schnellen Entscheidungen zu bringen. Die Reichsregierung wird jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, einer allgemeinen Abrüstung wirksam zu dienen und dabei den schon längst fälligen Anspruch Deutschlands auf **Gleichberechtigung** sicherzustellen.

Allein seit vierzehn Jahren sind wir abgerüstet, und seit vierzehn Monaten warten wir auf ein Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen.

Umfassender noch ist der Plan des Chefs der italienischen Regierung, der großzügig und weitblickend versucht, der gesamteuropäischen Politik eine ruhige und folgerichtige Entwicklung zu sichern. Wir messen diesem Plan die ernsteste Bedeutung bei. Wir sind bereit, auf dieser Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten an dem Versuch, die vier Mächte Deutschland, Italien, England und Frankreich zu einer friedlichen politischen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von denen das Schicksal Europas abhängt.

Aus diesem Anlaß empfinden wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der die nationale Erhebung Deutschlands in Italien begrüßt worden ist. Wir wünschen und hoffen, daß die Gleichheit der geistigen Ideale die Grundlage für eine stetige Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein wird.

Ebenso legt die Reichsregierung,**die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht**, den größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle weiter zu pflegen und auszugestalten.

**Gegenüber unserem Brudervolk in Österreich empfinden wir alle das Gefühl der innersten Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten.** Die Reichsregierung ist sich in ihrem Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt.

Die Einstellung zu den übrigen einzelnen fremden Mächten ergibt sich aus dem bereits Erwähnten. Aber auch da, wo die gegenwärtigen Beziehungen heute noch mit Schwierigkeiten belastet sind, wollen wir uns ehrlich bemühen, einen Ausgleich zu finden. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Aufrechterhaltung der Unterscheidung in Sieger und Besiegte sein.

Wir sind denn auch der Überzeugung, daß ein solcher Ausgleich in unserem Verhältnis zu Frankreich möglich ist, wenn die Regierungen die sie betreffenden Probleme beiderseits wirklich weitschauend in Angriff nehmen.

Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden.

Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.

Das Verhältnis zu den übrigen Ländern verdient auch in der Zukunft unsere ernsteste Aufmerksamkeit, insbesondere zu den großen überseeischen Staaten, mit denen Deutschland seit langem durch Freundschaft und wichtigste wirtschaftliche Interessen verbunden ist.

**Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiche**s, die als besondere Volksgruppen innerhalb fremder Völker **um die Wahrung ihrer Sprache, Kultur, Sitte und Religion kämpfen**, wird uns stets bewegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten.

(**Verhandlungen des Reichstages, Bd. 457**, S. 30f.)

*Dieses Zeichen des Gefühls der Verantwortung und des guten Willens Deutschlands war über die Sache hinaus ein deutlicher Wink an die englische Adresse. Er begegnete hier zunächst keiner Bereitschaft zur Verständigung mit dem neuen Deutschland. Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus hatte in England Panik, Feindseligkeit, Kreuzzugsstimmung und die Geneigtheit ausgelöst, sich schulmeisterlich in die inneren deutschen Verhältnisse einzumischen. Dadurch ist die erste Etappe charakterisiert.*

*Widersinnige Putschgerüchte und Gerede von Kriegsgefahr veranlaßten bereits am 2. März 1933 die erste der nun in langer Reihe folgenden Deutschland-Debatten im Unterhaus. Der deutschen Botschaft in London gingen Hunderte von Protestresolutionen gegen angebliche Vorkommnisse in Deutschland zu. Jüdische Firmen in England drohten mit dem **Boykott deutscher Waren**. Die Presse tat das ihre zur Förderung dieser feindseligen Stimmung. Fast alle englischen Korrespondenten in Deutschland waren ohne jedes Verständnis für den Umbruch. Sie hatten vor 1933 nur mit der Linken verkehrt. Neue unvoreingenommene Männer wären erforderlich gewesen. Am 30. März 1933 beschäftigten sich Unter- und Oberhaus zum erstenmal in anklägerischem Tone mit der Lage der Juden in Deutschland. Hier haben diese Debatten über interne deutsche Angelegenheiten natürlicherweise ernstliche Verstimmungen ausgelöst. In einer leidenschaftlichen antideutschen Aussprache im Unterhaus am 13. April, gegen die deutscherseits amtlich Beschwerde erhoben wurde, hielt Winston Churchill eine Rede, in der er die Gerechtigkeit des **Versailler Vertrages** verteidigte. Er erklärte sich gegen die deutsche Gleichberechtigung in der Rüstung und malte das Schreckgespenst eines nahen Krieges an die Wand. Auch der Premierminister MacDonald sprach sich am 16. Mai unfreundlich gegen Deutschland aus.*

*Der Führer ließ sich durch diese Verdächtigungen nicht irre machen. Er ging zielbewußt seinen Weg, Deutschland die **Gleichberechtigung** zu gewinnen, weiter. In seiner **Reichstagsrede vom 17. Mai** brachte er die Kriegsgerüchte zum Schweigen und gab einen unmißverständlichen Beweis seines Friedenswillens. Er legte die Berechtigung der deutschen Forderungen dar, bekannte sich erneut zum Gedanken der Abrüstung auf der Grundlage des MacDonald-Plans und zeigte Wege zu ihrer praktischen Verwirklichung.*

***2.***
***Aus der Reichstagsrede des Führers vom 17. Mai 1933***

Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun. Wenn aber **die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen**, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen.

Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Frage. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird ohne die Zubilligung einer zumindest qualitativen Gleichberechtigung. Sie muß weiter fordern, daß eine Umwandlung der heutigen von Deutschland nicht gewünschten, sondern uns einst vom Auslande auferlegten Heereseinrichtung Zug um Zug erfolgt, im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten. Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt.

Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf die Zuteilung von Angriffswaffen dann überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Rüstungsnationen ihrerseits diese Angriffswaffen ebenfalls vernichten und durch eine internationale Konvention die weitere Anwendung verboten wird.

Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen schützen zu können. Nach dem Ausspruch des französischen Kriegsministers im Februar 1932 werden die zum großen Teil farbigen Überseestreitkräfte sofort in Frankreich selbst verwendet. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften. Es entspricht daher nur der Gerechtigkeit, diese Streitkräfte bei der Lösung dieser Frage zu berücksichtigen. Es widerspricht der Gerechtigkeit, militärisch völlig ausgebildete Reservisten während ihres Urlaubs nicht in Anrechnung zu bringen, aber Polizeikräfte, die nur für Polizeizwecke bewaffnet und ausgebildet sind, für Deutschland der Heeresstärke zuzuzählen. Gänzlich aber unmöglich ist es, Verbände, die allein politischen oder volkserzieherischen oder sportlichen Zwecken dienen, überhaupt keine militärische Ausbildung genießen und keine militärische Ausrüstung besitzen, in Deutschland auf die Heeresstärke anzurechnen, in anderen Ländern aber überhaupt nicht zu sehen!

Demgegenüber würde sich Deutschland jederzeit bereit erklären, im Falle einer gegenseitigen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten die angeführten Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen, um ihren vollständig unmilitärischen Charakter eindeutig vor aller Welt zu beweisen. Dabei wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es auf alle Mächte Anwendung findet. Soweit indes Waffen anderen Mächten gestattet bleiben, können die Waffen der Verteidigung Deutschland allein nicht für alle Zukunft verboten werden. Wir sind dabei bereit, von dieser unserer Gleichberechtigung nur in einem durch Verhandlungen festzustellenden Umfange Gebrauch zu machen.

Alle diese Forderungen beinhalten nicht eine Aufrüstung, sondern ausschließlich nur ein Verlangen nach **Abrüstung der anderen Staaten**.

Ich begrüße dabei noch einmal namens der deutschen Regierung den weitausschauenden und richtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein engeres Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte: England, Frankreich, Italien und Deutschland, herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren

dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie wird das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet desgleichen die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist bereit, sich an diesem Werk der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann, den Frieden der Welt zu sichern.

Sie erkennt auch ohne weiteres an die Richtigkeit der für die heutigen Rüstungen unter anderem verantwortlichen Gründe. Allein ich fühle mich doch verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann; denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen auf der anderen Seite, die erheblich stärker sind als die Mittel der modernen Verteidigung. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt ja Deutschland überhaupt nicht - weder schwere Artillerie noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgase! Die einzige Nation, die mit Recht unter der Furcht vor einer Invasion leiden könnte, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt, ja selbst die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte.

Deutschland ist nun jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten; denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit!

Deutschland würde in der Verwirklichung des großherzigen Vorschlages des amerikanischen Präsidenten, die mächtigen Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in Europa einzuschieben, eine große Beruhigung für alle die erblicken, die sich aufrichtig zum Frieden bekennen.

Wir haben aber keinen sehnlicheren Wunsch als den, beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des **Versailler Vertrages** endgültig geheilt werden, und Deutschland will dabei keinen anderen Weg gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt wird. Die deutsche Regierung wünscht, sich über alle schwierigen Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur mit den anderen Nationen friedlich und vertraglich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jeder militärische Akt in Europa auch im Falle seines vollständigen Gelingens, gemessen an seinen Opfern, in keinem Verhältnis steht zum möglichen endgültigen Gewinn.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde.

Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen.

Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt; aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte.

(**Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457**, S. 52f.)

*Die Rede vom 17. Mai 1933 hat die internationale Lage erheblich entspannt. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz, die bereits sechzehn Monate tagte, nahm seine zeitweilig unterbrochenen Beratungen wieder auf. Aber nur langsam und schleppend wurde die erste Lesung des englischen Planes beendet. Die Sicherheitsfrage (europäische Gewaltverzichtserklärung und europäischer Hilfeleistungspakt) schob sich wieder dazwischen. In den Unterausschüssen führte der Widerstand Frankreichs und seiner Verbündeten zu langwierigen und scharfen Auseinandersetzungen. Englands Haltung war zwiespältig. Seine Vertreter haben sich ohne Nachdruck für den Plan ihres Premiers eingesetzt. Es beginnt bereits die Linie, die dann zu seiner Preisgabe durch die englische Regierung führen sollte. Statt sofort die zweite entscheidende Lesung folgen zu lassen, hat sich der Hauptausschuß am 29. Juni bis zum 16. Oktober vertagt, angeblich um die festgefahrene Konferenz durch direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen wieder flottzumachen. Der deutsche Vertreter hatte sich der Vertagung verständlicherweise widersetzt. Der französische Vertreter hatte sich bereits für die Durchführung der zu beschließenden Abrüstungsmaßnahmen eine "notwendige Probezeit" vorbehalten. Davon war im MacDonald-Plan nichts enthalten gewesen. Frankreich wollte ihn zu seinen Gunsten umgestalten, wollte Deutschland erneut einer diskriminierenden Sonderkontrolle unterwerfen und dadurch Deutschlands Gleichberechtigung hintertreiben. Die Verhandlungspause gab Frankreich den Spielraum dazu. Ebenso hatte Frankreich damals den von Mussolini vorgeschlagenen Viererpakt entwertet. England hat das alles schließlich hingenommen und mitgemacht.*

*Die allgemeine Stimmung des Mißtrauens und der Feindseligkeit hatte sich in England seit Beginn des Jahres kaum gewandelt, ja war eher noch gewachsen. Am 26. Mai hatte der Außenminister Simon wieder mit Hinblick auf das Reich von der Krankheit der Mächtebeziehungen orakelt. Die Lage in Europa müsse sich bessern, Zusammenarbeit an die Stelle des Argwohns treten. Am 5. Juli verbreitete er sich im Unterhaus über die deutsche Innenpolitik. Deutscherseits wurde dazu amtlich durch WTB. energisch Stellung genommen. England glaubte sich berechtigt, hiergegen durch seinen Geschäftsträger in Berlin offiziell Protest zu erheben. Im Auswärtigen Amt wurde dieser aber als unbegründet abgelehnt. Der Vorfall ist symptomatisch für die damaligen Beziehungen.*

## *3.*
## *Aufzeichnung des Leiters der England-Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Dieckhoff, vom 10. Juli 1933*

Der englische Geschäftsträger suchte mich heute auf und teilte mit, er sei von Sir John Simon beauftragt, dem Herrn Reichsminister eine Mitteilung zu überbringen, deren Wortlaut er mir vorlas.

Ich habe Mr. Newton geantwortet, daß ich selbstverständlich die message von Sir John Simon dem Herrn Reichsminister unterbreiten würde, ich glaubte, ihm aber schon jetzt die Antwort des Herrn Reichsministers mitteilen zu können, da der Herr Reichsminister, dem die bevorstehende Beschwerde bereits am Freitag von unserer Botschaft in London angekündigt worden sei, mich noch vor seiner Abreise mit Weisung versehen habe. Unser Standpunkt sei folgender: So sehr wir verstünden, daß bei einer Debatte über den auswärtigen Etat im Unterhaus auch deutsche Fragen diskutiert würden, so nähmen wir doch an der Art und Weise, wie dies in der Sitzung vom 5. Juli durch die meisten Abgeordneten geschehen sei, Anstoß und erblickten hierin eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten. Sir John Simon habe sich in seiner die Debatte zusammenfassenden Rede (deren wörtliche Vorlesung ich Herrn Newton nicht ersparte) mit dem Inhalt der Reden der Abgeordneten identifiziert, und wir müßten daher auch in seiner Rede eine Einmischung in unsere internen Dinge erblicken. Trotzdem hätten wir in dem Bestreben, die durch die immer wieder, übrigens ganz einseitig aus England nach Deutschland herüberklingenden unfreundlichen Töne verschlechterten deutsch-englischen Beziehungen nicht noch mehr verschlechtern zu lassen, die

deutsche Presse gebeten, in ihren Kommentaren zur Debatte und zur Rede von Sir John Simon möglichst zurückhaltend zu sein. So sei die Anmerkung des WTB. entstanden, die, wie Mr. Newton sicher zugeben werde, in durchaus ruhigem Tone abgefaßt sei und nichts enthalte was "*inflammatory*" wirken könnte.

Was den Passus über die halb verhungerten Menschen anlange, so sei in dem Kommentar des WTB. nicht behauptet, daß Sir John Simon diese Bemerkung getan habe; Sir John Simon habe aber, als Herr Lansbury die Anfrage wegen der hungernden Frauen und Kinder in Deutschland (vgl. **S. 349 des *Hansard***) an ihn richtete und im späteren Verlauf der Debatte in einer zweiten Ansprache von den vielen Menschen sprach, die in Deutschland halb verhungert leben (vgl. **S. 453 des *Hansard***), die Anfrage nicht abgelehnt, sondern habe sich durch die Wendung "*I appreciate the importance of the suggestion*" gewissermaßen mit ihr identifiziert.

Das von beiden Seiten in freundschaftlichem Ton geführte Gespräch endete damit, daß ich Mr. Newton sagte, hier würde es - wie schon mehrfach besprochen - sehr begrüßt werden, wenn nicht nur die Parlamentsdebatten, sondern auch die sich immer wiederholenden Protestversammlungen, die vielen kritischen Reden und Zeitungsartikel über die inneren deutschen Dinge in England allmählich aufhörten und wenn die englische Öffentlichkeit sich diesen Fragen gegenüber dieselbe Reserve auferlegen würde, die sie z. B. bei den Vorgängen in den Vereinigten Staaten, auch wenn sie ihnen innerlich noch so kritisch gegenübersteht, zu beobachten pflege. Gerade die englische öffentliche Meinung verstehe es, in solchen Fragen eine bemerkenswerte Disziplin zu üben, wenn sie nur wolle.

Zum Schluß sagte ich Herrn Newton, daß von uns aus über seine Demarche nichts veröffentlicht werden würde. Sollte sich aber die Presse oder das Unterhaus mit diesem Protestschritt beschäftigen, so würden wir gezwungen sein, zu erklären, daß wir den Protest als unbegründet abgelehnt hätten.

Dieckhoff

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Nach der Vertagung der Abrüstungskonferenz trat deren Präsidium zum erstenmal am 9. Oktober wieder zusammen. Inzwischen hatten sich die beiden Westmächte auf eine neue Verhandlungsgrundlage geeinigt, die einer Sabotage des MacDonald-Plans gleichkam. Während des Sommers war von Paris und London gegen das nationalsozialistische Deutschland ein heftiger Pressefeldzug geführt worden. Die These von dem Unruhestifter und Friedensstörer Deutschland gab den Westmächten den Vorwand, jede unmittelbare Abrüstungsmaßnahme zu verweigern. Durch vierjährige Rüstungskontrolle, die formell als "allgemein" bezeichnet wurde, praktisch jedoch als einseitige Kontrolle Deutschlands verstanden war, sollte das nötige Vertrauen hergestellt und erst nach dieser Bewährungsfrist mit der tatsächlichen Abrüstung der hochgerüsteten Staaten begonnen werden. Das war für Deutschland unannehmbar. Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, brachte in einer Rede vom 15. und in einem Interview vom 21. September 1933 den deutschen Standpunkt klar zum Ausdruck. Auf der Völkerbundversammlung, die am 25. September begann, äußerte sich die wachsende Deutschfeindlichkeit. Am 6. Oktober notifizierte die Reichsregierung der englischen und italienischen Regierung noch einmal, daß sie am MacDonald-Plan festhalte und bereit sei, die Reichswehr in ein kurzdienendes 200 000-Mann-Heer umzuwandeln Aber England hatte seine Schwenkung zum französischen Standpunkt bereits vollzogen. Am 14. Oktober ersetzte der englische Außenminister Simon den alten Plan durch einen eigenen neuen. Wieder verwies er auf die "gegenwärtige ungeklärte Lage Europas" und auf "das neuerdings so heftig erschütterte Vertrauen". Außerdem eignete er sich den französischen Vorschlag*

*an. Deutschland wurde die Gleichberechtigung verweigert. Es sollte einer neuen demütigenden Kontrolle unterworfen und die Abrüstung sollte um vier Jahre vertagt werden. England trifft somit die historische Schuld, die Abrüstung zunichte gemacht zu haben. Durch Englands Schachzug wurde den Verhandlungen zwischen dem abgerüsteten Deutschland und seinen hochgerüsteten Weltkriegsgegnern jede tragfähige Grundlage entzogen. Mochte die britische Regierung dann auch noch mehrere Monate lang sich den Anschein geben, als sei ihr ehrlich an Abrüstungsverhandlungen gelegen, so hatte sie durch diese Preisgabe des MacDonald-Planes offen dokumentiert, daß sie im Grunde eine Abrüstung nicht wollte.* ***Daraufhin schied Deutschland aus der Abrüstungskonferenz aus und kündigte seine Mitgliedschaft beim Völkerbund. Die Reichsregierung wandte sich mit einem Aufruf an das deutsche Volk und legte ihm die Gründe dar.***

## *4.*
## *Aufruf der Reichsregierung vom 14. Oktober 1933 zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund* *(Vgl. auch hier.)*

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der **Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zum gleichen entschließen**.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen

aber nur zu einer Verewigung **der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes** und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

(WTB. vom 14. Oktober 1933.)

*Der deutsche Schritt vom 14. Oktober 1933 rief in der internationalen Presse einen Sturm der Entrüstung hervor: Deutschland, nicht, wie es in Wahrheit der Fall war, England, habe die Abrüstungskonferenz, ja die ganze Abrüstung sabotiert, um ungehindert aufrüsten zu können und um sich zu einem neuen Kriege vorzubereiten. Dem sind der Führer selbst und Reichsaußenminister von Neurath noch mehrfach im* ***Wahlkampf zur Volksabstimmung und Reichstagswahl vom November 1933*** *entgegengetreten: Deutschland kämpfe nicht um Eroberungen, sondern um sein Lebensrecht, um Sicherheit und Gleichberechtigung.*

*Wie stellte sich England zur neuen Lage? Außenminister Simon erläuterte am 17. Oktober in einer Rundfunkansprache und am 7. November während der außenpolitischen Debatte des Unterhauses den Standpunkt der Regierung. Er zeigte dabei ein gewisses formelles Entgegenkommen und eine Distanzierung von Frankreich. "Wir Engländer verstehen Deutschlands Gefühle gut." Dennoch blieb Deutschland für England der einzige Schuldige.*

### *5.*
### *Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Sir John Simon vom 7. November 1933*

Warum verstimmten Deutschland diese Vorgänge? Wir müssen uns in die deutschen Gefühle hineindenken, was immer sie auch getan haben. Wir müssen begreifen, warum Deutschland diese Erbitterung zur Schau getragen hat. Dieser ganze Zeitaufwand, der zu keinem Ergebnis führte, war nicht nur schmerzlich, sondern er mußte auch Deutschland immer ungeduldiger machen. Wir alle besitzen genügend gesunden Menschenverstand und Einsicht dafür, daß man sich nicht darüber zu wundern braucht...

Heute handelt es sich nur noch um die politische Frage, wie Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung und Frankreichs Wunsch nach Sicherheit miteinander in Einklang gebracht werden können. Dies ist ein schwieriges Problem. Auf der einen Seite steht die Erinnerung an eine frühere Invasion und die daraus entstandene Furcht, auf der anderen Seite die Erinnerung an die Niederlage und die Erbitterung über die dadurch erlittene Demütigung. Keines dieser beiden Gefühle kann unnatürlich genannt werden. Deshalb ist die Politik Großbritanniens darauf gerichtet gewesen, keines der beiden Argumente zu leugnen oder zu verkleinern, sondern sich um eine Versöhnung zwischen ihnen zu bemühen...

So bedauerlich auch Deutschlands jüngster Schritt ist und so ungerechtfertigt er auch erscheint, ist dies doch kein Grund dafür, die Tür, die Deutschland ins Schloß geworfen hat, als abgeriegelt und versperrt zu betrachten.

Großbritannien wird jede vorhandene Möglichkeit benützen, um mit Deutschland ebenso wie mit den anderen Mächten in Fühlung zu bleiben.

(E: **Parliamentary Debates. House of Commons. Bd. 281, Sp. 46f., 58, 62f.**
- D: Der Völkerbund, Nr. 83/84, S. 9f.)

*Die Reichstagswahl vom 12. November 1933 erbrachte ein einmütiges Bekenntnis des deutschen Volkes zur Außenpolitik der Reichsregierung. Bereits Ende Oktober hatte Adolf Hitler neue diplomatische Verhandlungen zur Durchsetzung des deutschen Standpunktes in der Rüstungsfrage begonnen. Bei ihm lag die Initiative. Er wollte kein uferloses Wettrüsten, sondern durch Verhandlungen eine maßvolle Begrenzung. Wieder wandte er sich mit seinem Angebot zunächst an England und Italien. Bei England konnte angenommen werden, daß es zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln würde. Die Besprechungen dienten der Erklärung der deutschen Forderungen und Ziele. Sie wurden zusammengefaßt in der* ***Denkschrift der Reichsregierung vom 18. Dezember****. Nach der Jahreswende gingen die Rüstungsbesprechungen weiter.*

## *6.*
## *Denkschrift der Reichsregierung vom 18. Dezember 1933 über die Rüstungs- und Gleichberechtigungsfrage*

**I.**

Die Deutsche Regierung vermag angesichts der Haltung, die die hochgerüsteten Staaten, insbesondere Frankreich, in den Genfer Abrüstungsverhandlungen eingenommen haben, leider nicht den Glauben zu teilen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer **ernsthaften Durchführung der allgemeinen Abrüstung** gerechnet werden kann. Sie ist überzeugt, daß die Wiederaufnahme von neuen Bemühungen in dieser Richtung ebenso ergebnislos bleiben würde, wie die seitherigen jahrelangen Verhandlungen. Sollte diese Befürchtung nicht zutreffen, so würde dies niemand mehr begrüßen als die Deutsche Regierung.

Ohne die vielen Gründe im einzelnen zu untersuchen, die für die Auffassung der Deutschen Regierung sprechen, wird man an zwei wesentlichen Tatsachen nicht vorbeigehen können:

1. Eine Herabsetzung der Rüstungen der anderen europäischen Staaten ist praktisch nur denkbar, wenn sie von allen Nationen der ganzen Welt übernommen wird. An die Möglichkeit einer solchen allgemeinen internationalen Abrüstung glaubt aber heute niemand mehr.
2. Die Ereignisse der letzten Monate lassen die Wahrscheinlichkeit, in einigen Ländern eine selbst von den Regierungen ernstlich beabsichtigte Abrüstung den Parlamenten dieser Staaten mit Erfolg zur Ratifikation vorlegen zu können, mehr als zweifelhaft erscheinen.

Aus diesem Grunde glaubt die Deutsche Regierung nicht mehr länger einer Illusion nachhängen zu können, die geeignet ist, die Beziehungen der Völker untereinander eher noch mehr zu verwirren als zu verbessern. Sie glaubt daher unter Berücksichtigung der konkreten Wirklichkeit folgendes feststellen zu müssen:

a) **Deutschland hat als einziger Staat die im Friedensvertrag von Versailles festgelegte Abrüstungsverpflichtung tatsächlich durchgeführt.**

b) Die hochgerüsteten Staaten gedenken nicht abzurüsten oder fühlen sich hierzu nicht in der Lage.
c) Deutschland hat ein Recht, auf irgendeine Weise seine **Gleichberechtigung** auch in bezug auf seine Sicherheit zu erlangen.

Von diesen Feststellungen ging die Deutsche Regierung aus, als sie ihren letzten Vorschlag zur Regelung des Problems machte. Der Hinweis darauf, daß Frankreich in Genf einem präzisen Abrüstungsprogramm zugestimmt habe, ändert an diesen Feststellungen nichts. Denn das Programm, an das hierbei offenbar gedacht ist, enthielt Bedingungen, die Deutschland unmöglich annehmen konnte, und die die Deutsche Regierung deshalb gezwungen haben, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen.

Falls entgegen der Überzeugung der Deutschen Regierung die anderen Nationen trotzdem zu einer vollständigen Abrüstung sich entschließen sollten, so gibt die Deutsche Regierung von vornherein ihre Bereitwilligkeit kund, einer solchen Konvention beizutreten und ebenfalls abzurüsten, wenn nötig bis zur letzten Kanone und bis zum letzten Maschinengewehr.

Sollte insbesondere Frankreich bereit sein, nach einem präzisen Abrüstungsprogramm abzurüsten, so bittet die Deutsche Regierung um zahlenmäßige Angabe der Abrüstungsmaßnahmen, die Frankreich vornehmen will (Personal, Material, Dauer der Durchführung und Zeitpunkt des Beginns, zahlenmäßige Kontrolle der Durchführung).

Die Deutsche Regierung vermag nicht einzusehen, wie die Anpassung der deutschen Rüstungen an die deutschen Sicherheitsbedürfnisse und ihre teilweise Angleichung an den Rüstungsstand der Nachbarstaaten zu einer allgemeinen Rüstungsvermehrung und zum Beginn eines Wettrüstens führen sollte. Die deutschen Vorschläge beziehen sich ausschließlich auf defensive Rüstungen. Sie sind so gemäßigt, daß die Überlegenheit der französischen Rüstungen weiter bestehen bleibt. Sie schließen im übrigen deshalb jedes Wettrüsten aus, weil danach die hochgerüsteten Staaten verpflichtet werden sollen, ihre Rüstungen nicht weiter zu erhöhen.

Der Vorschlag der Deutschen Regierung geht dahin:

1. Deutschland erhält die volle Gleichberechtigung.
2. Die hochgerüsteten Staaten verpflichten sich untereinander, eine weitere Erhöhung ihres derzeitigen Rüstungsstandes nicht mehr vorzunehmen.
3. Deutschland tritt dieser Konvention bei mit der Verpflichtung, aus freiem Willen von der ihm gegebenen Gleichberechtigung nur einen so maßvollen tatsächlichen Gebrauch zu machen, daß darin keine offensive Gefährdung irgendeiner anderen europäischen Macht zu sehen ist.
4. Alle Staaten anerkennen gewisse Verpflichtungen einer humanen Kriegsführung bzw. einer Vermeidung gewisser Kriegswaffen in ihrer Anwendung gegen die zivile Bevölkerung.
5. Alle Staaten übernehmen eine gleichmäßige allgemeine Kontrolle, die die Einhaltung dieser Verpflichtungen prüfen und gewährleisten soll.
6. Die europäischen Nationen garantieren sich die unbedingte Aufrechterhaltung des Friedens durch den Abschluß von Nichtangriffspakten, die nach Ablauf von 10 Jahren erneuert werden sollen.

## II.

Nach Vorausschickung dieser grundsätzlichen Ausführungen will die Deutsche Regierung zu einzelnen Fragen des Herrn Französischen Botschafters folgendes bemerken:

1. Die Zahl von 300 000 Mann entspricht der Heeresstärke, die Deutschland angesichts der Länge seiner Landesgrenzen und angesichts der Heeresstärke seiner Nachbarn benötigt.
2. Die Umwandlung der Reichswehr in ein 300 000-Mann-Heer mit kurzer Dienstzeit wird naturgemäß mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Für die Dauer der Umwandlungsperiode ist auch die finanzielle Seite von maßgebender Bedeutung.
3. Die Zahl der Defensivwaffen, die Deutschland beansprucht, müßte der Normalbewaffnung einer modernen Verteidigungsarmee entsprechen.
4. Das Tempo der Durchführung der Bewaffnung müßte Hand in Hand mit dem Tempo der unter Ziffer 2 behandelten Umwandlung der Reichswehr gehen.
5. Die Deutsche Regierung ist bereit, einer internationalen, periodisch und automatisch funktionierenden allgemeinen und gleichen Kontrolle zuzustimmen.
6. Zu welchem Zeitpunkt diese Kontrolle einzusetzen hätte, ist eine Einzelfrage, die erst entschieden werden kann, wenn eine Einigung über die Grundfragen erzielt ist.
7. Art und Charakter der SA. und SS. werden von der Umwandlung der Reichswehr in ein 300 000-Mann-Heer mit kurzer Dienstzeit nicht berührt.

Die SA. und SS. sind keine militärischen Organisationen und werden dies auch in Zukunft nicht sein. Sie sind ein unzertrennlicher Bestandteil des politischen Systems der nationalsozialistischen Revolution und damit des nationalsozialistischen Staates. Sie umfassen rund 2½ Millionen Männer vom 18. Lebensjahr bis in das höchste Alter hinein. Ihre einzige Aufgabe ist, durch diese Organisation der politischen Massen unseres Volkes eine Wiederkehr der kommunistischen Gefahr für immer zu verhindern. Ob von diesem System einmal weggegangen werden kann oder wird, hängt ab von dem Bleiben oder der Beseitigung dieser bolschewistisch-kommunistischen Gefahr. Mit militärischen Dingen haben diese dem früheren marxistischen Reichsbanner und dem kommunistischen Rotfrontbund gegenüberstehenden nationalsozialistischen Organisationen überhaupt nichts zu tun. Der Versuch, die SA. und die SS. mit dem Reichsheer in eine militärische Verbindung zu bringen, sie als militärische Ersatzformation anzusprechen, geht von jenen politischen Kreisen aus, die in der Beseitigung dieser Schutzeinrichtung des nationalsozialistischen Staates die Möglichkeit einer neuen Zersetzung des Deutschen Volkes und damit eine neue Förderung kommunistischer Bestrebungen erblicken.

Um die Eigenart der SA. und SS. als politische Organisationen einer allgemeinen geistigen und körperlichen Immunisierung gegenüber den Gefahren einer kommunistischen Zersetzung zu belegen, lehnt es die Deutsche Regierung nicht ab, bei den Kontrollen über die Durchführung der Konvention den Nachweis für die genaue Einhaltung dieser Erklärungen zu erbringen.

8. Die Deutsche Regierung ist bereit, dem Gedanken einer Festlegung allgemeiner Bestimmungen über politische Verbände und vor- oder nachmilitärische Organisationen in den einzelnen Ländern näherzutreten.
9. Die Beantwortung der Frage der Kontrolle dieser Organisationen in den verschiedenen Ländern ergibt sich aus dem, was am Schluß von Ziffer 7 hinsichtlich der SA. und SS. ausgeführt ist.
10. Der Inhalt der Nichtangriffspakte, zu deren Abschluß die Deutsche Regierung mit allen Deutschland umgebenden Staaten bereit ist, ergibt sich aus der Praxis der Nachkriegszeit.
11. Ob und inwieweit dabei im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich der im Jahre 1925 abgeschlossene Locarno-Rheinpakt zu besonderen Überlegungen Anlaß gibt, ist eine juristisch-technische Frage, die der späteren Einzelverhandlung vorbehalten bleiben kann.
12. Die Deutsche Regierung ist jederzeit bereit, die zwischen Deutschland und Frankreich auftauchenden Streitfragen auf den hierfür am besten geeigneten Wegen gütlich zu bereinigen.

### III.

Der Gedanke einer abstimmungslosen **Rückgliederung des Saargebietes** wurde lediglich zu dem Zwecke zur Erwägung gestellt, um, wenn möglich, die mit der Abstimmung unvermeidlich verbundene Erhitzung der öffentlichen Meinung in Deutschland und Frankreich zu umgehen und der Bevölkerung des Saargebietes die Erschütterungen durch einen Wahlkampf zu ersparen, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Wenn die Französische Regierung den Standpunkt einnimmt, einer abstimmungslosen Rückgliederung nicht zustimmen zu können, so betrachtet die Deutsche Regierung diese Frage damit als erledigt.

### IV.

Nachdem die Deutsche Regierung nunmehr wiederholt ihre Auffassung über die Regelung der Abrüstungsfrage in aller Offenheit dargelegt hat, kann sie sich von einer Fortführung der Besprechungen nur dann einen Erfolg versprechen, wenn jetzt auch die anderen Regierungen sich unzweideutig darüber äußern, welche Stellung sie zu dem Standpunkt der Deutschen Regierung einnehmen und wie sie sich ihrerseits die Behandlung des Problems in seinen konkreten Einzelheiten denken.

(Schwendemann: *Abrüstung und Sicherheit*. Bd. II, S. 518ff.)

## *Das Jahr 1934*

*Da sich eine allgemeine Abrüstung als **Illusion** erwiesen hatte, mußte die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung auf anderem Wege, und zwar auf dem der Angleichung des deutschen Rüstungsniveaus an das der Umwelt, gesucht werden. Deutschland forderte eine Defensivarmee von 300 000 Mann mit kurzer Dienstzeit. Die Reichsregierung erbat hierzu die Stellungnahme der anderen Regierungen. Die britische antwortete nach der französischen und vor der italienischen mit einem Memorandum vom 29. Januar 1934. Sie kam im Unterschied zu der französischen Antwort den deutschen Rüstungsforderungen ein gutes Stück entgegen. Sie akzeptierte sie außer denen zur Luftrüstung; diese sollten Deutschland noch zwei Jahre vorenthalten bleiben; außerdem sollte es nach Genf zurückkehren.*

### *7.*
### *Aus der Denkschrift der britischen Regierung zur Rüstungs- und Gleichberechtigungsfrage vom 29. Januar 1934*

**8.** Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß eine internationale Einigung bezüglich der Rüstungen nur erreicht werden kann, indem man hinsichtlich der drei Hauptfragen **(a)** Sicherheit, **(b)** Gleichberechtigung, **(c)** Abrüstung eine befriedigende Regelung trifft. Sämtliche drei Themen sind in dem Konventionsentwurf behandelt worden, und der Zweck des vorliegenden Schriftstücks besteht darin, darzulegen, wie unter den gegenwärtigen Umständen und im Lichte der Forderungen und Vorschläge, die von verschiedenen Seiten vorgebracht worden sind, der Inhalt des Konventionsentwurfs zum Zweck einer allgemeinen Verständigung in gewissen Einzelpunkten abgeändert oder erweitert werden könnte. Die Regierung Seiner Majestät hat die von den Regierungen Frankreichs, Italiens, Deutschlands und anderer Länder im Laufe des kürzlichen Meinungsaustausches vorgebrachten Auffassungen sorgfältig geprüft. Vor fast einem Jahre hat es die Regierung Seiner Majestät übernommen, dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz den vollständigen Text eines Vertragsentwurfes vorzulegen. Die jetzt vorgeschlagenen leichten

Abänderungen des Textes dieses Konventionsentwurfs sind diejenigen, welche auf Grund späterer Mitteilungen und Überlegungen am besten geeignet erscheinen, konkrete Ergebnisse herbeizuführen.

**9. Sicherheit.** Teil I des Konventionsentwurfs handelte von der Sicherheit. Auf Grund einer Neufassung, die am 24. Mai 1933 einmütig gebilligt wurde, besteht er nunmehr aus vier Artikeln, von denen drei vorsehen, daß im Falle einer Verletzung oder einer drohenden Verletzung des Kellogg-Paktes eine sofortige Beratung zwischen den Signatarmächten der Konvention verlangt werden kann und stattfinden soll zu dem Zweck, den Frieden zu wahren, gute Dienste für die Wiederherstellung des Friedens zur Anwendung zu bringen und für den Fall, daß es sich als unmöglich herausstellen sollte, den Frieden auf diese Weise wiederherzustellen, die Streitpartei oder die Parteien zu bestimmen, die die Verantwortung trifft. In der jetzigen Fassung werden diese Bestimmungen also lediglich durch eine Verletzung oder eine drohende Verletzung des Kellogg-Paktes zur Anwendung gebracht. Die Regierung Seiner Majestät hält diese Bestimmungen für äußerst wichtig. Die Verbindung zwischen dem Sicherheitsgefühl und dem Frieden der Welt ist jedoch so vital, daß die Regierung Seiner Majestät zu diesen Artikeln noch weitere hinzufügen möchte. Ihrer Ansicht nach ist es wichtig, den Grundsatz der Beratung im Falle der Verletzung oder drohenden Verletzung des Kellogg-Paktes auf den Fall der Verletzung oder drohenden Verletzung der Abrüstungskonvention selbst auszudehnen...

Ein weiterer Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit durch Minderung jeglicher Spannung oder Unruhe, welche zwischen Deutschland und den es umgebenden Staaten besteht, wird durch die Bereitwilligkeit des deutschen Reichskanzlers zum Abschluß von Nichtangriffspakten mit allen Nachbarn Deutschlands geliefert. Derartige Pakte dürften keinesfalls die bestehenden Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des Friedens auf Grund von Verträgen wie der Völkerbundssatzung, dem Kellogg-Pakt und den Locarno-Verträgen schwächen, sondern müssen im Gegenteil diese Verpflichtungen ausdrücklich wieder bestätigen; die Regierung Seiner Majestät kann keinen Zweifel darüber hegen, daß, wenn solche Pakte ausdrücklich in Verbindung mit der Konvention eingegangen würden (für welche die Regierung Seiner Majestät aus den weiter unten aufgeführten Gründen ebenso wie für die Pakte zunächst einen Zeitraum von zehn Jahren für angebracht hält), dürfte ihr praktischer Wert für die Schaffung eines Sicherheitsgefühls nicht bestritten werden.

Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß die hier bei dem Punkt "Sicherheit" zusammengestellten Anregungen insgesamt ein Ganzes ausmachen, das allgemeine Annahme verdient. Sie glaubt erwarten zu dürfen, daß diese Regeln und Verpflichtungen, wenn sie feierlich übernommen wären, nicht leichthin verletzt werden würden und daß jeder Verletzung am zweckmäßigsten und wirksamsten begegnet würde, wenn die Regierungen und Staaten zusammenberufen würden, um Frieden und Einigkeit zwischen den Völkern gegenüber dem Friedensstörer und Vertragsverletzer zu wahren.

**10. Gleichberechtigung.** Die Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932 hat im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage den Grundsatz der "Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit für alle Nationen" aufgestellt und erklärt, daß dieser Grundsatz in einem Abrüstungsabkommen Verwirklichung finden soll, das eine wesentliche Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen herbeiführt. Von dieser Erklärung ist die Regierung Seiner Majestät niemals zurückgetreten, und sie bestätigt jetzt aufs neue, daß sie an ihr uneingeschränkt festhält. Im vorigen Abschnitt dieses Memorandums ist versucht worden, die wesentlichen Faktoren der Sicherheit zu bestimmen, ohne die die notwendigen Bedingungen für ein angemessenes Abrüstungsabkommen nicht erfüllt sein würden. Aber die Regierung Seiner Majestät zögert nicht zu erklären, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht weniger wesentlich ist als der Grundsatz der Sicherheit - beide müssen praktisch zur Anwendung gelangen, wenn eine

internationale Verständigung über die Rüstungen erreicht werden soll. Die nachstehenden Vorschläge sind ebenso wie der Konventionsentwurf selbst in diesem Geiste gehalten und stellen eine praktische Erfüllung dieses Grundsatzes dar.

**11. Abrüstung.** Die Regierung Seiner Majestät entnimmt mit Freude aus den Erklärungen des Herrn Hitler, daß Deutschland darauf verzichtet, den Besitz von "Angriffswaffen" zu beanspruchen, und sich auf eine normale "Verteidigungsbewaffnung" beschränkt, wie sie für die Armee benötigt wird, die in dem Abkommen für Deutschland vorgesehen würde. Überdies macht der deutsche Kanzler diesen Vorschlag in der Annahme, daß die schwergerüsteten Staaten nicht bereit sind, auf Grund des Abkommens irgendeinen Teil ihrer jetzt bestehenden Waffen aufzugeben. Wie bereits in Ziffer 7 dieses Memorandums gesagt, ist die Regierung Seiner Majestät keineswegs bereit, sich diese letzte Annahme zu eigen zu machen; sie muß darauf bestehen, daß nur eine Vereinbarung, die sowohl eine Herabsetzung wie eine Beschränkung der Rüstungen enthält, den Namen einer Abrüstungskonvention verdient. Außerdem besteht noch ein weiterer Grund, weshalb die Regierung Seiner Majestät die Tatsache besonders hervorhebt, daß die Erklärung des deutschen Kanzlers, auf Angriffswaffen zu verzichten und nur das zu beanspruchen, was zur normalen Verteidigung notwendig ist, sich auf die Annahme gründet, daß die hochgerüsteten Mächte nicht bereit sind, ihre eigenen Rüstungen irgendwie zu vermindern. Wenn nämlich diese Annahme sich als unzutreffend erweist, so wird der Umfang dessen, was Deutschland benötigt, sich notwendigerweise verringern. Ein positiver Beitrag der hochgerüsteten Mächte zur Abrüstung wird also dazu helfen, das Niveau allgemein herabzusetzen, und müßte also nach dem Ermessen der Regierung Seiner Majestät die Forderungen verringern, die Deutschland andernfalls vielleicht zu stellen geneigt wäre.

**12.** Die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu dem Abkommensentwurf gehen von der Annahme aus, daß die Vereinbarung auf zehn Jahre abgeschlossen wird. Sie sind verfaßt worden, nachdem Anregungen und kritische Äußerungen von allen anderen Seiten aufs vollständigste und sorgfältigste geprüft worden waren, und stellen nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät eine Lösung dar, auf die man sich unter den obwaltenden Umständen gut einigen könnte...

**20.** ... Die ernsten Folgen, die ein Mißerfolg der Abrüstungskonferenz nach sich ziehen würde, stehen jedermann klar vor Augen und bedürfen keiner weiteren Hervorhebung. Die Politik der Regierung Seiner Majestät auf internationalem Gebiet ist vor allem anderen darauf gerichtet, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß durch eine allgemeine Verständigung diese Folgen vermieden werden. Wenn die Verständigung erreicht und die Rückkehr Deutschlands nach Genf und in den Völkerbund erzielt wird (und dies sollte eine wesentliche Bedingung der Einigung sein), so würde die Unterzeichnung des Abkommens eine neue Perspektive internationaler Zusammenarbeit eröffnen und einen neuen Grund für die internationale Ordnung legen.

(E: Cmd 4512. - D: Schwendemann: *Abrüstung und Sicherheit*. Bd. II, S. 543ff.)

*Frankreich lehnte die deutschen Rüstungsforderungen ab. Italien vertrat den deutschen Standpunkt. - Verhandlungen der vier europäischen Mächte kamen wieder in Gang. In der zweiten Februarhälfte 1934 besuchte der englische Lordsiegelbewahrer und Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Eden, Paris, Berlin, Rom, um Erkundungen über die Beurteilung des englischen Memorandums durch die drei anderen Mächte einzuholen. In Berlin wurde Eden vom Führer empfangen, und es fanden mit allen maßgebenden Persönlichkeiten Besprechungen statt. Sie nahmen einen befriedigenden Verlauf und gaben Klarheit über die friedlichen Absichten und die Verständigungsbereitschaft der Reichsregierung. In einem in Prag aufgefundenen* ***Bericht vom 15. März*** *äußerte sich der Gesandte der Tschechoslowakischen Republik, Jan Masaryk, über Edens Rechenschaftsbericht und ein Gespräch, das er mit dem Lordsiegelbewahrer nach seiner Reise gehabt hatte.*

## *8.*
## *Aus dem Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in London vom 15. März 1934*

Die Rede wurde in der Presse im ganzen günstig aufgenommen, an einigen Stellen wird auf ihre zu große Vorsichtigkeit verwiesen. Tatsache ist, daß Eden den Ereignissen nicht vorgreifen wollte, in Erwartung einer endgültigen Antwort aus Paris. Die Antwort Winston Churchills machte im Parlament keinen kräftigen Eindruck; es ist nämlich allgemein bekannt, daß Winston eine Phase der alarmierenden Psychologie durchmacht und ständig auf die nahe Möglichkeit eines Krieges und die Notwendigkeit der Rüstungen verweist.

Ich habe heute mit Eden gefrühstückt, der in seinen Äußerungen ebenso vorsichtig wie im Parlament war. Eine Verzeichnung verdient, daß mir Eden sagte, er habe mit Hitler eine fünfstündige Unterredung gehabt, und daß Hitler auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht hat. Er hält Hitler für einen ehrlichen Fanatiker, der den Krieg nicht will. Mein persönlicher Eindruck ist, daß Eden die Beförderung zum Lordsiegelbewahrer und die gleich darauf folgende Reise durch Europa ein wenig in den Kopf gestiegen. Eden ist verhältnismäßig sehr jung, und das Leben hat ihn recht verwöhnt. Ich habe schon von mehreren Eden freundlich gesinnten Seiten Befürchtungen gehört, daß das übergroße Selbstbewußtsein seiner Karriere schaden könnte, die so außergewöhnlich versprechend begonnen hat.

(Aus den Akten des tschechoslowakischen Außenministeriums.)

*Am 13. März 1934 hat die Reichsregierung die Situation noch einmal zusammenfassend gekennzeichnet. Selbst in England entstand der Eindruck: Deutschland ist verständigungsbereit, Frankreich lehnt ab. Ein Rüstungsstand wie der im* ***Versailler Vertrag*** *festgelegte kam für Deutschland auf keinen Fall mehr in Betracht. Davon gingen alle neueren Vorschläge aus, auch die französischen. Deutschland forderte jetzt für sich nur das Minimum dessen, was es zu seiner Sicherheit und Verteidigungsmöglichkeit brauchte. Es verzichtete von vornherein auf alle Angriffswaffen und wollte jede noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung annehmen, wenn dies auch die anderen Mächte taten. Das Einverständnis der deutschen, englischen und italienischen Regierung stand fest. Frankreich schloß sich nicht an. Es wollte weder selbst abrüsten noch Deutschland Gleichberechtigung bewilligen. Stur hielt es am Versailler Vertrag und am Völkerbund als dessen Hüter fest. Deutschland sollte in diesen Völkerbund und in dessen Abrüstungskonferenz zurückkehren. England bemühte sich um die Fortsetzung der Verhandlungen und war sogar bereit, eine Durchführungsgarantie zu übernehmen, die es aber nicht im Sinne einer Garantie des Status quo und einer Verstärkung der Verpflichtungen aus Artikel 16 der VB.-Satzung verstanden wissen wollte. Es suchte Frankreich zunächst auf das englische Memorandum vom 29. Januar festzulegen, abgeändert entsprechend den von Adolf Hitler Eden gemachten Vorschlägen. Der deutsche Standpunkt ist am 16. April in den "***Erläuterungen***" nochmals konkretisiert worden.*

## *9.*
## *Erläuterungen der Reichsregierung vom 16. April 1934 zur Frage der Verwirklichung der Gleichberechtigung*

Die Deutsche Regierung ist bereit, das Memorandum des Vereinigten Königreichs vom 29. Januar 1934 als Grundlage für eine Konvention anzunehmen, jedoch unter dem Vorbehalt gewisser wichtiger Änderungen. Die Deutsche Regierung hält es für unmöglich, zwei Jahre lang auf

angemessene Mittel zur Verteidigung in der Luft zu warten. Sie wünscht, vom Beginn der Konvention an eine Verteidigungsluftflotte von Flugzeugen mit kurzer Reichweite, zu der keine Bombenflugzeuge gehören würden, zu besitzen. Die zahlenmäßige Stärke dieser Luftflotte würde 30 Prozent der zusammengerechneten Militärluftstreitkräfte der Nachbarn Deutschlands oder 50 Prozent der Militärluftflotte Frankreichs (d. h. derjenigen, die es in Frankreich selbst und in seinen nordafrikanischen Gebieten besitzt) - je nachdem, welche Zahl die geringere ist, nicht überschreiten. Diese Forderung erhebt die Deutsche Regierung ohne Präjudiz für das Ergebnis der in dem Memorandum des Vereinigten Königreichs vorgeschlagenen Untersuchung über die Luftfrage, die, wie vorgeschlagen, stattfinden würde, und die wenigstens die Bombenflugzeuge abschaffen sollte. Deutschland verlangt während der ersten fünf Jahre einer zehn Jahre laufenden Konvention keine hierüber hinausgehende Zahl von Militärflugzeugen; aber nach diesen fünf Jahren verlangt es, daß die nötigen Herabsetzungen und Erhöhungen vorgenommen werden, so daß es am Ende der zehn Jahre dauernden Konvention volle zahlenmäßige Gleichheit mit den Hauptluftmächten erhalten würde. Die Deutsche Regierung wäre bereit, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit der Festlegung der von dem Reichskanzler am 21. Februar Herrn Eden angegebenen weiteren Vorschriften zwecks Sicherstellung des nicht-militärischen Charakters der SA. und der SS. zuzustimmen, wobei dieser Charakter durch ein System der Kontrolle überwacht werden würde. Diese Vorschriften würden besagen, daß die SA. und SS. **1.** keine Waffen besitzen, **2.** keine Ausbildung mit Waffen erhalten, **3.** nicht in militärischen Lagern zusammengezogen oder ausgebildet werden, **4.** weder direkt noch indirekt durch Offiziere der regulären Armee ausgebildet werden, **5.** keine Felddienstübungen vornehmen oder daran teilnehmen dürfen. Die Deutsche Regierung ist ferner bereit, zuzustimmen, daß die Rüstungsherabsetzungen der anderen Mächte bis zum Ende des fünften Jahres der Konvention hinausgeschoben werden, so daß die in dem Memorandum des Vereinigten Königreichs vorgesehenen Abrüstungsmaßnahmen erst während der zweiten fünf Jahre der Konvention durchgeführt würden. Alle anderen in dem Memorandum des Vereinigten Königreichs gemachten Vorschläge, soweit sie von diesen Änderungen nicht berührt sind, wie z. B. bezüglich der Kontrolle, werden von der Deutschen Regierung angenommen. Die Deutsche Regierung erkennt auch weiterhin die Locarnoverträge an. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund erst nach Lösung der Frage der Abrüstung und vor allem ihrer Gleichberechtigung erörtert werden kann.

(Schwendemann: *Abrüstung und Sicherheit*. Bd. II, S. 606f.)

*Zwischen Deutschland und Italien sowie in gewisser Hinsicht auch mit England war über die Rüstungsfrage Einmütigkeit erzielt. Frankreich aber brach durch seine Antwortnote an England vom 17. April 1934 alle Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen brüsk ab. Es griff Deutschland mit schweren Beschuldigungen an, von denen es sicher sein konnte, daß sie in England mit Zustimmung aufgenommen werden würden: Die kurz vorher erfolgte Veröffentlichung des deutschen Wehretats beweise, daß Deutschland ohne Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen in großem Stile aufrüste. Das könne Frankreich nicht zulassen. Adolf Hitler war, wie Reichsaußenminister von Neurath am 27. April vor Pressevertretern noch einmal ausdrücklich unterstrich, zu weitgehendem Entgegenkommen, zur Verständigung und zum baldigen Abschluß einer Konvention bereit gewesen. Er konnte aber die Sicherheit und das Schicksal seines Landes nicht vom Gutdünken und Ermessen anderer Länder abhängig machen. Nach jenem "Nein" hatte er die Handlungsfreiheit zurückgewonnen.*

*In diesen Tagen schwerwiegender Entscheidungen hatte der deutsche Botschafter in London eine interessante* ***Unterredung mit König Georg V.****, über die er am 25. April telegraphisch berichtete.*

***10.***
***Telegramm des deutschen Botschafters in London, von Hoesch, an das Auswärtige Amt vom 25. April 1934***

Ich war gestern und... (fehlt ein Wort) bei König und Königin in Windsor zum Wohnbesuch eingeladen. Neben Hofstaat und mir waren nur noch der soeben von einer Weltreise zurückgekehrte Prinz Georg und der neuernannte britische Botschafter für Brüssel, Sir Esmond Ovey, nebst Gemahlin anwesend.

Nach gestrigem Abendessen zog König Georg mich in ein langes politisches Gespräch. König, der sich über schwebende Probleme gut unterrichtet zeigte, gab zunächst eine kurze Schilderung der deutsch-englischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. Er ausführte, wie sich englische Stimmung gegenüber Deutschland nach Kriegsende schnell verbessert und schließlich einen beträchtlichen Grad freundschaftlichen Verständnisses erreicht habe, bis dann nach der Umwälzung in Deutschland mit überraschender Schnelligkeit ein Umschwung eingetreten sei. Diesen Umschwung zurückführte Monarch in erster Linie auf Behandlung Judenproblems und auf von ihm selbst als übertrieben bezeichnete Nachrichten über Konzentrationslager. Ich gab zu beiden Punkten die entsprechende Aufklärung und gewann dabei Eindruck, daß König Judenfrage nicht mehr ganz so schroff beurteilt, wie dies z. B. in seiner Unterhaltung mit Herrn v. Neurath im Juni v. J. zum Ausdruck gekommen war, und daß er auch dem deutschen Vorgehen gegen Kommunismus gewisses Verständnis entgegenbringt.

Monarch zuwandte sich dann Abrüstungsproblem und ausdrückte lebhaftes Bedauern, daß die in Wehrhaushalt erkennbar gewordene vorzeitige deutsche Aufrüstung Lösung Abrüstungsfrage so überaus erschwert habe, indem er meinte, Einigung hätte erzielt werden können, wenn Deutschland Aufrüstung bis nach Abschluß Konvention hinausgeschoben hätte. Dabei betonte er, daß er Deutschland keineswegs andere Absichten als die Schaffung einer Defensivrüstung unterschieben wolle und auch durchaus anerkenne, daß Deutschland sich noch bis vor kurzem an Vertragsbestimmungen gehalten habe. Im Anschluß daran fragte er mehrfach, ob denn Deutschland seine Defensivaufrüstung aus reinen Prestigegründen oder zum Zweck der Verteidigung gegen mögliche Angriffe wünsche, indem er betonte, daß ihm der letztere Beweggrund unbegreiflich erscheinen würde, da ja Deutschland von niemand bedroht werde. Ich ausführte demgegenüber, daß großes Land im Herzen Europas nicht ewig ungerüstet bleiben könne, wenn die übrigen Staaten ihre **Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllen**, und daß die weitere Aufrechterhaltung einer Rechtsungleichheit fünfzehn Jahre nach Kriegsende ein Unding sei. Ferner verwies ich auf die unerträgliche Situation des ungerüsteten Deutschlands mit seiner tragischen Grenzziehung im Osten inmitten der höchstgerüsteten Staaten Europas. König Georg stand nicht an, das **Diktat von Versailles** abfällig zu kritisieren, wobei er den Krieg an sich als einen menschlichen Irrwahn verantwortlich für solche bedauernswerte Folgen machte.

Anschließend hieran sprach Monarch über Gefahren der künftigen Entwicklung. Er ausführte, Deutschland habe ja mehrfach Versicherungen abgegeben, daß es kein Wettrüsten zur See mit England beabsichtige. Auch deckten sich ja deutsche und englische Bestrebungen in bezug auf völlige Abschaffung der U-Boot-Waffe. Trotzdem verbleibe für England mit seiner überaus verwundbaren Hauptstadt die Sorge auf dem Luftgebiet. Vor allem aber in Frankreich errege deutsches Streben nach Defensivaufrüstung eine wahre Panik, und diese französische Furcht vor der deutschen Gefahr sei das eigentliche Hindernis für den Abschluß einer Abrüstungskonvention. Komme es zu keiner Konvention, so werde man unfehlbar in eine Periode des erneuten Wettrüstens hineingeraten und damit zu Zuständen gelangen, die denen der Vorkriegszeit ähnelten und die mithin die Gefahr eines Krieges in sich tragen würden. Er selbst sei von Wahnsinnigkeit eines Krieges in seinem tiefsten Innern überzeugt und habe sich zur Richtlinie gemacht, daß, solange er lebe, England in keinen Krieg mehr verwickelt werden sollte. Dementsprechend werde er alles tun,

um kriegerische Möglichkeiten auszuschließen in der festen Überzeugung, daß ein neuer Krieg den Untergang für alle bedeuten würde. Je länger man aber mit einer Lösung zögere, desto gefährlicher werde Lage werden, da die heranwachsende jüngere Generation die Schrecken des Krieges nicht kenne und seine Nutzlosigkeit wohl nicht so verstehe, wie die Generation der Kriegsteilnehmer. Es laste daher auf den Staatsmännern die verantwortungsschwere Pflicht, die Völker, die selbst sicherlich nicht den Krieg wünschten, auf die Bahn einer wechselseitigen Verständigung zu führen.

Ich entgegnete, Begründung französischer Haltung mit Furcht genüge nicht; es käme dazu, wie zum Beispiel das jüngste Buch Tardieus zeige, der Wunsch Frankreichs, seine Position als Sieger zu wahren und seine Abneigung, mit Deutschland auf gleichem Fuße zu paktieren. Deutsche Regierung und insbesondere Reichskanzler persönlich hätten alles Denkbare getan, um Verständigung mit Frankreich herbeizuführen, wie wiederholter Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Vereinbarung mit Polen erwiesen. In Abrüstungsfrage seien wir mit Italien völlig und mit England nahezu einig, und nur der obstinate Widerstand Frankreichs verhindere immer wieder das Zustandekommen einer Konvention. Auch jetzt bleibe Deutschlands Wunsch nach Verständigung mit Frankreich nach wie vor bestehen, und es sei reine Verbohrtheit, wenn Frankreich in die immer wieder ausgestreckte Hand nicht einschlage. Ich anschloß hieran Hinweis auf die verschiedenen Kundgebungen Reichskanzlers, in denen Friedenswille so überzeugend zum Ausdruck gekommen sei, und betonte, daß deutsche Politik allein darauf hinausgehe, in **Frieden und Gleichberechtigung** das neue Deutschland aufzubauen.

König ableugnete nicht Hartnäckigkeit französischer Regierung, verwies aber dabei auf überaus unbequeme Einstellung französischer öffentlicher Meinung, die von Hetzern wie Pertinax irregeleitet werde. Er sprach auch von der schwierigen innerfranzösischen Situation und schien Lage in Frankreich als recht unsicher und sorgenvoll anzusehen. Zu meinem Erstaunen bezeichnete er General Weygand als ein Element der Vernunft und bemerkte, Weygand habe sich neuerdings in Richtung auf Verständigung orientiert. Er kenne Weygand gut und erwarte im Sommer seinen Besuch in England. Friedenspolitik des Reichskanzlers anerkannte König unumwunden und sprach mit Achtung von deutschem Regierungsoberhaupt, wobei er allerdings beanstandete, daß andere deutsche Stellen gelegentlich in Reden Absichten und Auffassungen kundgäben, die mit Friedenspolitik Kanzlers nicht in Einklang zu bringen seien.

König abschloß Unterredung mit einem erneuten Appell an Deutschland zu verständnisvoller Mitarbeit zum Abschluß einer Abrüstungskonvention, die unter allen Umständen zustandegebracht werden müsse. Ich gewann in Unterredung Eindruck, daß König Deutschland gegenüber verständnisvoll und rechtlich eingestellt ist, daß aber die Sorgen um die aus dem Abrüstungsproblem sich möglicherweise ergebenden Zukunftsgefahren bei ihm augenblicklich alles andere überschatten.

Hoesch

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Mitten zwischen den Abrüstungsverhandlungen ereignete sich ein charakteristisches Zwischenspiel: Die britische Regierung erhob Einspruch gegen das von Deutschland aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen erklärte* ***Transfer-Moratorium hinsichtlich des Dienstes der Dawes- und Young-Anleihe****:* ***England bestand*** *auf den in Versailles erpreßten, später sicherheitshalber "kommerzialisierten" Tributen.*

### *11. Note der britischen Regierung vom 26. April 1934*

Der Botschafter Seiner Majestät empfiehlt sich dem Reichsminister des Auswärtigen und gibt sich die Ehre, im Auftrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Seiner Majestät festzustellen, daß die Regierung Seiner Majestät schwere Bedenken gegen jeden Vorschlag der Anwendung eines Transfer-Moratoriums auf die Dawes- oder Young-Anleihe erheben würde. Diese Anleihen wurden im Einverständnis der beteiligten Regierungen aufgelegt und werden gegenwärtig gemäß den auf der Londoner Konferenz von 1924 und den Konferenzen im Haag und in Paris 1930 getroffenen Vereinbarungen verwaltet. Die Regierung Seiner Majestät vertritt mit Nachdruck die Auffassung, daß in der gegenwärtigen Behandlung dieser Anleihen keinerlei Änderung eintreten sollte. Sir Eric Phipps ist beauftragt, hinzuzufügen, daß - sollte ein Moratorium auf die Reichsanleihen Anwendung finden - hierdurch offensichtlich der Wiederherstellung des deutschen Kredits auf weite Sicht größte Schwierigkeiten bereitet würde. Die Regierung Seiner Majestät hegt die ernsthafte Hoffnung, daß kein derartiger Vorschlag der deutschen verantwortlichen Stellen auf der kommenden Konferenz vorgelegt oder angenommen werden wird.

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Auch nach der französischen Note vom 17. April 1934 tat man in England so, als gehe das Ringen um die Abrüstung weiter. Englische Kirchenführer riefen zur Abrüstung auf. Sie sahen darin "die moralische Verpflichtung gegenüber Deutschland". Nach wie vor sollte die Abrüstung Grundlage einer allgemeinen Verständigung sein. Die eigentliche Aktion aber lag an ganz anderer Stelle. Immer lauter wurden nämlich neben diesen Stimmen andere, die nach einer eigenen Aufrüstung, insbesondere nach einer ausreichenden Luftrüstung verlangten. Die britischen Luftstreitkräfte seien völlig ungenügend für den Heimatschutz, hieß es in der Unterhaussitzung vom 8. März. Derselbe Baldwin, der am 23. April zugab, daß Deutschlands Wunsch nach Verstärkung seiner Luftflotte berechtigt sei, forderte, daß England sich stärker machen müsse. Denn wenn es Sanktionen im Rahmen des Völkerbundes durchführen wolle, müsse es für den Krieg bereit sein. Sanktionen sind Krieg. Am 19. Juli hat Baldwin als Lordpräsident des Rates das Programm der englischen Luftrüstung bekanntgegeben. Am 30. Juli fand darüber die* ***Aussprache im Unterhaus*** *statt. Dabei sprach Baldwin das Wort, Großbritanniens Grenze liege am Rhein.*

### *12. Aus der Unterhausrede des Lordpräsidenten des Rates, Stanley Baldwin, vom 30. Juli 1934*

Wir sind hierzulande allzu sehr geneigt anzunehmen, daß alle Völker von den gleichen Idealen beseelt sind wie wir. Das trifft gegenwärtig nicht zu. Es sind in der Welt Anzeichen für eine Art der Machtausübung vorhanden, die einen Geist atmet, der im Falle seines Erstarkens das Ende alles dessen bedeuten würde, was wir in unserem Lande hochhalten und was in unserem Sinne das Leben lebenswert macht.

Lassen Sie uns niemals folgendes übersehen: Seit die Luft eine Rolle spielt, gibt es die alten Grenzen nicht mehr. Wenn Sie an die Verteidigung Englands denken, dann denken Sie nicht mehr länger an die Kalkfelsen von Dover, Sie denken an den Rhein. Dort liegt unsere Grenze.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 292, Sp. 2339**.
- D: Freund, *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten*, Bd. I, S. 362f.)

*Englands Rückkehr in den Machtkampf der Welt, die mit der noch lange umkämpften Aufrüstung einsetzte, hatte von Anbeginn eine deutschfeindliche Spitze. Die Propaganda stellte die deutsche Rüstung, die deutsche Luftflotte als den Gegner hin, der England zu solchen Lasten nötigte. Seit Mitte des Jahres 1934 trat in England ein Umschlag zu offener Feindschaft gegen Deutschland und eine offene Abkehr von der Abrüstungspolitik ein. England ließ hinfort der französischen Politik in dieser Frage freien Lauf. Der Locarno-Pakt war daher schon im Juli 1934 entwertet und gegenstandslos gemacht. Durch Englands Vermittlung und mit seiner Empfehlung wurde am 12. Juli in Berlin der französische Vorschlag des Ostpaktes überreicht, der nach den Absichten seiner Urheber ein verkapptes französisch-russisches Bündnis gegen Deutschland enthielt. Die Aufrüstungspropaganda wurde lebhafter.*

## *Das Jahr 1935*

*Trotz der im Laufe des Jahres 1934 eingetretenen Wendung zu einer noch betonter deutschfeindlichen Stimmung hatte sich in England aus einflußreichen Persönlichkeiten ein kleiner Kreis, der die Herbeiführung besserer deutsch-englischer Beziehungen anstrebte, gebildet. Der bekannteste Vertreter dieser Gruppe, der inzwischen verstorbene, gewissen Labour-Kreisen nahestehende Lord Allen of Hurtwood, weilte im Januar 1935 zu Besuch in Deutschland und wurde am 25. Januar **vom Führer empfangen**. Außerdem wurden Frontkämpferbesuche ins Auge gefaßt. Am 11. Juni beglückwünschte der Prince of Wales die British Legion, den englischen Frontkämpferverband, zu ihrem Entschluß, eine Delegation nach Deutschland zu entsenden.*

### *13.*
### *Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und Lord Allen of Hurtwood am 25. Januar 1935*

Lord Allen eröffnete das Gespräch, indem er sich für den ihm gewährten Empfang wärmstens bedankte. Er wies darauf hin, daß er keinen offiziellen Besuch in Berlin abstatte und auch nicht im amtlichen Auftrag der englischen Regierung handele. Er habe aber den Auftrag vom englischen Ministerpräsidenten MacDonald erhalten, eine Botschaft des guten Willens zu überbringen. Zwar bestünden in der englischen öffentlichen Meinung noch Zweifel über manche Ereignisse in Deutschland. Es sei aber ein starker Wechsel der Meinungen zugunsten Deutschlands festzustellen. Das Bedauern über die in den letzten zwanzig Jahren begangenen politischen Fehler nehme zu und damit der Wunsch, sich über die noch bestehenden Mißverständnisse zu einigen. Die europäische politische Lage errege insofern große Besorgnis in England, als man mit dem offensichtlichen Bestreben anderer Mächte, eine neuerliche Einkreisung Deutschlands vorzunehmen, nicht einverstanden sei. Um diese Entwicklung aufzuhalten, sei eine Verständigung zwischen England und Deutschland, die später in einer allgemeinen Rüstungsvereinbarung ihren Niederschlag fände, von besonderer Wichtigkeit.

Der Führer und Reichskanzler dankte Lord Allen für seinen Besuch; angesichts des Umstandes, daß aus der englischen Presse ein Bild über die wahren Verhältnisse in Deutschland nicht zu gewinnen sei, bezeichnete er als besonders erfreulich, wenn bedeutende Engländer sich selber von der ruhigen Lage in Deutschland überzeugen. Diese innere Ruhe sei eine Voraussetzung für Deutschlands Wiederaufbau. Deutschland brauche für vierzig bis fünfzig Jahre ungetrübten Frieden; denn der Krieg reiße mehr ein, als was zehn Jahre Frieden aufbauen. Die jetzige Generation habe nicht die Aufgabe, einen neuen Krieg vorzubereiten, sondern die Folgen des Weltkrieges zu liquidieren.

Das deutsche Regime sei auch, ohne sich um äußere politische Erfolge bemühen zu müssen, von großer innerer Stärke. Wenn Deutschland an der Erhaltung des Friedens ebenso interessiert sei wie die anderen Mächte, so sei klar, daß zur Erreichung dieses Zieles Deutschland Anspruch auf vollkommene Gleichberechtigung und Sicherheit seiner Grenzen habe. Zur Förderung des Friedensgedankens in der Welt habe er im Laufe des letzten Jahres zwei wichtige Erklärungen abgegeben: Durch die Vereinbarung mit Polen sei eine allgemeine Beruhigung in Europa eingetreten. Das gleiche müsse man erwarten, nachdem er der französischen Regierung nach der Saarabstimmung wiederholt zu verstehen gegeben habe, daß Deutschland keine territorialen Forderungen irgendwelcher Art mehr an Frankreich zu richten habe. Damit seien alle Voraussetzungen geschaffen, die die Gewähr für eine friedliche Entwicklung in sich schlössen. Die eben erwähnten Erklärungen seien in voller Öffentlichkeit abgegeben worden. Deutschland habe damit selbst vor aller Welt die Gründe zerstört, die in einem Teil der öffentlichen Meinung der Welt als Grundlage der deutschen Revanchelust betrachtet worden seien. Dieser deutsche Beitrag zur europäischen Befriedung sei im Verhältnis zu dem, was andere Nationen nach anderen Kriegen geleistet hätten, größer und bedeutungsvoller.

Deutschland hat niemals die im Vertrag von Versailles zum Ausdruck kommende Auffassung einer eigentümlichen politischen Moral angenommen. Zwar hat sich Deutschland mit dem durch den Vertrag geschaffenen tatsächlichen Zustand abfinden müssen. Es lehnt aber nach wie vor die Bestimmungen des Vertrages ab, die durch die Diskriminierung und ungleiche Behandlung Deutschlands bis jetzt nur eine Quelle der Beunruhigung gewesen sind. Das deutsche Volk habe Jahr für Jahr auf eine Einkehr zu einer besseren Einsicht gewartet. Statt dessen seien bei fast allen unseren Nachbarn größere Rüstungen festzustellen. Besonders zwei Ereignisse erfüllten uns mit Sorge. Zunächst die Tatsache, daß unsere Vorschläge auf dem Gebiet der Abrüstung abgelehnt worden seien, und dann die Tatsache, daß die labilen politischen Verhältnisse in Frankreich einen häufigen Wechsel von Regierungen zur Folge hätten, die ihre innere Schwäche durch außenpolitische Erfolge auszugleichen suchten. Der Völkerbund habe Deutschland das Gefühl der Sicherheit nicht gegeben. Deutschland könne aber nicht darauf warten. Dies solle nicht bedeuten, daß Deutschland jede Zusammenarbeit mit anderen Nationen ablehne. Dagegen sehe Deutschland in dem heutigen System, Kollektivpakte zu schließen, über deren Tragweite sich einzelne Teilnehmer gar nicht im klaren sein könnten, eine große Gefahr für den Frieden Europas.

Der Führer und Reichskanzler erläuterte diesen Gedanken an dem Beispiel des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen.

Deutschland sei jederzeit bereit, eine Rüstungsvereinbarung mit England abzuschließen. Auf maritimem Gebiet habe Deutschland keinerlei Ehrgeiz, mit England in Wettbewerb zu treten. Es sei daher bereit, sich in einer derartigen Vereinbarung auf etwa **35 Prozent der englischen Flottenrüstung** zu beschränken. Selbstverständlich verlange Deutschland die Gleichberechtigung in der Luft, sei aber jederzeit zu einem Abkommen mit England über die Parität der Luftrüstung im Verhältnis zur stärksten kontinentalen Luftmacht bereit. Die deutsche Rüstung zu Lande würde für England niemals eine Bedrohung sein.

Das bisherige Verfahren, um zu einer Rüstungsvereinbarung zu gelangen, sei völlig hoffnungs- und aussichtslos. Es handele sich jetzt darum, einen Kristallisationspunkt zu finden, von dem eine neue Initiative ausgehen könne. Diese sähe er in einer Rüstungsvereinbarung, die zunächst zwischen England und Deutschland geschlossen würde.

Lord Allen bemerkte zu diesen Äußerungen, die der Führer und Reichskanzler selbst nicht als Vorschläge, sondern als politische Gedanken bezeichnete, daß England zweifellos nicht davon abgehen könne, sich mit den anderen Nationen zu beraten, bevor es eine derartige Rüstungsvereinbarung mit Deutschland abschließe.

Der Führer und Reichskanzler erwiderte, daß eine solche Konsultation wenig Erfolg haben würde, da die anderen Nationen eben nicht bereit seien, von ihrem Rüstungsstand abzugehen.

Auf die Frage Lord Allens, ob die deutsch-englische Rüstungsvereinbarung etwa auch die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung einschließen könnte, erwiderte der Führer und Reichskanzler, daß dies keinesfalls in Frage käme. Die Vereinbarung solle lediglich die Begrenzung der Bewaffnung zum Ziele haben. Ihr Zweck sei, einen allgemeinen Wettlauf in der europäischen Aufrüstung zu verhindern. Die Folge eines solchen Abkommens würde voraussichtlich zunächst sein, daß Italien sich der Vereinbarung anschließe. In dieser Lage würde auch Frankreich schließlich nichts anderes übrigbleiben, als sich zu fügen.

Lord Allen betonte noch einmal den Wunsch zur Verständigung mit Deutschland. Gleichzeitig habe aber die englische Regierung ein großes Interesse an regelmäßiger Zusammenarbeit mit anderen Nationen. Der Reichskanzler habe in der letzten Zeit wiederholt den Anspruch auf Gleichberechtigung öffentlich formuliert. Er, Lord Allen, glaube, daß die englische öffentliche Meinung und damit gleichzeitig die englische Regierung vorteilhaft darauf reagieren würden, wenn der Reichskanzler bei einer sich bietenden Gelegenheit eine Erklärung abgebe, in der er sich sowohl zur Zusammenarbeit mit Europa bereit erkläre als auch seine Stellungnahme dazu präzisieren würde, wie Deutschland sich verhalten werde, wenn ihm die Gleichberechtigung gewährt worden sei.

Der Führer und Reichskanzler entgegnete hierauf, daß es für ihn nicht leicht sei, eine solche Erklärung abzugeben, da Deutschland seit Dezember 1932 schlechte Erfahrungen gemacht habe. Die französische Presse fange schon jetzt an, Bedingungen an die Gewährung der Gleichberechtigung zu knüpfen. Auf derartige Bedingungen werde sich Deutschland niemals einlassen. Teil V des **Vertrages von Versailles** müsse ein für allemal gelöscht werden. Deutschland würde aber niemals zustimmen, daß an die Stelle dieses Abschnitts des Friedensvertrags ein neues Statut träte, durch das Deutschland neue Bedingungen auferlegt würden. Was Deutschland freiwillig unterschreibe, werde es auch stets halten. Sobald er darüber Gewißheit habe, daß ein derartiges neues Statut nicht beabsichtigt sei, werde er auch zu der von Lord Allen als erwünscht bezeichneten Erklärung bereit sein.

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*An der Jahreswende 1934/35 ließ sich Englands Politik Deutschland gegenüber etwa dahin charakterisieren: England erstrebte Deutschlands Einordnung in ein festes System, das Deutschland der Möglichkeit unliebsamen selbständigen Vorgehens berauben sollte. Es sollte durch Beitritt zu entsprechenden Pakten und Abmachungen einen Beweis seines Friedenswillens geben. Der Ostpakt, die Rückkehr in den Völkerbund und auch die Abrüstungsfrage wurden in diesem Zusammenhang wieder erörtert. Die letztere hatte Baldwin durch eine Rede im Unterhaus vom 28. November 1934 neuerdings angeregt. Er nannte zwar die deutschen Rüstungen die wichtigste Quelle der Beunruhigung; sie seien aber nun einmal eine Tatsache, und es sei notwendig, Klarheit über Deutschlands Absichten und Pläne zu erhalten. Zu diesem Zwecke müßten die Verhandlungen zwischen den Mächten wieder aufgenommen werden.*

*Man konnte also auch in England nicht länger umhin, den deutschen Standpunkt anzuerkennen: Abschnitt V des **Versailler Vertrags** war tot, eine neue Regelung unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands mußte an seine Stelle treten.*

*Im Januar 1935 kamen englisch-französische Besprechungen wieder in Gang und führten zu der Londoner Erklärung vom 3. Februar 1935. Eine allgemeine Regelung der Rüstungsfrage wurde ins*

*Auge gefaßt. Aber gemäß der französischen These wurde auch der "Organisation der Sicherheit" gedacht und dabei an den Ostpakt erinnert. Deutschland sollte ferner in den Völkerbund zurückkehren. Endlich wurde von der Möglichkeit eines Luftpaktes zwischen Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien, den fünf Locarno-Partnern, gesprochen. Auch diesmal kam der Führer den andern entgegen. Im Interesse des Friedens wollte Deutschland gemeinsam mit den Mächten prüfen, wie sich die Gefahr eines Wettrüstens vermeiden ließe. Es hieß in der deutschen Antwort vom 14. Februar 1935, daß "nur der in der britisch-französischen Verlautbarung zum Ausdruck kommende Geist freier Vereinbarung zwischen souveränen Staaten zu dauerhaften internationalen Regelungen auf dem Gebiete der Rüstungen führen kann". Deutschland stimmte auch einem Luftpakt zu. Die Atmosphäre schien sich zu reinigen. Am 13. Januar 1935 hatte die Saarabstimmung jenen eindeutigen deutschen Sieg gebracht, vor dem sich auch die französische Regierung loyal beugte. Nunmehr waren nach dem Worte des Führers alle territorialen Streitfragen zwischen Deutschland und Frankreich erledigt.*

*Dennoch nahmen die schon in Gang gekommenen Abrüstungsverhandlungen eine ungünstige Wendung. Die englische Regierung, die sie angeregt hatte, hat sie auch sabotiert. Die neue Rüstungsvorlage, die sie am 11. März 1935 im Parlament einbrachte, wurde mit einem **Weißbuch** begründet, in dem Deutschland der Bedrohung des Weltfriedens und des Bruchs des Versailler Vertrages bezichtigt wurde. Unter Bezug auf eine in Deutschland vor sich gehende Aufrüstung wurden eigene Rüstungsverstärkungen und ein Umbau aller englischen Streitkräfte zu Wasser, Land und in der Luft angekündigt. England hatte eine vollzogene Tatsache geschaffen, ehe es noch zu irgendwelchen Verhandlungen hatte kommen können.*

## *14.*<br>*Aus dem britischen Rüstungs-Weißbuch vom 1. März 1935*

### Teil III

**8.** Die Lage war Mitte vorigen Sommers wie folgt:

**(1)** Die Abrüstungskonferenz war dem Wesen nach zum Stillstand gekommen. Es war offensichtlich, daß weitere Verhandlungen durch die Tatsache gehemmt werden würden, daß Deutschland nicht nur entgegen den Bestimmungen des Teils V des **Versailler Vertrages** offen in großem Maßstab aufrüstete, sondern auch seinen Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz erklärt hatte. Auch Japan hatte seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt. Alle größeren Mächte, außer dem Vereinigten Königreich, vermehrten ihre Rüstungen.

**(2)** Ins einzelne gehende, sorgfältige Untersuchungen wurden über die ernsten Mängel unserer Verteidigungsstreitkräfte und -mittel angestellt. Es wurde festgestellt, daß Land und Empire sich nicht mehr in einem angemessenen Verteidigungszustande befänden, wenn nicht ein Programm in Angriff genommen würde, das sie neu ordnete und modernisierte. Sollte daher trotz aller unserer Bemühungen, Frieden zu halten, ein gegen uns gerichteter Angriff stattfinden, so würden wir nicht in der Lage sein, unsere Seeverkehrswege, die Ernährung unserer Bevölkerung oder die Verteidigung unserer wichtigsten Städte und ihrer Einwohner gegen Luftangriffe zu sichern. Überdies liegt der große Wert des Vertrages von Locarno für unser Land in seiner abschreckenden Wirkung auf etwaige Angreifer. Diese wird aber wesentlich abgeschwächt durch die von allen Signataren geteilte Erkenntnis, daß, falls unsere Verpflichtung klar ist, unsere Mitwirkung doch nur wenig entscheidende Wirkung haben kann. Die gleiche Erwägung würde natürlich auch auf jedes andere System gemeinsamer Sicherheit anzuwenden sein, dem wir angehören würden.

**9.** Unter obigen Umständen war sich die Regierung Seiner Majestät bewußt, daß sie ihrer Verantwortung nicht gerecht werden würde, wenn sie, bei uneingeschränkter Fortführung ihrer

Bemühungen um den Frieden durch Beschränkung der Rüstungen, die Einleitung von Schritten verzögerte, die unsere eigenen Rüstungen instand setzen, uns gegen mögliche Gefahren zu schützen. Ein koordiniertes Programm für den Neuaufbau unserer Verteidigungsstreitkräfte und -mittel wurde aufgestellt. Für die Flotte (deren Stärke vertraglich begrenzt ist) und das Heer umfaßte dieses Programm in der Hauptsache die Behebung der technischen Mängel und die Beschaffung moderner Ausrüstungen, geeigneter Mannschaften und Reserven an Kriegsmaterial, ohne die unsere Streitkräfte unsere Lebensinteressen gegen einen Angreifer nicht verteidigen und an keinem System gemeinschaftlicher Sicherheit mitarbeiten könnten.

**10.** Bei den Königlichen Luftstreitkräften allein erschien eine merkliche Verstärkung der Einheiten unmittelbar erforderlich. Aus diesem Grunde wurde sie am 19. Juli 1934 im Parlament angekündigt, am 30. Juli im Unterhause und am 14. November im Oberhause verhandelt. Verstärkungen werden bei der von der Armee gestellten Flugzeugabwehr ebenfalls notwendig sein.

**11.** Am 28. November 1934 lenkte die Regierung Seiner Majestät die allgemeine Aufmerksamkeit auf die in Deutschland vor sich gehende Aufrüstung und kündigte eine Beschleunigung der bereits beschlossenen Verstärkung der Luftwaffe an. Das Vorgehen der Regierung Seiner Majestät schloß natürlich keine Billigung eines Bruches des Versailler Vertrages in sich. Er stellte nur in der Form eines ersten Schrittes vor der Öffentlichkeit fest, was als Tatsache bekanntgeworden war.

**12.** Wenn diese Aufrüstung in ihrem gegenwärtigen Umfange unvermindert und unkontrolliert fortgesetzt wird, so wird sie die bereits bestehende Besorgnis der Nachbarn Deutschlands verstärken und kann in der Folge eine den Frieden gefährdende Lage verursachen. Die Regierung Seiner Majestät hat die Erklärungen der deutschen Führer, daß sie den Frieden wünschen, zur Kenntnis genommen und begrüßt. Sie kann aber auch nicht umhin zu erkennen, daß nicht nur die Kräfte, sondern auch der Geist, in dem die Bevölkerung und vor allem die Jugend des Landes organisiert werden, das allgemeine Gefühl der Unsicherheit, das unbestreitbar bereits entstanden ist, beeinflußt und bestärkt. Auch beschränkt sich die Erhöhung der Rüstungen nicht auf Deutschland. Auf der ganzen Welt, in Rußland, Japan, den Vereinigten Staaten von Amerika und überall wird aufgerüstet. Wir konnten es uns nicht erlauben, über all diese Verstärkungen hinwegzusehen und mußten deshalb beginnen, unsere Mängel auszugleichen. Wir waren aber bemüht, die Vorkehrungen für die notwendige Verteidigung nicht in ein Wettrennen um die Rüstungsstärke ausarten zu lassen.

(E: Cmd. 4827. - D. Schwendemann: *Abrüstung und Sicherheit*. Bd. II, S. 648ff.)

*Bereits am 1. März 1935 hatte auch Frankreich neue Rüstungsmaßnahmen getroffen. Die Regierung legte ein neues Wehrgesetz vor. Am 15. März 1935 wurde in der Kammer die Debatte über das Gesetz zur Verlängerung der Dienstzeit durch eine Regierungserklärung eingeleitet. Auch diese praktische Verdoppelung des französischen Heeres war gegen Deutschland gerichtet. An England und Frankreich sind daher die beabsichtigten Verhandlungen gescheitert. Deutschland hat dieses Verhalten am 16. März 1935 mit der* ***Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht*** *beantwortet. Gleichzeitig legte die Reichsregierung dem deutschen Volke in einem Aufruf die deutsche Entwaffnung und den Kampf um Gleichberechtigung dar.*

## *15.*
## *Aufruf der Reichsregierung vom 16. März 1935 zur Wiederherstellung der deutschen Wehrfreiheit*

An das deutsche Volk!

Als im November 1918 das deutsche Volk - vertrauend auf die in den **Vierzehn Punkten Wilsons** gegebenen Zusicherungen - nach viereinhalbjährigem ruhmvollem Widerstand **in einem Kriege, dessen Ausbruch es nie gewollt hatte**, die Waffen streckte, glaubte es nicht nur der gequälten Menschheit, sondern auch einer großen Idee an sich einen Dienst erwiesen zu haben. Selbst am schwersten leidend unter den Folgen dieses wahnsinnigen Kampfes, griffen die Millionen unseres Volkes gläubig nach dem Gedanken einer Neugestaltung der Völkerbeziehungen, die durch die Abschaffung der Geheimnisse diplomatischer Kabinettspolitik einerseits sowie der schrecklichen Mittel des Krieges andererseits veredelt werden sollten. Die geschichtlich härtesten Folgen einer Niederlage erschienen vielen Deutschen damit geradezu als notwendige Opfer, um einmal für immer die Welt von ähnlichen Schrecknissen zu erlösen.

Die Idee des Völkerbundes hat vielleicht in keiner Nation eine heißere Zustimmung erweckt als in der von allem irdischen Glück verlassenen deutschen. Nur so war es verständlich, daß die in manchem geradezu sinnlosen Bedingungen der Zerstörung jeder Wehrvoraussetzung und Wehrmöglichkeit im deutschen Volke nicht nur angenommen, sondern von ihm auch erfüllt worden sind. Das deutsche Volk und insonderheit seine damaligen Regierungen waren überzeugt, daß durch die Erfüllung der im **Versailler Vertrag** vorgeschriebenen Entwaffnungsbestimmungen entsprechend der Verheißung dieses Vertrages der Beginn einer internationalen allgemeinen Abrüstung eingeleitet und garantiert sein würde. Denn nur in einer solchen zweiseitigen Erfüllung dieser gestellten Aufgabe des Vertrages konnte die moralische und vernünftige Berechtigung für eine Forderung liegen, die, einseitig auferlegt und durchgeführt, zu einer ewigen Diskriminierung und damit Minderwertigkeitserklärung einer großen Nation werden mußte. Damit aber konnte ein solcher Friedensvertrag niemals die Voraussetzung für eine wahrhaft innere Aussöhnung der Völker und eine dadurch herbeigeführte Befriedung der Welt, sondern nur für die Aufrichtung eines ewig weiterzehrenden Hasses sein.

Deutschland hat die ihm auferlegten Abrüstungsverpflichtungen nach den Feststellungen der Interalliierten Kontrollkommission erfüllt.

Folgendes waren die von dieser Kommission bestätigten Arbeiten der Zerstörung der deutschen Wehrkraft und ihrer Mittel:

**A. Heer**

| | |
|---:|---|
| 59 897 | Geschütze und Rohre, |
| 130 558 | Maschinengewehre, |
| 31 470 | Minenwerfer und Rohre, |
| 6 007 000 | Gewehre und Karabiner, |
| 243 937 | M.G.-Läufe, |
| 28 001 | Lafetten, |
| 4 390 | M.W.-Lafetten, |
| 38 750 000 | Geschosse, |
| 16 550 000 | Hand- und Gewehrgranaten, |
| 60 400 000 | scharfe Zünder, |
| 491 000 000 | Handwaffenmunition, |
| 335 000 | Tonnen Geschoßhülsen, |
| 23 515 | Tonnen Kartusch-Patronenhülsen, |
| 37 600 | Tonnen Pulver, |
| 79 500 | Munitionsleeren, |
| 212 000 | Fernsprecher, |
| 1 072 | Flammenwerfer, |
| 31 | Panzerzüge, |
| 59 | Tanks, |

1 762 Beobachtungswagen,
8 982 drahtlose Stationen,
1 240 Feldbäckereien,
2 199 Pontons,
981,7 Tonnen Ausrüstungsstücke für Soldaten,
8 230 350 Satz Ausrüstungsstücke für Soldaten,
7 300 Pistolen und Revolver,
180 M.G.-Schlitten,
21 fahrbare Werkstätten,
12 Flak-Geschützwagen,
11 Protzen,
64 000 Stahlhelme,
174 000 Gasmasken,
2 500 Maschinen der ehemaligen Kriegsindustrie,
8 000 Gewehrläufe.

**B. Luft**

15 714 Jagd- und Bombenflugzeuge,
27 757 Flugzeugmotoren.

**C. Marine**

Zerstörtes, abgewracktes, versenktesoder ausgeliefertes Kriegsmaterial der Marine:

26 Großkampfschiffe,
4 Küstenpanzer,
4 Panzerkreuzer,
19 kleine Kreuzer,
21 Schul- und Spezialschiffe,
83 Torpedoboote,
315 U-Boote.

**Bemerkungen zu A und B:**

Ferner unterlagen der Zerstörungspflicht: Fahrzeuge aller Art, Gaskampf- und zum Teil Gasschutzmittel, Treib- und Sprengmittel, Scheinwerfer, Visiereinrichtungen, Entfernungs- und Schallmeßgeräte, optische Geräte aller Art, Pferdegeschirr, Schmalspurgerät, Felddruckereien, Feldküchen, Werkstätten, Hieb- und Stichwaffen, Stahlhelme, Munitionstransportmaterial, Normal- und Spezialmaschinen der Kriegsindustrie sowie Einspannvorrichtungen, Zeichnungen dazu, Flugzeug- und Luftschiffhallen usw.

Nach dieser geschichtlich beispiellosen Erfüllung eines Vertrages hatte das deutsche Volk ein Anrecht, die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen auch von der anderen Seite zu erwarten.

Denn:

1. Deutschland hatte abgerüstet.
2. Im **Friedensvertrag** war ausdrücklich gefordert worden, daß Deutschland abgerüstet werden müsse, um damit die Voraussetzung für eine allgemeine Abrüstung zu schaffen, d. h. es war damit behauptet, daß nur in Deutschlands Rüstung allein die Begründung für die Rüstung der anderen Länder läge.
3. Das deutsche Volk war sowohl in seinen Regierungen als auch in seinen Parteien damals von einer Gesinnung erfüllt, die den pazifistisch-demokratischen Idealendes Völkerbundes und seiner Gründer restlos entsprach. Während aber Deutschland als die eine Seite der

> Vertragschließenden seine Verpflichtungen erfüllt hatte, unterblieb die Einlösung der Verpflichtung der zweiten Vertragsseite. Das heißt: Die Hohen Vertragschließenden der ehemaligen Siegerstaaten haben sich einseitig von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages gelöst!

Allein nicht genügend, daß jede Abrüstung in einem irgendwie mit der deutschen Waffenzerstörung vergleichbaren Maße unterblieb, nein: es trat nicht einmal ein Stillstand der Rüstungen ein, ja im Gegenteil, es wurde endlich die Aufrüstung einer ganzen Reihe von Staaten offensichtlich. Was im Kriege an neuen Zerstörungsmaschinen erfunden wurde, erhielt nunmehr im Frieden in methodisch-wissenschaftlicher Arbeit die letzte Vollendung. Auf dem Gebiet der Schaffung mächtiger Landpanzer sowohl als neuer Kampf- und Bombenmaschinen fanden ununterbrochene und schreckliche Verbesserungen statt. Neue Riesengeschütze wurden konstruiert, neue Spreng-, Brand- und Gasbomben entwickelt.

Die Welt aber hallte seitdem wider von Kriegsgeschrei, als ob niemals ein **Weltkrieg** gewesen und ein **Versailler Vertrag** geschlossen worden wäre.

Inmitten dieser hochgerüsteten und sich immer mehr der modernsten motorisierten Kräfte bedienenden Kriegsstaaten war Deutschland ein machtmäßig leerer Raum, jeder Drohung und jeder Bedrohung jedes einzelnen wehrlos ausgeliefert. Das deutsche Volk erinnert sich des **Unglücks und Leides von fünfzehn Jahren wirtschaftlicher Verelendung, politischer und moralischer Demütigung**.

Es war daher verständlich, wenn Deutschland laut auf die Einlösung des Versprechens auf Abrüstung der anderen Staaten zu drängen begann. Denn dieses ist klar:

Einen hundertjährigen Frieden würde die Welt nicht nur ertragen, sondern er müßte ihr von unermeßlichem Segen sein. Eine hundertjährige Zerreißung in Sieger und Besiegte aber erträgt sie nicht.

Die Empfindung über die moralische Berechtigung und Notwendigkeit einer internationalen Abrüstung war aber nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb vieler anderer Völker lebendig. Aus dem Drängen dieser Kräfte entstanden die Versuche, auf dem Wege von Konferenzen eine Rüstungsverminderung und damit eine internationale allgemeine Angleichung auf niederem Niveau in die Wege leiten zu wollen.

So entstanden die ersten Vorschläge internationaler Rüstungsabkommen, von denen wir als bedeutungsvollen den Plan MacDonalds in Erinnerung haben.

Deutschland war bereit, diesen Plan anzunehmen und zur Grundlage von abzuschließenden Vereinbarungen zu machen.

Er scheiterte an der Ablehnung durch andere Staaten und wurde endlich preisgegeben. Da unter solchen Umständen die dem deutschen Volke und Reiche in der Dezember-Erklärung 1932 feierlich zugesicherte Gleichberechtigung keine Verwirklichung fand, sah sich die neue Deutsche Reichsregierung als Wahrerin der Ehre und der Lebensrechte des deutschen Volkes außerstande, noch weiterhin an solchen Konferenzen teilzunehmen oder dem Völkerbund anzugehören.

Allein auch nach dem Verlassen Genfs war die Deutsche Regierung dennoch bereit, nicht nur Vorschläge anderer Staaten zu überprüfen, **sondern auch eigene praktische Vorschläge zu machen**. Sie übernahm dabei die von den anderen Staaten selbst geprägte Auffassung, daß die Schaffung kurzdienender Armeen für die Zwecke des Angriffs ungeeignet und damit für die

friedliche Verteidigung anzuempfehlen sei.

Sie war daher bereit, die langdienende Reichswehr nach dem Wunsche der anderen Staaten in eine kurzdienende Armee zu verwandeln. Ihre Vorschläge vom Winter 1933/34 waren praktische und durchführbare. Ihre Ablehnung sowohl als die endgültige Ablehnung der ähnlich gedachten italienischen und englischen Entwürfe ließen aber darauf schließen, daß die Geneigtheit zu einer nachträglichen sinngemäßen Erfüllung der Versailler Abrüstungsbestimmungen auf der anderen Seite der Vertragspartner nicht mehr bestand.

Unter diesen Umständen sah sich die Deutsche Regierung veranlaßt, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu treffen, die eine Beendigung des ebenso unwürdigen wie letzten Endes bedrohlichen Zustandes der ohnmächtigen Wehrlosigkeit eines großen Volkes und Reiches gewährleisten konnten.

Sie ging dabei von denselben Erwägungen aus, denen Minister Baldwin in seiner letzten Rede so wahren Ausdruck verlieh:

"Ein Land, das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu seiner eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische noch materielle Macht."

Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige moralische und materielle Macht; es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können!

Sie hat daher auch weiterhin getan, was in ihren Kräften stand und zur **Förderung des Friedens** dienen konnte:

1. Sie hat all ihren Nachbarstaaten schon vor langer Frist den Abschluß von Nichtangriffspakten angetragen.
2. Sie hat mit ihrem östlichen Nachbarstaat eine vertragliche Regelung gesucht und gefunden, die dank des großen entgegenkommenden Verständnisses, wie sie hofft, für immer die bedrohliche Atmosphäre, die sie bei ihrer Machtübernahme vorfand, entgiftet hat und zu einer dauernden Verständigung und Freundschaft der beiden Völker führen wird.
3. Sie hat endlich Frankreich die feierliche Versicherung gegeben, daß Deutschland nach der erfolgten Regelung der Saarfrage nunmehr keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich stellen oder erheben wird. **[Scriptorium merkt an: = Verzicht auf Elsaß-Lothringen!]** Sie glaubt damit, in einer geschichtlich seltenen Form die Voraussetzung für die Beendigung eines jahrhundertelangen Streites zwischen zwei großen Nationen durch ein schweres politisches und sachliches Opfer geschaffen zu haben.

Die Deutsche Regierung muß aber zu ihrem Bedauern ersehen, daß seit Monaten eine sich fortgesetzt steigernde Aufrüstung der übrigen Welt stattfindet. Sie sieht in der Schaffung einer sowjetrussischen Armee von 101 Divisionen, d. h. 960 000 Mann zugegebener Friedenspräsenzstärke, ein Element, das bei der Abfassung des **Versailler Vertrages** nicht geahnt werden konnte.

Sie sieht in der Forcierung ähnlicher Maßnahmen in anderen Staaten weitere Beweise der Ablehnung der seinerzeit proklamierten Abrüstungsidee. Es liegt der Deutschen Regierung fern, gegen irgendeinen Staat einen Vorwurf erheben zu wollen. Allein, sie muß heute feststellen, daß durch die nunmehr beschlossene Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich die gedanklichen Grundlagen der Schaffung kurzdienender Verteidigungsarmeen zugunsten einer

langdienenden Organisation aufgegeben worden sind.

Dies war aber mit ein Argument für die seinerzeit von Deutschland geforderte Preisgabe seiner Reichswehr!

Die Deutsche Regierung empfindet es unter diesen Umständen als eine Unmöglichkeit, die für die Sicherheit des Reiches notwendigen Maßnahmen noch länger auszusetzen oder gar vor der Kenntnis der Mitwelt zu verbergen.

Wenn sie daher dem in der Rede des englischen Ministers Baldwin am 28. November 1934 ausgesprochenen Wunsch nach einer Aufhellung der deutschen Absichten nunmehr entspricht, dann geschieht es:

1. um dem deutschen Volk die Überzeugung und den anderen Staaten die Kenntnis zu geben, daß die Wahrung der Ehre und Sicherheit des Deutschen Reiches von jetzt ab wieder der eigenen Kraft der Deutschen Nation anvertraut wird;
2. aber, um durch die Fixierung des Umfanges der deutschen Maßnahmen jene Behauptungen zu entkräften, die dem deutschen Volke das Streben nach einer militärischen Hegemoniestellung in Europa unterschieben wollen.

Was die Deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der Deutschen Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur für die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als eines Mitgaranten des allgemeinen Friedens erforderlich sind.

Denn in dieser Stunde erneuert die Deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinausgehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs, vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.

Die Deutsche Reichsregierung drückt dabei die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es dem damit wieder zu seiner Ehre zurückfindenden deutschen Volke in unabhängiger gleicher Berechtigung vergönnt sein möge, seinen Beitrag zu leisten zur Befriedung der Welt in einer freien und offenen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen und ihren Regierungen.

(*Reichsgesetzblatt*, 1935, Teil I, Nr. 28.)

*Mit ruhiger Entschlossenheit hat der Führer das deutsche Volk durch die internationale Krise gesteuert, die der deutsche Schritt vom 16. März 1935 zur Folge hatte. Die Mächte erhoben Einspruch, jedoch kam es nicht zu einem gemeinsamen Schritt.* ***Auch hier ging England wieder voran.***

## *16.*
## *Protestnote der britischen Regierung vom 18. März 1935 gegen die Einführung der Wehrpflicht*

**1.** Ich beehre mich, Ihnen im Auftrage des Königlichen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen, daß sich die Königliche Regierung in dem Vereinigten Königreich

genötigt sieht, der Deutschen Regierung ihren Protest gegen die von ihr am 16. März verkündete Entscheidung zu übermitteln, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und den Friedensrahmen des deutschen Heeres auf 36 Divisionen zu erhöhen. Nach der Bekanntgabe über eine deutsche Luftmacht ist eine solche Erklärung ein weiteres Beispiel für eine einseitige Aktion, die, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, geeignet ist, die Unruhe in Europa in ernster Weise zu erhöhen. Der Vorschlag einer englisch-deutschen Zusammenkunft, die in einer Woche stattfinden sollte, ergab sich aus dem Inhalt der englisch-französischen Mitteilung vom 3. Februar und der deutschen Antwort vom 14. Februar, die durch weitere Besprechungen zwischen der Königlichen Regierung und der Deutschen Regierung ergänzt worden sind. Die Königliche Regierung hält es für notwendig, auf den Inhalt dieses Dokumentes besonders hinzuweisen.

**2.** Die Londoner Mitteilung vom 3. Februar stellte einerseits fest, daß vertraglich begrenzte Rüstungen nicht durch einseitige Aktion abgeändert werden können, erklärte aber andererseits, daß die Britische und die Französische Regierung zu einer allgemeinen Regelung geneigt seien, über die zwischen Deutschland und den anderen Mächten frei verhandelt werden solle. Diese allgemeine Regelung sollte über die Organisation der Sicherheit in Europa nach den in der Mitteilung angegebenen Richtlinien Bestimmungen treffen und gleichzeitig Rüstungsvereinbarungen festlegen, die für Deutschland die einschlägigen Bestimmungen des Teiles V des **Versailler Vertrages** ersetzen sollten. Die Mitteilung führte weiter aus, es sei als Teil der ins Auge gefaßten allgemeinen Regelung anzusehen, daß Deutschland seine aktive Mitgliedschaft im Völkerbund wieder aufnehme, und skizzierte schließlich den Inhalt eines Luftpaktes zwischen den Locarnomächten, der als Abschreckungsmittel gegen Angriffe wirken und Sicherheit vor plötzlichen Luftüberfällen gewährleisten sollte.

**3.** Die Antwort der Deutschen Regierung zehn Tage später begrüßte den Geist freundschaftlichen Vertrauens, den die englisch-französische Mitteilung zum Ausdruck brachte, und stellte in Aussicht, daß die Deutsche Regierung die in dem ersten Teil der Londoner Mitteilung enthaltenen Fragen einer eingehenden Prüfung unterziehen werde, ferner die Zustimmung, daß der in der Mitteilung zum Ausdruck gebrachte Geist freier Verhandlungen zwischen souveränen Staaten allein zu dauerhaften internationalen Regelungen auf dem Gebiet der Rüstungen führen könne. Im besonderen begrüßte sie den Vorschlag über einen Luftpakt. Die deutsche Antwort endete mit der Erklärung, daß die Deutsche Regierung es vor Eingehen auf die vorgeschlagenen Verhandlungen für erwünscht halte, in besonderen Besprechungen mit den in Frage kommenden Regierungen eine Anzahl von grundsätzlichen Vorfragen zu klären. Zu diesem Zweck lud sie die Königliche Regierung ein, mit der Deutschen Regierung in einen unmittelbaren Gedankenaustausch einzutreten.

**4.** Da die Königliche Regierung sich vergewissern wollte, daß hinsichtlich des Umfanges und des Zweckes der vorgeschlagenen englisch-deutschen Unterhaltung kein Mißverständnis bestehe, richtete sie am 21. Februar an die Deutsche Regierung eine weitere Anfrage, auf die diese am folgenden Tage antwortete. Das Ergebnis war eine endgültige Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen, daß der Zweck der beabsichtigten Zusammenkunft sein sollte, die Unterhaltung über alle in der englisch-französischen Mitteilung behandelten Fragen ein Stück weiter zu führen. Auf dieser Basis hat sich die Königliche Regierung darauf vorbereitet, den von der Deutschen Regierung vorgeschlagenen Besuch in Berlin auszuführen.

**5.** Was ins Auge gefaßt war, waren also "eine allgemeine, frei zwischen Deutschland und den anderen Mächten zu treffende Regelung" und "Vereinbarungen über Rüstungen, die für Deutschland die Bestimmungen im Teil V des Versailler Vertrages ersetzen sollten". Dies ist stets das Ziel der Politik der Königlichen Regierung gewesen, und auf die Erreichung dieses Zieles hat sie alle Bemühungen in Genf und sonstwo gerichtet. Aber das Zustandekommen einer umfassenden Einigung, die auf Grund allgemeiner Übereinstimmung an die Stelle der Vertragsbestimmungen

treten soll, kann nicht erleichtert werden, wenn man jetzt als eine bereits getroffene Entscheidung Heerespersonalstärken bekannt gibt, die alle seither in Vorschlag gebrachten erheblich überschreiten - überdies Stärken, die, falls sie unverändert aufrechterhalten werden, die Einigung mit anderen ebenfalls stark beteiligten Mächten schwieriger, wenn nicht unmöglich machen müssen.

**6.** Die Königliche Regierung wünscht keineswegs, die durch den vorbereiteten Besuch etwa geschaffene Gelegenheit, ein Einvernehmen zu fördern, ungenutzt vorübergehen zu lassen. Aber unter den neugeschaffenen Umständen hält sie es vor der Ausführung dieses Besuches für nötig, die Deutsche Regierung auf die obigen Gesichtspunkte aufmerksam zu machen. Sie wünscht, darüber Gewißheit zu haben, daß der Deutschen Regierung das Zustandekommen des Besuches mit dem Umfang und Ziel der Unterhaltung, wie früher verabredet, so wie es oben im Abs. 4 ausgeführt ist, noch erwünscht ist.

(E: Cmd. 4848. - D: Berber, *Locarno*. S. 99ff.)

*Die britische Anfrage, ob die Reichsregierung zu weiteren Verhandlungen bereit sei, wurde bejaht. Der Außenminister Sir John Simon hat sich auch in der Unterhausdebatte vom 21. März 1935 mit einer Verwahrung begnügt. Die kriegsgefährliche Verschärfung der Lage erfolgte durch den Schritt der französischen Regierung, die am 20. März 1935 den Völkerbund anrief, um hier die Anklage gegen den "Vertragsbrüchigen" zu erheben und ihn aburteilen zu lassen. Aber auf der Pariser Besprechung der drei Westmächte vom 23. März 1935, auf der für den 11. April 1935 die Konferenz in Stresa beschlossen wurde, beharrte die englische Regierung auf ihrem Entschluß, erst die Informationsreise der beiden englischen Minister nach Berlin, die schon vor dem 16. März 1935 verabredet war, durchzuführen, ehe ein weiterer Schritt erfolgte.*

*Am 25. und 26. März 1935 waren der englische Außenminister Sir John Simon und der Lordsiegelbewahrer Eden in Berlin, während der Pressesturm noch mit unverminderter Stärke weitertobte. In Gegenwart des Führers fanden die Besprechungen statt. Nach dem am 26. März 1935 ausgegebenen Kommuniqué fanden sie in "offenster und freundschaftlichster Form" statt und führten zu einer "vollständigen Klarstellung der beiderseitigen Auffassungen". Die Gesamtheit der europäischen Probleme: Abrüstung, Luftpakt, allgemeiner Konsultativpakt, wurden besprochen. Die Reichsregierung hatte bereits in ihrem Kommuniqué vom 10. September 1934 den Beitritt zum Ostpakt aus naheliegenden Gründen abgelehnt. Dabei blieb es. Sie war aber zu jeder Art internationaler Zusammenarbeit bereit, die den Frieden Europas sichern und festigen könnte. Darum sprach sie sich auch positiv für den ins Auge gefaßten Luftpakt aus. Sir John Simon konstatierte in seiner Erklärung vor dem Unterhause vom 28. März 1935, daß die Besprechungen "beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen" ergeben hätten. In seiner* ***Unterhausrede vom 9. April 1935*** *berichtete er über die Absichten der deutschen Politik der Freiheit, Ehre und Gleichberechtigung, in der vom 10. April 1935 über die Ansichten der europäischen Regierungen, die Eden inzwischen in Moskau, Warschau und Prag festgestellt hatte.*

## *17.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Sir John Simon vom 9. April 1935 über das Ergebnis seiner Berliner Besprechungen*

Hinsichtlich des sogenannten Ostpaktes, der zuerst von dem verstorbenen Außenminister Barthou im vergangenen Sommer angeregt wurde, hat Reichskanzler Hitler klar zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nicht gewillt ist, einen Ostpakt zu unterzeichnen, der Deutschland zu gegenseitiger

Unterstützung verpflichten würde. Insbesondere ist Deutschland nicht bereit, einen Pakt zu gegenseitiger Unterstützung mit Rußland einzugehen. Andererseits wurde erklärt, daß Deutschland einen Nichtangriffspakt zwischen den in Osteuropa interessierten Mächten, der eine Konsultation für den Fall eines drohenden Angriffs vorsieht, begünstigen würde. Hitler ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht bereit, die Einbeziehung Litauens in irgendeinen Nichtangriffspakt in Aussicht zu nehmen. Die Deutschen schlugen ferner vor, daß, falls trotz dieses Nichtangriffs- und Konsultativpaktes Feindseligkeiten zwischen zwei vertragschließenden Mächten ausbrechen würden, die anderen vertragschließenden Mächte sich verpflichten sollten, den Angreifer in keiner Weise zu unterstützen. In einem anderen Zusammenhang verwies Hitler allerdings auf die Schwierigkeit, den Angreifer zu bestimmen. Über seine Ansicht für den Fall befragt, daß irgendwelche Unterzeichner eines solchen Nichtangriffspaktes untereinander ein Abkommen über gegenseitige Unterstützung abschließen, erklärte der Reichskanzler, daß er diesen Gedanken für gefährlich und anfechtbar halte, da er nach seiner Meinung darauf hinauslaufe, Sonderinteressen einer Gruppe im Rahmen des weiteren Systems zu schaffen...

Was den Gedanken eines mitteleuropäischen Paktes angeht, der auf der französisch-italienischen Zusammenkunft in Rom näher besprochen worden ist, hörten wir in Berlin, daß die deutsche Regierung den Gedanken eines solchen Abkommens nicht grundsätzlich ablehnt, aber seine Notwendigkeit nicht einsieht und eine große Schwierigkeit in der Bestimmung des Begriffs "Nichteinmischung" in bezug auf Österreich erblickt. Hitler gab jedoch zu verstehen, daß für den Fall, daß die anderen Regierungen einen mitteleuropäischen Pakt abzuschließen wünschten und sich auf einen Wortlaut einigen könnten, die deutsche Regierung diesen in Erwägung ziehen würde...

Hinsichtlich der Landrüstungen stellte Reichskanzler Hitler fest, daß Deutschland 36 Divisionen benötige, die eine Höchstzahl von 550 000 Soldaten aller Waffengattungen einschließlich einer Division SS und militarisierter Polizeitruppen darstellten. Er versicherte, daß es in Deutschland keine halbmilitärischen Verbände gäbe. Deutschland, so erklärte er, beanspruche, über alle Waffentypen zu verfügen, die andere Länder besitzen, und sei nicht bereit, auf den Bau gewisser Typen zu verzichten, solange andere Länder sie ebenfalls besitzen. Falls andere Länder gewisse Typen aufgeben, so würde Deutschland das gleiche tun. Hinsichtlich der Seerüstungen beanspruche Deutschland unter gewissen Vorbehalten **35% der britischen Tonnage** und in der Luft Gleichheit mit England und Frankreich, vorausgesetzt, daß sich die sowjetrussischen Luftstreitkräfte nicht derart entwickelten, daß eine Überprüfung dieses Verhältnisses notwendig werde. Wenn irgendein allgemeines Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen erreicht werden könnte, wäre Deutschland bereit, ein System dauernder und automatischer Überwachung anzunehmen und ins Werk zu setzen unter der Voraussetzung, daß eine solche Überwachung in gleicher Weise für alle Mächte Anwendung findet. Hitler erklärte, daß die deutsche Regierung dem in der Londoner Vereinbarung enthaltenen Vorschlag eines Luftpaktes zwischen den Locarnomächten günstig gegenüberstehe.

In der Frage des Völkerbundes berief sich Hitler auf seine im Mai 1933 abgegebene Versicherung, daß Deutschland im Völkerbund nicht weiter mitarbeiten würde, falls es weiter als das behandelt würde, was er als Land minderen Rechts bezeichnete, und er machte beispielsweise geltend, daß sich Deutschland in einer untergeordneten Stellung befinde, wenn es keine Kolonien besitzt.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 300, Sp. 984ff.**
- D: *Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik*, Mai 1935, S. 8f.)

*Auf die Konferenz nach Stresa, die am 11. April 1935 begann, gingen die Mächte keineswegs als eine geschlossene Front mit einheitlichem Willen.* ***Am 14. April kam ihre Schlußresolution heraus.*** *Wiederum wurden der Ostpakt, die österreichische Frage, der Luftpakt für Westeuropa, die*

*Abrüstung, Locarno, aber auch so revisionistische Fragen wie der Abrüstungsstand Ungarns, Österreichs und der Türkei erörtert. Die Stresamächte bekundeten ihre völlige Einigkeit, "sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen". Eingehend hat man sich daneben mit den Fragen einer Friedenssicherung in Osteuropa beschäftigt. Hier war seit Monaten die französische Außenpolitik sehr aktiv. Im September 1934 war die Sowjetunion in den Völkerbund geholt, am 5. Dezember 1934 das französisch-russische Protokoll, der Vorläufer des Paktes vom 2. Mai 1935, unterzeichnet worden. Die französisch-russische Entente sollte das Rückgrat des künftigen Ostpaktes bilden, zugleich aber sollte sie auch die Achse der europäischen Paktpolitik werden. In deren Netze suchte man Deutschland zu verstricken. Simon teilte in Stresa die Auffassung des Führers zum Ostpakt mit. Die deutsche Reichsregierung präzisierte ihren Standpunkt noch einmal in einem Kommuniqué vom 15. April 1935. Sie nahm grundsätzlich zum ganzen Paktsystem Stellung und sprach sich für bilaterale Pakte, wie den mit Polen vom 26. Januar 1934, und gegen automatische militärische Beistandsverpflichtungen aus. Die Unterstützungspakte waren nach deutscher Ansicht mehr ein Element der Friedensstörung als ein solches der Friedenssicherung, die Unteilbarkeit des Friedens mehr die Unteilbarkeit eines ausbrechenden Krieges.*

## *18.*
## *Aus den Beschlüssen der Konferenz von Stresa vom 14. April 1935*

**2.** Die Auskünfte, die sie erhalten haben, haben sie in der Absicht bestärkt, daß die Verhandlungen hinsichtlich der Entwicklung fortgesetzt werden sollen, welche bezüglich der Sicherheit in Osteuropa erstrebt wird.

**3.** Die Vertreter der drei Regierungen prüften von neuem die österreichische Lage; sie bestätigten die englisch-französisch-italienischen Erklärungen vom 17. Februar und 27. September 1934, durch die die drei Regierungen anerkannten, daß die Notwendigkeit, **die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Österreichs** aufrechtzuerhalten, auch weiterhin ihre gemeinsame Politik bestimmen werde. Hinsichtlich des französisch-italienischen Protokolls vom 7. Januar 1935 und der englisch-französischen Vereinbarung vom 3. Februar 1935, in welchen die Absicht bekräftigt wurde, sich gemeinsam über die Maßnahmen zu beraten, die im Falle der Bedrohung der Unversehrtheit und Unabhängigkeit Österreichs ergriffen werden müssen, kamen sie überein zu empfehlen, daß Vertreter aller im römischen Protokoll genannten Regierungen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zusammenkommen sollen, um die mitteleuropäische Vereinbarung abzuschließen.

**4.** Hinsichtlich des vorgeschlagenen Luftpaktes für Westeuropa bestätigten die Vertreter der drei Regierungen die Grundsätze und das einzuschlagende Verfahren, wie sie in der Vereinbarung vom 3. Februar vorgesehen sind, und sie kamen überein, das Studium dieser Frage wirksam fortzusetzen mit der Absicht, einen Pakt zwischen den fünf in der Londoner Vereinbarung genannten Mächten sowie alle zweiseitigen Abkommen abzuschließen, die ihn begleiten können.

**5.** Indem sie sich dem Problem der Rüstungen zuwandten, haben die Vertreter der drei Mächte daran erinnert, daß die Londoner Vereinbarung ein Abkommen vorsah, das frei mit Deutschland verhandelt werden sollte, um an die Stelle der entsprechenden Bestimmungen von Teil V des **Versailler Vertrages** zu treten, und sie haben das kürzliche Vorgehen der deutschen Regierung und den Bericht Sir John Simon's über seine Unterredungen mit dem deutschen Reichskanzler über diese Frage sorgfältig und besorgt erörtert. Es wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Methode der einseitigen Aufkündigung, die von der deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als Schritte eingeleitet waren, um ein in freier Weise verhandeltes Abkommen über die Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Sicherheit einer friedlichen Ordnung untergraben hat. Darüber hinaus hat das große Ausmaß der verkündeten deutschen

Wiederaufrüstung, deren Programm bereits mitten in der Ausführung begriffen ist, die zahlenmäßigen Schätzungen entwertet, auf die sich die Anstrengungen für eine Abrüstung bisher begründeten, und die Hoffnungen erschüttert, von denen jene Anstrengungen inspiriert waren...

**Schlußerklärung**

Die drei Mächte, deren politisches Ziel die kollektive Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes ist, sind völlig einig in dem Bestreben, sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen, die den europäischen Frieden gefährden könnte, und werden zu diesem Zweck in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit vorgehen.

(E: Cmd 4880. - D: *Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik*, Mai 1935, S. 9f.)

*Am 15. April 1935 begann der "Prozeß gegen die Geschichte" in Genf. Die Resolution des Völkerbundrates vom 17. April 1935 sprach eine Verurteilung Deutschlands aus, das durch sein eigenmächtiges Handeln den Versailler Vertrag gebrochen habe und die Sicherheit Europas bedrohe. Die deutsche Regierung hat gegen diesen Versuch einer erneuten Diskriminierung protestiert. Aber sie begnügte sich nicht hiermit.*

*Die Zeichen der Zeit deuteten überall auf Sturm. Die Wolken des Abessinischen Krieges standen drohend am Horizont. Der kommende französisch-russische Pakt verschob alle Machtverhältnisse. Deutschlands Wehrmacht als Mittel der europäischen Friedenssicherung war notwendiger denn je zuvor. Nur durch einen Abbau und Beseitigung der Versailler Nachkriegsordnung war in der Mitte Europas überhaupt der Friede auf die Dauer zu erhalten. In dieser Situation entwickelte der Führer sein großes **Friedensprogramm vom 21. Mai 1935**. Daran knüpfte die oft schwer entwirrbare diplomatische Aktion der folgenden Monate mannigfach an.*

## *19.*
## *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 21. Mai 1935*

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche noch aus Feigheit. Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. Denn dieser sieht in der machtmäßig erzwungenen Einschmelzung eines Volkes in ein anderes, wesensfremdes, nicht nur kein erstrebenswertes politisches Ziel, sondern als Ergebnis eine Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volkes auf lange Zeit gerechnet. Seine Lehre lehnt daher den Gedanken einer nationalen Assimilation dogmatisch ab. Damit ist auch der bürgerliche Glaube einer möglichen "Germanisation" hinfällig. Es ist daher weder unser Wunsch noch unsere Absicht, fremden Volksteilen das Volkstum, die Sprache oder die Kultur wegzunehmen, um ihnen dafür eine fremde deutsche aufzuzwingen. Wir geben keine Anweisung für die Verdeutschung nichtdeutscher Namen aus, im Gegenteil: wir wünschen dies nicht. Unsere volkliche Lehre sieht daher in jedem Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkes einen Vorgang, der früher oder später den Sieger innerlich verändert und schwächt und damit im Erfolge zum Besiegten macht.

Wir glauben aber auch gar nicht daran, daß in Europa die durch und durch national erhärteten Völker im Zeitalter des Nationalitätenprinzips überhaupt noch national enteignet werden könnten! Die letzten 150 Jahre bieten hier belehrende und warnende Beispiele mehr als genug. Die europäischen Nationalstaaten werden bei keinem kommenden Krieg - abgesehen von vorübergehenden Schwächungen ihrer Gegner - mehr erreichen können als geringfügige und im

Verhältnis zu den dargebrachten Opfern gar nicht ins Gewicht fallende volkliche Grenzkorrekturen.

Der permanente Kriegszustand, der aber durch solche Absichten zwischen den einzelnen Völkern aufgerichtet wird, mag verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Interessenten vielleicht als nützlich erscheinen, für die Völker bringt er nur Lasten und Unglück. Das Blut, das auf dem europäischen Kontinent seit 300 Jahren vergossen wurde, steht außer jedem Verhältnis zu dem volklichen Resultat der Ereignisse. Frankreich ist am Ende Frankreich geblieben, Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien usw. Was dynastischer Egoismus, politische Leidenschaft und patriotische Verblendung an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker geritzt, ihre grundsätzliche Markierung aber wesentlich kaum mehr verschoben. Hätten diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für klügere Zwecke angesetzt, so wäre der Erfolg sicher größer und dauerhafter gewesen.

Wenn ich als Nationalsozialist in allem Freimut diese Auffassung vertrete, dann bewegt mich dabei noch folgende Erkenntnis: Jeder Krieg verzehrt zunächst die Auslese der Besten. Da es in Europa aber einen leeren Raum nicht mehr gibt, wird jeder Sieg - ohne an der grundsätzlichen europäischen Not etwas zu ändern - höchstens eine ziffernmäßige Vermehrung der Einwohner eines Staates mit sich bringen können. Wenn aber den Völkern daran soviel liegt, dann können sie dies, statt mit Tränen, auf eine einfachere und vor allem natürlichere Weise erreichen. Eine gesunde Sozialpolitik kann bei einer Steigerung der Geburtenfreudigkeit einer Nation in wenigen Jahren mehr Kinder des eigenen Volkes schenken, als durch einen Krieg an fremden Menschen erobert und damit unterworfen werden könnten.

Nein! **Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen.** Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg geeignet sein würde, das Wesen unserer allgemeinen europäischen Not zu beheben, wohl aber diese zu vermehren. Das heutige Deutschland lebt in **einer gewaltigen Arbeit der Wiedergutmachung seiner inneren Schäden**. Keines unserer Projekte sachlicher Natur wird vor 10 bis 20 Jahren vollendet sein. Keine der gestellten Aufgaben ideeller Art kann vor 50 oder vielleicht auch 100 Jahren ihre Erfüllung finden. Ich habe einst die nationalsozialistische Revolution durch die Schaffung der Bewegung begonnen und seitdem als Aktion geführt. Ich weiß, wir alle werden nur den allerersten Beginn dieser großen umwälzenden Entwicklung erleben. Was könnte ich anders wünschen als Ruhe und Frieden? Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung sei, so muß ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht!...

Als im Jahre 1919 der **Friede von Versailles** dem deutschen Volk diktiert wurde, war der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit zunächst das Todesurteil gesprochen worden. Denn an Stelle der Gleichheit aller trat die Klassifikation in Sieger und Besiegte. An Stelle des gleichen Rechts die Unterscheidung in Berechtigte und Rechtlose. An die Stelle der Versöhnung aller die Bestrafung der Unterlegenen. An die Stelle der internationalen Abrüstung die Abrüstung der Besiegten. An die Stelle der Sicherheit aller trat die Sicherheit der Sieger.

Dennoch wurde noch im Friedensdiktat von Versailles ausdrücklich festgestellt, daß die Abrüstung Deutschlands nur vorausgehen soll zur Ermöglichung der Abrüstung der anderen. Und nun ist an diesem einen Beispiel festzustellen, wie sehr die Idee der kollektiven Zusammenarbeit gerade von denen verletzt wurde, die heute ihre lautesten Fürsprecher sind...

Wenn ich von diesen allgemeinen Betrachtungen nun übergehe zu einer präzisen Fixierung der vorliegenden aktuellen Probleme, so komme ich zu folgender Stellungnahme der deutschen Reichsregierung.

**1.** Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entschließung ab. **Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekannten Punkten einseitig verletzt und damit außer Kraft gesetzt durch die Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der von Deutschl** Die durch diesen Beschluß in Genf Deutschland zugefügte neue Diskriminierung macht es der deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, ehe nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist. Zu dem Zweck erachtet es die deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterscheidung der Nationen in Sieger und Besiegte, und dem Völkerbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichbewertung und Gleichberechtigung all seiner Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen.

Diese Gleichberechtigung muß eine praktische sein und sich auf alle Funktionen und alle Besitzrechte im internationalen Leben erstrecken.

**2.** Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgesagt von den Artikeln, die infolge der nunmehr einseitigen vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminierung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellen. Sie erklärt aber hiermit feierlichst, daß sich diese ihre Maßnahmen ausschließlich auf die moralisch und sachlich das deutsche Volk diskriminierenden und bekanntgegebenen Punkte beziehen. Die deutsche Regierung wird daher die sonstigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artikel einschließlich der territorialen Bestimmungen unbedingt respektieren und die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.

**3.** Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint, sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn seine Abfassung vor ihrem Regierungs- und Machtantritt stattfand, peinlich einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarnopakt sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakte zu stehen. Die deutsche Reichsregierung sieht in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Beitrag zur Beruhigung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf der anderen Seite keineswegs als eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

**4.** Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen. Sie sieht in der Ermöglichung einer geregelten Vertragsentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abdrosseln jeder notwendigen Wandlung eine Aufstauung von Stoffen für spätere Explosionen.

**5.** Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Neuaufbau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in den Formen einseitig aufoktroyierter Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angesichts der nicht immer gleichgelagerten Interessen stets mit einem Minimum zu begnügen, statt diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Überzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

**6.** Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherdes abzielen. Sie ist

insbesondere bereit zur Übernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben mögen und von allen Partnern übernommen und respektiert werden.

**7.** Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarnopaktes einem Luftabkommen zuzustimmen und in seine Erörterung einzutreten.

**8.** Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekanntgegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen. Sie sieht weder zu Lande noch zur Luft noch zur See in der Erfüllung ihres Programms irgendeine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzung vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen würde. Die deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimmte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettrüsten zu vermeiden. Ihre Begrenzung der deutschen Luftrüstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen westlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann miteinzuhalten sich Deutschland bindend verpflichten wird.

Die Begrenzung der deutschen Marine liegt mit **35% der englischen** mit noch 15% unter dem Gesamttonnagement der französischen Flotte. Da in den verschiedenen Pressekommentaren die Meinung besprochen wurde, daß diese Forderung nur ein Beginn sei und sich insbesondere mit dem Besitz von Kolonien erhöhen würde, erklärt die deutsche Reichsregierung bindend: Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende.

Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des britischen Weltreiches zur See an, genau so wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu veranlassen. Die deutsche Regierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu tun, um **zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten**, das eine Wiederholung des **bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen** für immer verhindern wird.

**9.** Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen uferloser Rüstungen führen können. Sie sieht den einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankengängen der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verfemung von Kampfmitteln und Kampfmethoden, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes.

Sie glaubt dabei, daß, ebenso wie die Anwendung von Dumdumgeschossen einst verboten und im großen und ganzen damit auch praktisch verhindert wurde, auch die Anwendung anderer bestimmter Waffen zu verbieten und damit auch praktisch zu verhindern ist. Sie versteht darunter alle jene Kampfwaffen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr **den am Kampfe selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Vernichtung bringen**.

Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschaffen, aber das Bombardement offenzulassen, für irrig und unwirksam. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verbannen und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen wollen, als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend zu verfemen.

Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am ehesten zum Erfolg führen kann. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfzone. Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verfemung des Bombenabwurfes überhaupt fortgesetzt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freisteht, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Möglichkeit des schnellen Ersatzes fragwürdig.

Wird der Bombenabwurf aber als solcher als völkerrechtswidrige Barbarei gebrandmarkt, so wird der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos von selbst sein Ende finden. Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rote-Kreuz-Konvention die an sich mögliche Tötung des wehrlos gewordenen Verwundeten oder Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den **Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung** zu verbieten und endlich überhaupt zur Einstellung zu bringen.

Deutschland sieht in einer solchen grundsätzlichen Anfassung dieses Problems eine größere Beruhigung und Sicherheit der Völker als in allen Beistandspakten und Militärkonventionen.

**10.** Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt. Diese Waffen umfassen erstens schwerste Artillerie und zweitens schwerste Tanks. Angesichts der ungeheuren Befestigungen der französischen Grenze würde eine solche internationale Beseitigung der schwersten Angriffswaffen Frankreich automatisch den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit geben.

**11.** Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärken der Artillerie, der Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Schiffsgrößen zu akzeptieren. Und endlich ist die deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnengehaltes der U-Boote oder auch ihrer vollkommenen Beseitigung für den Fall einer internationalen gleichen Regelung zuzustimmen.

Darüber hinaus aber gibt sie abermals die Versicherung ab, daß sie sich überhaupt jeder internationalen und im gleichen Zeitraum wirksam werdenden Waffenbegrenzung oder Waffenbeseitigung anschließt.

**12.** Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksame Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergebliche sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

**13.** Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht. Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugute kommt. Da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können, erscheint es notwendig, den Begriff "Einmischung" einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.

(***Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 458**, S. 42, 43, 53/55.)

*Schon einen Monat nach der Rede des Führers wurde Punkt 8 seines Friedensprogrammes durch **das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935** erfüllt. Deutschland erkannte die Lebenswichtigkeit der britischen Flotte als dominierenden Schutzes des britischen Weltreiches an und erbrachte gleichzeitig einen Beweis schöpferischer Politik, die nur auf der Achtung der beiderseitigen Lebensinteressen aufgebaut sein konnte. Dieser praktische Erfolg auf dem Gebiete der Rüstungsbeschränkung war erzielt durch eine offene Aussprache und Verständigung zu zweien. Deutschland konnte nicht auf seine Sicherheit zur See verzichten, aber es wollte die Flottenrivalität vermeiden, die vor dem Weltkriege 1914/18 den deutsch-englischen Gegensatz aufs äußerste verschärft und unheilbar gemacht hatte. Darum sollte künftig die deutsche Flotte in einem festen zahlenmäßigen Verhältnis zur englischen gehalten werden. Das deutsch-englische Flottenabkommen war eine Tat, die Deutschlands und des Führers Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen mit England so eindeutig und offenkundig wie nur irgendmöglich dokumentierte.*

## *20.*
## *Deutsch-englisches Flottenabkommen vom 18. Juni 1935*

### 1. Schreiben des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Sir Samuel Hoare an den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter von Ribbentrop

Foreign Office, den 18. Juni 1935.

Euere Exzellenz!

**1.** Während der letzten Tage haben die Vertreter der Regierung des Deutschen Reiches und der Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich Besprechungen abgehalten, deren Hauptzweck darin bestand, den Boden für eine allgemeine Konferenz zur Begrenzung der Seerüstungen vorzubereiten. Ich freue mich, Euerer Exzellenz nunmehr die formelle Annahme des Vorschlages der Regierung des Deutschen Reiches, der in diesen Besprechungen zur Erörterung gestanden hat, durch die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich mitzuteilen, wonach die zukünftige Stärke der deutschen Flotte gegenüber der Gesamtflottenstärke der Mitglieder des Britischen Commonwealth im Verhältnis von 35 zu 100 stehen soll. Die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich sieht diesen Vorschlag als einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur zukünftigen Seerüstungsbeschränkung an. Weiterhin glaubt sie, daß die Einigung, zu der sie nunmehr mit der Regierung des Deutschen Reiches gelangt ist und die sie als eine vom heutigen Tage ab gültige dauernde und endgültige Einigung zwischen den beiden Regierungen ansieht, den Abschluß eines zukünftigen allgemeinen Abkommens über eine Seerüstungsbegrenzung zwischen allen Seemächten der Welt erleichtern wird.

**2.** Die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich stimmt weiterhin den Erklärungen zu, die von den deutschen Vertretern im Laufe der kürzlich in London abgehaltenen Besprechungen bezüglich der Anwendungsmethoden dieses Grundsatzes abgegeben wurden.

Diese Erklärungen können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

**a)** Das Stärkeverhältnis 35 zu 100 soll ein ständiges Verhältnis sein, d. h. die Gesamttonnage der deutschen Flotte soll nie einen Prozentsatz von 35 der Gesamttonnage der vertraglich festgelegten Seestreitkräfte der Mitglieder des Britischen Commonwealth oder - falls in Zukunft keine vertraglichen Begrenzungen der Tonnage bestehen sollten - einen Prozentsatz von 35 der tatsächlichen Gesamttonnage der Mitglieder des Britischen Commonwealth überschreiten.

**b)** Falls ein zukünftiger allgemeiner Vertrag über Seerüstungsbegrenzung die Methode der

Begrenzung durch vereinbarte Stärkeverhältnisse zwischen den Flotten der verschiedenen Mächte nicht enthalten sollte, wird die Regierung des Deutschen Reiches nicht auf der Einfügung des in dem vorhergehenden Unterabsatz erwähnten Stärkeverhältnisses in einen solchen zukünftigen allgemeinen Vertrag bestehen, vorausgesetzt, daß die für die zukünftige Begrenzung der Seerüstungen darin etwa angenommene Methode derart ist, daß sie Deutschland volle Garantien gibt, daß dieses Stärkeverhältnis aufrechterhalten werden kann.

**c)** Das Deutsche Reich wird unter allen Umständen zu dem Stärkeverhältnis von 35 zu 100 stehen, d. h. dieses Stärkeverhältnis wird von den Baumaßnahmen anderer Länder nicht beeinflußt. Sollte das allgemeine Gleichgewicht der Seerüstung, wie es in der Vergangenheit normalerweise aufrechterhalten wurde, durch irgendwelche anormalen und außerordentlichen Baumaßnahmen anderer Mächte heftig gestört werden, so behält sich die Regierung des Deutschen Reiches das Recht vor, die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich aufzufordern, die auf diese Weise entstandene neue Lage zu prüfen.

**d)** Die Regierung des Deutschen Reiches begünstigt auf dem Gebiete der Seerüstungsbegrenzung dasjenige System, das die Kriegsschiffe in Kategorien einteilt, wobei die Höchsttonnage und das Höchstkaliber der Geschütze für die Schiffe jeder Kategorie festgesetzt wird, und das die jedem Lande zustehende Tonnage nach Schiffskategorien zuteilt. Folglich ist die Regierung des Deutschen Reiches bereit, grundsätzlich und unter Vorbehalt des nachstehenden Absatzes das 35prozentige Stärkeverhältnis auf die Tonnage in jeder beizubehaltenden Schiffskategorie anzuwenden und jede Abweichung von diesem Stärkeverhältnis in einer oder mehreren Kategorien von den hierüber in einem zukünftigen allgemeinen Vertrag über Seerüstungsbeschränkung etwa getroffenen Vereinbarungen abhängig zu machen. Derartige Vereinbarungen würden auf dem Grundsatz beruhen, daß jede Erhöhung in einer Kategorie durch eine entsprechende Herabsetzung in anderen Kategorien auszugleichen wäre. Falls kein allgemeiner Vertrag über Seerüstungsbegrenzung abgeschlossen wird oder falls der zukünftige allgemeine Vertrag keine Bestimmung über Kategorienbeschränkung enthalten sollte, wird die Art und das Ausmaß des Rechtes der Regierung des Deutschen Reiches, das 35prozentige Stärkeverhältnis in einer oder mehreren Kategorien abzuändern, durch Vereinbarung zwischen der Regierung des Deutschen Reiches und der Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich im Hinblick auf die dann bestehende Flottenlage geregelt.

**e)** Falls und solange andere bedeutende Seemächte eine einzige Kategorie für Kreuzer und Zerstörer behalten, hat das Deutsche Reich das Recht auf eine Kategorie für diese beiden Schiffsklassen, obgleich es für diese beiden Klassen zwei Kategorien vorziehen würde.

**f)** Hinsichtlich der Unterseeboote hat das Deutsche Reich jedoch das Recht, eine der gesamten Unterseeboottonnage der Mitglieder des Britischen Commonwealth gleiche Unterseeboottonnage zu besitzen, ohne jedoch das Stärkeverhältnis 35 zu 100 hinsichtlich der Gesamttonnage zu überschreiten. Die Regierung des Deutschen Reiches verpflichtet sich indessen, außer den im folgenden Satz angegebenen Umständen mit ihrer Unterseeboottonnage über 45 v. H. der Gesamt-Unterseeboottonnage der Mitglieder des Britischen Commonwealth nicht hinauszugehen. Sollte eine Lage entstehen, die es nach Ansicht der Regierung des Deutschen Reiches notwendig macht, von ihrem Anspruch auf einen über die vorgenannten 45% hinausgehenden Prozentsatz Gebrauch zu machen, so behält sich die Regierung des Deutschen Reiches das Recht vor, der Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich davon Mitteilung zu machen, und sie ist damit einverstanden, die Angelegenheit zum Gegenstand freundschaftlicher Erörterungen zu machen, bevor sie dieses Recht ausübt.

**g)** Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß die Berechnung des 35prozentigen Stärkeverhältnisses in jeder Schiffskategorie Tonnage-Zahlen ergibt, die genau teilbar sind durch die zulässige Tonnage für Schiffe dieser Kategorie, kann es sich als notwendig herausstellen, daß Angleichungen

vorgenommen werden müssen, damit das Deutsche Reich nicht daran verhindert wird, seine Tonnage voll auszunutzen. Es ist daher abgemacht worden, daß die Regierung des Deutschen Reiches und die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich vereinbaren werden, welche Angleichungen zu diesem Zweck erforderlich sind. Es besteht Einigkeit darüber, daß dieses Verfahren nicht zu erheblichen oder dauernden Abweichungen von dem Verhältnis von 35 zu 100 hinsichtlich der Gesamtflottenstärken führen soll.

**3.** Hinsichtlich Unterabschnitt c der obigen Erklärungen habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich von dem Vorbehalt Kenntnis genommen hat und das darin erwähnte Recht anerkennt, wobei Einverständnis darüber besteht, daß das Stärkeverhältnis von 35 zu 100, falls zwischen den beiden Regierungen nichts Gegenteiliges vereinbart wird, aufrechterhalten bleibt.

**4.** Ich habe die Ehre, Euere Exzellenz um eine Mitteilung darüber zu bitten, daß die Deutsche Regierung anerkennt, daß der Vorschlag der Deutschen Regierung in den vorstehenden Absätzen dieser Note richtig wiedergegeben ist.

Ich habe die Ehre zu sein usw.

Samuel Hoare

**II. Schreiben des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters von Ribbentrop an den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Sir Samuel Hoare**

London, 18. Juni 1935.

Euere Exzellenz!

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz den Empfang des Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, in dem Sie die Freundlichkeit hatten, mir im Namen der Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich folgendes mitzuteilen:

(Es folgt die wörtliche Wiedergabe der Abschnitte 1 bis 3 aus dem Schreiben des Staatssekretärs Sir Samuel Hoare.)

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz zu bestätigen, daß der Vorschlag der Regierung des Deutschen Reiches in dem vorstehenden Schreiben richtig wiedergegeben ist und nehme davon Kenntnis, daß die Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich diesen Vorschlag annimmt.

Die Regierung des Deutschen Reiches ist auch ihrerseits der Ansicht, daß die Einigung, zu der sie nunmehr mit der Regierung Sr. Majestät im Vereinigten Königreich gelangt und die sie als eine vom heutigen Tage ab gültige Einigung zwischen den beiden Regierungen ansieht, den Abschluß eines allgemeinen Abkommens über diese zwischen allen Seemächten der Welt erleichtern wird.

Ich habe die Ehre, zu sein usw.

Joachim von Ribbentrop
Außerordentlicher und Bevollmächtigter
Botschafter des Deutschen Reiches

(E: Cmd. 4930. - D: *Völkerbund und Völkerrecht*, 1935/36, S. 269ff.)

*Außer dem Flottenabkommen war die Reichsregierung seit längerem auch zu einer Verständigung über die Luftrüstung bereit gewesen. Naturgemäß machte sie aber ihre Zustimmung zum Luftpakt von der Anerkennung der deutschen Luftmacht abhängig, und zwar in der Parität mit den Luftflotten der einzelnen Westmächte. Bezeichnenderweise verlor die französische Regierung ihr Interesse am Luftpakt, als die deutsche ihre Zustimmung erteilte. Sie verlangte bilaterale Abkommen innerhalb des Luftpaktes, schob wieder den Ostpakt in den Vordergrund und verlangte Deutschlands Zustimmung hierzu. Ja, die Verwirklichung des Luftpaktes sollte nur gleichzeitig mit den Verhandlungen über den Ostpakt und die anderen Punkte des Londoner Kommuniqués vom 3. Februar 1935 erfolgen. Luftpakt und Ostpakt bildeten fortan ein unheilvolles Junktim. Gerade solcher Verkuppelung von mehreren schwierigen Fragen hatte der* ***Führer in seiner Rede vom 21. Mai 1935*** *als höchst unpraktisch widerraten. Im übrigen hatte er immer wieder Beistandspakte militärischen Charakters abgelehnt. Er hatte an Stelle dessen Nichtangriffspakte mit den einzelnen Nachbarstaaten Deutschlands angeboten. Er befand sich, was hervorgehoben zu werden verdient, mit dieser Einstellung zu den Ostpaktfragen in Übereinstimmung mit der polnischen Regierung.*

*Über alle diese Fragen wurden seit Mai 1935 monatelange diplomatische Verhandlungen geführt. Seit Juni 1935 war die Außenpolitik der englischen Regierung wegen ihrer Haltung im Abessinienkonflikt und wegen des sowohl im eigenen Lande wie besonders in Frankreich heftig angegriffenen Flottenabkommens mit Deutschland in großer Bedrängnis. Die englisch-französischen Beziehungen waren damals so stark getrübt und auf französischer Seite von Mißtrauen so durchsetzt, wie sie es wohl seit 1931 nicht mehr gewesen waren. In erster Linie war hieran das Flottenabkommen schuld. Um die französische Verstimmung auszugleichen, machte sich die britische Regierung wider ihr besseres Wissen den französischen Standpunkt zum Luftpakt und Ostpakt zu eigen. Am 11. Juli 1935 hielt der damalige Außenminister Sir Samuel* ***Hoare im Unterhaus eine sehr kühle Rede****, in der er an den Führer appellierte, durch seine Zustimmung zum Ostpakt die allgemeine Regelung der europäischen Fragen zu fördern. Er machte sich die These von der "Unteilbarkeit des europäischen Friedens" zu eigen und konstruierte ein englisches Interesse an dem Ostpakt. Dies konnte angesichts der Sowjetpakte in Deutschland nicht mehr verfangen. Daß aber in England der Wind wieder umgeschlagen war, zeigte sich auch darin, daß wieder, wie kurz nach der Machtübernahme, innerdeutsche Angelegenheiten gegen Deutschland ausgebeutet wurden und eine neue Hetzwelle über das Land ging.*

---

## *21.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Sir Samuel Hoare vom 11. Juli 1935*

Uns liegt an einem Luftpakt, der eine Beschränkung der Luftflotte einschließt. Schon vor zehn Jahren, lange bevor die Luftmacht so furchtbar wurde in ihrer Schnelligkeit, ihrer Wirksamkeit und zerstörenden Gewalt, wie sie es jetzt ist, erschien mir die Gefahr eines Knockoutschlages so groß, daß nur das Abschreckungsmittel einer nahezu überwältigenden Luftflotte die Welt vor einer großen Katastrophe bewahren könnte. Ich glaube, diese Ansicht wird von der großen Mehrheit der ehrenwerten Mitglieder geteilt. Wir alle wünschen einen Luftpakt. Wir alle wünschen Beschränkungen der Luftflotte. Es mag sich dann die Frage erheben: Warum kann nicht unverzüglich ein Luftpakt abgeschlossen werden, wenn wir doch alle den Luftpakt und eine Beschränkung der Luftmacht wünschen?

Ich glaube, wenn ich die Frage einem Komitee des Hauses vorgelegt habe, wird man sehen, daß das Problem nicht ganz so einfach ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die grundlegende Bedingung für einen Luftpakt ist, daß alle fünf Mächte ihm zustimmen müssen. Es ist nicht immer leicht, fünf Mächte zu einer Übereinstimmung über irgend etwas zu bringen, sei es auch nur über

die Verhandlungsbasis.

Im Falle des Luftpaktes ist der Sachverhalt der - es führt zu nichts, Tatsachen zu übersehen -, daß einige der Regierungen, unter ihnen die französische, die Ansicht vertreten, daß der Frieden ein unteilbares Ganzes ist und daß man nicht zu einem Zeitpunkt ein Teilproblem behandeln kann, sondern daß alle Teilprobleme zusammen behandelt werden müssen. Wir wollen dieser Ansicht einmal Rechnung tragen; erlauben Sie mir, sie zu analysieren, damit wir sehen, wie weit sie durch die augenblickliche Situation gerechtfertigt ist, wie weit es eine Tatsache ist, daß der Frieden eins und unteilbar ist, und ob es unmöglich ist, sich mit einem Teilproblem zu beschäftigen, bevor man sich mit dem Gesamtproblem beschäftigt...

Lassen Sie mich die Behauptung, daß der Frieden ein einziges Ganzes ist, dadurch illustrieren, daß ich versuche, eine Frage zu beantworten. Es ist die Frage: Was hat Großbritannien mit einem Ostpakt zu tun? Das heißt mit einem Nichtangriffspakt in Osteuropa. Lassen Sie mich dem Hause erklären, was ich für Großbritanniens Interesse an einem Ostpakt halte, und desgleichen, was ich für das Interesse Großbritanniens an einem Nichtangriffspakt in Zentraleuropa halte. Es kann sich nicht um weitere Verpflichtungen handeln. Der Ausschluß weiterer Verpflichtungen auf unserer Seite, worauf in der Vergangenheit häufig angespielt worden ist, schließt aber nicht unser Interesse an einer Regelung der Fragen aus.

Es gibt viele Regierungen in Europa - ich brauche sie nicht zu nennen -, die das Zentrum und den Osten Europas für Gefahrenzonen halten. Einige gehen soweit zu glauben, daß eine Übereinkunft im Westen, beispielsweise über den Luftpakt, losgelöst von einer Regelung der übrigen Friedensfragen, die Gefahr im Osten noch größer machen würde, als sie jetzt ist. Ich kann zwar diese Befürchtungen nicht ganz teilen, stimme aber insofern bei, als ein Kriegsausbruch im Zentrum oder im Osten Europas, nach unserer Erfahrung zu urteilen, wahrscheinlich zu einem allgemeinen Konflikt führen würde und daß es darum wesentlich ist, sich unverzüglich mit allen möglichen Gefahrenzonen zu befassen. Das ist der Grund, weswegen der britischen Regierung so sehr daran gelegen ist, einen Ost- und Donau-Nichtangriffspakt sobald wie möglich abgeschlossen zu sehen.

Es gab eine Zeit, in der der deutsche Reichskanzler einem Ostpakt ablehnend gegenüberstand. Die Vorschläge waren in einer Form gemacht worden, die er nicht akzeptieren konnte. All das hat sich jedoch jetzt geändert. Der deutsche Kanzler willigte bei der Stresakonferenz ein, daß kein Einwand erhoben werden würde gegen den Abschluß von Beistandspakten durch andere, vorausgesetzt, daß von Deutschland nichts weiter erwartet wurde als Nichtangriffsverträge, Konsultativabkommen und die Beistandsverweigerung gegenüber dem Angreifer. Der deutsche Kanzler erklärte weiterhin in seiner letzten Rede:

Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherdes abzielen.

Die französische Regierung hat die deutsche Regierung davon benachrichtigt, daß sie die deutschen Vorschläge als Verhandlungsgrundlage annimmt. Ich glaube, der Donaupakt kann auf ähnliche Weise erreicht werden. Es besteht daher nach der Ansicht der Regierung Sr. Majestät keinerlei Grund mehr, daß der Abschluß eines Ostpaktes nicht schnelle Fortschritte machen sollte. Die Regierung Sr. Majestät hat der deutschen Regierung ihre Ansicht über diese Fragen ausführlich dargelegt.

Es steht nun in der Macht des deutschen Kanzlers, einen wirklichen Beitrag für die Sache des Friedens zu liefern, einen Beitrag, der eine Ursache der Beunruhigung bei vielen Regierungen, nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch in Westeuropa, beseitigen wird. Ich möchte wagen, ihn

dringend zu bitten, diesen Beitrag zu geben. Ich glaube in der Tat, er würde seiner eigenen Sache dienen, wenn er diesen Beitrag lieferte. Er selbst sprach in **seiner Rede vom 21. Mai** sehr freimütig, und ich weiß, er wird nicht verstimmt sein, wenn ich ebenso freimütig spreche. Wir hier - und in der Tat die weite Welt - sind nicht nur durch Deutschlands Aufrüstungsprogramm, sondern auch durch gewisse andere Phänomene des neuen Deutschland beunruhigt worden. Nichtsdestoweniger haben wir den Kanzler bei seinem Wort genommen und haben erst in den letzten Wochen einen praktischen Beweis dafür gegeben, indem wir das Flottenabkommen mit ihm abschlossen.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 304, Sp. 513ff**.
- D: *Weltgeschichte der Gegenwart*, Bd. 3, S. 309ff.)

*Am 22. Juli 1935 teilte die britische Regierung der französischen ihre Bereitschaft zum Abschluß bilateraler Abkommen innerhalb des Luftpaktes mit. Sie war also auch in diesem Punkte der französischen Forderung entgegengekommen. Sie machte aber die Voraussetzung, daß diese Abkommen nur das Zustandekommen eines allgemeinen Luftpaktes befördern und nur mit ihm wirksam werden sollten. In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter von Hoesch vom 23. Juli 1935 entwickelte Hoare noch einmal den Standpunkt* ***seiner Rede vom 11. Juli****: keine Fortschritte in der Verhandlung des Luftpaktes ohne Fortschritte in der Verhandlung des Ostpaktes. Eine* ***Weisung im Sinne dieses Junktims erhielt der englische Geschäftsträger in Berlin am 1. August 1935****. Am gleichen Tage vertrat Hoare diese* ***Forderung abermals vor dem Unterhaus****. Das Junktim wurde die These, mit der England im Verein mit Frankreich den Luftpakt endgültig sabotierte.*

## *22.*
## *Instruktion des Außenministers Sir Samuel Hoare an den britischen Geschäftsträger in Berlin, Newton, vom 23. Juli 1935*

Auf meine Bitte hat mich der Deutsche Botschafter heute nachmittag aufgesucht. Im Unterhaus wurde bereits angefragt, ob der Reichskanzler irgendwie auf meinen Appell an ihn in der Außenministeriumsdebatte vom 11. Juli geantwortet habe; auch verlautete in Berlin gerüchtweise, daß die Deutsche Regierung selbst erwäge, sich darüber zu beklagen, daß ich für die deutsche Lage nicht genügend Verständnis aufgebracht hätte. Unter diesen Umständen schien es für mich am besten, die strittigen Fragen sofort mit dem Botschafter zu besprechen.

**2.** Zunächst sagte ich, daß ich sehr stark auf eine Antwort auf meine Bitte, der Kanzler möchte den Abschluß eines Ostpaktes erleichtern, gehofft hatte. Der Botschafter wies auf den Abschluß des französisch-russischen Bündnisses hin, auf die Nutzlosigkeit des Paktes, sowie auf die Tatsache, daß ein Abschluß des Paktes das französisch-russische Bündnis wieder gutmachen würde. Ich erwiderte, daß ich als praktischer Mann in jedem Fall zu dem Schluß gekommen sei, daß der von der britischen, wie auch von der Deutschen Regierung gewünschte Luftpakt unerreichbar bleibt, wenn nicht gleichzeitig ein Fortschritt in der Angelegenheit des Ostpaktes zu verzeichnen ist. War der Ostpakt so zwecklos, wie es die Deutschen hinstellen, warum sollten sie dann zugeben, daß er einem von ihnen in Wirklichkeit gewünschten Luftabkommen im Wege steht? Der Botschafter erklärte daraufhin, daß neben den deutschen Einwendungen auch noch von Polen Einwendungen erhoben würden und daß diese in den kürzlich stattgefundenen Unterredungen zwischen Herrn Beck und dem Reichskanzler in Berlin zur Sprache gekommen seien.

**3.** Ich bestand weiterhin auf dem Ostpakt. Warum, fragte der Botschafter, bestand ich so sehr

darauf? Warum hatte ich es in meiner Rede unterlassen, viele der anderen in der Reichskanzlerrede an wichtiger Stelle vorgebrachten Fragen zu behandeln? Hierbei überreichte er mir ein Exemplar der Reichskanzlerrede und las mir auch eine ganze Reihe Absätze daraus vor. Ich sagte ihm, daß meine Rede keineswegs als Antwort auf die Reichskanzlerrede gedacht war. Die Antwort darauf ist bereits in der unmittelbar darauffolgenden Rede des Herrn Baldwin erfolgt. Meine Rede befaßte sich nur mit einem, und zwar nur mit dem einen Gegenstand, nämlich die Dinge wieder in Gang zu bringen, die stillzustehen schienen, und um auf einem Gebiet, das durch unüberwindliche Schwierigkeiten völlig blockiert zu werden drohte, wieder Bewegungsfreiheit zu bekommen. Gewiß wolle der Reichskanzler ebensoviel Bewegung wie ich. Tatsächlich schien mir der Wunsch nach Bewegung der eigentliche Inhalt seiner Rede zu sein. Wolle er denn nicht verstehen, daß, wenn es im Luftpakt Bewegung gibt, es auch auf den anderen Gebieten, und insbesondere auf dem des Ostpaktes Bewegung geben muß?

**4.** Der Botschafter versprach mir, alle meine Ausführungen im einzelnen sofort nach Berlin weiterzuleiten. Vor seinem Weggang machte er nochmals dieselbe Feststellung wie zu Beginn unserer Unterredung, nämlich daß die Deutsche Regierung die Tür vor dem Ostpakt nicht zugeschlagen habe, und daß, wenn auch für den Abschluß ernsthafte Schwierigkeiten beständen, doch keine gegenteilige Entscheidung getroffen sei.

Samuel Hoare

(E: Cmd. 5143. Nr. 34. - D: Eigene Übersetzung.)

## *23.*
## *Aus der Instruktion des Außenministers Sir Samuel Hoare an den britischen Geschäftsträger in Berlin, Newton, vom 1. August 1935*

Ich bat den Deutschen Botschafter, heute morgen bei mir vorzusprechen zwecks Rücksprache über die Lage des Luftpaktes. Ich wiederholte zunächst, was ich schon oft vorher über die Notwendigkeit gesagt habe, die Verhandlungen über den Ostpakt in Angriff zu nehmen, wenn wir überhaupt eine Aussicht haben sollen, diesen Luftpakt in die Wege zu leiten. Der Botschafter wiederholte einige frühere Feststellungen über den Ostpakt. Er fügte jedoch hinzu, daß er mir erfreulicherweise eine mündliche Nachricht seiner Regierung über die Stellung der Locarnomächte unter dem französisch-russischen Vertrag übermitteln könne...

(E: Cmd. 5143. Nr. 36. - D: Eigene Übersetzung.)

## *24.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Sir Samuel Hoare vom 1. August 1935*

Bezüglich der Frage eines Ostpaktes werden sich die Herren noch der gestern von mir erteilten Antwort entsinnen. Ich wiederhole sie nochmals. Ich betrachte den Abschluß eines Ostpaktes als eines der wichtigsten Momente auf dem Gebiet der europäischen Entwicklung. Mir ist es durchaus klar, daß, wenn wir auf dem Gebiet des Ostpaktes nicht weiterkommen, es sehr schwierig sein wird, einen befriedigenden Fortschritt mit dem Luftpakt und einigen anderen Maßnahmen zur Befriedung und Versöhnung Europas zu verzeichnen. Sie, meine Herren, dürfen versichert sein, daß ich diesen Standpunkt der Deutschen Regierung, wie auch anderen europäischen Regierungen gegenüber weiterhin geltend machen werde. Ich selbst sehe keinen Grund, warum, so wie die Dinge

augenblicklich liegen, ein Ostpakt nicht abgeschlossen werden sollte, auch bin ich sicher, daß, wenn es zum Abschluß eines Ostpaktes kommt, dieser als eine Versöhnungsmaßnahme in Mittel- und Osteuropa angesehen und eine große Hilfe für den Abschluß eines Luftpaktes darstellen wird, weil er nicht nur von uns selbst, sondern auch von der Deutschen Regierung gewünscht wird.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 304, Sp. 2962f.** - D: Eigene Übersetzung.)

*Am 5. August 1935 erhob die englische Regierung in einem **Memorandum an die Reichsregierung** dringliche Vorstellungen, die auf den Abschluß eines kollektiven Nichtangriffspaktes hinzielten.*

## *25.*
## *Aus dem Memorandum der britischen Regierung vom 5. August 1935*

Wenn die Deutsche Regierung es unterläßt, so zu handeln und fortfährt, sich in dieser Sache auf das zu beschränken, was in der **Rede des Kanzlers vom 21. Mai** gesagt wurde, indem sie außerdem die Redewendung "Nachbarstaaten" eng auslegt als Staaten, welche an Deutschland angrenzen, dann scheint nicht zu erwarten, daß ein Fortschritt gemacht werden kann. Es gäbe gewiß keine Hoffnung, daß die französische Regierung befriedigt sein wird, und das Ergebnis wird so sein, wie es Herrn von Ribbentrop und dem deutschen Botschafter in London dargelegt wurde, daß die Aussichten auf den Luftpakt, dem Seiner Majestät Regierung und, wie sie bis jetzt verstanden hatten, auch die deutsche Regierung solch große Bedeutung beimessen, wohl eitel sein möchten. Seiner Majestät Regierung hofft daher ernstlich, daß die deutsche Regierung einwilligen wird, in einen kollektiven Sicherheitspakt auf Nicht-Angriff nicht nur Litauen (das Partner einer Lösung der Memelfrage ist), Polen und Tschechoslowakei, sondern auch Lettland, Estland und Rußland einzuschließen...

Seiner Majestät Regierung wünscht daher die besondere Aufmerksamkeit des Kanzlers auf diese Bemerkungen zu lenken im Hinblick auf den Nachdruck, welchen er in **seiner Rede im Reichstag am 21. Mai** auf die Bedeutung einer friedlichen Regelung in Europa legte. In seiner Rede erklärte der Kanzler, daß die Deutsche Regierung zu jeder Zeit bereit wäre, an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens in Europa teilzunehmen. Er bezog sich nicht nur auf das große Ziel, welches die Deutsche Regierung im Auge hatte, sondern gab seiner Meinung Ausdruck, daß solch ein Ziel nur Schritt für Schritt erreicht werden könnte. Diese Ansicht entspricht genau der von Seiner Majestät Regierung, und der Staatssekretär des Auswärtigen wiederholte sie im Unterhaus am 1. August. Unter diesen Umständen vertraut Seiner Majestät Regierung ernstlich darauf, daß sich der Kanzler als ersten Schritt zur Erfüllung des großen Zieles der Befriedung Europas, worauf er sich in seiner Rede bezog, zu einem kollektiven Nicht-Angriffspakt mit den 6 Oststaaten auf der Linie des deutschen Entwurfs, der Sir John Simon in Berlin mitgeteilt wurde, bereitfinden wird.

Seiner Majestät Regierung wird dankbar sein, wenn ihre Ansichten in baldige und günstige Betrachtung gezogen werden können und hofft sehr, daß des Kanzlers Antwort einen schnellen Fortschritt in naher Zukunft in einer Angelegenheit, der sie soviel Bedeutung beimißt, erlauben wird.

(E: Cmd. 5143. Nr. 37. - D: Eigene Übersetzung.)

*Seit dem Sommer 1935 wurden die Verhandlungen über Luftpakt, Ostpakt, Locarno und Kollektivpakt durch den Abessinischen Krieg, der am 3. Oktober 1935 ausbrach, und den neuen Vorstoß der Komintern in den Hintergrund gedrängt. Die britische Regierung hat auf diplomatischem Wege noch mehrmals an die Beantwortung ihres Memorandums vom 5. August 1935 erinnert. Freiherr von Neurath teilte am 23. Oktober 1935 dem englischen Botschafter in Berlin mit, daß eine Antwort unter den obwaltenden Umständen nicht opportun sei. Anfang Dezember 1935 regte Sir E. Phipps an, die Verhandlungen über einen Luftpakt wieder zu eröffnen. Hoare beurteilte die Aussichten skeptisch. Er wollte auf keinen Fall die bekannten französischen Wünsche ignorieren. Immerhin gab er dem* ***Botschafter in Berlin am 5. Dezember 1935 die Weisung****, beim Führer festzustellen, "welche konkrete Bedeutung er Verhandlungen auf der Basis der* ***Rede vom 21. Mai 1935*** *beimesse". Zu diesem Zweck erörterte er nochmals die dreizehn Punkte des deutschen Friedensprogramms.*

*Es ist bezeichnend, mit welch unerhörter Oberflächlichkeit dabei ein so entscheidend wichtiger Vorschlag wie der des Verbots des Bombenabwurfs außerhalb von Kampfzonen von britischer Seite abgetan wurde. Nicht zuletzt war es auch diese Unfähigkeit der Engländer, große und auf den ersten Blick undurchführbar scheinende Vorschläge aufzugreifen und zu verwirklichen, welche die deutsch-englischen Verhandlungen in allen Fragen immer wieder zum Scheitern verurteilten.*

## *26.*
## *Aus dem Telegramm des Außenministers Sir Samuel Hoare an den britischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, vom 5. Dezember 1935*

**6.** Zur Orientierung von Ew. Exzellenz darf ich hier erklären, daß einige bei diesen Punkten aufgeworfene Fragen, namentlich bei Punkt 1, 2, 3, 4 und 5 der **Führerrede vom 21. Mai 1935**, überhaupt keine Verhandlungsfragen sind, sondern grundsätzliche Meinungsäußerungen der Deutschen Regierung. Andere von diesen Punkten (namentlich die Teile von Punkt 8 betr. Land- und Seestreitkräfte und Punkt 11 betr. Seerüstung) behandeln entweder eine Frage (Landstreitkräfte), die jetzt sowohl von Deutschland als auch von Frankreich als im Augenblick unlösbar bezeichnet wird, oder Seefragen, die bereits im Flottenabkommen vom letzten Juni behandelt oder bei der Flottenkonferenz zu behandeln sind. Punkt 9 behandelt die Abschaffung von gewissen Waffen und Kriegführungsmethoden, insbesondere das Verbot des Bombenabwurfs außerhalb der Kampfzone; ich glaube, daß der Reichskanzler, ebensowenig wie auch wir, der Ansicht ist, daß dieses Ergebnis, das von der Zustimmung vieler Mächte abhängt, in der allernächsten Zukunft erreicht werden dürfte.

**7.** Die in den dreizehn Punkten, die in nicht allzuferner Zeit Gegenstand einer Aussprache sein dürften, enthaltenen Fragen sind:

1. Der Hinweis in Punkt 6 auf die Bereitwilligkeit der Deutschen Regierung zum Abschluß von zweiseitigen Nichtangriffspakten mit Nachbarstaaten;
2. Der Hinweis in Punkt 7 und 8 auf den Luftpakt und Beschränkung der Luftstreitkräfte;
3. Der Hinweis in Punkt 10 auf die Beschränkung von schweren Waffen; und
4. Der Hinweis in Punkt 12 und 13 auf das Nichteingreifen in Österreich.

(E: Cmd. 5143. Nr. 45. - D: Eigene Übersetzung.)

## *Das Jahr 1936*

*Hätte der damalige britische Premierminister Baldwin nicht* ***das anmaßende und überhebliche Wort von der englischen Grenze am Rhein geprägt****, so wäre das Interesse Englands an dem wichtigsten Ereignis des Jahres 1936, an der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinland, völlig unverständlich. Jenes Wort erleichtert das Verständnis der britischen Politik, wenn auch nicht das Verständnis ihrer Berechtigung.*

*Am 7. März 1936 waren die deutschen Truppen in das nach dem Locarno-Vertrag und nach Art. 42ff. des* ***Versailler Vertrages*** *entmilitarisierte Rheinland einmarschiert. Am Mittag desselben Tages gab der Führer in einer* ***Reichstagsrede*** *die politischen und rechtlichen Gründe an, die Deutschland diesen Schritt erlaubten. Er bestätigte auch bei dieser Gelegenheit seinen beständigen Wunsch und sein aufrichtiges Bemühen um eine allgemeine Verständigung mit England und Frankreich.*

## *27.*
## *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 7. März 1936*

Ich habe mich in den letzten drei Jahren bemüht, langsam, aber stetig die Voraussetzungen für eine deutsch-französische Verständigung zu schaffen. Ich habe dabei nie einen Zweifel darüber gelassen, daß zu den Voraussetzungen dieser Verständigung die absolute Gleichberechtigung und damit die gleiche Rechtswertung des deutschen Volkes und Staates gehört. Ich habe aber bewußt in dieser Verständigung nicht nur ein Problem gesehen, das auf den Wegen von Pakten gelöst wird, sondern ein Problem, das zunächst den beiden Völkern psychologisch nahegebracht werden muß, da es nicht nur verstandes-, sondern auch gefühlsmäßig vorbereitet werden soll. Ich habe daher auch oft den Vorwurf bekommen, daß meine Freundschaftsangebote keine konkreten Vorschläge enthalten hätten. Dies ist nicht richtig. Was konkret zur Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen überhaupt vorgeschlagen werden konnte, habe ich auch mutig konkret vorgeschlagen.

Ich habe einst nicht gezögert, mich dem konkreten Vorschlag einer Rüstungsbegrenzung von 200 000 Mann anzuschließen. Ich habe mich, als dieser Vorschlag dann von den verantwortlichen Verfassern selbst preisgegeben wurde, mit **einem ganz konkreten neuen Vorschlag an das französische Volk und an die europäischen Regierungen gewandt. Auch der 300 000-Mann-Vorschlag erfuhr Ablehnung**.

Ich habe **eine ganze Reihe weiterer konkreter Vorschläge** zur Entgiftung der öffentlichen Meinungen in den einzelnen Staaten und zur Reinigung der Kriegführung und damit letzten Endes zu einer wenn auch langsamen, so aber sicheren Abrüstung gebracht. Es ist ein einziger dieser deutschen Vorschläge wirklich berücksichtigt worden. Der realistische Sinn einer englischen Regierung hat **meinen Vorschlag der Herstellung einer dauernden Relation zwischen der deutschen und englischen Flotte**, die ebenso den Bedürfnissen der deutschen Sicherheit entspricht, wie umgekehrt Bedacht nimmt auf die enormen überseeischen Interessen eines großen Weltreiches, angenommen, und ich darf wohl darauf hinweisen, daß bis heute noch dieses Abkommen der praktisch einzig existierende wirkliche verständnisvolle und daher gelungene Versuch einer Rüstungsbegrenzung geblieben ist. Die Reichsregierung ist, wie Sie wissen, bereit, diesen Vertrag durch eine weitere qualitative Abmachung mit **England** zu ergänzen.

Ich habe den sehr konkreten Grundsatz ausgesprochen, daß die Sammelprogramme einer internationalen Paktomanie ebenso wenig Aussicht auf Verwirklichung besitzen wie die Generalvorschläge einer unter solchen Umständen von vornherein schon als undurchführbar

erwiesenen Weltabrüstung. Ich habe demgegenüber betont, daß nur schrittweise an diese Fragen herangetreten werden kann, und zwar nach der Richtung des vermutlich geringsten Widerstandes hin. Ich habe aus dieser Überzeugung heraus den konkreten Vorschlag auch für einen Luftpakt entwickelt, unter der Zugrundelegung gleicher Stärken für Frankreich, England und Deutschland. Das Ergebnis war zunächst eine Mißachtung dieses Vorschlages und dann die Hereinführung eines neuen, in seinem militärischen Ausmaß unberechenbaren osteuropäisch-asiatischen Faktors in das europäische Gleichgewichtsfeld.

Ich habe mich **jahrelang also mit konkreten Vorschlägen abgegeben**, allein ich stehe nicht an zu erklären, daß mir mindest ebenso wichtig wie die sogenannten konkreten Vorschläge die psychologische Vorbereitung für die Verständigung erschienen ist, und ich habe auf dem Gebiete mehr getan, als ein aufrichtiger fremder Staatsmann jemals überhaupt auch nur erhoffen durfte.

Ich habe die Frage der ewigen europäischen Grenzrevisionen aus der Atmosphäre der öffentlichen Diskussion in Deutschland genommen. Man steht leider nur zu oft auf dem Standpunkt - und dies gilt besonders für ausländische Staatsmänner -, daß dieser Einstellung und ihren Handlungen keine besondere Bedeutung zukommt. Ich darf darauf hinweisen, daß es mir genau so möglich gewesen wäre, als Deutscher die Wiederherstellung der Grenzen vom Jahre 1914 moralisch als mein Programm aufzustellen und publizistisch und oratorisch zu vertreten, so wie das etwa französische Minister und Volksführer nach dem Jahre 1871 getan haben.

Meine Herren Kritiker sollen mir auch auf diesem Gebiet nicht jede Fähigkeit absprechen. Es ist viel schwerer für einen Nationalisten, einem Volk zur Verständigung zuzureden, als das Umgekehrte zu tun. Und es würde für mich wahrscheinlich leichter gewesen sein, die Instinkte nach einer Revanche aufzupeitschen, als das Gefühl für die Notwendigkeit einer europäischen Verständigung zu erwecken und dauernd zu vertiefen. - Und dieses habe ich getan! Ich habe die deutsche öffentliche Meinung von Angriffen solcher Art gegen unsere Nachbarvölker befreit.

Ich habe aus der deutschen Presse jeden Haß gegen das französische Volk entfernt. Ich bemühte mich, in unsere Jugend das Verständnis für das Ideal einer solchen Verständigung hineinzubringen, und zwar sicher nicht erfolglos. Als vor wenigen Wochen die französischen Gäste in das Olympische Stadion in Garmisch-Partenkirchen einzogen, da hatten sie vielleicht Gelegenheit festzustellen, ob und inwieweit mir eine solche innere Umstellung des deutschen Volkes gelungen ist.

Diese innere Bereitwilligkeit aber, eine solche Verständigung zu suchen und zu finden, ist wichtiger als ausgeklügelte Versuche von Staatsmännern, die Welt in ein Netz juristisch und sachlich undurchsichtiger Pakte zu verspinnen.

Dieses Bestreben von mir war aber doppelt so schwer, weil ich in derselben Zeit Deutschland aus der Verstrickung eines Vertrages lösen mußte, der ihm seine Gleichberechtigung raubte, an dessen Aufrechterhaltung aber - ob mit Recht oder Unrecht ist nebensächlich - das französische Volk geglaubt hat interessiert sein zu müssen.

Ich habe dabei gerade als deutscher Nationalist für das deutsche Volk noch ein weiteres besonders schweres Opfer bringen müssen. Es ist bisher, wenigstens in der neueren Zeit, noch nie versucht worden, nach einem Krieg dem Verlierer **souveräne Hoheitsrechte über große und alte Teile seines Reiches einfach abzusprechen**. Ich habe nur im Interesse dieser Verständigung dieses schwerste Opfer, das man uns politisch und moralisch aufbürden konnte, getragen und wollte es weiter tragen, nur weil ich glaubte, einen Vertrag aufrechterhalten zu sollen, der vielleicht mithelfen konnte, die politische Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland und England und Deutschland zu entgiften und das Gefühl einer Sicherheit auf allen Seiten zu verbreiten.

Ja, darüber hinaus habe ich oft und auch hier in diesem Hause die Auffassung vertreten, daß wir nicht nur bereit sind, diesen schwersten Beitrag für die europäische Friedenssicherung zu tragen, solange auch die anderen Partner ihre Verpflichtungen erfüllen, sondern daß wir in diesem Vertrage überhaupt den einzig möglichen, weil konkreten Versuch einer europäischen Sicherung erblicken wollen.

Ihnen, meine Abgeordneten, ist der Inhalt und der Sinn dieses Vertrages bekannt. Er sollte zwischen Belgien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits für alle Zukunft die Anwendung von Gewalt verhindern. Durch die schon vorher abgeschlossenen Bündnisverträge Frankreichs ergab sich leider die erste, wenn auch den Sinn dieses Rheinpaktes noch nicht aufhebende Belastung. Deutschland leistete zu diesem Pakt den schwersten Beitrag, denn während Frankreich seine Grenze in Erz, Beton und Waffen armierte und mit zahlreichen Garnisonen versah, wurde uns die fortdauernde Aufrechterhaltung einer vollkommenen Wehrlosigkeit im Westen aufgebürdet. Dennoch haben wir auch dies erfüllt in der Hoffnung, durch einen solchen, für eine Großmacht so schweren Beitrag dem europäischen Frieden zu dienen und der Verständigung der Völker zu nützen.

(***Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 458**, S. 69ff.)

*Es war bezeichnend, daß die durch Außenminister Eden vor dem Unterhaus bekanntgegebene* ***Stellungnahme der britischen Regierung*** *weder auf die tieferen Rechtsgründe des deutschen Vorgehens, noch auf die Wiederholung des deutschen Verständigungswunsches einging, sondern sich auf den formalistischen Einwand beschränkte, Deutschland habe durch die einseitige Auflösung des Locarno-Vertrages die internationale Lage erschwert.*

## *28.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Eden vom 9. März 1936 zur Wiederbesetzung des Rheinlandes*

Nach dem Empfang dieser Mitteilung durch den deutschen Botschafter erklärte ich Sr. Exzellenz, daß er irgendwelche ins einzelne gehende Bemerkungen über ein Dokument von dieser Bedeutung nicht von mir erwarten könne, ehe ich nicht Gelegenheit gehabt hätte, es durchzuarbeiten und mich mit meinen Kollegen über die dadurch geschaffene Situation zu besprechen.

Gleichzeitig sagte ich Sr. Exzellenz, daß ich eine Bemerkung allerdings sofort machen müsse. Ich sprach mein tiefes Bedauern aus über die Mitteilung, die mir der Botschafter über die Aktion der deutschen Regierung hinsichtlich der entmilitarisierten Zone gemacht hatte. Der deutsche Botschafter werde würdigen können, daß dies auf die einseitige Aufhebung eines freiwillig eingegangenen und freiwillig unterzeichneten Vertrages hinauslaufe.

Ich hatte eine deutliche Erinnerung an die Erklärung, die mir der Reichskanzler bei unserem ersten Zusammentreffen in Berlin über den Locarnovertrag machte. Er machte eine klare Unterscheidung zwischen diesem Vertrag und dem Vertrag von Versailles und betonte, daß Deutschland den Locarnovertrag freiwillig unterzeichnet hätte.

Ich sagte dem Botschafter, daß mir die Auffassung der deutschen Regierung hinsichtlich der Auswirkungen des französisch-sowjetrussischen Paktes auf den Locarnovertrag bekannt sei. Diese Auffassung werde jedoch von den übrigen Signatarmächten des Vertrages nicht geteilt, und wenn die deutsche Regierung trotz der Ansicht der übrigen Signatarmächte ihre Schlußfolgerungen noch

aufrechterhalte, dann stehe ein geeignetes Schiedsverfahren zu ihrer Verfügung.

Ich fürchtete, daß die unvermeidliche Wirkung der einseitigen Aufhebung dieses Vertrages auf die Regierung Sr. Majestät und auf die öffentliche Meinung in Großbritannien bedauerlich sein würde.

Was nun den letzten Teil der Mitteilung des Botschafters betrifft, so erklärte ich, daß die Regierung Sr. Majestät diesen genau prüfen müsse, aber daß die Erklärung über die deutsche Haltung gegenüber dem Völkerbund zweifellos außerordentlich bedeutungsvoll sei. Der Botschafter unterrichtete mich daraufhin, daß die Entscheidung der deutschen Regierung hinsichtlich des Völkerbundes weitgehend ihrem Wunsch zuzuschreiben sei, den häufig von dem Premierminister und mir geäußerten Ansichten entgegenzukommen, in denen wir nachdrücklich betonten, daß die Politik der Regierung Sr. Majestät sich auf den Völkerbund und die kollektive Sicherheit gründet.

Deutschland, sagte er, sei bereit, sich dieser Politik anzuschließen, und knüpfe keine Bedingungen an seine Rückkehr in den Völkerbund.

Wenn die deutsche Regierung erwarte, daß die Völkerbundssatzung im geeigneten Zeitpunkt aus dem Versailler Vertrag gelöst und **die Frage der kolonialen Gleichberechtigung** geregelt würde, seien dies keine Bedingungen, sondern Verhandlungsgegenstände nach vollzogener Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund.

Ich beabsichtige nicht die Bedeutung der deutschen Mitteilung, über die ich dem Hause berichtet habe, zu unterstreichen. Gleichlautende Memoranden sind den übrigen Signatarmächten des Locarnovertrages, nämlich Frankreich, Italien und Belgien, übermittelt worden.

Bevor ich jedoch zu Bemerkungen allgemeiner Art übergehe, möchte ich das Haus über die Schritte unterrichten, die in der unmittelbaren Zukunft getan werden müssen.

Die französische und die belgische Regierung haben mit vollem Wissen und im Einverständnis mit der Regierung Sr. Majestät beantragt, daß der Völkerbundsrat sobald als möglich einberufen werden soll, um die Sachlage zu prüfen. Ich muß dabei betonen, daß der Völkerbundsrat das für diesen Zweck zuständige Organ ist.

Der Rat wird, wie verlautet, am nächsten Freitag zusammentreten, und vor dieser Tagung kann natürlich keine Entscheidung getroffen werden. Aber morgen wird in Paris ein Meinungsaustausch stattfinden zwischen den Vertretern der vier Locarnomächte ohne Deutschland, der übermorgen in Genf fortgesetzt werden wird. Die Regierung Sr. Majestät wird bei diesen Besprechungen durch den Lordsiegelbewahrer Lord Halifax und mich vertreten sein.

Ich habe dem Haus nun einen Bericht über die jüngsten Ereignisse gegeben, mit einigen Anmerkungen dazu. Ich habe dem Haus außerdem die Einzelheiten des in der nächsten Zukunft einzuschlagenden Verfahrens, soweit sie mir bekannt sind, mitgeteilt.

Aber die ehrenwerten Mitglieder werden zweifellos schon jetzt einige Andeutungen erwarten über die Gedanken und Absichten, mit denen die Vertreter der Regierung Sr. Majestät in Genf an ein Problem herangehen müssen, dessen Entwicklung bis jetzt noch in einigen wichtigen Punkten undurchsichtig ist. Das ist sicherlich wünschenswert, denn niemand kann die Bedeutung der stabilisierenden Kraft einer klarsichtigen und einigen britischen Meinung auf die europäischen Angelegenheiten in diesem kritischen Zeitpunkt übersehen.

Wir wollen uns nicht täuschen, der Kurs, den die deutsche Regierung eingeschlagen hat, indem sie einseitig Verpflichtungen aufhob, die sie freiwillig eingegangen ist, und indem sie gleichzeitig so

handelt, als ob diese Verpflichtungen nicht beständen, kompliziert und erschwert die internationale Lage.

(E: **Parliamentary Debates. House of Commons. Bd. 309, Sp. 181[0]ff.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "1814ff."]* - D: *Weltgeschichte der Gegenwart*, Bd. 3, S. 364f.)

*Verhandlungen über gewisse Einschränkungen der Remilitarisierung des Rheinlandes, zu denen Deutschland bereit war, scheiterten daran, daß von englischer Seite Forderungen gestellt wurden, die nach wie vor eine schwere und durch nichts begründete einseitige Beschränkung der deutschen Hoheitsrechte bedeutet hätten. Es kam daher - ähnlich wie ein Jahr vorher in der Frage der deutschen Wehrfreiheit - zu einer erneuten Diskriminierung Deutschlands durch den in London tagenden Völkerbundsrat.*

## *29.*
## *Amtliche Verlautbarung über die Mitteilung des britischen Außenministers Eden an den deutschen Botschafter in London vom 11. März 1936*

Es wurde bekanntgegeben, daß Herr Eden nach der außerordentlichen Sitzung des Kabinetts am Mittwochabend den deutschen Botschafter Herrn von Hoesch sah und ihm sagte, daß man die ernste Beurteilung der gegenwärtigen Situation durch die britische Regierung schwerlich übertreiben könne. Herr Eden teilte dem Botschafter mit, daß am folgenden Tag eine zweite Sitzung der Locarnomächte stattfinden würde und daß sich die britische Regierung daher berechtigt fühlte, Herrn Hitler zu bitten, sobald als möglich einen spontanen Beitrag zu einer Regelung zu liefern.

Herr Eden gab dann den Umfang des zu leistenden spontanen Beitrags an. Er schlug vor, die deutsche Regierung möge, um die Aufrichtigkeit ihrer Wünsche darzutun,

1. alle Truppen bis auf eine symbolische Zahl aus der Rheinlandzone zurückziehen;
2. die Zahl nicht vermehren;
3. es übernehmen, die Zone nicht zu befestigen, wenigstens nicht während des Zeitraumes, der nötig sei, um die Pakte zu verhandeln und die internationale Situation einzurenken.

Er (Herr Eden) sei sicher, daß, wenn die deutsche Regierung eine solche spontane Geste machen würde, dies ein wertvoller Beitrag zur Entspannung der internationalen Situation sein würde.

(E: *The Times* vom 13. März 1936. - D: Eigene Übersetzung.)

## *30.*
## *Amtliche Verlautbarung über die Mitteilung des deutschen Botschafters in London vom 12. März 1936 an Außenminister Eden*

Eine Diskussion über dauernde oder vorübergehende Beschränkungen unserer Souveränität in der Rheinlandzone kann für uns nicht in Betracht kommen.

Um der französischen Regierung ein Eingehen auf die deutschen Vorschläge zu erleichtern, will der Führer und Reichskanzler aber seine von Anfang an bekundete Absicht, die Wiederherstellung der Souveränität im Rheinland zunächst nur symbolisch in Erscheinung treten zu lassen, in folgender

Weise präzisieren:

Die Stärke der im Rheinland friedensmäßig in Garnisonen stationierten Truppen wird vorerst nicht erhöht werden.

Es besteht bis auf weiteres nicht die Absicht, diese Truppen näher an die französische oder belgische Grenze heranzuführen.

Das vorstehend gekennzeichnete Maß der militärischen Wiederbesetzung des Rheinlandes gilt für die Dauer der schwebenden Verhandlungen. Dies setzt allerdings eine gleiche Einstellung auch auf französischer und belgischer Seite voraus.

(DNB. vom 13. März 1936.)

## *31.*<br>*Resolution des Völkerbundrates vom 19. März 1936*

Der Völkerbundrat stellt auf Ersuchen Belgiens und Frankreichs vom 8. März 1936 fest, daß die Deutsche Regierung gegen Artikel 43 des **Versailler Vertrages** verstoßen hat, indem sie am 7. März 1936 militärische Streitkräfte in die durch die Artikel 42ff. des besagten Vertrages und durch den Locarnopakt demilitarisierte Zone einrücken und dort Fuß fassen ließ, und fordert den Generalsekretär in Anwendung von Artikel 4 Abs. 2 des Locarnopaktes auf, den Signatarmächten dieses Paktes von dieser Feststellung Mitteilung zu machen.

(F: *S. d. N. Journal Officiel*, April 1936, S. 340. - D: Berber: *Locarno*, S. 287f.)

*Wenn auch die britische Regierung in dieser ihre Lebensinteressen überhaupt nicht berührenden Frage nicht bereit war, einem Sanktionsvorschlag zuzustimmen, so gingen die von ihr an Deutschland gestellten Zumutungen doch so weit, daß* ***Außenminister Eden*** *sich genötigt sah, auch in der englischen Öffentlichkeit lautgewordene Bedenken zu beschwichtigen.*

## *32.*<br>*Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Eden vom 26. März 1936*

Es ist kein Geheimnis, welche Haltung die französische und die belgische Regierung einnahmen. Sie erklärten, daß es ihnen nicht möglich wäre, mit Deutschland zu verhandeln, bevor irgendeine Aktion in die Wege geleitet sei, die zeigte, daß die Gültigkeit internationaler Verträge aufrechterhalten bliebe. Als wir fragten, welche Vorschläge sie in dieser Richtung machten, sagte uns die französische Regierung, daß es ihrer Ansicht nach notwendig sei, daß Deutschland seine Truppen aus der Zone zurückziehen solle, in die es entgegen den Verpflichtungen eines von ihm unterzeichneten Vertrages einmarschiert war. Als wir fragten, wie diese Forderung durchgesetzt werden sollte, wenn Deutschland sich weigern würde, wurde uns geantwortet: Wenn die Zurückziehung auf keine andere Weise erreicht werden könnte, dann sollte sie durch einen steigenden Druck, beginnend mit finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen, durchgesetzt werden. Wir teilten diesen Standpunkt nicht. Wir verkannten weder die Schwere des begangenen Vertragsbruches noch die Folgen für Europa, aber wir hielten es für unsere gebieterische Pflicht zu

versuchen, durch Verhandlungen das Vertrauen wiederherzustellen. Dies war unser Ziel von der ersten Stunde an in diesen kritischen vierzehn Tagen; wir haben durchweg versucht, wiederaufzubauen. Aber - wir müssen dieser Tatsache ins Auge sehen - es ist unmöglich wiederaufzubauen, wenn nicht die Grundlagen gut und wahrhaftig gelegt werden können, und die Grundlagen können dann nicht gut und wahrhaftig gelegt werden, wenn einige Beteiligte glauben, daß das Gebäude schließlich doch nur das Schicksal seiner Vorgänger teilen wird. Es ist unsere Aufgabe gewesen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, in der diese Verhandlungen stattfinden konnten. Dies waren allgemein die Gesichtspunkte beim Beginn.

Wir dachten, der Lordsiegelbewahrer und ich, daß es bei der Beschaffenheit der gegenwärtigen Phase internationaler Beziehungen klug wäre zu versuchen, unsere Kollegen dahin zu bringen, daß der Schauplatz der Verhandlungen von Paris nach London verlegt würde. Sie willigten ein, und das Ergebnis war, daß die Tagungen des Rates und der Locarnomächte in London stattfanden. Es waren viele Tage angespannter und sogar kritischer Verhandlungen. Der schwierige Kernpunkt unseres Problems blieb immer: Wie sollte das internationale Recht verteidigt werden? Wie sollten wir - woran uns selber am meisten lag - diese schwierige vorläufige Periode überbrücken, bis die Verhandlungen beginnen konnten? Das Weißbuch enthält drei Vorschläge für diesen Zweck. Es fordert Deutschland auf, dreierlei zu tun: den Streit über das Verhältnis vom französisch-sowjetrussischen Pakt zum Locarnopakt vor den Haager Gerichtshof zu bringen; eine Befestigung der entmilitarisierten Zone zu unterlassen und einer internationalen Truppe für die vorläufige Periode zuzustimmen.

Ich möchte jeden in diesem Hause, der diese Forderung für zu weitgehend hält, bitten, sich an unseren Ausgangspunkt in Paris zu erinnern, an die Forderung, die damals erhoben wurde, und die ganz folgerichtig und berechtigt auf Grund des Wortlautes des Vertrages selbst erhoben werden konnte. Ich muß klarstellen, daß diese Vorschläge stets Vorschläge gewesen sind. Sie sind kein Ultimatum, noch weniger ein "Diktat". Wenn bei der internationalen Truppe die Schwierigkeit läge, und wenn die deutsche Regierung einige andere positive Vorschläge statt dessen machen könnte, dann würde die Regierung Sr. Majestät völlig bereit sein, an die übrigen beteiligten Mächte heranzutreten und zu versuchen, ihre Zustimmung dazu zu erhalten; aber man muß zugeben, daß ohne einen positiven Beitrag von deutscher Seite die Aufgabe derer, deren einziges Ziel und einziger Ehrgeiz die Ermöglichung dieser Verhandlungen ist, fast unmöglich ist.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 310, Sp. 1439ff.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "1443ff."]* - D: *Weltgeschichte der Gegenwart*, Bd. 3, S. 419 f.)

*Der Führer hat sich durch das Verhalten der britischen Regierung in der Rheinlandfrage - das im übrigen in einem bemerkenswerten Gegensatz zur öffentlichen Meinung in England stand - nicht entmutigen lassen, seine konstruktiven Pläne für die Neuordnung Europas in einem großzügigen **Friedensplan** niederzulegen, der den Westmächten am 31. März 1936 **in Form eines Memorandums** übergeben wurde.*

## *33.*
## *Memorandum der Reichsregierung vom 31. März 1936 (Deutscher Friedensplan)*

***Die eingeklammerten Zahlen stammen aus der englischen Übersetzung des deutschen Memorandums und sind in den Text hier oben [Scriptorium: in diesem online-Nachdruck nachfolgend] eingeschaltet worden, weil der britische Fragebogen (u. S. 101ff.) auf die Zahlen mehrfach Bezug nimmt.***

Mit aufrichtiger Zustimmung hat die Deutsche Regierung von dem Botschafter v. Ribbentrop erfahren, daß es der Wunsch der Britischen Regierung und des britischen Volkes ist, baldmöglichst mit den praktischen Arbeiten für eine wahre Befriedung Europas zu beginnen. Dieser Wunsch deckt sich mit den innersten Absichten und Hoffnungen des deutschen Volkes und seiner Führung. Es erfüllt daher die Deutsche Regierung mit um so größerem Bedauern, daß sie nicht in der Lage ist, in dem ihr am 20. März übergebenen Entwurf der Vertreter der Locarnomächte eine taugliche und fruchtbare Grundlage für die Einleitung und Durchführung einer solchen wahrhaften Friedensarbeit erkennen zu können.

Es fehlt diesem Entwurf in den Augen des deutschen Volkes und in den Augen seiner Regierung jener Geist des Verständnisses für die Gesetze der Ehre und Gleichberechtigung, die im Leben der Völker zu allen Zeiten die erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit geheiligter Verträge bilden.

**(2) I**, Die Deutsche Regierung glaubt es dem heiligen Ernst der in Frage stehenden Aufgabe schuldig zu sein, sich in der Feststellung der negativen Seite des ihr übergebenen Memorandums auf das Allernotwendigste zu beschränken. Sie will aber dafür versuchen, durch eine Erweiterung und Klärung **ihrer am 7. März ausgesprochenen Vorschläge** von ihrer Seite aus den Beginn einer konkreten Arbeit der europäischen Friedenssicherung zu erleichtern.

**(3)** Zum Verständnis ihrer Ablehnung der einzelnen diskriminierenden Punkte sowie zur Begründung ihrer konstruktiven Vorschläge muß die Deutsche Regierung folgendes grundsätzlich erklären:

**(4)** Die Deutsche Regierung hat **soeben vom deutschen Volk unter anderem ein feierliches Generalmandat erhalten** zur Vertretung des Reiches und der deutschen Nation nach zwei Richtungen:

**1.** Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es sieht in der Vertretung dieser natürlichen internationalen Grundsätze des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

**2.** Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigstem Herzen mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und seine Wohlfahrt so notwendigen Friedens.

**(5)** Dies sind die Wünsche des deutschen Volkes und damit die Verpflichtung der Deutschen Regierung.

**(6)** Die Deutsche Regierung möchte weiter in Anlehnung an ihre in der vorläufigen Note vom 24. März 1936 schon mitgeteilte grundsätzliche Einstellung noch folgendes bemerken:

**A.** Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der **14 Punkte Wilsons**. Diese sahen keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil: Der hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war, durch eine neue Völkerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden, und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte!

**B.** Der Königlich Britische Außenminister hat in seiner Rede vom 26. März über die

entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß diese letzten Endes nur als Ablösung für eine eigentlich von Frankreich im Jahre 1918 angestrebte Lostrennung des Rheinlandes errichtet wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die entmilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorausgegangenen Verletzung einer auch die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist.

**C.** Die Demilitarisierungsbestimmungen des **Versailler Vertrages** basierten demnach selbst auf der Verletzung einer Deutschland gegebenen Zusicherung und besaßen als einziges rechtliches Argument nur die Gewalt. Sie sind vom Versailler Vertrag in den Locarnopakt übernommen worden nach einer neuerlichen Rechtsverletzung, nämlich der Besetzung des Ruhrgebietes, die selbst von englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichnet worden ist.

**D.** Der sogenannte "freiwillige Verzicht" auf die Souveränität Deutschlands in diesen westlichen Provinzen des Reiches ist mithin eine Folge des Versailler Diktats und einer Kette von sich hier anschließenden schwersten Bedrückungen des deutschen Volkes, wobei insbesondere hingewiesen werden muß auf die furchtbare Not- und Zwangslage des Reiches infolge der Rheinlandbesetzung.

**(7)** Wenn daher von seiten der Britischen Regierung heute erklärt wird, daß man wohl von einem Diktat von Versailles gesprochen habe, aber doch niemals von einem Diktat von Locarno, so muß die Deutsche Regierung mit der Gegenfrage antworten:

"Gab es oder kann es überhaupt in der Welt ein großes Volk geben, das freiwillig und ohne äußersten Zwang einseitig auf seine Hoheitsrechte, und zwar in diesem Fall auf das primitivste Recht der Verteidigung seiner eigenen Grenze verzichtet hat oder verzichten würde?"

**(8)** Trotzdem aber hat das deutsche Volk diesen Zustand 17 Jahre lang ertragen und noch am 21. Mai 1935 erklärte der Deutsche Reichskanzler, daß "die Deutsche Reichsregierung in der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Beitrag zur Beruhigung Europas sieht", und daß die Reichsregierung "alle aus dem Locarnovertrag sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten wird, als auch die anderen Vertragspartner bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen".

**(9)** Die Deutsche Reichsregierung hat bereits in ihrer vorläufigen Note vom 24. März 1936 darauf hingewiesen, daß der von Frankreich mit Sowjetrußland abgeschlossene militärische Vertrag dem Locarnopakt sowohl die rechtliche als aber besonders die politische Grundlage und damit die Voraussetzung seiner Existenz entzogen hat. Es erübrigt sich, hierauf noch einmal näher einzugehen. Denn:

Es ist kein Zweifel, daß die Tendenz, Europa mit Militärbündnissen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtung einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspricht. Es wächst die große Gefahr, daß aus dieser allgemeinen Verstrickung in militärische Allianzen ein Zustand entsteht, der jenem gleicht, dem die Welt den Ausbruch ihres furchtbarsten und sinnlosesten Krieges mit in erster Linie zu verdanken hatte.

**(10)** Es liegt nun nicht im Vermögen einer einzelnen Regierung, eine solche von bestimmten Großmächten eingeleitete Entwicklung zu verhindern, allein es gehört zum pflichtgemäßen Auftrag jeder Regierung, innerhalb der Grenzen des eigenen Hoheitsgebietes Vorsorge vor jenen Überraschungen zu treffen, die sich aus einer solchen undurchsichtigen europäischen Militär- und Kabinettspolitik ergeben können.

**(11)** Die Deutsche Regierung hat daher nach der vorliegenden Entwicklung, die eine Aufhebung der juristischen und politischen Grundlagen und Voraussetzungen des Locarnopaktes bedeutet, **sich auch ihrerseits als an diesen Pakt nicht mehr gebunden erklärt und die Souveränität des**

Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt.

**(12)** Die Deutsche Regierung ist nicht in der Lage, ihren zur Sicherheit des Reiches unternommenen, nur deutsches Reichsgebiet betreffenden und niemand bedrohenden Schritt der Würdigung eines Gremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Fall nur die rechtliche Seite, aber unter gar keinen Umständen die politische zu beurteilen in der Lage ist. Dies gilt um so mehr, als der Völkerbundrat bereits eine Entscheidung getroffen hat, die die rechtliche Beurteilung der Frage präjudiziert.

**(13)** Die Deutsche Regierung ist weiter der Überzeugung, daß ein solches Urteil nicht nur keinen positiven Beitrag liefern könnte für eine wirkliche konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, sondern ausschließlich geeignet ist, eine solche Lösung zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

**(14)** Im übrigen: Entweder man glaubt an die Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Friedenssicherung, dann kann ein solcher beabsichtigter Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates nur erschwerend wirken, oder man glaubt an eine solche mögliche Friedenssicherung nicht, dann käme einem solchen Entscheid höchstens nachträglich eine feststellende juristische Bedeutung zu.

**(15)** Die Deutsche Regierung kann daher in diesem Punkte sowie in jenen weiteren dieses Entwurfes der Vertreter der Locarnomächte, die sich nur als einseitig belastend für Deutschland erweisen, nicht nur keinen nützlichen Beitrag für eine wirklich großzügige und konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit erblicken, sondern höchstens Elemente der Diskriminierung eines großen Volkes und damit einer Infragestellung jeder dauerhaften Friedensgestaltung.

**(16)** Entsprechend dem ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag muß daher die Deutsche Regierung alle Deutschland einseitig belastenden und damit diskriminierenden Vorschläge dieses Entwurfes ablehnen.

**(17)** Deutschland hat, wie schon aus seinem Angebot hervorgeht, nicht die Absicht, jemals Belgien oder Frankreich anzugreifen. Es ist bekannt, daß bei der gigantischen Rüstung Frankreichs und den enormen Festungswerken an der französischen Ostgrenze ein solcher Angriff aber auch rein militärisch sinnlos wäre.

**(18)** Aus diesen Gründen ist der Deutschen Regierung auch der Wunsch der Französischen Regierung nach sofortigen Generalstabsverhandlungen unverständlich. Die Deutsche Regierung würde darin nur ein ernstes Präjudiz sehen, wenn vor dem Abschluß der neuen Sicherheitspakte solche Generalstabsabmachungen zustande kämen. Sie ist der Auffassung, daß solche Abmachungen in jedem Falle erst die Folge der politischen Beistandsverpflichtungen der fünf Locarnomächte sein, und dann nur auf streng reziproker Grundlage stattfinden könnten!

**(19)** Die Deutsche Regierung ist weiter der Auffassung, daß der Komplex der vorliegenden Probleme zur leichteren Lösung nach den Gesichtspunkten der beabsichtigten Ziele zweckmäßig gegliedert werden müßte. Sie muß dann aber folgende grundsätzliche Fragen stellen:

Welches soll das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein?

**A.** Soll dieses Ziel sein, die sich als für jede dauernde Friedenssicherung als ungeeignet erwiesene Zweiteilung der europäischen Völker in Mehr- oder Wenigerberechtigte, in Ehren- oder Unehrenhafte, in Freie oder Unfreie unter irgendwelchen neuen Formen oder Modifizierungen beizubehalten oder fortzuführen?

Soll es weiter die Absicht der europäischen diplomatischen Bestrebungen sein, aus einem solchen Willen heraus auf dem Wege einfacher majorisierender Beschlüsse Feststellungen über Vergangenes zu treffen, Urteile aufzurichten, um damit die scheinbar juristisch noch fehlenden Begründungen für die Fortführung dieses früheren Zustandes zu finden? Oder soll

**B.** das Bemühen der europäischen Regierungen daraufhin gerichtet sein, unter allen Umständen zu einer wirklich konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen?

**(20)** Die Deutsche Regierung ist es ihrem Volke schuldig, hier eindeutig zu erklären, daß sie nur an diesem zweiten, in ihren Augen allein aufbauenden Versuche teilnehmen wird, und dies dann allerdings aus tiefinnerster Überzeugung und mit dem vollen Gewicht des aufrichtigen und sehnsüchtigen Willens der hinter ihr stehenden Nation.

**(21)** Die Deutsche Regierung glaubt, daß dann die vor den europäischen Staatsmännern liegende Gesamtaufgabe in drei Abschnitte gegliedert werden müßte:

a. In die Zeit einer allmählich sich beruhigenden Atmosphäre zur Klärung der Prozedur für die einzuleitenden Verhandlungen.
b. In den Abschnitt der eigentlichen Verhandlungen zur Sicherstellung des europäischen Friedens.
c. In eine spätere Periode der Behandlung jener wünschenswerten Ergänzungen des europäischen Friedenswerkes, die weder in Inhalt noch in Umfang von vornherein genau festgelegt oder begrenzt werden können oder sollten (Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen usw.).

**(22)** Zu diesem Zweck schlägt die Deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan vor:

**1.** Um den kommenden Abmachungen für die Sicherung des europäischen Friedens den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgeachtete Glieder teil. Der einzige Zwang für die Unterzeichnung dieser Verträge kann nur in der sichtbaren von allen erkannten Zweckmäßigkeit dieser Abmachungen für den europäischen Frieden und damit für das soziale Glück und das wirtschaftliche Wohlergehen der Völker liegen.

**2.** Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europäischen Völker möglichst abzukürzen, schlägt die Deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europäischen Friedenssicherung auf vier Monate zu begrenzen.

**3.** Die Deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinngemäßen gleichen Verhaltens der Belgischen und Französischen Regierung, für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

**4.** Die Deutsche Regierung versichert, daß sie die im Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die belgische und französische Grenze heranführen wird.

**5.** Die Deutsche Regierung schlägt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der Garantiemächte England und Italien und einer desinteressierten neutralen dritten Macht zusammensetzt.

**6.** Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu

entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgängen auf eine Veränderung der militärischen Verhältnisse innerhalb dieses Zeitraumes von vier Monaten hinweisen zu können, ihre Wahrnehmungen der Garantiekommission mitzuteilen.

**7.** Deutschland, Belgien und Frankreich erklären sich bereit, in einem solchen Fall zu gestatten, daß diese Kommission durch die englischen und italienischen Militärattachés notwendige Feststellungen treffen läßt und hierüber den beteiligten Mächten berichtet.

**8.** Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen im vollen Umfange berücksichtigen werden.

**9.** Im übrigen ist die Deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit ihren beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

**10.** Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantiemächte kommen überein, daß sie, sofort oder spätestens nach Abschluß der französischen Wahlen, unter Führung der Britischen Regierung in Beratungen eintreten über den Abschluß eines 25jährigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

**11.** Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantiemächte unterzeichnen.

**12.** Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Beistandsverpflichtungen ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

**13.** Die Deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Luftpaktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

**14.** Die Deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

**15.** Um dem Werk dieser aus freiem Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines versöhnenden Abschlusses einer jahrhundertelangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Sitze des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Überprüfung vorzulegen.

**16.** Deutschland und Frankreich verpflichten sich, im Verfolg der Absicht, dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vornehmen zu lassen.

**17.** Deutschland erklärt sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Südost- und Nordostgrenze, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

**18.** Deutschland erklärt sich bereit, sofort oder nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten. Die Deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen **die Frage der kolonialen Gleichberechtigung** sowie die Frage der Trennung des Völkerbundstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

**19.** Deutschland schlägt vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll und dessen Entscheidungen für alle bindend sind.

**(23)** Nach dem Abschluß eines solchen großen Werkes der europäischen Friedenssicherung hält es die Deutsche Reichsregierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uferlosen Wettrüsten durch praktische Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Sie würde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung.

**(24)** Die Deutsche Reichsregierung verspricht sich aber nichts von dem Versuch universaler Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, daß demgegenüber die Verhandlungen und Ergebnisse auf dem Gebiet der Beschränkung maritimer Rüstungen belehrend und anregend wirken können.

**(25)** Die Deutsche Reichsregierung schlägt daher die spätere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer, aber klar umrissenen Aufgabe vor.

**(26)** Sie sieht es als die zunächst wichtigste Aufgabe an, den Luftkrieg in die moralische und menschliche Atmosphäre der seinerzeit durch die Genfer Konvention dem Nichtkriegsteilnehmer oder dem Verwundeten zugebilligten Schonung zu bringen. So wie die Tötung wehrloser Verwundeter oder Gefangener oder die Verwendung von Dumdumgeschossen oder die Führung des warnungslosen U-Boot-Krieges durch internationale Konventionen geregelt bzw. verboten worden sind, muß es einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entartung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegführung zu widersprechen.

**(27)** Die Deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenzen zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift- und Brandbomben.
2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.
3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 km.
4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.
5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

**(28)** Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzung der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen.

**(29)** Die Deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten.

**(30)** Die Deutsche Reichsregierung glaubt, daß, wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von außerordentlicher Tragweite für die Einstellung der Völker

zueinander sein wird, und damit auch für die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

**(31)** Um dem allgemeinen Wunsche nach einer Wiederherstellung günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse zu entsprechen, ist sie daher bereit, im Sinne der gemachten Vorschläge sofort nach Abschluß des politischen Vertragswerkes mit den in Frage kommenden Ländern in einen Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen einzutreten und alles in ihrer Macht stehende zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Europa sowie der von dieser nicht zu trennenden Weltwirtschaft im allgemeinen beizutragen.

**(32)** Die Deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europas auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. **Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden.** Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.

**(33)** Die Deutsche Reichsregierung glaubt zuversichtlich, durch die Vorlegung des obigen Friedensplanes den Weg hierzu nunmehr freigemacht zu haben.

(DNB. vom 1. April 1936.)

*Die englische Antwort auf dieses weitgespannte Programm einer europäischen Neuordnung war - **ein "Fragebogen"**, und zwar ein Fragebogen, der nicht etwa sachliche Auskünfte verlangte, sondern durch die anmaßend-ironische Form seiner Formulierung offensichtlich darauf abzielte, den Gedanken an eine sachliche Erörterung der deutschen Vorschläge im Keime zu ersticken. Nur so ist es verständlich, daß die britische Regierung es für richtig hielt, ihren Fragebogen mit dem Bedauern einzuleiten, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage gewesen sei, einen "greifbareren Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens zu leisten, das eine so wesentliche Vorbedingung für die umfassenden Verhandlungen ist, die sie beide ins Auge gefaßt haben", und daß sie anfragen zu müssen glaubte, "ob sich das Deutsche Reich nunmehr in der Lage sieht, 'wirkliche Verträge' abzuschließen".*

## *34.*
## *Instruktion der britischen Regierung an ihren Botschafter in Berlin vom 6. Mai 1936 (Britischer Fragebogen)*

Herr Botschafter! Euerer Exzellenz dürfte bekannt sein, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreiche seit einiger Zeit die Denkschriften über die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone und die Friedensvorschläge der Deutschen Regierung sorgfältigst erwogen hat, die mir von dem verstorbenen Herrn von Hoesch am 7. März 1936 und von Herrn von Ribbentrop am 24. März und am 1. April 1936 übermittelt worden sind.

**2.** Eine solche Erwägung war natürlich unerläßlich angesichts der Bedeutung, die Seiner Majestät Regierung, wie Eurer Exzellenz bekannt ist, der Aufrichtung eines wahren und dauernden Friedens in Europa beimißt, der sich auf die Anerkennung der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit eines jeden Staates, wie auch darauf gründet, daß jeder Staat die von ihm eingegangenen Verpflichtungen beachtet. Es ist der Wunsch der Regierung Seiner Majestät, jegliche in ihrer Macht liegende Anstrengung zu machen, um an der Förderung des Zieles mitzuarbeiten, das die Deutsche

Regierung in der **Denkschrift vom 31. März** als "das große Werk der Sicherung des europäischen Friedens" bezeichnet. In Verfolgung dieses Zieles und um den Weg zu ergebnisreichen Verhandlungen frei zu machen, richte ich diese Weisung an Sie mit der Bitte, eine Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler herbeizuführen. Ihren Ausführungen wollen Sie eine Erklärung in diesem Sinne vorausschicken.

**3.** Eine Reihe der Vorschläge der Deutschen Regierung behandelt, wie Eure Exzellenz wissen, vorläufige Maßnahmen in der entmilitarisierten Zone, die bis zur Beendigung des ersten Abschnittes der allgemeinen Verhandlungen für den europäischen Frieden in Kraft bleiben sollen, die die Deutsche Regierung vorgeschlagen hat. In dieser Weisung beabsichtige ich nicht, auf diese vorläufigen Maßnahmen einzugehen, wenn Eure Exzellenz ja auch darüber im Bilde sind, daß Seiner Majestät Regierung bedauert, daß die Deutsche Regierung nicht imstande gewesen ist, einen greifbareren Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens zu leisten, das eine so wesentliche Vorbedingung für die umfassenden Verhandlungen ist, die sie beide ins Auge gefaßt haben.

**4.** Im Laufe meiner Besprechung mit Herrn von Ribbentrop am 2. April habe ich Seiner Exzellenz mitgeteilt, daß Seiner Majestät Regierung die in der deutschen **Denkschrift vom 31. März** (die mir am 1. April übermittelt worden war) im Hinblick auf die Zukunft gemachten Vorschläge für sehr wichtig und einer ernsthaften Prüfung würdig erachtet. Diese Prüfung ist nun bereits weit vorgeschritten; aber Seiner Majestät Regierung stößt bei ihrer Fortsetzung auf Schwierigkeiten, solange sie nicht mit der Deutschen Regierung (wie bereits in dem Genfer Kommuniqué vom 10. April angedeutet worden ist) eine Reihe von Punkten der drei Denkschriften eingehender erörtern kann, vor allem der Denkschriften vom 24. und **31. März**. Seiner Majestät Regierung ist davon überzeugt, daß die Deutsche Regierung ihre Ansicht teilt, daß die größtmögliche Klarheit erwünscht ist, ehe allgemeine Verhandlungen beginnen können, damit nicht später etwa Mißverständnisse das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der europäischen Mächte beeinträchtigen. Denn es ist die aufrichtigste Hoffnung Seiner Majestät Regierung, daß das vertrauensvolle Zusammenwirken durch die vorgeschlagenen Verhandlungen gefördert werden möge, und sie ist davon überzeugt, daß die Deutsche Regierung diese Hoffnung teilt.

**5.** In den deutschen Denkschriften vom 24. und **31. März** kommt eine Reihe von Stellen vor, die Seiner Majestät Regierung in einem gewissen Zweifel darüber lassen, wie sich die Deutsche Regierung die Grundlage denkt, auf der die zukünftige Regelung fußen soll.

**6.** Der erste Punkt, dessen Klarstellung wünschenswert ist, ist die Frage, ob sich das Deutsche Reich nunmehr in der Lage sieht, "wirkliche Verträge" abzuschließen.

In Abschnitt 1, Absatz 2 der Denkschrift der Deutschen Regierung vom 24. März 1936 sind Stellen enthalten, die offenbar andeuten, daß die Deutsche Regierung der Ansicht ist, durch ihr Vorgehen im Rheinland diese Lage geschaffen zu haben. Andererseits sind in Abschnitt 2 der Denkschrift vom 24. März Stellen enthalten, die anders ausgelegt werden könnten, was die Regierung Seiner Majestät von sich aus aber nicht tun möchte. Es ist selbstverständlich klar, daß Verhandlungen über einen Vertrag zwecklos wären, wenn eine der Parteien später die Freiheit für sich in Anspruch nähme, die von ihr eingegangene Verpflichtung mit der Begründung zu verleugnen, sie sei damals nicht in der Lage gewesen, einen bindenden Vertrag abzuschließen. Die Regierung Seiner Majestät wird eine klare Stellungnahme der Deutschen Regierung begrüßen, die jede Ungewißheit über diesen Punkt ausräumt.

**7.** Wenn die in Abschnitt 6 der Denkschrift der Deutschen Regierung vom **31. März** angeführte Folgerung allgemein gelten soll, so könnte dies zu Zweifeln darüber Anlaß geben, wie die Deutsche Regierung über das weitere Inkraftbleiben der übrigen noch gültigen Bestimmungen des **Vertrages von Versailles** und schließlich auch aller Vereinbarungen denkt, von denen gesagt werden könnte,

daß sie auf die Bestimmungen des Vertrages von Versailles zurückgehen. Die Regierung Seiner Majestät möchte über die in dem erwähnten Abschnitt enthaltene historische Auslegung der Ereignisse nicht streiten und will deshalb ihre eigenen Ansichten hier nicht aussprechen. Sie muß aber natürlich klar zum Ausdruck bringen, daß es ihr nicht möglich ist, den von der Deutschen Regierung in dem erwähnten Abschnitt ausgesprochenen Ansichten zuzustimmen.

**8.** Abschnitt 4 der Denkschrift vom **31. März** bietet einen weiteren Anlaß zu Zweifeln. Es heißt in diesem Abschnitt, "die Deutsche Regierung habe vom deutschen Volk ein feierliches Generalmandat erhalten zur Vertretung des Reiches und der deutschen Nation" zur Durchführung einer Politik, die unter allen Umständen "seine Freiheit, seine Selbständigkeit und damit seine Gleichberechtigung" wahrt. Anscheinend wird zwischen Reich und deutschem Volk ein Unterschied gemacht. Die Frage ist in Wirklichkeit die, ob Deutschland der Ansicht ist, daß nunmehr ein Abschnitt erreicht ist, an dem es erklären kann, daß es die bestehende gebietsmäßige und politische Ordnung Europas anerkennt und zu achten beabsichtigt, soweit diese nicht später im Wege freier Verhandlung und Übereinkunft abgeändert werden sollte.

**9.** Ich gehe nunmehr zu anderen Dingen über. Die Denkschrift vom **31. März** erwähnt in Abschnitt 22, Ziffer 13 "den Abschluß eines Luftpaktes als Ergänzung und Verstärkung dieser (westeuropäischen) Sicherheitsabmachungen". Im Frühjahr 1935 glaubte man, die Deutsche Regierung vertrete die Ansicht, daß die Verhandlungen über einen Luftpakt nicht durch den Versuch erschwert werden sollten, gleichzeitig ein Abkommen zur Begrenzung der Luftstreitkräfte abzuschließen. Seitdem scheint sich eine etwas widerspruchsvolle Lage ergeben zu haben. In der **Reichstagssitzung vom 21. Mai 1935** erwähnte Herr Hitler die Möglichkeit eines Abkommens zur Begrenzung der Luftwaffe auf der Grundlage einer Parität der Großmächte im Westen, unter der Voraussetzung, wie wir annahmen, daß die Entwicklung der Luftwaffe Sowjetrußlands keine Änderung nötig machen wird.

Die **Rede des Herrn Reichskanzlers vom 21. Mai 1935** wurde nach der Unterzeichnung des französisch-sowjetrussischen Vertrages gehalten, und doch teilte er Eurer Exzellenz im Dezember 1935 mit, daß dieser Vertrag eine Begrenzung der Luftwaffe unmöglich gemacht habe. Eine Entscheidung, die dahin ginge, eine regionale Begrenzung der Luftstreitkräfte nicht gleichzeitig mit dem Abschluß eines Luftpaktes im Westen zu versuchen, würde von Seiner Majestät Regierung sehr bedauert werden. Die in Abschnitt 2 der deutschen Denkschrift enthaltene Erklärung, daß die Ergebnisse des unlängst auf dem engeren Gebiete der Seerüstung abgeschlossenen Vertrages die Deutsche Regierung beeindruckt haben, ermutigt Seiner Majestät Regierung zu der Hoffnung, daß die Deutsche Regierung ihr in diesem Punkte beipflichten wird.

**10.** Seiner Majestät Regierung begrüßt es, daß die Deutsche Regierung in der **Denkschrift vom 31. März**, Abschnitt 22, Ziffern 10 und 14 den Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien und möglicherweise Holland andererseits vorschlägt. Seiner Majestät Regierung nimmt Kenntnis davon, daß die Deutsche Regierung damit einverstanden ist, daß diese Pakte von Garantieverträgen begleitet werden. Die genaue Fassung dieser Verträge muß den Verhandlungen über die Einzelheiten vorbehalten bleiben.

Seiner Majestät Regierung nimmt auch Kenntnis von dem in Abschnitt 22, Ziffer 17 gemachten Vorschlage von Nichtangriffsverträgen zwischen Deutschland und den an der deutschen Südost- und Nordostgrenze gelegenen Staaten. Seiner Majestät Regierung erlaubt sich, an die allgemeine Grundlinie für solche Verträge zu erinnern, wie sie von Freiherrn von Neurath am 26. März 1935 in Berlin Sir John Simon dargelegt worden ist. Sie würde es begrüßen zu erfahren, ob nach Ansicht der Deutschen Regierung die erwähnten Pakte sich im allgemeinen an diese Grundlinie halten sollen, und ob sie damit einverstanden ist, daß diese Pakte ebenfalls durch Abmachungen über gegenseitige Unterstützung garantiert werden können.

Die Erklärung, die die Deutsche Regierung hinsichtlich der Bereitschaft Deutschlands zum Wiedereintritt in den Völkerbund abzugeben in der Lage war, ermöglicht der Regierung Seiner Majestät die Annahme, daß die Frage der Übereinstimmung der vorgeschlagenen Nichtangriffspakte mit den Verpflichtungen als Völkerbundmitglieder keinen Anlaß zu Schwierigkeiten bieten wird, und daß die Durchführung dieser Verträge sich im Rahmen der Völkerbundsatzung vollziehen wird.

Noch zwei weitere Punkte erfordern Aufmerksamkeit. Der erste betrifft die Bedeutung der Worte "Staaten an Deutschlands Südost- und Nordostgrenze". Die Regierung Seiner Majestät kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die allgemeine Regelung sehr erheblich erleichtert werden würde, wenn es der Deutschen Regierung möglich wäre, diese Worte so aufzulegen, daß sie neben den unmittelbar an Deutschland angrenzenden Staaten mindestens auch die Sowjetunion, Lettland und Estland einschließen. Seiner Majestät Regierung gestattet sich, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß die Deutsche Regierung sich in ihrer Denkschrift vom 26. März 1935 bereit erklärt hat, mit den "an den osteuropäischen Fragen interessierten Mächten" Nichtangriffspakte zu schließen.

Der zweite Punkt betrifft Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten im Gegensatz zu Nichtangriff. Seiner Majestät Regierung erinnert sich mit Befriedigung der **Erklärung des Herrn Reichskanzlers im Reichstag am 21. Mai 1935**, daß die Deutsche Regierung "jederzeit bereit sei, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht".

**11.** In Abschnitt 22, Ziffer 19 "schlägt Deutschland vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll". Vermutlich sind hiermit die in Abschnitt 22, Ziffern 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 17 erwähnten Vereinbarungen gemeint. Es wäre wünschenswert zu erfahren, welches ganz allgemein die Aufgaben und die Zusammensetzung des vorgeschlagenen Schiedsgerichtes sein sollen, und in welcher Beziehung seine Aufgaben zu denen des Völkerbundrates und des Ständigen Internationalen Gerichtshofes stehen sollen.

Angesichts der Ankündigung von Deutschlands Bereitschaft zur Rückkehr in den Völkerbund wird die Deutsche Regierung gewiß bereit sein anzugeben, wie ihre künftige Einstellung gegenüber dem Ständigen Internationalen Gerichtshof sein wird (besonders in bezug auf die Fakultativklausel) und gegenüber den verschiedenen Bestimmungen über Schiedsgerichtsbarkeit, Schlichtungsverfahren oder gerichtliche Regelung, die in Verträgen enthalten sind, an denen Deutschland beteiligt ist.

**12.** Ich bitte Eure Exzellenz, wenn Sie mit dem Herrn Reichskanzler sprechen, die in dieser Weisung aufgeworfenen Fragen mit ihm zu erörtern und ihm einen Abdruck davon zu übergeben. Euer Exzellenz wollen dabei bemerken, daß diese Ausführungen nicht erschöpfend sind. Es liegen noch andere Fragen vor, die zu einem späteren Zeitpunkt zur Sprache gebracht werden müssen; und bevor Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund zur Erörterung kommt, wird die Deutsche Regierung es gewiß auch für wünschenswert halten, die Worte "Trennung des Völkerbundstatutes von seiner Versailler Grundlage" in Abschnitt 22, Ziffer 18 näher zu erläutern. Für den Augenblick hält Seiner Majestät Regierung es für besser, nur die Punkte zu behandeln, die unbedingt geklärt werden müssen, bevor die allgemeinen Verhandlungen eröffnet werden, die sie, wie oben dargelegt worden ist, aufrichtig zu fördern wünscht.

(E: Cmd. 5175. Nr. 3. - D: DNB. vom 8. Mai 1936.)

*Die Reichsregierung hat es selbstverständlich nicht für nötig befunden, Fragen zu beantworten, die zum Teil nur als eine bewußte Herausforderung verstanden werden konnten, zum weiteren Teil in den Reden des Führers bereits mehrfach in bündigster Form beantwortet worden waren. Infolgedessen kamen die Westpaktverhandlungen mit der Übergabe des britischen Fragebogens*

*zunächst ins Stocken.*

*Noch einmal kam es im Jahre 1936 zu einer deutsch-englischen Auseinandersetzung über Bestimmungen des Versailler Diktates. Durch eine an die in den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertretenen Regierungen gerichtete Note vom 14. November 1936 erklärte die Reichsregierung, daß sie die im Versailler Vertrag enthaltenen Bestimmungen über die auf deutschem Gebiet befindlichen Wasserstraßen und die auf diesen Bestimmungen beruhenden internationalen Stromakte nicht mehr als für sich verbindlich anerkenne. Sie führte in ihrer Note aus, daß in Versailles im Widerspruch mit dem Grundgedanken der Freiheit der Schiffahrt auf allen Wasserstraßen und der gleichen Behandlung aller im Frieden lebenden Staaten auf diesen Wasserstraßen einseitig zum Nachteil Deutschlands ein künstliches und den praktischen Bedürfnissen der Schiffahrt zuwider laufendes System geschaffen worden sei, das Deutschland eine dauernde internationale Überwachung seiner Wasserstraßen aufzuzwingen suchte, indem es die deutschen Hoheitsrechte mehr oder weniger auf internationale Kommissionen unter weitgehender Mitwirkung von Nichtuferstaaten übertrug. Sie betonte, daß Deutschland sich auf das ernsthafteste bemüht habe, diese unerträgliche Regelung durch anderweitige Vereinbarungen zu beseitigen. Die deutschen Bevollmächtigten in den Kommissionen hätten in langwierigen Verhandlungen versucht, spätestens bis zum 1. Januar 1937 einen Zustand herzustellen, der mit dem deutschen Standpunkt verträglich gewesen wäre. Ein Erfolg sei diesen Bemühungen versagt geblieben, weil die anderen beteiligten Mächte sich nicht hätten entschließen können, ein System aufzugeben, das in seinen Grundlagen mit den deutschen Hoheitsrechten unvereinbar sei.*

*Die britische Antwort auf diesen deutschen Schritt entsprach wiederum ganz der auch in der Frage der Wiederbesetzung des Rheinlandes angewandten Taktik: Man konnte die innere Berechtigung des deutschen Vorgehens nicht leugnen, glaubte sich aber über die dabei angewandten Methoden beschweren zu müssen. Diese für die britische Politik bezeichnende Grundhaltung hat viel dazu beigetragen, daß auch bei der Liquidierung derjenigen Fragen des Versailler Vertrags, in denen englische Interessen nicht oder kaum berührt wurden, eine freundschaftliche Regelung mit England nicht möglich war.*

## *35.*
## *Unterhauserklärung des britischen Außenministers Eden vom 16. November 1936*

Am 14. November ging eine Note von der deutschen Botschaft ein, in der erklärt wurde, daß die deutsche Regierung sich nicht länger gebunden erachte an diejenigen Artikel des **Versailler Vertrages**, die sich auf die Internationalisierung der Flüsse und die Verwaltung des Nordostseekanals beziehen, noch an irgendwelche internationalen Abkommen, die daraus abgeleitet sind. Die Note rechtfertigt diesen Schritt damit, daß die fraglichen Artikel Deutschland aufgezwungen und nicht frei verhandelt worden seien. Die Note schließt aber mit der Feststellung, daß in Zukunft die Fahrzeuge aller Staaten, die mit Deutschland in Frieden leben, auf deutschen Wasserstraßen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit die gleiche Behandlung erfahren werden wie die deutschen; die deutschen Strombehörden würden bereit sein zur Erörterung und zum Abschluß eines Abkommens mit den entsprechenden Behörden der anderen Uferstaaten über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse. Die deutsche Regierung führt auch Klage darüber, daß ihre Vertreter seit dem Kriege noch nicht wieder zu der Europäischen Donau-Kommission, die die Mündung dieses Flusses kontrolliert, zugelassen worden seien.

Folgende Stromkommissionen werden von dieser Erklärung berührt: die Internationale Donau-Kommission, die Zentralkommission für den Rhein, die Internationale Kommission für die Elbe und die Internationale Kommission für die Oder. Die Regierungen Seiner Majestät und Frankreichs

sind ebenso wie die Uferstaaten in allen diesen Kommissionen vertreten, und Italien in allen außer in der Oder-Kommission.

Die deutsche Regierung hat seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles bei vielen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht, daß sie in zahlreicher Hinsicht mit der durch die Friedensverträge eingesetzten internationalen Stromverwaltung unzufrieden sei; aber **am 21. Mai 1935 erklärte der deutsche Reichskanzler** öffentlich in bezug auf die verbleibenden Artikel des Vertrages, einschließlich derjenigen, die sich auf die internationalen Flüsse und den Nordostseekanal beziehen: "Die deutsche Regierung wird die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen." Diese Erklärung wurde dem britischen Botschafter in Berlin am 31. Mai 1935 bestätigt.

Seit vielen Jahren haben langwierige Verhandlungen stattgefunden, die zum Ziele hatten, die deutschen Wünsche mit den Interessen der anderen in Betracht kommenden Mächte auszusöhnen. Die Verhandlungen führten zu beachtenswerten Erfolgen, z. B. wurde im letzten Mai ein Abkommen von allen in Betracht kommenden Mächten, einschließlich Deutschlands, aufgesetzt, das die Schiffahrt auf dem Rhein regulierte; die Niederlande, die noch gewisse Bedenken rein technischer Art hatten, schlossen sich aus. Das Abkommen würde trotz des Fernbleibens der Niederlande am 1. Januar in Kraft getreten sein, vermöge des *modus vivendi*, den Deutschland jetzt gekündigt hat. Weiterhin führten direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung kürzlich zu einem Abkommen über die Elbe, das, wie man gehofft hatte, in aller Kürze in Kraft treten sollte.

Unter diesen Umständen bedauert die Regierung Seiner Majestät, daß die Deutsche Regierung zu einem Zeitpunkt, in dem Verhandlungen stattfanden, und trotz ihrer im letzten Jahre gegebenen Versicherungen wiederum den Weg der Verhandlungen verlassen hat zugunsten einer einseitigen Aktion. Dieses Bedauern entspricht nicht der Furcht, daß irgendwelche britischen Handelsinteressen durch den Schritt der deutschen Regierung gefährdet worden sind, sondern wird veranlaßt durch die Tatsache, daß derartige Handlungen die Handhabung der internationalen Beziehungen schwieriger gestalten müssen.

(E: **Parliamentary Debates. House of Commons. Bd. 317, Sp. 1334f.** - D: Berber, *Versailles*, S. 1480ff.)

*Als ein weiterer, häufig nicht genügend beachteter deutscher Beitrag zur Flottenverständigung erfolgte im November 1936 der **Beitritt Deutschlands zum Londoner U-Boot-Protokoll** vom 6. November 1936. Es ist ganz offensichtlich, daß dieses Protokoll, das eine weitgehende Einschränkung der U-Boot-Kriegführung zur Folge haben mußte, eine Vereinbarung darstellte, die am weitesten den Interessen Englands - des geschworenen Feindes der U-Boot-Waffe - entgegenkam. Wie nicht anders zu erwarten war, ist dieser wichtige deutsche Beitrag zum Werk der Flottenverständigung mit England jedoch kaum jemals in einem seiner Bedeutung entsprechenden Maße gewürdigt worden.*

## *36.*
## *Note der Reichsregierung vom 23. November 1936 über den Beitritt Deutschlands zum U-Boot-Protokoll*

In einer Mitteilung vom 9. d. M. hat der Königlich Britische Botschafter in Berlin dem Reichsminister des Auswärtigen Abschrift eines am 6. November 1936 in London unterzeichneten Protokolls über die Regeln der Unterseebootkriegführung gemäß Teil IV des Londoner Vertrages

vom 22. April 1930 übersandt und dabei namens seiner Regierung der Hoffnung Ausdruck verliehen, die Deutsche Regierung werde den genannten Regeln beitreten. Diese Regeln lauten:

"**1.** Bei ihrem Vorgehen gegen Handelsschiffe müssen Unterseeboote sich nach den Bestimmungen des Völkerrechts richten, welchen Überwasserschiffe unterworfen sind.

**2.** Insbesondere darf, mit Ausnahme des Falles der fortgesetzten Weigerung zu stoppen, nachdem die ordnungsmäßige Aufforderung hierzu ergangen ist, oder des tatsächlichen Widerstandes gegen Besichtigung oder Untersuchung, ein Kriegsschiff, ob Überwasserschiff oder Unterseeboot, ein Handelsschiff nicht versenken oder zur Seefahrt untauglich machen, ohne vorher die Passagiere, die Bemannung und die Schiffspapiere an einen sicheren Ort gebracht zu haben. Für diesen Zweck werden die Boote des Schiffes nicht als ein sicherer Ort angesehen, es sei denn, daß die Sicherheit der Passagiere und der Bemannung bei den herrschenden See- und Wetterverhältnissen durch die Nähe von Land oder durch die Anwesenheit eines anderen Schiffes, welches in der Lage ist, sie an Bord zu nehmen, gewährleistet ist."

Die Deutsche Regierung hat anläßlich der deutsch-englischen Flottenverhandlungen in der Zusammenfassung den Besprechungen zwischen den deutschen und englischen Flottensachverständigen am 23. Juni 1935 ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Bestimmungen über den Unterseebootkrieg des Teiles IV des Londoner Seerüstungsvertrages beizutreten.

Demgemäß beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung zu erklären, daß die Deutsche Regierung den oben wiedergegebenen Regeln beitritt und diese als vom heutigen Tag ab für sie verbindlich annimmt.

von Ribbentrop

(DNB. vom 23. November 1936.)

## *Das Jahr 1937*

*Das Jahr 1937 begann mit einer im Hinblick auf die deutsch-englischen Beziehungen höchst charakteristischen grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen dem Außenminister Eden und dem Führer, deren im folgenden wiedergegebene wichtigste Partien keines weiteren Kommentars bedürfen. Besondere Beachtung verdient ein* ***Telegramm*** *des deutschen Geschäftsträgers in London, das deutlich den Kurs der von der britischen Regierung gesteuerten planmäßig feindseligen Pressepolilik erkennen läßt.*

### *37.*
### *Schluß der Unterhausrede des britischen Außenministers Eden vom 19. Januar 1937*

Ich möchte nun einige Worte über die allgemeine internationale Lage sagen. Ich bitte dringend um die Aufmerksamkeit des Hauses, weil das, was ich zu sagen habe, vielleicht von größerer Bedeutung ist, als was gewöhnlich von einem Staatssekretär des Äußeren im Verlauf einer Debatte gesagt wird. Ich werde morgen nach Genf abreisen, um einer der drei ordentlichen Ratstagungen beizuwohnen. Wir werden dort einer geradezu erschreckenden Tagesordnung gegenüberstehen, die allen Kritikern zum Trotz an sich schon die wichtige Rolle zum Ausdruck bringt, die der Völkerbund in internationalen Angelegenheiten spielt. Unsere Aufgabe wird es sein zu versuchen, diese Rolle zu unterstreichen und zu erweitern. Aber ehe ich zu jener Tagung abreise, möchte ich gewisse Bemerkungen an das Haus richten. In Reden, die ich kürzlich vor dem Unterhause und im

Lande gehalten habe, habe ich versucht, die Ziele unserer gegenwärtigen Außenpolitik und die Mittel, durch welche jene Ziele erreicht werden könnten, zu umreißen. Ich werde nicht versuchen, jene Reden zu wiederholen, aber in der ersten Rede, die ich im neuen Jahr gehalten habe, sind gewisse Faktoren, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Die Regierung Seiner Majestät ist augenblicklich damit beschäftigt, die Wiederaufrüstung ihrer drei Waffengattungen durchzuführen. Obwohl wir der Überzeugung sind, daß dies ein unumgängliches Mittel für die Erreichung unseres Zieles ist, so ist es nicht unser Ziel selbst. Dies bleibt, wie ich früher festgestellt habe, durch Verhandlungen zu einer europäischen Ordnung zu gelangen und die Autorität des Völkerbundes zu stärken. Wir sind bereit, an dem gemeinsamen Werk der politischen Befriedung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mitzuwirken. Wenn dies Werk von Erfolg gekrönt sein soll, bedarf es der Mitarbeit aller, und wenn dieses erreicht wird, kann es bei niemandem in diesem Hause oder sonstwo einen Zweifel darüber geben, daß wir ein besseres, gesünderes und gedeihlicheres Europa in einer Welt des Friedens schaffen können.

Wie kann das geschehen? Die Welt muß nicht nur ihre Rüstungsausgaben verringern, weil diese ihren Lebensstandard schon herabsetzen, sondern sie muß die Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit lernen, so daß der Lebensstandard gehoben werden kann. Lassen Sie uns nie vergessen, daß unser Ziel in diesem Lande das Wohlergehen aller sein muß; damit meine ich sowohl die Hebung des Lebensstandards in den Ländern, in denen er heute niedrig ist, und seine Besserung dort, wo er heute verhältnismäßig hoch ist. Wir sind bereit, dabei mitzuhelfen, daß erhöhte wirtschaftliche Möglichkeiten geschaffen werden; dies sollte jedoch nach unserer Ansicht unter einer Bedingung geschehen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Befriedung müssen Hand in Hand gehen. Wenn wirtschaftlicher und finanzieller Aufschwung nur zu erhöhten Rüstungen und politischen Störungen führt, wird der Sache des Friedens eher geschadet als genützt. Andererseits wird eine neue und freiere wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit, die sich auf feste und gut angelegte politische Verpflichtungen gründet, eine mächtige Hilfe für die Herstellung einer einheitlichen Zielsetzung in Europa sein. Letztes und höchstes Ziel allen ehrlichen politischen Strebens in jedwedem Lande muß die Hebung des Lebensstandards sein. Wir sind heute durch die Wissenschaft gut genug darüber unterrichtet, daß das geschehen kann, wenn es in einer Atmosphäre des Friedens und gegenseitigen Vertrauens unternommen wird. Indem wir uns dieser Aufgabe zuwenden, erkennen wir gewisse Dinge nicht an. Wir erkennen nicht an, daß Europa vor der Alternative einer Diktatur der Rechten oder Linken steht. Wir erkennen nicht an - und lassen Sie mich das ganz klar herausstellen -, daß die Demokratien der Nährboden für den Kommunismus sind. Wir sehen sie eher als sein Gegenmittel an. Wir finden uns nicht damit ab, Europa fieberhaft rüsten zu sehen unter den widerstreitenden Zeichen rivalisierender Ideologien. Es gibt einen besseren Weg. Wir kennen ihn, und wir wünschen ihn zu beschreiten.

Und so muß ich diesen Überblick mit einigen Worten über Deutschland abschließen. Die Zukunft Deutschlands und die Rolle, die es in Europa spielen wird, ist heute die Hauptfrage für ganz Europa. Diese große Nation von 65 000 000 Menschen im Herzen unseres Kontinents hat die Rasse und den Nationalismus zu einem Glaubensbekenntnis erhoben, das mit derselben Inbrunst ausgeübt wird, mit der es verkündet wird. Die ganze Welt fragt sich gegenwärtig, wohin diese Lehren Deutschland führen sollen, wohin sie uns alle führen. Werden sie ihm die Stellung einer Großmacht in der Mitte Europas zurückgeben, die die Achtung der anderen großen und kleinen Mächte genießt und die mannigfachen Gaben ihrer Bevölkerung dazu benutzt, Vertrauen und Wohlergehen wiederherzustellen in einer Welt, die Kämpfe und Gegensätze herzlich satt hat und die Rückkehr zu den normalen Bedingungen für Arbeit und Gemeinschaft leidenschaftlich herbeisehnt? Oder werden sie Deutschland zu einer Verschärfung der internationalen Gegensätzlichkeiten und zu einer Politik noch größerer wirtschaftlicher Isolierung führen? Europa fragt sich heute ernstlich, welches die Antworten auf diese Fragen sind: denn Europa kann sich nicht weiterhin einer immer unsicherer werdenden Zukunft entgegentreiben lassen. Es kann sich nicht zwischen akuten nationalen Rivalitäten und in starkem Gegensatz stehenden Ideologien zerreißen lassen, und es kann nicht

hoffen, am Leben zu bleiben, ohne Wunden davonzutragen, die während einer Generation nicht verheilen. Es steht in Deutschlands Macht, eine Wahl zu beeinflussen, die nicht nur sein eigenes, sondern auch das Schicksal Europas entscheiden wird. Wenn es die volle und gleiche Zusammenarbeit mit anderen Nationen wählt, dann gibt es niemanden in diesem Lande, der nicht von ganzem Herzen dazu beitragen wird, Mißverständnisse zu beseitigen und den Weg zu Frieden und Wohlergehen zu ebnen.

Aber es ist müßig, sich einzubilden, daß wir die Übel, an denen wir leiden, durch reine Linderungsmittel beheben könnten; auch keine lokalen Heilmittel werden genügen. Es darf keine Vorbehalte oder Ausflüchte seitens irgendeiner Nation - welche Ideologie und welche Regierungsform sie auch bevorzugt - in ihrer Zusammenarbeit mit anderen und im Verzicht auf jede Art von Einmischung in die Angelegenheiten anderer geben. Wir können die Welt nicht durch Pakte oder Verträge heilen. Wir können sie auch nicht durch politische Glaubensbekenntnisse, welcherart sie auch immer sein mögen, heilen. Wir können sie nicht durch Reden heilen, mögen sie noch so himmelanstrebend und friedvoll sein. Es muß ein unmißverständlicher Wille zur Zusammenarbeit da sein. Dieser Wille wird auf sehr bestimmte Art zum Ausdruck kommen - durch Ablehnung der Lehre nationaler Exklusivität und Anerkennung jedes europäischen Staates als potentiellen Partners eines allgemeinen Abkommens, durch Herabsetzung der Rüstungen auf ein Maß, das für die notwendigen Bedürfnisse der Verteidigung ausreicht und nicht darüber hinaus, und durch Annahme solcher internationaler Einrichtungen zur Beilegung von Konflikten, die den Völkerbund zu einem Segen für alle und zu niemandes Knecht machen.

Diese Dinge müssen jetzt zu Anfang des neuen Jahres klar festgestellt werden. Wir selbst haben keinen größeren Wunsch als den der vollen Zusammenarbeit mit anderen; und dabei machen wir keine Ausnahmen. Wo immer dieser gleiche Wunsch sich kundtut, werden wir ganz darauf eingehen, und wir werden für das größtmögliche Zusammenhalten in dem Glauben arbeiten, daß es von der großen Mehrheit des Volkes jeder Nation im Grunde des Herzens leidenschaftlich gewünscht wird.

(E: **Parliamentary Debates. Bd. 319, Sp. 105ff.** *[Scriptorium merkt an: im Original "93ff."]*
- D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1937, S. 66ff.)

## *38.*
## *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 30. Januar 1937*

Ich möchte an dieser Stelle meinen wirklichen Dank aussprechen für die Möglichkeit einer Antwort, die mir geboten wurde durch die so freimütigen wie bemerkenswerten **Ausführungen des Herrn englischen Außenministers**.

Ich habe diese Ausführungen, wie ich glaube, genau und richtig gelesen. Ich will mich natürlich nicht in Details verlieren, sondern ich möchte versuchen, die großen Gesichtspunkte der Rede Mister Edens herauszugreifen, um meinerseits sie entweder zu klären oder zu beantworten.

Ich will dabei zuerst versuchen, einen wie es mir scheint, sehr bedauerlichen Irrtum richtigzustellen. Nämlich den Irrtum, daß Deutschland irgendeine Absicht habe, sich zu isolieren, an den Geschehnissen der übrigen Welt teilnahmslos vorbeizugehen oder daß es etwa keine Rücksicht auf allgemeine Notwendigkeiten nehmen wolle.

Worin soll die Auffassung, Deutschland treibe eine Isolierungspolitik, ihre Begründung finden?

Soll diese Annahme der Isolierung Deutschlands gefolgert werden aus vermeintlichen deutschen

Absichten, dann möchte ich dazu folgendes bemerken:

Ich glaube überhaupt nicht, daß jemals ein Staat die Absicht haben könne, sich bewußt an den Vorgängen der übrigen Welt als politisch desinteressiert zu erklären. Besonders dann nicht, wenn diese Welt so klein ist wie das heutige Europa. Ich glaube, daß, wenn wirklich ein Staat zu einer solchen Haltung Zuflucht nehmen muß, er es dann höchstens unter dem Zwang eines ihm selbst aufoktroyierten fremden Willens tun wird.

Ich möchte Herrn Minister Eden hier zunächst versichern, daß wir Deutsche nicht im geringsten isoliert sein wollen und uns auch gar nicht als isoliert fühlen. Deutschland hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl politischer Beziehungen aufgenommen, wieder angeknüpft, verbessert und mit einer Reihe von Staaten ein - ich darf wohl sagen - enges freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Unsere Beziehungen in Europa sind von uns aus gesehen zu den meisten Staaten normale, zu einer ganzen Anzahl von Staaten sehr freundschaftliche. Ich stelle hier an die Spitze die ausgezeichneten Beziehungen, die uns vor allem mit jenen Staaten verbinden, die aus ähnlichen Leiden wie wir zu ähnlichen Folgerungen gekommen sind...

Allein auch wirtschaftlich gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, zu behaupten, daß Deutschland sich der internationalen Zusammenarbeit etwa entzöge. Es ist ja doch wohl umgekehrt. Wenn ich so die Reden mancher Staatsmänner in den letzten Monaten übersehe, dann kann nur zu leicht aus ihnen der Eindruck entstehen, als ob etwa eine ganze Welt darauf warte, Deutschland mit wirtschaftlichen Gefälligkeiten zu überschwemmen und nur wir verstockte Isolierungspolitiker an diesen Genüssen nicht teilnehmen wollen.

Ich möchte zur Richtigstellung dessen ein paar ganz nüchterne Tatsachen anführen:

Erstens: Seit Jahr und Tag müht sich das deutsche Volk ab, mit seinen Nachbarn bessere Handelsverträge und damit einen regeren Güteraustausch zu erreichen. Und diese Bemühungen waren auch nicht vergeblich, denn tatsächlich ist der deutsche Außenhandel seit dem Jahre 1932 sowohl dem Volumen als auch dem Werte nach nicht kleiner, sondern größer geworden. Dies widerlegt am schärfsten die Meinung, daß Deutschland eine wirtschaftliche Isolierungspolitik betriebe.

Zweitens: Ich glaube aber nicht, daß es eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker auf einer anderen Ebene, und zwar von Dauer geben kann als auf der eines gegenseitigen Waren- und Güteraustausches. Kreditmanipulationen können vielleicht für den Augenblick ihre Wirkung ausüben, auf die Dauer aber werden die wirtschaftlichen internationalen Beziehungen immer bedingt sein durch den Umfang des gegenseitigen Warenaustausches. Und hier ist es ja nun nicht so, daß die andere Welt etwa mit ungeheuren Aufträgen oder Perspektiven einer Steigerung des wirtschaftlichen Austauschverkehrs aufzuwarten in der Lage wäre, dann, wenn ich weiß nicht was für Voraussetzungen sonst erfüllt sein würden.

Man soll doch die Dinge wirklich nicht noch mehr komplizieren, als sie es an sich schon sind. Die Weltwirtschaft krankt nicht daran, daß Deutschland sich etwa an ihr nicht beteiligen will, sondern sie krankt daran, daß in die einzelnen Produktionen der Völker sowohl als auch in deren Beziehungen zueinander eine Unordnung gekommen ist. Beides hat nicht Deutschland verschuldet. Am wenigsten das heutige nationalsozialistische Deutschland. Denn als wir zur Macht kamen, war die Weltwirtschaftskrise wohl noch schlimmer als heute.

Ich befürchte allerdings, den Worten Mister Edens entnehmen zu müssen, daß er als ein Element der Ablehnung internationaler Beziehungen von Seiten Deutschlands die Durchführung des neuen Vierjahresplanes ansieht.

Ich möchte daher darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß der Entschluß, diesen Plan durchzuführen, keine Änderung zuläßt. Die Gründe, die uns zu diesem Entschluß veranlaßten, waren zwingende. Und ich habe in der letzten Zeit nichts entdecken können, was uns irgendwie von der Durchführung dieses Entschlusses hätte abzubringen vermögen.

Ich nehme nur ein praktisches Beispiel:

Die Durchführung des Vierjahresplanes wird durch die synthetische Erzeugung von Benzin und Gummi allein eine jährliche Mehrförderung von 20 - 30 Millionen Tonnen Kohle in unserem Lande sicherstellen. Das heißt aber die Beschäftigung von vielen Zehntausenden von Kohlenbergarbeitern für die ganze Zukunft ihres Lebens. Ich muß mir wirklich die Frage erlauben: Welcher Staatsmann würde in der Lage sein, mir im Falle der Nichtdurchführung des deutschen Vierjahresplanes die Abnahme von 20 oder 30 Millionen Tonnen Kohle durch irgendeinen anderen Wirtschaftsfaktor außerhalb des Reiches zu garantieren? Und darum handelt es sich.

Ich will Arbeit und Brot für mein Volk. Und zwar nicht vorübergehend durch die Gewährung meinetwegen von Krediten, sondern **durch einen soliden, dauernden Produktionsprozeß**, den ich entweder in Austausch bringen kann mit Gütern der anderen Welt oder in Austausch bringen muß mit eigenen Gütern, im Kreislauf unserer eigenen Wirtschaft.

Wenn Deutschland durch irgendeine Manipulation diese 20 oder 30 Millionen Tonnen Kohle in der Zukunft auf den Weltmarkt werfen wollte, so würde dies doch nur dazu führen, daß andere Länder ihre bisherige Kohlenausfuhr vermutlich senken müßten. Ich weiß nicht, ob ein englischer Staatsmann z. B. ernstlich eine solche Möglichkeit für sein Volk ins Auge fassen könnte. Dies aber ist das Entscheidende.

Denn Deutschland hat eine ungeheure Zahl von Menschen, die nicht nur arbeiten, sondern auch essen wollen. Auch der übrige Lebensstandard unseres Volkes ist ein hoher. Ich kann die Zukunft der deutschen Nation nicht aufbauen auf den Versicherungen eines ausländischen Staatsmannes über irgendeine internationale Hilfe, sondern ich kann sie nur aufbauen auf den realen Grundlagen einer laufenden Produktion, die ich entweder im Innern oder nach außen absetzen muß! Und hier unterscheide ich mich vielleicht in meinem Mißtrauen von den optimistischen Ausführungen des englischen Außenministers...

Sollte aber - ich muß auch dies untersuchen - die Ursache für die Meinung, Deutschland treibe Isolierungspolitik, etwa unser Austritt aus dem Völkerbund sein, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Genfer Liga niemals ein wirklicher Bund aller Völker war, daß eine Anzahl großer Nationen ihr entweder überhaupt nicht angehörten oder schon vor uns den Austritt vollzogen hatten, ohne daß deshalb jemand behaupten wird, diese betrieben eine Isolierungspolitik.

Ich glaube also, daß Mister Eden in diesem Punkt die deutschen Absichten und unsere Auffassungen sicherlich verkennt. Denn nichts liegt uns ferner als, sei es politisch oder wirtschaftlich, die Beziehungen zur anderen Welt abzubrechen oder auch nur zu vermindern. Im Gegenteil, das Umgekehrte ist richtiger.

**Ich habe es so oft versucht, zur Verständigung in Europa einen Beitrag zu leisten**, und **habe besonders oft dem englischen Volke und seiner Regierung versichert, wie sehr wir eine aufrichtige und herzliche Zusammenarbeit mit ihnen wünschen**. Und zwar wir alle, das ganze deutsche Volk und nicht zuletzt ich selbst!

Ich gebe aber zu, daß in einem Punkt eine tatsächliche und, wie mir scheint, unüberbrückbare Verschiedenheit zwischen den Auffassungen des englischen Außenministers und unseren besteht.

Mister Eden betont, daß die britische Regierung unter keinen Umständen wünsche, Europa in zwei Hälften zerrissen zu sehen.

Ich glaube, diesen Wunsch hatte wenigstens früher in Europa anscheinend niemand. Heute ist dieser Wunsch nur eine Illusion. Denn tatsächlich ist die Zerreißung in zwei Hälften nicht nur Europas, sondern der Welt eine vollzogene Tatsache.

Es ist bedauerlich, daß die britische Regierung nicht schon früher ihre heutige Auffassung vertreten hat, daß eine Zerreißung Europas unter allen Umständen vermieden werden müsse, denn dann wäre es nie zum **Versailler Vertrag** gekommen. Dieser Vertrag hat tatsächlich die erste Zerreißung Europas eingeleitet: nämlich die Aufteilung der Nationen in Sieger und Besiegte und damit Rechtlose.

(*Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 459, S. 11 ff.)

## *39.*
## *Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in London an das Auswärtige Amt vom 1. Februar 1937*

Während Londoner Sonntagspresse unter spontanem Eindruck der Führerrede in Überschriften fast durchweg positive Momente der Rede stark hervorhob, folgt heutige Londoner Presse, mit Ausnahme durchaus positiv eingestellter Daily Mail, den gestern vom Foreign Office ausgegebenen Losungen, die sie zum Teil durch eigene Zutaten ergänzt. Wegen der vom Außenministerium ausgegebenen Richtlinien verweise ich auf die nur zur Information gegebene DNB.-Meldung vom 1. Februar morgens. Ergebnis ist, daß heutige Presse fast durchweg der Meinung Ausdruck gibt, daß Führerrede keine Förderung in gegenwärtiger politischer Lage bedeute und daß positive Momente bagatellisiert und den meisten Punkten eine abträgliche Deutung gegeben wird. Erklärungen über Reichsbahn und Reichsbank und über Kriegsschuldfrage finden so gut wie keine Beachtung.

Woermann

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Die in den Ausführungen des britischen Außenministers zutage getretenen Äußerungen des Mißtrauens und der Verdächtigung gegen Deutschland sollten auch für das Jahr 1937 bestimmend bleiben. Von deutscher Seite wurden immer wieder Vorstöße in Richtung einer grundsätzlichen, auf dem Flottenabkommen und einem Westpakt aufzubauenden Verständigung unternommen, bei der in irgendeiner Weise auch die Kolonialfrage hätte geregelt werden müssen.*

## *40.*
## *Aus der Rede des Botschafters von Ribbentrop in Leipzig vom 1. März 1937*

Die Einteilung der Welt nach dem Kriege in Sieger und Besiegte brachte auch ihre Einteilung in die Nationen der "Habenden" und der "Habenichtse", wie ein britischer Staatsmann dies im vorigen Jahre ausdrückte. Es ist nun ein durchaus natürlicher und verständlicher Vorgang, wenn die Nationen, die nichts haben, den Allesbesitzenden mit Unzufriedenheit und die Besitzenden den Nichtbesitzenden mit Mißtrauen gegenüberstehen. Diese Unzufriedenheit und dieses Mißtrauen

können aber wiederum nur dadurch beseitigt werden, daß die besitzenden Nationen zu einem Arrangement mit den Besitzlosen kommen, das, wenn es auch diese nicht zu den Reichen dieser Erde macht, so doch ihnen einen gewissen Ausgleich bietet.

**Versailles** hat Deutschland, einen der einst wohlhabendsten Staaten der Erde, in die Front der Besitzlosen gedrängt. Man hat Deutschland seinerzeit unvernünftigerweise seine gesamten mobilisierten Werte genommen und so eine Ungleichheit des Besitzstandes auf allen Gebieten geschaffen, die letzten Endes niemals von Dauer sein kann, und die heute für ein gut Teil der Unruhe in der Welt verantwortlich zu machen ist.

Es liegt aber im Interesse aller Staaten, diese Unruhe in der Welt zu beseitigen und daher einen Ausgleich zwischen den besitzenden und den besitzlosen Nationen zu finden.

Was die Lösung der Kolonialfrage angeht, so hat der Führer in seiner **Rede vom 30. Januar** erklärt, daß "die Forderung nach Kolonien in unserem so dicht besiedelten Lande sich als eine selbstverständliche immer wieder erheben wird", und hat gleichzeitig **die Gründe, die für die Zurückhaltung der ehemaligen deutschen Kolonien von dem Auslande vorgebracht werden**, schlagend widerlegt. Wenn man heute die **Mantelnote** des **Versailler Vertrages** nachliest und feststellt, wie dort die Verwandlung der deutschen Kolonien in Mandatsgebiete wörtlich begründet wird mit "den Raubzügen auf den Welthandel, die Deutschland von seinen Kolonien aus betrieben hat", und mit der Unfähigkeit, Kolonien zu verwalten, so wird uns heute so recht klar, unter welch krankhafter Haßpsychose und mit welch fadenscheinigen Gründen der deutsche Kolonialbesitz liquidiert wurde. Ich glaube, daß jeder Vernünftigdenkende heute diese Argumentierung der damaligen Zeit kaum mehr für möglich halten wird und ferner glaube ich, daß auch jeder Unvernünftige kaum behaupten wird, daß diese seltsame Begründung des Präsidenten Wilson, daß "eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche gefunden werden müsse", zu vereinbaren ist. Ausschließlich vertrauend auf die Wilsonschen Zusagen hat aber das deutsche Volk seinerzeit die Waffen niedergelegt.

Deutschland beansprucht grundsätzlich das Recht auf Kolonialbesitz, wie dies auch jeder anderen, selbst der kleinsten Nation der Welt, zusteht, und muß jegliche Argumentation, die ihm dieses Recht streitig machen will, in aller Form zurückweisen.

Im übrigen: England, Japan, Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Spanien, Portugal, alle diese Länder haben Kolonien und zum Teil **Kolonialreiche, die meist um ein Gewaltiges größer sind als die Mutterländer**. Deutschland mit seiner auf engstem Raume zusammengedrängten großen Bevölkerung braucht Kolonien mehr als irgend jemand. Ausgerechnet Deutschland aber soll keine Kolonien besitzen?

Ebenso abwegig aber wie **die Gründe, mit denen Deutschland die Kolonien weggenommen wurden**, ist auch die Begründung, die man dann und wann in der ausländischen Presse liest, wonach Deutschland eine imperialistische Kolonialpolitik treiben und seine Kolonien zu strategischen Stützpunkten ausbauen würde. Abgesehen davon, daß militärisch gesehen an sich jede Kolonie für Deutschland von vornherein eine verlorene Position bedeutet, ist wohl **der zwischen Deutschland und England abgeschlossene Flottenvertrag** der schlagendste Beweis gegen solche Behauptungen. Ich darf im übrigen in diesem Zusammenhang an die seinerzeitige Erklärung des Führers erinnern, daß mit dem Besitz von Kolonien sich keine Erhöhung der deutschen Flottenforderung ergeben würde.

(DNB. vom 2. März 1937.)

## *41.*
## *Aus dem Bericht des Botschafters von Ribbentrop vom 14. Februar 1937 über seine Aussprache mit dem stellvertretenden Außenminister Lord Halifax*

Ich habe Halifax zum Schluß unserer Aussprache nochmals mit allem Ernst vorgestellt, daß meiner Auffassung nach die Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses bestimmend für die zukünftige gesamte Weltentwicklung sei. Mr. Baldwin habe mir ja einmal erklärt, Deutschland und England seien die beiden stärksten und männlichsten Nationen der Welt; wir dürften nie wieder kämpfen, denn ein nochmaliger Kampf zwischen uns würde ein Kampf bis zum bitteren Ende sein. Dies sei durchaus auch die Auffassung des Führers und Reichskanzlers. Mir schiene daher die Frage der Beziehungen dieser beiden großen Völker zueinander von so überragender Bedeutung zu sein, daß bei klarer Erkenntnis der Dinge alle anderen Probleme dagegen verblassen müßten. Die diplomatische Sicherheit zwischen unseren beiden Ländern könnte meiner Auffassung nach letzten Endes nur durch zwei Dinge, nämlich durch die klare Festlegung der gegenseitigen vitalen Interessen zur See und zu Lande garantiert werden. Die erste Frage sei durch das **Flottenabkommen** gelöst, die zweite Frage könnte durch einen Garantievertrag für die *low countries* und vielleicht darauffolgende weitere westliche Friedenssicherungen geregelt werden! Damit seien die nach menschlichem Ermessen zwischen unseren Ländern überhaupt möglichen Sicherungen getroffen. Durch Schaffung dieser Garantien fiele aber jeder wirkliche Kriegsgrund zwischen England und Deutschland fort. Hüten müßten sich die beiden Völker aber, je wieder in einen Krieg hineingezogen zu werden, in dem sie sich für Interessen, die sie nicht vital berühren, als Feinde gegenüberstehen würden. Deutschlands Politik liege klar in dieser Richtung, während ich in England immer noch starke Kräfte sähe, die sich zu einer solchen Erkenntnis in keiner Weise durchgerungen hätten. Einmal werde, früher oder später, auch England sich entscheiden müssen. Einen Mittelweg werde es meines Erachtens nicht geben, und ich hoffte nur, daß die sprichwörtliche Nüchternheit britischer Staatsmänner nicht zu lange zögern möchte, den den wahren britischen Interessen entsprechenden Entscheid zu treffen. Halifax schienen diese Gedankengänge stark zu interessieren, und er sagte mir zum Schluß, daß er weiter mit mir über diese Fragen sprechen möchte, da er ähnliche Gedanken habe. Inwieweit dies wirklich der Fall ist, bleibt abzuwarten.

Ribbentrop

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Nachdem die Grundzüge einer auf dem Locarno-Gedanken beruhenden Friedensgarantie im Westen deutscherseits bereits in dem Memorandum an die Signatarmächte des Locarno-Paktes vom 7. März 1936 entwickelt worden waren, versuchte eine deutsche Note vom 12. März 1937 noch einmal, Verhandlungen auf dieser Grundlage anzubahnen. Inzwischen war jedoch der Locarnogedanke von britischer Seite längst aufgegeben worden. An die Stelle einer an die Locarno-Tradition anknüpfenden, trotz aller Schwierigkeiten im Bereich des Möglichen liegenden Friedensgarantie im Westen war der anspruchsvolle, mit allen ungelösten Problemen Europas belastete Plan einer "Gesamtregelung" getreten, ein Plan, der für Deutschland schon deshalb undiskutabel war, weil er die unausweichliche Revision der deutschen Ostgrenzen - einschließlich der österreichischen Frage - zu vereiteln suchte.*

*Nach der wenig ermutigenden Aufnahme, welche die deutsche Note vom 12. März in England gefunden hatte, mußte auch die britische Note vom 23. Juli 1937, die zudem noch in einem durch die spanische Krise beschwerten Augenblick abgesandt wurde, ohne Ergebnis bleiben. Daß Deutschland auch damals die Hoffnung auf das Zustandekommen einer Friedensregelung im Westen nicht aufgegeben hatte, geht ausdrücklich aus der deutschen Garantieerklärung über die Unverletzlichkeit Belgiens vom 13. Oktober 1937 hervor, in der der Abschluß eines "zur Ersetzung des Paktes von Locarno bestimmten Vertrages" erwähnt wird.*

*Überwiegend wird allerdings keine Täuschung mehr darüber möglich sein, daß England einen neuen Westpakt überhaupt nicht gewollt hat, daß es den unmöglichen und ganz utopischen Begriff der "Gesamtregelung" benutzt hat, um eine im Bereiche der realpolitischen Möglichkeit liegende Einigung über die ganz konkrete Frage der Friedensorganisation im Westen zu vereiteln.*

*Auch die Versuche Neville Chamberlains, der am 28. Mai 1937 als Nachfolger Baldwins das Amt des Premierministers angetreten hatte, mit Deutschland ins Gespräch zu kommen, können über die damals längst feststehende Grundhaltung der Londoner Regierung nicht hinwegtäuschen. Sicherlich trieb Neville Chamberlain eine Politik, die sich in manchen Nuancen von der Politik eines Eden oder Churchill unterschied. Aber die Nuancen blieben geringfügig gegenüber der gemeinsamen kompakten Grundlage der Feindseligkeit und eines Mißtrauens, das sich nur aus den eigenen Absichten und Zielen der britischen Politik erklären läßt. Es war nur ein Unterschied in der Methode, nicht aber in der Zielsetzung. Nur so läßt sich der Ausgang der beiden von Chamberlain selbst angeregten Fühlungnahmen mit Deutschland erklären, die im Jahre 1937 versucht wurden. Der erste Versuch, der für den 20. Juli 1937 vorgesehene Besuch des Reichsministers von Neurath in London, scheiterte bekanntlich schon im Stadium der Vorbereitung. Die im schroffen Widerspruch zu dem das Londoner Nichteinmischungsabkommen bedingenden Geiste der Solidarität zwischen den Kontrollmächten stehende Reaktion Englands durch den Überfall rotspanischer Flugzeuge und Unterseeboote auf die deutschen Panzerkreuzer "Deutschland" und "Leipzig" schuf eine Atmosphäre, die für eine grundsätzliche, freundschaftliche Aussprache denkbar ungeeignet war, so daß der Reichsaußenminister seinen Besuch abzusagen genötigt war. Es war bezeichnend, daß selbst **Chamberlain in seiner ersten Unterhausrede als Premierminister am 25. Juni** sich verpflichtet fühlte, in geradezu alarmierenden Worten auf die von der britischen Pressehetze heraufbeschworenen Gefahren einer katastrophenhaften Entwicklung der internationalen Lage hinzuweisen.*

## *42. Aus der Unterhausrede des britischen Premierministers Chamberlain vom 25. Juni 1937*

Das ist alles, was ich im Augenblick zu sagen habe, und ich möchte mit einem sehr ernsten Appell an diejenigen schließen, die verantwortliche Stellen sowohl in unserem Lande als auch im Auslande innehaben - ich schließe dabei die Presse und die Mitglieder dieses Hauses ein -, ihre Worte sehr sorgfältig zu wägen, ehe sie sich über diese Angelegenheit äußern, und die Folgen im Auge zu behalten, die sich vielleicht aus irgendeiner voreiligen oder unbedachten Redewendung ergeben könnten. Ich habe gelesen, daß es im Hochgebirge zuweilen vorkommen kann, daß eine unvorsichtige Bewegung oder selbst nur ein plötzlicher lauter Ausruf eine Lawine in Bewegung setzen kann. Das ist genau die Lage, in der wir uns heute finden. Ich glaube, daß der Schnee, obgleich er vielleicht gefährlich gelagert ist, sich noch nicht in Bewegung gesetzt hat, und wenn wir alle Vorsicht, Geduld und Selbstbeherrschung üben können, wird es uns vielleicht noch möglich sein, den Frieden Europas zu retten.

(E: ***Parliamentary Debates*****. House of Commons. Bd. 325, Sp. 1549.** - D: Eigene Übersetzung.)

## *43. Aus der Rede des Führers auf dem Gauparteitag in Würzburg vom 27. Juni 1937*

Wir haben nichts anderes verlangt, als daß den Machthabern in Valencia wenigstens durch eine gemeinsame Kundgebung aller beteiligten Kontrollmächte gezeigt wird, daß sie es nicht mehr mit einer, sondern mit allen Mächten zu tun haben. Aber selbst diese bescheidene Aktion war nicht mehr durchführbar. Daraus können Sie ersehen, was wir Deutschen zu erwarten hätten, wenn wir

jemals das Schicksal des Reiches den Händen derartiger Institutionen oder solchen Abmachungen ausliefern würden.

Davon aber kann man in London überzeugt sein: die Erfahrungen, die wir dieses Mal gemacht haben, sind für uns eine Belehrung, die wir niemals mehr vergessen werden!

Wir werden von jetzt ab in solchen Fällen doch lieber die Freiheit, die Unabhängigkeit, die Ehre und die Sicherheit der Nation in unsere eigenen Hände nehmen und uns selbst beschützen! Und Gott sei Dank, wir sind heute auch stark genug, um uns selbst schützen zu können!

Wir haben aus diesem Vorgang Konsequenzen gezogen, die für die ganze Zukunft wirksam sein werden. Redensarten in Parlamenten oder von Staatsmännern werden uns in Zukunft nicht mehr einnebeln können. Wir haben einen Angriff erlebt, seine Behandlung gesehen und sind dadurch geheilt für immer. Ich hatte getan, was man pflichtgemäß tun mußte. Es wurde versucht, und heute kann niemand mehr in der Welt erklären, daß wir böswilligerweise irgendwie voreingenommen seien gegen kollektive Abmachungen.

Nein! Hätte sich diese kollektive Abmachung vom 12. Juni bewährt, hätte man es sich vielleicht überlegen können, ob man nicht doch noch weiter geht. Nachdem sich aber selbst diese kleinste Abmachung in der Praxis als undurchführbar erwies, soll das für uns nun eine Warnung sein, eine ähnliche Enttäuschung eines Tages nicht vielleicht in einem schlimmeren Fall noch einmal zu erleben.

Jede Katze kann sich einmal die Pfoten verbrennen und jeder Mensch einmal Fehler machen, aber nur Narren tun das gleiche zweimal! Weder ich noch die deutsche Nation haben nun Lust, sich ein zweites Mal in eine solche Gefahr zu begeben.

(DNB. vom 28. Juni 1937.)

*Gleichwohl dachte die Reichsregierung nicht daran, die gleichzeitig laufenden Flottenverhandlungen zu unterbrechen. Es kam vielmehr am 19. Juli 1937 in London zur Unterzeichnung eines weiteren, qualitativen Flottenabkommens, das eine wertvolle und für das englische System der Flottenverträge außerordentlich wichtige Ergänzung der deutsch-englischen Flottenverständigung bildete.* ***Selbst Außenminister Eden*** *konnte nicht umhin, "den staatsmännischen Geist" der deutschen Außenpolitik in diesem Punkte anzuerkennen.*

## *44.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Außenministers Eden vom 19. Juli 1937*

Da ich die heute bestehenden Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der Staaten kenne, möchte ich der verdienstlichen und staatsmännischen Haltung der deutschen und der sowjetrussischen Regierung - es ist reizvoll, sie beide in einem Atemzug nennen zu können - Anerkennung zollen, die durch den Abschluß von Flottenabkommen mit England vor einigen Tagen freiwillig dem System der qualitativen Begrenzung und des Austausches von Informationen, das im Londoner Flottenvertrag festgelegt worden ist, beigetreten sind. Ich möchte mich über dieses Thema, das noch morgen vom Marineminister behandelt wird, nicht weiter auslassen, aber ich finde, daß ihre Bereitwilligkeit, auf dem Gebiet der Seerüstungsbeschränkung mit uns zusammenzuarbeiten, ein sicherer Beweis dafür ist, daß es bei beiderseitigem gutem Willen und gegenseitigem Verstehen nicht unmöglich ist, auch die schwierigsten Probleme zu lösen.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 326, Sp. 1809.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "1817."]* **-** D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1937, S. 523.)

*Trotz dieses abermaligen bedeutenden Entgegenkommens der deutschen Politik in der Flottenfrage* ***dauerte die antideutsche Pressehetze in England an****.*

## *45.*
## *Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in London an das Auswärtige Amt vom 11. August 1937*

Wie aus DNB.-Berichten dort bekannt, ist in letzten Tagen hier in Linkspresse förmliche Kampagne gegen in England lebende Deutsche und besonders Parteiangehörige entfacht worden. Habe dies zum Anlaß genommen, um im Foreign Office bei Deutschlandreferenten Strang in ernster Weise auf Gefahr einer derartigen Kampagne hinzuweisen. Habe dabei insbesondere *News Chronicle* vom 9. August, *Manchester Guardian* und *Evening Standard* vom 10. August und *Daily Herald* vom 11. August erwähnt, der direkt gegen Parteiorganisation in England hetzt. Habe angeführt, daß Beispiel Schweiz zeige, wohin derartige Hetzkampagne führen könnte, worauf Strang von sich aus Namen Gustloff nannte. Habe dabei besonders Hetze *Daily Herald* gegen Parteiorganisation hervorgehoben und erwähnt, daß nach *Daily Herald* auch Foreign Office mit Prüfung Angelegenheit befaßt sei. Da in *Daily Herald* auch entstellender Bericht über angebliche Parteiveranstaltung gegeben wird, wo Landesgruppenleiter Bene anwesend war, womit offenbar Feier vom 1. Mai gemeint ist, habe ich ausgeführt, daß auf dieser Versammlung ja englische Polizei anwesend gewesen sei, die sicher darüber berichtet habe. Mir sei vor allem in Erinnerung, daß Bene alle in England lebenden Deutschen ermahnt habe, sich der Pflichten bewußt zu sein, die sie gegenüber England als Gastland hätten. Ich wisse, daß auch gegenwärtiger Landesgruppenleiter in gleichem Sinne arbeite. Um so törichter sei es, wenn Parteimitglieder in England verdächtigt würden. Artikel legten Vermutungen nahe, daß derartige Mitteilungen vom Home Office oder Scotland Yard ausgingen, was völlig unverständlich sein würde.

Strang nahm meine Ausführungen verständnisvoll auf, wußte aber nicht recht, wie er darauf reagieren sollte. Er wiederholte bekannte These von Freiheit englischer Presse, worauf ich ihn erneut darauf hinwies, daß bei gutem Willen Einflußmöglichkeit bestände. Er versicherte, daß Foreign Office an Kampagne in keiner Weise beteiligt sei, er glaube auch nicht, daß dies auf andere britische amtliche Stellen zutreffen könne. Ich insistierte darauf, daß etwas geschehen müsse, worauf er zusagte, die Angelegenheit zunächst mit Sir Robert Vansittart zu besprechen und mir nach einigen Tagen weitere Antwort zu geben.

Anschließend erwähnte ich, daß mir Vansittart von 60 deutschen Journalisten in England gesprochen habe und daß in Presse Zahlen von 80 und über 100 genannt würden. Wie ich festgestellt habe, seien auf deutscher Journalistenliste lediglich 32 Personen verzeichnet. Ich könne mir denken, daß die hohe Zahl zum Teil dadurch zu erklären sei, daß Emigranten hier noch mit Journalistenausweisen tätig seien und daß vielleicht auch einige Gelegenheitsjournalisten miteingeschlossen seien. Die dauernde Erwähnung der hohen Zahl der Journalisten erfolgt aber offenbar zum Zweck, durchblicken zu lassen, daß es sich hier nicht wirklich um Journalisten handele. Wir seien selbst an der Reinhaltung des Journalistenberufes interessiert. Wenn die britischen Behörden Beschwerden hätten, sollten sie diese doch offen mit uns besprechen und nicht auch in dieser Hinsicht derartige Kampagne starten.

Woermann

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Den zweiten Versuch eines unmittelbaren deutsch-englischen Kontaktes in diesem Jahre bildete der Besuch des damaligen Lordpräsidenten (späteren Außenministers) Lord Halifax in Berlin vom 17. bis 21. November 1937.*

*Indessen war auch dieser zweite Versuch von so vielen merkwürdigen Begleitumständen umgeben, daß die mit ihm verfolgten Absichten in einem höchst zweideutigen Lichte erscheinen müssen. Noch bevor Lord Halifax in Deutschland überhaupt eingetroffen war, mußte sich die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz bereits am 14. November energisch gegen tendenziöse Kombinationen verwahren, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise in der englischen und französischen Presse angestellt worden waren. In gleicher Weise mußte sie nach dem Abschluß des Besuches am 24. November* ***gegen falsche Tendenzmeldungen protestieren****, die sich über angeblich von deutscher Seite in den Besprechungen mit Lord Halifax gestellte Forderungen ausließen. Lord Halifax selbst äußerte sich zuerst am 2. Dezember 1937 anläßlich des zweiten Jahrestages der "Anglo-German Fellowship" in London über seinen Berliner Besuch. Es war sehr bezeichnend, daß er* ***sich in seinen Äußerungen darauf beschränkte, von der Berliner Jagdausstellung zu sprechen****, die er auf Einladung von Generalfeldmarschall Göring besichtigt hatte. Die* ***offizielle Erklärung Chamberlains über die Berliner Besprechungen*** *schob die Frage der deutsch-englischen Beziehungen auf jenes tote Geleise, das die britische Regierung schon in der Frage des Westpaktes benutzt hatte, um eine wirkliche Einigung zu verhindern: sie gipfelte wiederum in der utopischen Forderung einer "Gesamtregelung".*

## *46.*
## *Verlautbarung der NS.-Parteikorrespondenz vom 24. November 1937 über den Besuch des Lordpräsidenten Halifax in Berlin*

Erst vor kurzem sahen wir uns genötigt, mit deutlichen Worten Pressemanövern entgegenzutreten, die noch vor dem Besuche des Lordpräsidenten Halifax versuchten, mit dreisten Unterstellungen die internationale Atmosphäre zu vergiften. Man hätte annehmen sollen, daß diese überall verstandene klare Antwort auf derartige für die Besserung der internationalen Beziehungen denkbar "ungeeignete Methoden" genügt hätte, um den verantwortungslosen Elementen in der ausländischen Presse die Lust zu nehmen, ihre ebenso lächerlichen wie gefährlichen Machenschaften fortzusetzen

Diese Hoffnung war trügerisch! Nach dem Besuche des Lordpräsidenten Halifax wurde die Lügenflut eines Teiles der ausländischen Presse schlimmer denn zuvor. Angebliche "Forderungen", "Wünsche" und Behauptungen über mehr oder weniger "politische Erpressungen" des Führers sind nach wie vor in den Spalten dieser Blätter Themen des Tages. So liefert uns neuerdings der *Manchester Guardian* ein Musterstück lügenhafter Berichterstattung.

Der diplomatische Korrespondent dieses Blattes berichtet, daß deutscherseits in den Besprechungen mit Lord Halifax "Forderungen" gestellt worden seien, die sich in folgenden Punkten zusammenfassen ließen:

1. Deutschland sei bereit, dem Völkerbund unter einer Reihe von Bedingungen, die sich auf bestimmte Punkte des Versailler Vertrages und die Anerkennung der italienischen Oberhoheit über Abessinien beziehen, wieder beizutreten.
2. England werde von Deutschland aufgefordert, einer Reorganisation des tschechischen Staates nach dem Muster des Schweizer Bundessystems zuzustimmen, wobei das Sudetenland den Charakter eines Schweizer Kantons erhalten solle.
3. England werde aufgefordert, sich zu verpflichten, der österreichischen Regierung keinerlei diplomatischen, politischen oder militärischen Beistand zu geben.

4. Deutschland verpflichte sich, die Kolonialfrage für eine Periode von sechs Jahren nicht aufzugreifen, und verspreche, später keinerlei Flotten- oder Militärbasen in seinen früheren Kolonien einzurichten.
5. Deutschland verpflichte sich, den Frieden in Spanien wiederherzustellen, sobald die britische Regierung die Regierung in Salamanca de jure anerkannt habe usw.

Wir wissen nicht, aus welcher trüben Quelle diese "Informationen" stammen, aber wir wissen, daß sie von Anfang bis zu Ende lügenhafte Erfindungen sind!

Der englische Ministerpräsident Chamberlain sah sich veranlaßt, auf diesbezügliche Anfragen heute im Unterhaus alle diese Spekulationen nicht nur als unverantwortlich, sondern auch als höchst unrichtig zu bezeichnen. Wir möchten sie als freche und unverschämte politische Verleumdungen, ihre Verbreiter als internationale Brunnenvergifter brandmarken!

Mit solchen publizistischen Gangstermethoden kann man dem nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr kommen!

Wie oft sollen wir es sagen: Es ist bei uns nicht üblich, dem Minister eines befreundeten Landes, der nach Deutschland kommt zwecks "Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Verstehens", Forderungen zu stellen und ihm die Pistole auf die Brust zu setzen! Alle Kombinationen in dieser Richtung tragen also schon von vornherein den Stempel der Lüge auf der Stirn!

Wenn der diplomatische Korrespondent des *Manchester Guardian* dann seinem lügnerischen Elaborat die Krone aufsetzt, indem er seine Regierung auffordert, diese uns so dreist unterschobenen "Vorschläge", die das "größere Deutschland im Embryo" enthielten, als unannehmbar zurückzuweisen, weil ihre Annahme eine "Krise der englisch-französischen Beziehungen stören" würde usw., dann wissen wir, was man mit diesen fortgesetzten Unterstellungen Deutschland gegenüber bezwecken möchte.

Wir werden auch in Zukunft diesen politischen Gangstermethoden mit der ihnen gebührenden Deutlichkeit entgegentreten und den publizistischen Strauchrittern die Maske vom Gesicht reißen. Denn wir sind mehr denn je überzeugt, daß, solange diesen internationalen Brunnenvergiftern, die jede Fühlungnahme zu lügenhafter Hetze benützen, nicht das Handwerk gelegt ist, alle politischen Besuche und Besprechungen zwecklos sind und nur zu einer Verwirrung der internationalen Lage beitragen können.

(DNB. vom 25. November 1937.)

## *47.*
## *Aus der Ansprache des Lordpräsidenten Halifax anläßlich der zweiten Jahrestagung der Anglo-German Fellowship in London am 2. Dezember 1937*

In seiner Aussprache sagte Lord Halifax, er habe in der vergangenen Woche das Vergnügen gehabt, Berlin zu besuchen, um - wie er erinnern möchte - die große Jagdausstellung zu besichtigen. Da dies der ursprüngliche Zweck seines Besuches gewesen sei, würden seine Hörer nicht überrascht sein, daß er der Ausstellung den größten Teil der ihm zustehenden Drei-Minuten-Sprechzeit widmen würde. Die Ausstellung sei ohne Zweifel die größte Jagdausstellung, die die Welt je gesehen habe. Alle Besucher der Ausstellung würden ihm beipflichten, wenn er sagte, daß sie einen Markstein für die Leistungen der Menschen aller Länder auf dem Gebiete des Sports, der sportlichen Kunst und,

wie er hinzufügen möchte, der Ausstellungskunst bilde. Er sei dankbar dafür, daß er hier Gelegenheit habe, seine warme Anerkennung für den höflichen, offenen und freundlichen Empfang auszusprechen, der ihm von allen Seiten, den höchsten wie den niedrigsten, bereitet worden sei. Er glaube allen Ernstes, daß die Beziehungen der einzelnen Menschen auf sie gemeinsam interessierenden Gebieten, wie etwa Sport, von großer Bedeutung für die Beziehungen der Nationen untereinander seien. Er zögere nicht, zu sagen, daß das Verständnis zwischen den Völkern, zu deren Förderung die Anglo-German Fellowship gegründet sei, zweifellos die größte Notwendigkeit für die heutige Welt sei. Seiner Ansicht nach könne keine Gesellschaft einen größeren Dienst leisten als den, daß sie zum gegenseitigen Vertrauen und Verstehen der Nationen untereinander beitrage.

(E: *The Times* vom 3. Dezember 1937. - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1938. S, 34.)

## *48.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Premierministers Chamberlain vom 21. Dezember 1937*

Der Abgeordnete Attlee hat die verschiedenen kürzlich stattgefundenen internationalen Besprechungen erwähnt; ich möchte darauf zurückkommen und mit dem Besuch des Herrn Lordpräsidenten des Staatsrats in Deutschland beginnen. Ich habe dem Hause schon mitgeteilt, daß die Besprechungen zwischen dem Lordpräsidenten und dem Reichskanzler und verschiedenen bekannten Deutschen vertraulichen Charakter trugen, und sicherlich wünscht kein Abgeordneter, daß ich irgend etwas sage, was als Bruch der Voraussetzung angesehen werden könnte, auf Grund deren die Besprechungen stattfanden. Aber ich darf vielleicht eine oder zwei allgemeine Bemerkungen machen, die das über dieses Thema schon Gesagte ergänzen.

Seiner Majestät Regierung hat niemals erwartet oder beabsichtigt, daß diese Besprechungen sofort Ergebnisse zeigen sollten. Es waren Besprechungen und keine Verhandlungen; und deshalb wurden in ihrem Verlauf keine Vorschläge gemacht, keine Verpflichtungen eingegangen und keine Abmachungen getroffen. Das von uns erstrebte und erreichte Ziel war, einen persönlichen Kontakt zwischen einem Mitglied Seiner Majestät Regierung und dem Reichskanzler herzustellen und, wenn möglich, auf beiden Seiten zu einem klareren Verständnis für die Politik und die Haltung beider Regierungen zu gelangen. Ich glaube sagen zu können, daß wir jetzt eine ziemlich genaue Vorstellung von den Problemen besitzen, die nach Ansicht der deutschen Regierung gelöst werden müssen, wenn wir in den europäischen Angelegenheiten den von allen gewünschten Zustand erreichen wollen, in welchem die Nationen einander mit dem Wunsch nach Zusammenarbeit, anstatt mit Mißtrauen und Groll, gegenüberstehen.

Wenn wir zu einem solchen Zustand gelangen sollen, so kann das natürlich nicht durch eine Abmachung zwischen einzelnen Ländern erreicht werden. Eine solche könnte nur als erster Schritt zu einem allgemeinen Bemühen angesehen werden, um zu dem zu kommen, was manchmal eine allgemeine Regelung genannt worden ist, nämlich dazu, daß berechtigten Beschwerden abgeholfen, Mißtrauen beseitigt und Vertrauen wiederhergestellt wird. Dazu ist natürlich erforderlich, daß alle Beteiligten ihren Beitrag zur Erreichung des gemeinsamen Zieles liefern. Andererseits ist es, glaube ich, klar, daß Resultate nicht übereilt oder erzwungen werden können, daß diese Probleme eine gewisse Zeitlang studiert und erforscht werden müssen und daß das bisher Geschehene nur die Einleitung zu einer umfassenderen und, wie ich hoffe, ergebnisvolleren Zukunft ist.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 330, Sp. 1804f.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "1808."]* - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1938, S. 33f.)

*Die wahren Absichten, die man mit dem Besuch des Lordpräsidenten Lord Halifax verfolgt hatte, gingen sehr bald völlig eindeutig aus den tendenziösen Parallelen hervor, die man zwischen seinem Besuch und der Mission des britischen Kriegsministers Lord Haldane im Jahre 1912 zog. Die Haldane-Mission war schon in der alliierten Kriegsschuldpropaganda von jeher dazu benutzt worden, um - im krassen Widerspruch zur wirklichen Lage der Dinge - die englischen Verständigungsbemühungen vor dem Kriege und die deutsche Intransigenz zu beweisen. In Wirklichkeit ist die Haldane-Mission (vgl. hierüber den Aufsatz des Herausgebers im Dezember-Heft 1937 der Monatshefte für Auswärtige Politik über "Die Berliner Mission Haldanes im Jahre 1912"), daran gescheitert, daß Deutschland verständlicherweise nur unter der Voraussetzung zu einer Flottenverständigung bereit war, daß es sicher sein konnte, die britische Flotte im Falle kriegerischer Verwicklungen nicht auf der gegnerischen Seite zu finden und daß England nicht bereit war, eine bindende Erklärung in diesem Sinne abzugeben, daß es sogar nicht einmal bereit war, sich für diesen Fall zur Neutralität zu verpflichten. Die diplomatische Anlage und der Ablauf des Halifax-Besuches ähnelt so sehr der Haldane-Mission, daß kaum ein Zweifel darüber bestehen kann, daß die britische Regierung in Erinnerung an die propagandistischen Erfolge der Haldane-Legende von 1912 die Wiederholung eines ähnlichen Manövers zur Täuschung der Weltöffentlichkeit beabsichtigt hatte. Da indessen die Problematik der über die Haldane-Mission verbreiteten britischen Propaganda-Legende heute jedem objektiven Historiker offenkundig ist, wird dieses Manöver keinen weiterschauenden neutralen Beobachter täuschen können.*

## *Das Jahr 1938*

*Im Anschluß an den Besuch von Lord Halifax fand am 26. Januar 1938 eine **Unterredung** zwischen dem Reichsaußenminister von Neurath und dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, statt, die ein klares Licht auf die englische Haltung in jenen Verhandlungen wirft. Mit aller Deutlichkeit trat hervor, daß man auf englischer Seite das Wort Verständigung ausgiebig brauchte, zu irgendeinem sachlichen Entgegenkommen aber nicht bereit, sondern offenbar bewußt entschlossen war, durch eine solche Haltung die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.*

### *49.*
### *Aufzeichnung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath vom 26. Januar 1938 über seine Unterredung mit dem britischen Botschafter Henderson*

Der englische Botschafter suchte mich heute auf und teilte mir mit, er sei von seiner Regierung nach London berufen zu einer Aussprache über die von Seiten Englands auf Grund der Halifax-Unterredung zu machenden Schritte. Henderson wiederholte die schon öfter gemachten Bemerkungen, daß die englische Regierung, insbesondere der Premierminister, fest entschlossen sei, Deutschland in der Kolonialfrage entgegenzukommen. Er habe natürlich große Schwierigkeiten, denn es gäbe viele Leute in England, die nichts hergeben wollten. Es würde die Arbeit des Premierministers sehr erleichtern, wenn er bei den Verhandlungen schon irgendwelche Gegenleistungen von deutscher Seite in Aussicht stellen könnte.

Ich sagte dem Botschafter, er habe doch schon wiederholt und auch aus dem Munde des Führers gehört, daß unser Anspruch auf **Rückgabe der Kolonien** kein Handelsobjekt sei. Der Botschafter fuhr fort zu fragen, ob wir denn wenigstens bereit seien, in irgendeine Diskussion über Rüstungen und Bombenabwürfe usw. einzutreten. Ich sagte ihm darauf, die Frage des Bombenabwurfs könne gegebenenfalls unabhängig davon einmal erörtert werden, jedenfalls aber nicht im Zusammenhang mit der Kolonialfrage. Als Henderson dann auch wieder die Rückkehr Deutschlands in den

Völkerbund erwähnte und eine Zusicherung haben wollte, daß wir eventuell die Frage des Wiedereintritts in einen reformierten Völkerbund diskutieren würden, erklärte ich ihm, ich wünschte diese Frage überhaupt nicht zu diskutieren. Über unsere Stellung zum Völkerbund hätte ich mich klar genug ausgedrückt. Im übrigen ersähe ich aus den jetzigen Verhandlungen in Genf, daß England nicht einmal mehr den Mut aufbringe, die Diskussion über die Reform des Völkerbundes fortzusetzen.

Sodann frug Henderson noch nach unseren Plänen gegenüber der Tschechoslowakei und gegenüber Österreich. Ich sagte ihm, er wisse aus verschiedenen Konversationen mit mir, welche Beschwerden wir gegen die Tschechoslowakei hätten. Wenn diese von tschechischer Seite behoben wären, so würde sich auch das Verhältnis zur Tschechoslowakei von selbst normalisieren. Was Österreich anbelange, so könnte ich ihm nur - und zwar mit der Bitte um Wiederholung in London - erklären, daß wir uns in die Regelung der Beziehungen zu Österreich auch von England nicht hineinreden lassen würden. Diese Regelung sei eine ausschließlich deutsch-österreichische Frage, und wir würden jede Einmischung ablehnen.

Als der Botschafter noch frug, ob ich nicht glaubte, daß der Führer ihm irgendeine Zusicherung für die von Deutschland einzunehmende Haltung im Falle eines Entgegenkommens in der Kolonialfrage geben könne, sagte ich ihm, ich sei überzeugt, daß der Führer ihm auch nicht mehr sagen würde, als ich getan hätte. Mit Zusicherungen von deutscher Seite hätten wir bisher noch nicht das mindeste erreicht. Wir würden abwarten, bis wir von der anderen Seite konkrete Angebote hätten. Dann könne man sich darüber unterhalten, ob und welcher Beitrag von unserer Seite geleistet werden könne.

Henderson reist morgen abend nach London ab und glaubt etwa in der zweiten Hälfte der nächsten Woche nach Berlin zurückzukommen.

Freiherr v. Neurath

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Nachdem sich die englische Presse am Ausgang des Jahres 1937 mit Rücksicht auf den Besuch von Lord Halifax und auf den Verlauf der deutsch-englischen Besprechungen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hatte, schlug dieser Zustand am Anfang des Jahres 1938 wieder völlig in sein Gegenteil um. Die Maßnahmen des Führers vom 4. Februar 1938, die zu einem Umbau der Wehrmachtsführung, zur Bildung eines Geheimen Kabinettsrates und zur Übernahme des Außenministeriums durch den bisherigen Botschafter von Ribbentrop führten, lösten in England eine wüste und hemmungslose Pressehetze aus. Der Führer sah sich infolgedessen genötigt, in seiner* ***Reichstagsrede vom 20. Februar 1938*** *das deutsch-englische Problem unter dem Gesichtspunkt dieser ständigen Vergiftung der Atmosphäre durch eine planmäßige und ständige Presseagitation zu erörtern.*

## *50.*
## *Aus der Reichstagsrede des Führers und Reichskanzlers vom 20. Februar 1938*

Deutschland hat auch mit England keinerlei Streitigkeiten, es seien denn unsere kolonialen Wünsche. Es fehlt jedoch jeder Anhaltspunkt für einen auch nur irgendwie denkbaren möglichen Konflikt. Das einzige, was das Zusammenleben dieser Staaten vergiftet und damit belastet, ist eine geradezu unerträgliche Pressehetze, die im diesen Ländern unter dem Motto "Freiheit der persönlichen Meinungsäußerung" getrieben wird.

Ich habe kein Verständnis dafür, aus dem Munde ausländischer Staatsmänner und Diplomaten immer wieder zu vernehmen, daß in diesen Ländern keine gesetzliche Möglichkeiten bestünden, der Lüge und der Verleumdung ein Ende zu bereiten. Denn es handelt sich hier nicht um Privatangelegenheiten, sondern um Probleme des Zusammenlebens von Völkern und von Staaten. Und wir sind nicht in der Lage, diese Vorgänge auf die Dauer auf die leichte Schulter zu nehmen. Wir können auch nicht vor den Folgen dieser Hetze die Augen verschließen. Denn es könnte sonst nur zu leicht sein, daß in gewissen Ländern durch **niederträchtige dauernde internationale Lügenfabrikation** ein so starker Haß gegen unser Land entwickelt wird, daß dort allmählich eine offene feindselige Stimmung gegen uns entsteht, der vom deutschen Volk dann nicht mit der notwendigen Widerstandskraft begegnet werden könnte, weil ihm selbst durch die Art unserer Pressepolitik jede Feindseligkeit gegenüber diesen Völkern fehlt. Und dies ist eine Gefahr, und zwar eine Gefahr für den Frieden. Ich bin deshalb auch nicht mehr gewillt, die zügellose Methode einer fortgesetzten Begeiferung und Beschimpfung unseres Landes und unseres Volkes unwidersprochen hinzunehmen. Wir werden von jetzt ab antworten, und zwar mit nationalsozialistischer Gründlichkeit antworten.

(*Verhandlungen des Reichstages*, Bd. 459, S. 39)

*Indessen ließ man es auf englischer Seite mit dieser Einmischung in innerste deutsche Angelegenheiten nicht genug sein und fühlte sich bemüßigt, den **Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich** zum Anlaß einer **offiziellen diplomatischen Einmischung** zu machen.*

## *51.*
## *Note des Präsidenten des Geheimen Staatsrates Freiherrn von Neurath vom 12. März 1938 an den britischen Botschafter in Berlin*

Herr Botschafter!

Mit Schreiben vom 11. März haben Euer Exzellenz mitgeteilt, der Königlich-Britischen Regierung sei die Nachricht zugegangen, daß in Wien ein deutsches Ultimatum gestellt worden sei, in dem der Rücktritt des Bundeskanzlers, seine Ersetzung durch den Minister des Innern, die Bildung eines neuen Kabinetts mit einer Zweidrittelmehrheit von nationalsozialistischen Mitgliedern und die Wiederzulassung der österreichischen Legion gefordert worden sei. Für den Fall, daß diese Nachrichten zuträfen, hat die Königlich-Britische Regierung gegen einen derartigen auf Gewalt gestützten Zwang protestiert, der auf **einen unabhängigen Staat** ausgeübt worden sei, um eine mit seiner nationalen Unabhängigkeit unvereinbare Lage zu schaffen.

Namens der deutschen Regierung muß ich demgegenüber darauf hinweisen, daß der Königlich-Britischen Regierung nicht das Recht zusteht, die Rolle eines Beschützers der Unabhängigkeit Österreichs für sich in Anspruch zu nehmen. Die Deutsche Regierung hat die Königlich-Britische Regierung im Laufe der diplomatischen Unterhaltungen über die österreichische Frage niemals darüber im Zweifel gelassen, daß die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Reich und Österreich lediglich als eine dritte Mächte nicht berührende innere Angelegenheit des deutschen Volkes angesehen werden kann.

Es erübrigt sich, **die historischen und politischen Gründe dieses Standpunktes** noch einmal darzulegen.

Aus diesem Grunde muß die Deutsche Regierung den von der Königlich-Britischen Regierung, wenn auch nur bedingt, eingelegten Protest von vornherein als unzulässig zurückweisen.

Gleichwohl will die Deutsche Regierung gegenüber der in Ihrem Schreiben erwähnten Nachricht, daß die Reichsregierung in Wien ultimative Forderungen gestellt habe, nicht unterlassen, zur Steuer der Wahrheit hinsichtlich der Vorgänge der letzten Tage folgendes festzustellen:

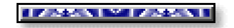
Vor wenigen Wochen hatte der Deutsche Reichskanzler in Erkenntnis der Gefahren, die sich aus der unerträglich gewordenen Lage in Österreich ergaben, eine Aussprache mit dem damaligen österreichischen Bundeskanzler herbeigeführt. Das Ziel war, noch einmal den Versuch zu machen, jenen Gefahren durch die Verabredung der Maßnahmen zu begegnen, die eine den Interessen der beiden Länder wie den Interessen des gesamten deutschen Volkes dienende ruhige und friedliche Entwicklung sicherstellen konnte. Die **Vereinbarung von Berchtesgaden** hätte, wenn sie auf österreichischer Seite im Geiste der Aussprache vom 12. Februar loyal durchgeführt worden wäre, eine solche Entwicklung tatsächlich gewährleistet.

Statt dessen hat der frühere österreichische Bundeskanzler am Abend des 9. März überraschend den eigenmächtig von ihm gefaßten Beschluß bekanntgegeben, **mit einer Frist von wenigen Tagen eine Abstimmung zu veranstalten**, die nach den obwaltenden Umständen, insbesondere nach den für die Durchführung der Abstimmung geplanten Einzelheiten, allein den Sinn haben konnte und sollte, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Österreichs politisch zu vergewaltigen. Dieses mit der Vereinbarung von Berchtesgaden in flagrantem Widerspruche stehende Vorgehen hat, wie vorauszusehen, zu einer äußersten Zuspitzung der inneren Lage in Österreich geführt. Es war nur natürlich, daß die an dem Abstimmungsbeschluß nicht beteiligten Mitglieder der damaligen österreichischen Regierung dagegen schärfsten Einspruch erhoben. Infolgedessen ist es in Wien zu einer Kabinettskrise gekommen, die im Laufe des 1. März zum Rücktritt des früheren Bundeskanzlers und zur Bildung einer neuen Regierung geführt hat. Daß vom Reich aus auf diese Entwicklung ein gewaltsamer Zwang ausgeübt worden wäre, ist unwahr. Insbesondere ist die von dem früheren Bundeskanzler nachträglich verbreitete Behauptung völlig aus der Luft gegriffen, die Deutsche Regierung habe dem Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, nach dem dieser einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der Deutschen Regierung zu bilden hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich in Aussicht genommen werde. In Wahrheit ist die Frage der Entsendung militärischer und polizeilicher Kräfte aus dem Reich erst dadurch aufgeworfen worden, daß die neugebildete österreichische Regierung in einem in der Presse bereits veröffentlichten Telegramm die dringende Bitte an die Reichsregierung gerichtet hat, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und zur Verhinderung von Blutvergießen baldmöglichst deutsche Truppen zu entsenden. Angesichts der unmittelbar drohenden Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges in Österreich hat sich die Reichsregierung entschlossen, diesem an sie gerichteten Appell Folge zu geben.

Bei diesem Sachverhalt ist es völlig ausgeschlossen, daß das Verhalten der Deutschen Regierung, wie in Ihrem Schreiben behauptet wird, zu unübersehbaren Rückwirkungen führen könnte. Das Gesamtbild der politischen Lage ist in der Proklamation gekennzeichnet, die der Deutsche Reichskanzler heute mittag an das deutsche Volk gerichtet hat. Gefährliche Rückwirkungen könnten in dieser Lage nur dann eintreten, wenn etwa von dritter Seite versucht würde, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten und legitimen Zielen der Reichsregierung auf die Gestaltung der Verhältnisse in Österreich einen Einfluß zu nehmen, der mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unvereinbar wäre.

Freiherr v. Neurath

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)



*Chamberlain und Halifax gaben am 14. und 16. März 1938 in beiden Häusern des Parlaments zwar zu, daß der durch den Vertrag von St. Germain geschaffene Zustand nicht für alle Zeiten hätte aufrechterhalten werden können. Auch erkannte Großbritannien formell den* ***Anschluß*** *durch Umwandlung der Wiener Gesandtschaft in ein Generalkonsulat an. Gleichwohl kamen immer wieder deutliche Zeichen des Unwillens mit dem Lauf der Dinge zum Ausdruck. Noch in seiner* ***Rede in Birmingham am 8. April 1938*** *glaubte Chamberlain eine Billigung der österreichischen Entwicklung mit kritischen Bemerkungen über die bei der Wiedereingliederung Österreichs zur Anwendung gekommenen "Methoden" einschränken zu müssen.*

## *52.*
## *Aus der Rede des britischen Premierministers Chamberlain vom 8. April 1938 in Birmingham*

Unsere Politik beruht auf zwei Erkenntnissen. Die erste ist: Wenn man sich einen dauernden Frieden sichern will, so muß man die Kriegsursachen ausfindig machen und beseitigen. Dies kann nicht dadurch geschehen, daß man die Hände in den Schoß legt und darauf wartet, daß etwas geschieht. Man muß sich andauernd darum bemühen. Man muß sich die Schwierigkeiten und die Gefahrenquellen, die Gründe für jede vermutliche oder mögliche Störung des Friedens klarmachen und, wenn man dies alles ausfindig gemacht hat, sich bemühen, ein Heilmittel zu finden.

Die zweite Erkenntnis ist: In einer bewaffneten Welt muß man selbst bewaffnet sein. Ein Land muß darauf bedacht sein, seine Vorbereitungen oder seine Verteidigungs- und Angriffswaffen so zu organisieren und aufzubauen, daß niemand in Versuchung gerät, einen Angriff zu wagen, sondern, daß im Gegenteil alle mit Achtung auf seine Stimme hören, wenn diese für den Frieden spricht. Dies also sind die beiden Säulen unserer Außenpolitik: Frieden zu suchen auf dem Wege freundschaftlicher Unterhaltung und Verhandlung und die Wehrmacht auf einer Basis zu erhalten, die unserer Verantwortung und der Rolle, die wir bei der Aufrechterhaltung des Friedens zu spielen wünschen, entspricht.

Man könnte mich fragen: Und wo bleibt hierbei der Völkerbund? Warum rufen Sie nicht die kollektive Sicherheit zu Hilfe? Müssen wir zugeben, daß die herrlichen Ideale, die uns erfüllten, als der Völkerbund gegründet wurde, preisgegeben werden? Wir haben den Völkerbund niemals lächerlich gemacht. Wir lassen uns durch niemanden davon abhalten, diesen großen und herrlichen Idealen treu zu bleiben. Wir wünschen noch immer, jede mögliche Gelegenheit zu ergreifen, den Völkerbund neu zu bauen und zu stärken und ihn wiederherzustellen, damit er einst nochmals ein wirkungsvolles Instrument zur Erhaltung des Friedens werden möge.

Aber heute müssen wir den Tatsachen ins Auge sehen, heute, nachdem einige der mächtigsten Staaten der Welt sich daraus entfernt haben, müssen wir uns zunächst einmal über etwas klarwerden, ehe wir dem Völkerbund die hervorragende Aufgabe der Wahrung des Friedens aufzuerlegen versuchen. Kollektive Sicherheit kann nur erzielt werden durch die Bereitwilligkeit und Fähigkeit der Mitgliedstaaten zu einer Gemeinschaftsaktion, die wirkungsvoll genug ist, jeden Angriff aufzuhalten. Ist der Völkerbund tatsächlich in der Lage, dies zu tun?

Vor einiger Zeit richtete ich an die Opposition in diesem Hause eine Frage - und ich bitte sie sich zu erinnern, daß dies vor den letzten Ereignissen in Österreich war. Ich fragte sie, ob man mir einen einzigen kleinen Staat in Europa nennen könne, der, wenn er heute **von einem mächtigen Nachbarn bedroht** wäre, sich allein auf den Völkerbund verlassen könne, um kollektive Sicherheit zu erhalten. Ich erhielt keine Antwort auf diese Frage, ich konnte keine erhalten, denn man wußte genau, daß die einzig aufrichtige Antwort wäre, daß es keinen solchen Staat gäbe, weil es keine

kollektive Sicherheit gibt. Das ist kein Mangel an Loyalität. Wahrhafter Mangel an Loyalität zur Liga ist es, vorzugeben, daß diese heute Aufgaben erfüllen könne, die offensichtlich außerhalb ihres Machtbereichs liegen. Dieser Art von Treuebruch wollen wir uns nicht schuldig machen.

Aber lassen Sie uns auch nicht den Gedanken an einen größeren und besseren Völkerbund der Zukunft aufgeben. Lassen Sie uns vielmehr versuchen, eine neue Atmosphäre des Verständnisses in der Welt zu schaffen, denn das ist die grundlegende Vorbedingung für einen Völkerbund, der funktioniert. Ich erwähnte eben die Ereignisse, die sich vor genau einem Monat zugetragen haben und die durch die **Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich** ihren Abschluß fanden. Ich glaube nicht, daß die Bevölkerung dieses Landes den Wunsch haben könnte, hemmend einzugreifen, wenn zwei Staaten **sich zu vereinigen wünschen**. Aber in diesem besonderen Fall der Vereinigung wurden Methoden angewandt, die der Regierung Seiner Majestät außerordentlich mißfielen und die die öffentliche Meinung schwer schockiert haben.

(E: Neville Chamberlain, *The Struggle for Peace*. London (1939), S. 167ff. - D: Eigene Übersetzung.)

*Von deutscher Seite hat man sich - trotz der energischen Zurückweisung unberechtigter Proteste - bemüht, die englischen Interessen bei der Liquidierung des österreichischen Staates besonders zu berücksichtigen. Obwohl Deutschland grundsätzlich die Rechtsnachfolge in die österreichischen Staatsschulden ablehnte - und mit guten völkerrechtlichen Gründen ablehnen konnte -, traf es mit England besondere Vereinbarungen. Die Verhandlungen wurden von dem Wirtschaftsberater der britischen Regierung, Sir Frederick Leith-Ross, am 23. Mai 1938 in Berlin aufgenommen und führten zu einer vollkommenen Einigung und Unterzeichnung mehrerer* ***Abkommen am 1. Juli 1938****.*

## 53.
## Aus der Unterhauserklärung des britischen Schatzkanzlers Sir John Simon vom 1. Juli 1938

Es freut mich, sagen zu können, daß die Delegationen Englands und Deutschlands, die über eine Revision des englisch-deutschen Zahlungsabkommens unter Berücksichtigung der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich verhandelt haben, heute zu einem Ergebnis gelangt sind. Die Grundlage dieser Regelung, unter dem Vorbehalt gesetzlicher Verbindlichkeit, ist, daß die deutsche Regierung der Regierung des Vereinigten Königreiches alle Beträge zurückzahlt, welche von dieser als Garantie für die österreichischen Garantie-Anleihen bezahlt worden sind und zugleich den gesamten Anleihedienst für die Obligationen, die am 1. Juli 1938 in britischen Händen waren, sicherstellt.

Die Regelung bestätigt außerdem die Grundsätze eines Abkommens, das zwischen den deutschen Vertretern und dem Komitee der Gläubiger deutscher langfristiger Anleihen, betreffend die zukünftige Handhabung anderer deutscher und österreichischer langfristiger Schulden, getroffen wurde. Auf Grund dieser Regelung ist der Dienst der nachstehenden deutschen und österreichischen Anleihen wie folgt:

Für die Dawes-Anleihe und die österreichische siebenprozentige Anleihe von 1930: je 5 vom Hundert Zinsen und 2 vom Hundert kumulativer Tilgungsfonds.

Für die Young-Anleihe und die Saarbrücken-Anleihe: 4½ vom Hundert Zinsen und 1 vom Hundert

kumulativer Tilgungsfonds, beginnend nach zwei Jahren.

Der Dienst der vierprozentigen Reichs-Tilgungs-Obligationen sowie der österreichischen Kreditanstalt-Obligationen wird für britische Eigentümer voll aufrechterhalten.

Bezüglich der übrigen mittleren und langfristigen Schulden Deutschlands und Österreichs wird eine zeitweilige Regelung getroffen, wodurch während der nächsten beiden Jahre Coupons, Dividenden usw. in bar zu 50 vom Hundert ihres Nennwertes mit höchstens vierprozentiger Verzinsung gezahlt werden.

(E: **Parliamentary Debates. House of Commons. Bd. 337, Sp. 2364f.** *[Scriptorium merkt an: im Original "2362."]* - D: Eigene Übersetzung.)

*Es ist vor allem die anmaßende Einmischung Großbritanniens in die Neuordnung der durch die Pariser Vorortverträge desorganisierten mitteleuropäischen Verhältnisse gewesen, die das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1938 belastet hat. - Stärker noch als in der österreichischen Frage trat dies in der tschechoslowakischen Krise zutage, die im Mai 1938 ihren ersten Höhepunkt erreichte. Die tschechische Mobilmachung vom 21./22. Mai 1938 war ein Ereignis, das sich ohne englische Anstiftung und Beihilfe überhaupt niemals hätte ereignen können. Deutschland hatte damals allen Anlaß, auch die geringste Beunruhigung zu vermeiden.* ***Konrad Henlein*** *hatte noch am 13. Mai in London nicht nur dem diplomatischen Hauptberater der Regierung, Sir Robert Vansittart, sondern auch führenden Oppositionspolitikern wie Winston Churchill und Sir Archibald Sinclair einen Besuch abgestattet, um sie über* ***die Lage im Sudetenland*** *zu informieren. Die lange ausgesetzten Gemeindewahlen in der Tschecho-Slowakei standen vor der Tür, und die Sudetendeutschen hatten das größte Interesse daran, daß sie nicht unter dem Druck des militärischen Ausnahmezustandes stattfanden. Ein Bericht des bekannten französischen Journalisten Jules Sauerwein über ein Telephongespräch des britischen Geheimdienstes mit Prag am 20. Mai hat später darüber Aufschluß gegeben, wo die Quelle der gefährlichen Alarmnachricht über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen an der tschechischen Grenze zu suchen war.*

*Rückblickend kann es nicht wundernehmen, daß die während des ganzen Sommers 1938 geleisteten "guten Dienste" der britischen Regierung zur Sicherung eines erträglichen Autonomiestatus für die Sudetendeutschen einen so geringen Erfolg hatten. Die damalige Prager Regierung wußte nur zu gut, wieweit sie die Ermahnungen der Londoner Regierung ernstzunehmen hatte und wieweit nicht. Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse,* ***das persönliche Urteil des tschechoslowakischen Gesandten in London, Jan Masaryk****,* ***über den Leiter der englischen Politik*** *zu kennen.*

### *54.*
### *Aus dem Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in London Jan Masaryk vom 24. Februar 1938*

Neville Chamberlain ist ein vorsichtiger, erfahrener, aber hundertprozentig parteiischer Politiker. Das Schicksal der Konservativen Partei ist ihm sakrosankt, und damit die Partei keinen Schaden erleide, ist er bereit, ein und manchmal auch beide Augen vor einem nicht gerade sehr ehrlichen Vorgehen zu schließen. Ich will nicht sagen, Neville ist unehrlich. Im Gegenteil, seine Überzeugung, er handle gut, ist geradezu rührend ehrlich. Er wuchs in der Birminghamer Munizipalpolitik auf, wo er ein ausgezeichneter Bürgermeister war. Und seine politischen "kleinen Betrügereien" sind eher von munizipaler als von Staats- und Reichsgröße. Chamberlain ging spät in die Politik. Ministerpräsident wurde er mit 68 Jahren, auf den Kampfplatz der Außenpolitik trat er

erst beinahe 70jährig mit der Überzeugung von der Heiligkeit seiner Sendung, aber weder mit technischer noch mit faktischer Schulung ausgerüstet.

(Aus den Akten des tschechoslowakischen Außenministeriums.)

## *55.*
## *Aus dem Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in London Jan Masaryk vom 26. September 1938*

Chamberlain ist aufrichtig überrascht, daß wir eine Zurückziehung des Militärs aus den Befestigungen nicht beabsichtigen. Ich betonte, daß gestern die Befestigungen auf englischen und französischen Rat besetzt wurden und daß wir sie heute nicht wieder räumen können. Das wollte er nicht begreifen. Es ist ein Unglück, daß dieser dumme, uninformierte, kleine Mensch englischer Premier ist, und ich bin überzeugt davon, daß er es nicht mehr lange sein wird.

(Aus den Akten des tschechoslowakischen Außenministeriums.)

*Ebenso ist es von Interesse, **das Wachsen der Kriegsstimmung in England in dieser Zeit** zu beobachten.*

## *56.*
## *Aus dem Bericht des deutschen Botschafters in London von Dirksen vom 5. Juli 1938*

In meinen Berichten über die Wochenendkrise und die Zeit danach habe ich verschiedene Male darauf hingewiesen, daß die englische Öffentlichkeit sich mit dem Gedanken eines bevorstehenden Krieges vertraut gemacht hat. Ich habe insbesondere in meinen Berichten über die Verstärkung der englischen Luftaufrüstung und über die in Aussicht genommene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu Beginn eines Krieges darauf aufmerksam gemacht, daß die englische Regierung Kritik von seiten der Öffentlichkeit nur in der Hinsicht erfahren hat, daß die getroffenen Maßnahmen nicht weit genug gingen. Wenn man weiß, wie groß die Abneigung des einzelnen Engländers gegen alles ist, was mit der allgemeinen Wehrpflicht zusammenhängt, kann man erst ermessen, welches Ausmaß die Sorgenpsychose erreicht haben muß, um die Opposition gegen diese einschneidende Maßnahme völlig verstummen zu lassen.

Wie tief sich diese Stimmung in Bewußtsein und Unterbewußtsein des englischen Volkes festgesetzt hat, möchte ich durch einige Beobachtungen erläutern, die auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht worden sind:

Die Vertreter großer deutscher Firmen haben mich darauf aufmerksam gemacht, daß in den letzten Wochen die Auftragserteilung für deutsche Fabrikate in auffälliger Weise zurückgegangen sei. Die Beobachtungen der hiesigen Vertretung von Siemens-Schuckert während der letzten Monate haben gezeigt, daß ein merklicher Rückgang der Aufträge nach Deutschland (etwa 25 v. H. geringer als normal) eingetreten ist, der seine Begründung nur teilweise in wirtschaftlichen Vorgängen findet, für den vielmehr politische und stimmungsmäßige Momente weitgehend verantwortlich sind. Von den Interessenten, die ihre Bestellungen nicht nach Deutschland vergeben wollen, werden diese

Gründe mehr oder weniger offen angegeben. Dabei ergibt sich folgendes:

Aufträge werden nicht mehr nach Deutschland vergeben:

a. aus Furcht vor einem baldigen Kriege, dessen Ausbruch die Lieferung verhindern würde;
b. aus Besorgnis, daß innerdeutsche Maßnahmen die Lieferanten an der Lieferung hindern könnten;
c. aus einer Abneigung gegen die deutschen Exportmethoden (Ausfuhrförderung), die man als "unfair" ansieht, weil sie die englische Ware auf dem Binnen-, aber auch auf dem Auslandsmarkt bedrängt.

Als Begründung für die weitverbreitete Furcht vor dem baldigen Ausbruch eines Krieges (gegen Deutschland) führt man hier das Verhältnis Deutschlands zur Tschechoslowakei an. Man begegnet häufig der Ansicht, daß **das sudetendeutsche Problem** nur mit Gewalt gelöst werden würde. Zu dieser Auffassung trägt die Tatsache bei, daß Reden maßgebender deutscher Persönlichkeiten häufig nur unvollständig und entstellt in der britischen Presse wiedergegeben werden. Es kommt hinzu, daß durch Regierung und andere amtliche britische Stellen vor Kriegsgefahr gewarnt worden ist, allerdings zu dem Zweck, den englischen Bürger aus seiner Lethargie zu wecken und ihn zur Beteiligung an den freiwilligen Schutzverbänden (Luftschutz, Frauenhilfsdienst usw.) aufzurütteln. Diese Verbände müssen angesichts des Fehlens einer allgemeinen Dienstpflicht in Friedenszeiten ausschließlich durch freiwillige Beteiligung gebildet werden. Der Engländer beteiligt sich erfahrungsgemäß an solchen Einrichtungen erst dann freiwillig, wenn das Vaterland in Gefahr ist. Es mag daher für die Durchführung der Aufrüstung und des Luftschutzes nötig sein, eine solche Gefahr an die Wand zu malen.

Die Besorgnis, daß innerdeutsche Maßnahmen die Lieferung verhindern könnten, ergibt sich aus der Tatsache, daß Lieferungssperren, wie sie z. B. gegen die jüdische Loewy Engineering Co., London, von den maßgebenden deutschen Stellen verhängt worden sind, zur Stockung der Ausführung von Aufträgen geführt haben. Der Boykott der Loewy Engineering durch Anweisung an deutsche Industrieunternehmen ist in weiten Kreisen bekannt. Die für die englische Mentalität unverständliche Tatsache, daß solche Maßnahmen getroffen werden können, erweckt Mißtrauen und führt zu Zurückhaltung bei Bestellungen nach Deutschland.

Die in den letzten Monaten besonders intensiv gewesene - und noch andauernde - Propaganda gegen die deutschen Exportförderungsmethoden wird nicht nur von der "Buy British"-Bewegung in England geschickt ausgenutzt, sondern die Industrie, z. B. die Autoindustrie, benutzt diese Propaganda, um Deutschland auch für den Rückgang des englischen Ausfuhrgeschäftes und für andere Vorgänge, z. B. für Arbeiterentlassungen in englischen Autofabriken, verantwortlich zu machen. Dabei wird letzthin auch auf die angebliche steigende Ausfuhr "subsidierter" deutscher Waren nach den Empire-Ländern verwiesen, wodurch die englische Industrie "schwer" geschädigt würde. Dies Argument ist zugkräftig, weil der Engländer - obwohl er es nicht gern zugibt -, instinktiv fühlt, daß sein Einfluß in den Dominien nicht mehr sehr stark ist. Für die deutsche Gegenpropaganda ist es besonders schwierig, mit Vernunftgründen gegen diese gefühlsmäßigen Reaktionen anzugehen.

In diesem Zusammenhang verdient auch die englische Propaganda gegen das wirtschaftliche Vordringen Deutschlands auf dem Balkan und im Nahen Orient Erwähnung. Im Zusammenhang mit dem englisch-türkischen Kreditabkommen ist weiten Kreisen klargeworden, daß diese Abkommen eine Spitze gegen den deutschen Handel haben. So verlautet z. B. hier, daß Deutschland türkisches "Chromerz" in Zukunft nur noch über die Anglo-Turkish Commodities Ltd., d. h. nur mit englischer Genehmigung wird beziehen können. (Hierüber soll in Berlin ein Bericht unserer Botschaft in Ankara vorliegen, der hier noch nicht bekannt ist.)

Bisher bestellte das britische War-Office Pharmazeutica für die Armee in großem Umfange in Deutschland. Wie ich von der Vertretung der I. G. Farbenindustrie höre, werden diese Bestellungen mehr und mehr nach den USA. verlegt, obwohl hier sehr wohl bekannt ist, daß diese Erzeugnisse qualitativ schlechter sind. Diese Verlegung der Bezüge wird begründet mit der Möglichkeit, daß ein ausbrechender Krieg weitere Bezüge aus Deutschland unmöglich machen würde.

Das deutsche Reiseverkehrsbüro sowie die Firma Th. Cook haben mitgeteilt, daß seit Pfingsten der englische Reiseverkehr nach Deutschland um 60 v. H., stellenweise um 75 v. H. zurückgegangen sei. Insbesondere besuchen viele Engländer Österreich nicht mehr, weil sie befürchten, im Falle eines ausbrechenden Krieges von der Heimat abgeschnitten zu sein.

Die großen englischen Reisebüros bestellten bis vor kurzem häufig bei der deutschen Reichsbahn Sonderzüge für die von ihnen veranstalteten Wochenendfahrten. Bei einer Ausschreibung an die interessierten Büros in den letzten Tagen ergab sich, daß die Mindestbeteiligung (300 Personen) auch nicht entfernt erreicht wurde. Es meldeten sich auf allen Büros zusammen 14 Teilnehmer.

Ein Mitglied meiner Behörde, das vor kurzem hierher versetzt worden ist und eine Wohnung sucht, hat mir gemeldet, daß in zwei Fällen aussichtsreiche Verhandlungen über Miete eines Hauses abgebrochen worden seien, als die Hauseigentümer (Inhaber der *lease*) erfuhren, daß der Mieter Deutscher ist. Der Leiter einer Immobilien-Maklerfirma hat die Frau dieses Botschaftsmitgliedes offen gefragt: "Was tun Sie denn mit dem Haus, wenn ein Krieg ausbricht?"

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

*Am 26. Juli 1938 kündigte Chamberlain in seiner **Unterhausrede** die Entsendung von Lord Runciman nach Prag als "unabhängigen Beobachter und Vermittler" an. Er beschloß diese Rede mit optimistischen Ausführungen über die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung nach einer friedlichen Regelung der tschechoslowakischen Frage, wobei er zwar die deutschen Vorleistungen für diese Verständigung anerkannte, sich über einen englischen Beitrag dazu aber wiederum ausschwieg.*

## *57.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Premierministers Chamberlain vom 26. Juli 1938*

Wenn wir nur für diese tschechoslowakische Frage eine friedliche Lösung finden können, so würde ich persönlich glauben, daß der Weg für neue Bemühungen um eine allgemeine Befriedung frei ist, eine Befriedung, die nicht erreicht werden kann, bevor wir nicht die Gewißheit haben, daß kein größerer Fall von Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten unerledigt geblieben ist. Wir haben bereits faktisch bewiesen, daß zwischen einem demokratischen und einem totalitären Staat ein vollständiges Abkommen möglich ist, und ich kann persönlich keinen Grund sehen, warum dieser Versuch nicht wiederholt werden soll. Als Herr Hitler einen **Flottenvertrag** anbot, nach dem die deutsche Flotte auf ein gegenseitig vereinbartes Niveau beschränkt werden sollte, das sich in einem fest bestimmten Verhältnis zur Größe zur britischen Flotte hält, machte er eine bemerkenswerte Geste von außerordentlich praktischer Bedeutung für den Frieden, und es scheint mir, daß die Bedeutung dieser Geste als einer auf diese allgemeine Befriedung abzielenden Handlung nicht immer voll anerkannt worden ist. Dieser Vertrag besteht nun als ein Beweis dafür, daß es zwischen Deutschland und uns möglich ist, in einer für uns beide lebenswichtigen

Angelegenheit zu einer Verständigung zu gelangen. Und weil wir uns bereits über diesen Punkt verständigt haben, sollten wir es nach meiner Ansicht nicht für unmöglich halten, unsere Bemühungen um eine Verständigung fortzusetzen, Bemühungen, die, wenn sie erfolgreich wären, in so hohem Maße dazu beitragen würden, das Vertrauen wiederherzustellen.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 338, Sp. 2959f.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "2969."]* - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1938, S. 856f.)

*Während die Mission Lord Runcimans ohne jedes praktische Ergebnis blieb, spitzten sich die **Verhältnisse im Sudetengebiet** immer mehr zu. Auf dem **Nürnberger Parteitag** nahm der Führer in grundsätzlichen Ausführungen zu dem sudetendeutschen Problem Stellung. Auch **in dieser Rede** wurde wiederum deutlich, wie er jedes einzelne Problem Mitteleuropas stets im Zusammenhang mit einer neuen europäischen Friedensordnung sah, die sich nach seiner Meinung auf der Verständigung mit den Westmächten und **insbesondere mit England** aufbauen mußte.*

## 58.
## Aus der Schlußrede des Führers auf dem ersten Reichsparteitag Großdeutschlands in Nürnberg vom 12. September 1938

Der nationalsozialistische Staat hat **um des europäischen Friedens willen** sehr schwere Opfer auf sich genommen, und zwar sehr schwere nationale Opfer. Er hat jeden sogenannten Revanchegedanken nicht nur nicht gepflegt, sondern im Gegenteil aus dem gesamten öffentlichen und privaten Leben verbannt.

Im Laufe des 17. Jahrhunderts hat Frankreich das **Elsaß und Lothringen** dem alten Deutschen Reich mitten im tiefsten Frieden langsam genommen. 1870/1871 hat Deutschland nach einem schweren Krieg, der ihm aufgezwungen war, diese Gebiete zurückgefordert und erhalten. Nach dem großen Weltkrieg gingen sie wieder verloren.

Für uns Deutsche bedeutete das Straßburger Münster sehr viel. Wenn wir trotzdem hier **einen endgültigen Strich gezogen haben, dann geschah es, um dem europäischen Frieden für die Zukunft einen Dienst zu erweisen. Es konnte uns niemand zwingen, solche Revisionsansprüche freiwillig aufzugeben, wenn wir sie nicht aufgeben wollten!**

**Wir haben sie aufgegeben, weil es unser Wille war, den ewigen Streit mit Frankreich einmal für immer zu beenden.**

Auch an anderen Grenzen hat das Reich dieselben entschlossenen Maßnahmen verfügt und die gleiche Haltung eingenommen. Der Nationalsozialismus ist hier wirklich von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragen vorgegangen.

Wir haben die schwersten Opfer an Verzichten freiwillig auf uns genommen, um Europa für die Zukunft den Frieden zu erhalten und vor allem der Völkerversöhnung von uns aus den Weg zu ebnen.

Wir haben dabei mehr als loyal gehandelt. Weder in der Presse noch im Film oder auf der Bühne ist eine diesem Entschluß entgegenstehende Propaganda gemacht worden. Nicht einmal in der Literatur wurde eine Ausnahme geduldet.

Ich habe aus diesem selben Geiste heraus **Angebote gemacht zur Lösung europäischer**

**Spannungen, die einer Ablehnung verfielen** aus Gründen, die uns heute noch unverständlich sind. **Wir haben selbst unsere Macht auf einem wichtigen Gebiet freiwillig begrenzt**, in der Hoffnung, **mit dem im Frage kommenden Staat niemals mehr die Waffen kreuzen zu müssen**.

Dies ist nicht geschehen, weil wir etwa nicht mehr als 35 v. H. Schiffe würden bauen können, sondern es geschah, um einen Beitrag zur endgültigen Entspannung und Befriedung der europäischen Lage zu geben.

Da in Polen ein großer Patriot und Staatsmann bereit war, mit Deutschland einen Akkord zu schließen, sind wir sofort darauf eingegangen und haben eine Abmachung getätigt, die für den europäischen Frieden mehr bedeutet als alle Redereien im Genfer Völkerbundstempel zusammengenommen.

Deutschland hat nach vielen Seiten hin vollständig befriedigte Grenzen und es ist entschlossen, und es hat dies versichert, diese Grenzen nunmehr als unabänderlich und endgültig hinzunehmen und anzunehmen, um damit Europa das Gefühl der Sicherheit und des Friedens zu geben. Diese Selbstbegrenzung und Selbstbeschränkung ist aber anscheinend von vielen nur als eine Schwäche Deutschlands ausgelegt worden.

Ich möchte deshalb heute diesen Irrtum hier richtigstellen:

Ich glaube, es kann dem europäischen Frieden nicht nützen, wenn darüber ein Zweifel besteht, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, deshalb nun überhaupt sein Desinteressement an allen europäischen Fragen auszusprechen, und insonderheit, daß Deutschland nicht bereit ist, dem **Leid und Leben einer Summe von 3½ Millionen Volksgenossen** gegenüber gleichgültig zu sein und an ihrem Unglück keinen Anteil mehr zu nehmen.

Wir verstehen es, wenn England oder Frankreich ihre Interessen in einer ganzen Welt vertreten. Ich möchte aber hier den Staatsmännern in Paris und London versichern, daß es auch deutsche Interessen gibt, die wir entschlossen sind wahrzunehmen, und zwar unter allen Umständen.

Ich möchte sie dabei erinnern an eine Reichstagsrede vom Jahre 1933, in der ich zum ersten Male vor der Welt feststellte, daß es nationale Fragen geben kann, in denen unser Weg klar vorgezeichnet ist, daß ich dann jede Not und jede Gefahr und jede Drangsal lieber auf mich nehmen werde, als von der Erfüllung solcher Notwendigkeiten abzustehen.

**Kein europäischer Staat hat für den Frieden mehr getan als Deutschland!** Keiner hat größere Opfer gebracht!

(DNB. vom 13. September 1938.)

*Alle Reden und Schriftstücke, die im Verlaufe der September-Krise gewechselt wurden, sind neben der sudetendeutschen Frage immer wieder von der größeren deutsch-englischen Frage bestimmt.*

## *59.*
## *Mitteilung des britischen Premierministers Chamberlain an den Führer und Reichskanzler vom 14. September 1938*

Im Hinblick auf die zunehmende kritische Lage schlage ich vor, sofort zu Ihnen herüberzukommen, um zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich schlage vor, auf dem Luftwege zu kommen und bin morgen zur Abreise bereit.

Teilen Sie mir bitte den frühesten Zeitpunkt mit, zu dem Sie mich empfangen können, und geben Sie mir den Ort der Zusammenkunft an. Ich wäre für eine sehr baldige Antwort dankbar.

Neville Chamberlain

(DNB. vom 14. September 1938.)

### *60.*
### *Amtliche deutsche Verlautbarung vom 15. September 1938*

Berchtesgaden, 15. September. Der Führer und Reichskanzler hatte am Donnerstag auf dem Obersalzberg mit dem britischen Premierminister eine Besprechung, in deren Verlauf ein umfassender und offener Meinungsaustausch über die gegenwärtige Lage stattfand.

Der britische Premierminister fährt am Freitag nach England zurück, um sich mit dem britischen Kabinett zu beraten. In einigen Tagen findet eine neue Besprechung statt.

(DNB. vom 16. September 1938.)

### *61.*
### *Aufzeichnung über die Unterredung des Führers mit dem britischen Premierminister Chamberlain auf dem Obersalzberg vom 15. September 1938*

Der Führer sagte: "Grundsätzlich könne er erklären, daß er seit seiner Jugend den Gedanken einer deutsch-englischen Zusammenarbeit gehabt habe. **Der Krieg** sei für ihn eine schwere, innere, seelische Erschütterung gewesen. Er habe aber nach 1918 **stets den Gedanken an die deutsch-englische Freundschaft** vor Augen gehabt. Der Grund, weshalb er derartig für diese Freundschaft eingetreten sei, liege darin, daß er seit seinem 19. Lebensjahr gewisse Rasseideale in sich selbst entwickelt habe, die ihn dazu veranlaßt hätten, sofort nach dem Ende des Krieges grundsätzlich die Annäherung beider Völker wieder als eins seiner Ziele ins Auge zu fassen. Er müsse zugeben, daß in den letzten Jahren dieser idealistische Glaube an die deutsch-englische Rassengemeinschaft sehr schwere Schläge erlitten habe. Er würde sich jedoch glücklich schätzen, wenn es in letzter Stunde gelinge, die gesamte politische Entwicklung trotz allem wieder in den Rahmen der Gedankengänge zurückzuführen, die er seit anderthalb Jahrzehnten immer wieder in seinen Reden und Schriften verfochten habe."

(Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.)

### *62.*
### *Erklärung des britischen Premierministers Chamberlain nach seiner Wiederankunft in London vom 16. September 1938*

Ich bin schneller wieder zurückgekehrt, als ich angenommen hatte. Ich hätte die Reise genießen können, wenn ich nicht zu beschäftigt gewesen wäre.

Gestern nachmittag habe ich eine lange Unterredung mit Herrn Hitler gehabt. Es war eine offene, aber freundschaftliche Aussprache, und ich bin darüber zufrieden, daß jeder von uns jetzt voll

versteht, was der andere meint.

Sie werden natürlich nicht von mir erwarten, daß ich mich jetzt über das Ergebnis dieser Unterredung äußere. Alles, was ich jetzt zu tun habe, ist, mit meinen Kollegen Rücksprache zu nehmen, und ich gebe den Rat, nicht voreilig einen unautorisierten Bericht dessen, was sich in der Unterredung abgespielt hat, als wahr hinzunehmen.

Ich werde heute abend mit meinen Kollegen und anderen, besonders mit Lord Runciman, die Unterredung erörtern.

Später, vielleicht in einigen wenigen Tagen, werde ich eine weitere Aussprache mit Herrn Hitler haben. Dieses Mal aber, so hat er mir gesagt, beabsichtigt er, mir auf halbem Wege entgegenzukommen. Herr Hitler wünscht, einem alten Mann eine so lange Reise zu ersparen.

(DNB. vom 17. September 1938.)

*Die zweite Begegnung zwischen dem Führer und Chamberlain, die am 22./23. September in Godesberg stattfand, war wiederum durch Begleitumstände gekennzeichnet, die für die Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen nur allzu bezeichnend sind. Während nämlich die Besprechungen in Godesberg noch im Gange waren - sie endeten bekanntlich am 24. um 1.30 Uhr nachts, ohne bereits eine Entscheidung nach der einen oder anderen Seite zu bringen - wurde in Prag am 23. September um 20 Uhr der Mobilmachungsbeschluß gefaßt und um 22.20 Uhr über den Prager Sender bekanntgegeben. Man hat später aus englischer Quelle erfahren, daß die tschechische Regierung vorher in London angefragt hatte. Im Foreign Office habe man daraufhin, so berichtete die "Times", die Meinung gefaßt, daß England dem tschechischen Drängen auf Mobilmachung nicht weiter widerstehen könne, wenn man nicht die moralische Verantwortung dafür auf sich nehmen wolle, daß man dann den Tschechen bewaffnete Hilfe gewähren müsse, wenn es zu einem deutschen Einmarsch käme. Das heißt: England konnte weder einen Rat für noch gegen die Mobilisierung erteilen.*

*Aber die englische Regierung habe hinzugefügt, die Mobilisierung gehe allein auf tschechische Verantwortung, sie habe ferner eine Warnung vor den ernsten Konsequenzen hinzugefügt. Dieser Meinungsaustausch der Tschechen mit dem Foreign Office und der Schritt des englischen Gesandten in Prag haben demnach ohne Wissen Chamberlains stattgefunden. Außerdem habe weder das Foreign Office noch die Prager Regierung zu diesem Zeitpunkt Kenntnis davon gehabt, was zwischen Chamberlain und dem Führer vor sich ging.*

*Die Bestimmungen der Vorschläge Hitlers seien im Foreign Office noch nicht bekannt gewesen, als dort die Nachricht von dem endgültigen Beschluß der Tschechen eingetroffen sei, mobil zu machen.*

*"Es ist daher evident", so schließt die "Times" ihre sorgfältigen Untersuchungen, daß diese Entscheidung nicht nur ohne das Anraten und die Zustimmung, sondern auch sogar ohne Wissen der englischen Regierung getroffen wurde."*

*Die merkwürdige Haltung des Foreign Office, das hier hinter dem Rücken des Regierungschefs in unverantwortlicher Weise eine selbständige Politik machte und mit seiner zweideutigen Erklärung den Weg für die tschechische Mobilmachung und damit für die letzte Verschärfung der Krise freigab, konnte nicht dazu angetan sein, das deutsche Vertrauen in die Absichten und Methoden der britischen Politik zu erhöhen. Es zeigte sich auch hier wieder, daß die britische Politik einen doppelten Boden hatte. Hinter Chamberlain und seinen Friedensproklamationen stand jederzeit aktionsbereit, auf die erste Gelegenheit wartend, jene unversöhnliche **Gruppe von Kriegspolitikern**,*

*die den Konflikt nicht schnell genug auf die Spitze getrieben sehen konnte. Trotz dieser abermaligen, zu höchstem Mißtrauen berechtigenden Erfahrungen nutzte der Führer auch die letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung der sudetendeutschen Frage. Nachdem er im Augenblick der höchsten Spannung, in der **Sportpalast-Rede vom 26. September**, noch einmal auf die prinzipiellen Voraussetzungen der deutsch-englischen Zusammenarbeit hingewiesen hatte, brachte die Münchener Konferenz in der Tat ein Ergebnis, das über die Lösung der aktuellen Krise hinauszuweisen schien: **die deutsch-englische Friedenserklärung vom 30. September**.*

## *63.*
## *Aus der Rede des Führers im Berliner Sportpalast vom 26. September 1938*

Ich habe in dieser Zeit nun versucht, auch mit den anderen Nationen allmählich gute und dauerhafte Verhältnisse herbeizuführen.

Wir haben Garantien gegeben für die Staaten im Westen und allen unseren Anrainern die Unversehrtheit ihres Gebietes von Deutschland aus zugesichert. Das ist keine Phrase. Es ist das unser heiliger Wille. Wir haben gar kein Interesse daran, den Frieden zu brechen.

Diese deutschen Angebote stießen auch auf wachsendes Verständnis. Allmählich lösen sich immer mehr Völker von jener wahnsinnigen Genfer Verblendung, die - ich möchte sagen - nicht zu einer kollektiven Friedensverpflichtung, sondern zu einer kollektiven Kriegsverpflichtung wurde. Sie lösen sich davon und beginnen, die Probleme nüchtern zu sehen, sie sind verständigungsbereit und friedenswillig.

Ich bin weitergegangen und habe **England die Hand geboten**! Ich habe **freiwillig darauf verzichtet, jemals wieder in eine Flottenkonkurrenz einzutreten**, um dem Britischen Reich das Gefühl der Sicherheit zu geben. Ich habe das nicht etwa getan, weil ich nicht mehr würde bauen können, darüber soll man sich keiner Täuschung hingeben, sondern ausschließlich aus dem Grund, um zwischen den beiden Völkern einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Freilich, eines ist hier Voraussetzung: Es geht nicht an, daß der eine Teil sagt: "Ich will mit dir nie wieder Krieg führen, und zu diesem Zweck biete ich dir eine freiwillige Begrenzung meiner Waffen auf 35 v. H. an" - der andere Teil aber erklärt: "Wenn es mir paßt, werde ich von Zeit zu Zeit schon wieder Krieg führen." Das geht nicht!

Ein solches Abkommen ist nur dann moralisch berechtigt, wenn beide Völker sich in die Hand versprechen, niemals wieder miteinander Krieg führen zu wollen. Deutschland hat diesen Willen! Wir alle wollen hoffen, daß im englischen Volk diejenigen die Überhand bekommen, die des gleichen Willens sind!

(DNB. vom 27. September 1938.)

## *64.*
## *Deutsch-englische Erklärung von München vom 30. September 1938*

Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.

30. September 1938 Adolf Hitler Neville Chamberlain

(DNB. vom 30. September 1938.)

*Was nach München kam, zeigte indessen nur allzu schnell, aus welchen Motiven das Einlenken Chamberlains geboren war; daß es einzig und allein* ***das Bewußtsein war, die Aufrüstung noch nicht vollendet zu haben****, das ihn abhielt, andere Worte zu finden. Der damalige Rüstungsagent der britischen Regierung, Lord Winterton, prägte dafür die charakteristische Formulierung, man dürfe von den britischen Staatsmännern nicht verlangen, daß sie mit einer auf dem Rücken festgebundenen Hand verhandelten. Die Reden und Äußerungen der britischen Staatsmänner nach München zeigen, daß mit diesem Bilde der Geist der Münchener Vereinbarungen treffend beschrieben war.*

## *65.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Premierministers Chamberlain vom 3. Oktober 1938*

Ich glaube, es gibt viele, die mit mir der Ansicht sind, daß eine solche von dem deutschen Reichskanzler und mir unterzeichnete Erklärung etwas mehr ist als nur eine fromme Meinungsäußerung. In unseren Beziehungen zu anderen Ländern hängt alles davon ab, daß auf beiden Seiten Aufrichtigkeit und guter Wille vorhanden sind. Ich glaube, daß hier Aufrichtigkeit und guter Wille auf beiden Seiten vorhanden sind. Das ist der Grund, warum die Bedeutung dieser Erklärung für mich weit über ihren tatsächlichen Wortlaut hinausgeht. Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus den Ereignissen dieser letzten Wochen ziehen können, so ist es die, daß ein dauernder Friede nicht dadurch erreicht werden kann, daß wir stillsitzen und auf ihn warten. Um ihn zu erlangen, bedarf es aktiver und positiver Bemühungen. Ich werde zweifellos viele Kritiker haben, die sagen, daß ich mich eines leichtfertigen Optimismus schuldig mache und daß ich besser täte, kein einziges Wort zu glauben, das von den Regierenden anderer großer europäischer Staaten geäußert wird. Ich bin zu sehr Realist, um zu glauben, daß wir unser Paradies in einem Tag erringen. Wir haben nur den Grundstein des Friedens gelegt. Mit dem Oberbau ist noch nicht einmal begonnen worden.

Wir sind in diesem Land bereits während eines langen Zeitraums mit einem großen Wiederaufrüstungsprogramm beschäftigt, das in Tempo und Umfang ständig zunimmt. Niemand soll glauben, daß wir es uns infolge der Unterzeichnung des **Münchener Abkommens** zwischen den vier Mächten leisten können, unsere Anstrengungen im Hinblick auf dieses Programm in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu verringern. Die Abrüstung kann seitens dieses Landes nie wieder eine einseitige sein. Wir haben das einmal versucht und haben uns dabei fast ins Unglück gestürzt. Wenn die Abrüstung kommen soll, so muß sie schrittweise kommen, so muß sie durch Übereinkommen und die aktive Mitarbeit anderer Länder kommen. Und bis wir dieser Mitarbeit sicher sind, bis wir uns über die tatsächlich zu unternehmenden Schritte geeinigt haben, müssen wir auf unserer Hut bleiben...

Und während wir erneut entschlossen sein müssen, die Lücken in unseren Rüstungen und in unseren Verteidigungsmaßnahmen zu schließen, um zu unserer Verteidigung bereit zu sein und unserer Diplomatie Wirksamkeit zu verleihen - ich bin Realist -, so sage ich nichtsdestoweniger mit dem gleichen Sinn für Realitäten, daß ich in der Tat neue Gelegenheiten zur Inangriffnahme dieser vor uns liegenden Abrüstungsfrage sehe, und ich glaube, daß sie heute zum mindesten ebenso aussichtsreich sind, wie sie es jemals zu irgendeiner früheren Zeit waren.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 339, Sp. 49f.** - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1938, S. 1091f.)

*Die freundschafliche Atmosphäre von München war durch diese Rüstungsrede Chamberlains rasch wieder verflogen. Eine entsprechende deutsche Antwort konnte nicht ausbleiben: der Führer gab sie in seiner* ***Saarbrückener Rede vom 9. Oktober****.*

### *66.*
### *Rede des Führers in Saarbrücken vom 9. Oktober 1938*

Am Beginn dieses 20. Jahres nach unserem Zusammenbruch habe ich den Entschluß gefaßt, **die zehn Millionen Deutschen, die noch außerhalb unserer Grenzen standen, zurückzuführen in das Reich**. Ich war mir dabei vollkommen bewußt, daß diese Rückkehr nur durch unsere eigene Kraft erzwungen werden konnte.

Die andere Welt hat es weder gesehen noch sehen wollen, daß hier im Gegensatz zum sogenannten Selbstbestimmungsrecht der Völker zehn Millionen Menschen vom Deutschen Reich getrennt und wegen ihres Deutschtums unterdrückt wurden. Und sie hat es weder verstanden noch verstehen wollen, daß **diese Menschen nur eine einzige große Sehnsucht hatten: zurück zum Reich!**

Diese internationalen Weltbürger, die zwar Mitleid mit jedem Verbrecher haben, der in Deutschland zur Rechenschaft gezogen wird, waren taub gegen das Leid von zehn Millionen Deutschen! Auch heute noch ist diese Welt erfüllt vom Geist von Versailles. Man sage uns nicht, daß sie sich davon gelöst hat. Nein: Deutschland hat sich von ihm gelöst!

Es mußte ein harter Entschluß getroffen werden. Es hat auch bei uns Schwächlinge gegeben, die das vielleicht nicht verstanden hatten. Allein es ist selbstverständlich, daß es zu allen Zeiten die Ehre wirklicher Staatsmänner war, eine solche Verantwortung zu übernehmen.

Eine Reihe von Voraussetzungen war notwendig, um diese Lösung herbeizuführen:

Erstens: Die innere Geschlossenheit der Nation. Ich war bei meinem Entschluß davon überzeugt, daß ich der Führer eines mannhaften Volkes bin. Ich weiß, was vielleicht viele in der übrigen Welt und einzelne auch in Deutschland noch nicht zu wissen scheinen, daß das Volk des Jahres 1938 nicht das Volk von 1918 ist.

Niemand kann die gewaltige Erziehungsarbeit übersehen, die unsere Weltanschauung geleistet hat. Heute ist eine Volksgemeinschaft entstanden von einer Kraft und einer Stärke, wie Deutschland sie noch nie gekannt hat. Dies war die erste Voraussetzung zum Gelingen eines solchen Kampfes.

Die zweite war die nationale Rüstung, für die ich mich nun seit bald sechs Jahren fanatisch eingesetzt habe. Ich bin der Meinung, daß es billiger ist, sich vor den Ereignissen zu rüsten, als ungerüstet den Ereignissen zu erliegen und dann Tribute zu bezahlen.

Die dritte Voraussetzung war die Sicherung des Reiches. Ihr seid ja selbst hier Zeugen einer gewaltigen Arbeit, die sich in eurer nächsten Nähe vollzieht. Ich brauche euch darüber nichts im einzelnen zu sagen. Nur eine Überzeugung spreche ich aus, daß es keiner Macht der Welt gelingen wird, jemals diese Mauer zu durchstoßen.

Und viertens: Wir haben auch außenpolitische Freunde gewonnen. Jene Achse, über die man in anderen Ländern manchmal glaubte spotten zu können, hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren nicht nur als dauerhaft erwiesen, sondern gezeigt, daß sie auch in schlimmsten Stunden Bestand hat.

Wir sind glücklich, daß dieses Werk des Jahres 1938, **die Wiedereingliederung von zehn Millionen Deutschen und von rund 110 000 Quadratkilometern Land in das Reich** ohne Blutvergießen vollzogen werden konnte trotz der Hoffnungen so vieler internationaler Hetzer und Profitmacher.

Wenn ich die Mitarbeit der anderen Welt an dieser Friedenslosung erwähne, dann muß ich zuerst immer wieder von dem einzigen wahren Freund sprechen, den wir heute besitzen: Benito Mussolini. Wir alle wissen, was wir diesem Mann zu verdanken haben.

Ich möchte auch der beiden anderen Staatsmänner gedenken, die sich mühten, einen Weg zum Frieden zu finden und die mit uns jenes Abkommen geschlossen haben, das vielen Millionen Deutschen ihr Recht und der Welt den Frieden gesichert hat.

Allein, gerade die Erfahrungen dieser letzten acht Monate können und müssen uns nur bestärken in dem Entschluß, vorsichtig zu sein und nichts von dem zu versäumen, was zum Schutze des Reiches getan werden muß.

Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen - das müssen wir ihnen glauben - den Frieden. Allein, sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da.

Es braucht nur in England statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder **Herr Churchill** zur Macht zu kommen, so wissen wir genau, daß es **das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar kein Hehl, sie sprechen das offen aus**.

Wir wissen weiter, daß nach wie vor drohend im Hintergrunde jener jüdisch-internationale Feind lauert, der im Bolschewismus seine staatliche Fundierung und Ausprägung erfahren hat. Und wir kennen ferner die Macht einer gewissen internationalen Presse, die nur von Lügen und Verleumdung lebt.

Das verpflichtet uns, wachsam und auf des Reiches Schutz bedacht zu sein! Jederzeit zum Frieden gewillt, in jeder Stunde aber auch zur Abwehr bereit!

Ich habe mich deshalb entschlossen, den Ausbau unserer Befestigungen im Westen, so **wie ich sie in meiner Nürnberger Rede ankündigte**, mit erhöhter Energie fortzusetzen. Ich werde nunmehr auch die beiden großen Gebiete, die bisher vor unseren Befestigungen lagen, das Aachener und das Saarbrücker Gebiet, in diese Befestigungen einbeziehen.

Im übrigen aber bin ich glücklich, nunmehr schon in den nächsten Tagen jene Maßnahmen aufheben zu können, die wir in den kritischen Monaten und Wochen durchführen mußten. Ich freue mich, daß dann alle die Hunderttausende unserer Männer wieder nach Hause gehen und unsere

Reservisten wieder entlassen werden können, und ich danke ihnen für die Art, in der sie ihren Dienst erfüllten und ihre Pflicht taten.

Insbesondere danke ich den Hunderttausenden deutscher Arbeiter, Ingenieure usw., von denen heute zehntausend in eurer Mitte stehen, die hier an unseren Befestigungen gearbeitet haben.

Ihr habt mitgeholfen, meine Kameraden, Deutschland den Frieden zu sichern!

Mein besonderer Dank aber gilt dem ganzen deutschen Volk, das sich so mannhaft benommen hat.

Als starker Staat sind wir **jederzeit zu einer Verständigungspolitik mit unseren Nachbarn bereit**. Wir haben keine Forderungen an sie. Wir wollen nichts als den Frieden. Nur eines wünschen wir, und das gilt besonders für unsere Beziehungen zu England: Es würde gut sein, wenn man in Großbritannien allmählich gewisse Allüren der Versailler Epoche ablegen würde. Gouvernantenhafte Bevormundung vertragen wir nicht mehr!

Erkundigungen britischer Politiker über das Schicksal von Deutschen oder von Reichsangehörigen innerhalb der Grenzen des Reiches sind nicht am Platze. Wir kümmern uns auch nicht um ähnliche Dinge in England. Die übrige Welt hätte manches Mal Grund genug, sich eher um ihre eigenen nationalen Vorgänge zu bekümmern oder z. B. um die Vorgänge in Palästina.

Wir jedenfalls überlassen das denen, die sich vom lieben Gott berufen fühlen, diese Probleme zu lösen, und beobachten nur staunend, wie schnell sie mit ihren Lösungen fertig werden.

Wir möchten all diesen Herren den Rat geben, sich mit ihren eigenen Problemen zu beschäftigen und uns in Ruhe zu lassen! Auch das gehört zur Sicherung des Weltfriedens.

Wir selbst haben große Aufgaben vor uns. Gewaltige kulturelle und wirtschaftliche Probleme müssen gelöst werden. Kein Volk kann mehr den Frieden brauchen als wir, aber kein Volk weiß auch besser als wir, **was es heißt, schwach und der Gnade oder Ungnade anderer ausgeliefert zu sein**.

(DNB. vom 10. Oktober 1938.)

*Am 10. Oktober kündigte der britische Kriegsminister Hore-Belisha eine durchgreifende Reorganisation der Territorialarmee an. Am 16. Oktober hielt Winston Churchill über den Rundfunk eine **Hetzrede nach Amerika**. Auf dem Gauparteitag in Weimar wurde ihm am 6. November vom Führer **die Antwort erteilt**.*

## *67.*
## *Rundfunkrede Winston Churchills nach Amerika vom 16. Oktober 1938*

(Am Abend des 16. Oktober 1938 von New York aus über das Sendernetz der National Broadcasting Company verbreitet.)

Ich benutze mit Genugtuung die Gelegenheit, zum Volke der Vereinigten Staaten sprechen zu dürfen. Ich weiß nicht, wie lange solche Möglichkeiten noch bestehen werden. Die Sender, über die man noch unzensiert seinen Gedanken Ausdruck geben kann, sind im Begriff, ihren Betrieb einzustellen. Die Lichter gehen aus. Noch aber haben diejenigen, für die das parlamentarische Regierungssystem etwas bedeutet, Gelegenheit, sich miteinander zu beraten.

Lassen Sie mich denn in allem Ernst sprechen. Das amerikanische Volk hat sich, wie ich glaube, ein

richtiges Urteil über das Verhängnis gebildet, von dem Europa befallen worden ist. Es versteht vielleicht klarer, als die französische und britische Öffentlichkeit es bisher vermocht hat, die weitreichenden Folgen der Abschaffung und des Untergangs der Tschechoslowakischen Republik.

Ich bin, wie schon vor einigen Monaten zum Ausdruck gebracht, der Meinung, daß, wenn Großbritannien, Frankreich und Rußland im April, Mai oder Juni gemeinsam erklärt hätten, daß sie gegen Nazideutschland gemeinsam vorgehen würden, falls Herr Hitler **einen nicht herausgeforderten Angriff gegen diesen kleinen Staat** unternehmen sollte, und wenn sie **Polen**, Jugoslawien und Rumänien gegenüber erklärt hätten, was sie zur rechten Zeit zu tun gedächten, und wenn sie diese Staaten aufgefordert hätten, der Vereinigung der den Frieden verteidigenden Mächte beizutreten, in diesem Falle der deutsche Diktator sich einem derart eindrucksvollen Aufgebot gegenüber gesehen haben würde, daß er von seinen Absichten Abstand genommen haben würde.

Das würde auch allen friedliebenden und gemäßigten Kräften in Deutschland Gelegenheit geboten haben, gemeinsam mit den Führern des deutschen Heeres eine große Anstrengung zur Wiederherstellung zivilisierter Zustände zu machen.

Wenn die mit einem Kriege verbundenen Risiken, die Frankreich und Britannien im letzten Augenblick liefen, zur rechten Zeit kühn ins Auge gefaßt und wenn eindeutige Erklärungen abgegeben worden und aufrichtig gemeint gewesen wären, wie andersartig würden sich dann heute die Aussichten darstellen!

Alle diese auf die Vergangenheit bezüglichen Betrachtungen sind aber zwecklos. Es hat keinen Sinn, unter Freunden über die Vergangenheit scharfe Worte zu gebrauchen und sich gegenseitig für das Vorwürfe zu machen, was nicht zu ändern ist. Die Zukunft, nicht aber die Vergangenheit, gebietet unsere frühzeitige und besorgte Betrachtung. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die parlamentarischen Demokratien und die liberalen, nach Frieden strebenden Kräfte überall eine Niederlage erlitten haben, die sie moralisch und physisch zu sehr geschwächt hat, um den Gefahren, die ungeheuer groß geworden sind, zu begegnen.

Aber die Sache der Freiheit hat eine ihr innewohnende Fähigkeit und Kraft, sich wieder zu erholen, die es ihr ermöglicht, aus dem Unglück neue Hoffnung und neue Stärke zu schöpfen. Wenn es jemals eine Zeit gab, da Männer und Frauen, die die Ideale der Begründer der britischen und amerikanischen Verfassungen hegten und pflegten, ernsten Rat miteinander pflegen sollten, so ist diese Zeit jetzt gekommen.

**Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden und Sicherheit.** Es ist ihr Herzenswunsch. Haben wir diesen Frieden und diese Sicherheit erlangt? Das ist die Frage, die wir stellen. Haben wir diesen Frieden und diese Sicherheit durch die Hinopferung der Tschechoslowakischen Republik erreicht?

Diese Republik war das **Musterbeispiel eines demokratischen Staates in Mitteleuropa, ein Land, in dem die Minderheiten besser als in irgendeinem anderen Lande behandelt wurden**. Dieses Land hat man im Stich gelassen und vernichtet, und es wird jetzt aufgesogen.

Die Frage, die für eine große Anzahl einfacher Leute von Interesse ist, geht dahin, ob diese Vernichtung der Tschechoslowakischen Republik sich für die Welt als ein Segen oder als ein Fluch erweisen wird.

Wir müssen alle hoffen, daß sich diese Vernichtung zum Segen auswirken wird. Wir müssen alle hoffen, daß alle Menschen, nachdem wir unsere Blicke eine Zeitlang von den Kräften der Unterjochung und der Liquidation abgewendet haben werden, freier atmen können, daß es uns möglich sein wird, wenn der auf uns lastende Druck beseitigt sein wird, zu uns selbst zu sagen:

"Nun, die Angelegenheit ist jedenfalls erledigt; nun wollen wir unser regelmäßiges tägliches Leben wieder aufnehmen!"

Sind diese Hoffnungen aber wohlbegründet? Oder finden wir uns lediglich, so gut wir können, mit dem ab, was zum Einhalt zu bringen wir nicht den Mut und die Kraft haben? Das ist die Frage, die die englisch-sprechenden Menschen in allen unsern Ländern sich heute vorlegen müssen; sie müssen sich heute fragen: "Ist dies das Ende oder steht noch weiteres zu erwarten?" Und daraus ergibt sich noch eine weitere Frage: "Kann der Friede, der gute Wille und das Vertrauen auf einem Unrecht aufgebaut werden, hinter dem die Gewalt steht?" Man kann diese Frage in umfassender Weise wie folgt formulieren: "Hat die Menschheit damit, daß sie sich der organisierten und berechnenden Gewalttätigkeit unterwarf, jemals irgendeinen Vorteil oder irgendeinen Fortschritt erzielt?" Das ist die Frage, in umfassender Form gestellt.

Wenn wir auf die lange Geschichte der Völker zurückblicken, so müssen wir, ganz im Gegenteil, erkennen, daß sich ihr Ruhm auf den Geist des Widerstandes gegenüber der Tyrannei und der Ungerechtigkeit gründete, ganz besonders, wenn diese Laster sich auf überlegene Gewalt zu stützen schienen.

Seit dem Anbruch des christlichen Zeitalters hat sich bei den westlichen Völkern allmählich eine gewisse Lebensauffassung gebildet, und gewisse Normen in bezug auf Lebens- und Regierungsform haben Wertschätzung erlangt. Nach vielem Elend und nach lang andauernder Verwirrung stieg der Begriff von dem Recht des Einzelnen zum hellen Tageslicht empor; sein Recht, in bezug auf die Regierung seines Landes befragt zu werden, sein Recht, an der Regierung seines Landes Kritik zu üben und in Opposition zu ihr zu treten, sein Recht, die Gesetze seines Landes sogar gegen den Staat selbst anzurufen. Unabhängige Gerichtshöfe wurden geschaffen, den Gesetzen Geltung verschafft; und damit wurde selbstverständlich innerhalb der ganzen englisch-sprechenden Welt sowie in Frankreich auf Grund der unerbittlichen Lehren der Revolution erreicht, was Kipling mit "die Möglichkeit, ohne einen anderen Menschen dafür um Erlaubnis bitten zu müssen, unter dem Schutz des Gesetzes zu leben" bezeichnete.

Nun erscheint es mir aber, und ich glaube, auch zahlreichen unter Ihnen, daß alles dies den Menschen das Leben wertvoll macht und dem Staat Ehre und Wohlergehen einbringt.

Wir stehen aber noch einer anderen Tatsache gegenüber. Es handelt sich nicht um etwas Neues. Es springt uns aus den finsteren Zeiten des Mittelalters an - Rassenverfolgung, religiöse Unduldsamkeit, Unterdrückung der Redefreiheit, der Begriff, der den Bürger lediglich zu einem seelenlosen Bestandteil des Staates macht.

Dazu hat sich der Kriegskult gesellt. Schon zu Anfang ihrer Schulzeit wird in den Kindern die Freude an der Eroberung, die Lust zum Angriff und an dem sich daraus ergebenden Nutzen geweckt. Durch schwere Entbehrungen ist ein mächtiges Staatswesen in eine kriegerische Gemütsverfassung versetzt worden. Es wird in diesem Zustand, den es ebensowenig schätzt wie wir, durch eine mehrere Millionen starke Parteiorganisation gehalten, die aus der Aufrechterhaltung des Regimes jeden nur möglichen Nutzen zieht.

Genau so wenig wie die Kommunisten dulden die Nazis irgendeine andere Meinung als die ihrige. Genau so wie die Kommunisten leben sie vom Haß. Genau so wie die Kommunisten sind sie gezwungen, von Zeit zu Zeit und, beachten Sie das wohl, in immer kürzeren Zwischenräumen, ein neues Opfer zu finden. Bei all seinem Stolz ist der Diktator in den Fängen seines Parteiregimes. Er kann wohl vorwärtsmarschieren, aber nicht zurückgehen. Er muß seine Hunde an Blut gewöhnen und ihnen Kurzweil bereiten, wenn er nicht von ihnen zerrissen werden will. So stark er auch nach außen hin erscheinen mag, so schwach ist er im Innersten.

Es ist schon richtig, was Byron bereits vor hundert Jahren schrieb: "Dieser heidnische militärische Geist mit seiner messinggepanzerten Brust und seinen tönernen Füßen."

Niemand sollte indessen die Stärke und Leistungsfähigkeit eines totalitären Staates unterschätzen, in dem die Bevölkerung eines ganzen Landes - liebenswerte, gutherzige und friedliebende Menschen - durch eine kommunistische oder Nazi-Gewaltherrschaft, die, obgleich sie verschiedene Namen haben, ein und dasselbe sind, mit einem Würgegriff an der Kehle gehalten und an den Haaren herumgeschleift wird. In einem solchen Staate können die Gewalthaber vorübergehend für kriegerische Zwecke und für Vorherrschaft nach außen hin eine Gewalt ausüben, der gegenüber sich die parlamentarischen Gemeinschaften zugestandenermaßen in einem schweren praktischen Nachteil befinden. Darüber müssen wir uns klar sein.

Zu alledem kommt aber nun noch diese wundervolle aus der Luft wirkende Kraft, die in unserem Jahrhundert entdeckt wurde, deren sich aber die Menschheit bisher leider als unwürdig erwiesen hat.

**Diese Gefahr aus der Luft**, die sich vermißt, **die Frauen und Kinder, die Zivilbevölkerung**, alle bescheidenen Menschen in den benachbarten Ländern zu quälen und zu terrorisieren - diese Verbindung, bitte beachten Sie es wohl, von mittelalterlicher Leidenschaft, von Waffen, wie sie die moderne Wissenschaft hervorgebracht hat, und von der erpresserischen Gewalt des Bombardierens -, diese Verbindung ist die ungeheuerlichste Herausforderung des Friedens, der Ordnung und des fruchtbaren Fortschritts, die seit dem Einfall der Mongolen im 13. Jahrhundert jemals in der Welt aufgetaucht ist.

Die alles überschattende Frage, zu der ich mit diesen wenigen Worten, diesen einleitenden Bemerkungen gelange - die alles überschattende Frage ist, ob die Welt, wie wir sie gekannt haben, die große, hoffnungsvolle Welt vor dem Kriege, die Welt, die dem gemeinen Mann immer größeren Raum zur Freude bietet, die Welt mit ihrer Ehre, ihren Überlieferungen und mit ihren sich immer mehr entwickelnden Wissenschaften - ob diese Welt dieser Gefahr damit begegnen soll, daß sie sich ihr unterwirft oder ihr Widerstand leistet - das ist die Frage, um die es geht. Wir wollen nun einmal überlegen, ob uns die Mittel zum Widerstand heute noch zur Verfügung stehen.

Der Ruhm Frankreichs, des tapferen Frankreichs, ist verblaßt. Trotz seines tapferen, tüchtigen Heeres ist sein Einfluß tief herabgemindert worden. Niemand hat das Recht, zu behaupten, daß Britannien, wenn es auch schwere Fehler begangen hat, sein Wort gebrochen habe. Nein, wenn es zu spät war, hat es sich stets besser als sein Wort erwiesen. Nichtsdestoweniger aber beugt sich Europa in diesem Augenblick gedemütigt und bestürzt vor den triumphierenden Ansprüchen diktatorischer Gewalt. Sie können das nach vielen Richtungen hin beobachten.

Auf der spanischen Halbinsel ist ein reinspanischer Streit durch die Einmischung - oder soll ich, um die landläufige Redensart zu gebrauchen, sagen, durch die Nichteinmischung? - durch die Nichteinmischung von Diktatoren ist der spanische Streit durch diese Einmischung in den Bereich eines Weltkrieges gerückt worden. Aber nicht nur in Europa herrschen diese Unterdrückungen. Durch eine militärische Clique in Japan ist China in Stücke gerissen worden. Das arme, gequälte chinesische Volk setzt dem Feinde eine tapfere und hartnäckige Verteidigung entgegen. Gott helfe ihm!

Das alte Kaiserreich von Äthiopien ist überrannt worden. Die Äthiopier waren gelehrt worden, gläubig zur Heiligkeit der öffentlichen Gesetze aufzuschauen. Man hinderte sie sogar daran, Waffen einzukaufen, solange es noch Zeit war. Man verwies sie an das Tribunal zahlreicher Nationen, die sich in majestätischer Einigkeit versammelt hatten. Alles aber war vergebens. Sie wurden betrogen, und nunmehr gewinnen sie ihr Lebensrecht damit zurück, daß sie von Grund auf wieder anfangen

müssen - ein Kampf um die primitivsten Lebensrechte.

Selbst in Südamerika beginnt das im Schutze der Monroe-Doktrin blühende Naziregime die Struktur der brasilianischen Gesellschaft zu untergraben. Das ist das Bild, das sich uns bietet.

Zu Ihnen, der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die weit entfernt und in glücklichster Weise von den Gewässern des Atlantischen und des Pazifischen Ozeans umspült geschützt liegt, habe ich nunmehr Gelegenheit zu sprechen. - Sie sind die Zuschauer, und, ich darf hinzufügen, die immer mehr in die Angelegenheiten dieser Tragödie und Verbrechen verwickelten Zuschauer. Wir brauchen keinen Zweifel darüber zu hegen, auf welcher Seite die amerikanischen Interessen und Sympathien zu finden sind; gestatten Sie mir aber, da ich die Gelegenheit dazu habe, die folgende Frage an Sie zu richten: "Wollen Sie warten, bis die britische Freiheit und Unabhängigkeit unterdrückt worden sind, und wollen Sie erst dann für die Sache eintreten, wenn sie zu drei Vierteln erledigt ist? Und wollen Sie sich dieser Sache, wie Sie es zu tun haben werden, dann annehmen, wenn sie ausschließlich zu der Ihrigen geworden ist?" Ich habe in den Vereinigten Staaten sagen hören, daß das amerikanische Volk mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben wolle, weil England und Frankreich es unterlassen hätten, ihre Pflicht zu tun. Das ist vielleicht die Auffassung zahlreicher Menschen, die aber keinen Sinn hat. Wenn die Dinge um vieles schlimmer geworden sind, so haben wir um so mehr Veranlassung, den Versuch zu machen, ihnen zu begegnen. Denn schließlich stellen diese Länder die übriggebliebenen Kräfte der Zivilisation dar. Sie sind überwältigend, und wenn sie nur zu einem einzigen Begriff, zu einem einzigen gemeinsamen Begriff von Recht und Pflicht vereinigt würden, so könnte es keinen Krieg geben.

Im Gegenteil, das deutsche Volk, das so fleißig, treu und tapfer ist, dem es aber leider an dem richtigen Geist für bürgerliche Unabhängigkeit mangelt, dieses deutsche Volk wird, wenn es erst einmal von dem gegenwärtigen Alpdruck befreit sein wird, seinen ehrenvollen Platz in der Vorhut der menschlichen Gesellschaft einnehmen.

Alexander der Große erklärte, die Bevölkerung Asiens sei erschlagen worden, weil sie nicht gelernt habe, das Wort "Nein" auszusprechen. Wir dürfen das nicht zur Grabschrift für die englischsprechenden Völker, für die parlamentarische Demokratie, für Frankreich oder für die zahlreichen überlebenden liberalen Staaten Europas werden lassen! Das ist, in einem einzigen Wort ausgedrückt, der Entschluß der Kräfte der Freiheit und des Fortschritts, der Duldung und des guten Willens - das ist der Entschluß, den Sie fassen sollten. Das liegt nicht im Machtbereich einer einzelnen Nation, einerlei wie stark sie auch bewaffnet sein möge, noch viel weniger liegt es im Machtbereich einer kleinen Gruppe von Männern, gewalttätigen, unbarmherzigen Männern, die immer noch ihre Blicke nach rückwärts gerichtet haben - es liegt nicht in ihrem Machtbereich, den Versuch zu machen, den Fortschritt des menschlichen Geschickes in Fesseln zu schlagen.

Überwältigende Kräfte der Welt stehen auf unserer Seite. Es bedarf nur ihrer Vereinigung, um ihnen Gehorsam zu verschaffen. Frankreich muß den Anfang machen, ebenso Britannien und Amerika. Wenn wir uns durch ein ernsthaftes Verlangen nach Frieden in eine nachteilige Lage gebracht haben, so müssen wir das durch verdoppelte Anstrengung und, wenn nötig, durch Standhaftigkeit im Leiden wiedergutmachen.

Wir werden zweifellos aufrüsten. Britannien wird, indem es jahrhundertelange Gewohnheiten über Bord wirft, für seine Bürger die nationale Dienstpflicht einführen. Das britische Volk wird erhobenen Hauptes dastehen und allem entgegensehen, was immer auch kommen mag. Aber, liebe Freunde, diese "Instrumentalitäten", wie Präsident Wilson sich ausdrückte, sind an und für sich nicht genügend. Wir müssen sie noch durch die Kraft der Ideale ergänzen.

Es gibt Leute, zahlreiche Leute, die erklären, daß wir uns nicht in einen rein theoretischen

Gegensatz zwischen Nazitum und Demokratie hineinziehen lassen sollten; aber der Gegensatz besteht bereits. Er bestimmt unser Leben. Es ist gerade diese Verbindung geistiger und moralischer Ideen, die den freien Ländern einen großen Teil ihrer Stärke gibt. Man kann diese Diktatoren beobachten, wie sie, umgeben von ihren Soldaten und den Gummiknüppeln ihrer Polizei, auf ihren Postamenten stehen. Von allen Seiten werden sie von sie umgebenden Massen, Flugzeugen, Befestigungswerken und ähnlichen Dingen beschützt. Sie rühmen und brüsten sich vor der Welt. Ihre Herzen aber sind voll unaussprechlicher Furcht. Sie fürchten sich vor Worten und Gedanken, vor im Auslande gesprochenen Worten, vor Hoffnungen, die im Innern ihres Landes laut werden und die um so machtvoller sind, weil sie verboten sind. O Schrecken! Ein Gedanke, so groß wie eine kleine, eine kleine, winzige Maus, taucht auf, und selbst die mächtigsten Potentaten werden von Panik ergriffen.

Sie machen krampfhafte Anstrengungen, um Gedanken und Äußerungen zu unterbinden. Sie fürchten sich vor der Tätigkeit des menschlichen Geistes. Flugzeuge können sie zwar in großen Mengen herstellen, wie aber wollen sie das natürliche Drängen der menschlichen Natur ersticken, die nach all diesen Jahrhunderten der Heimsuchung und des Fortschritts zur Rüstkammer machtvollen und unzerstörbaren Wissens geworden ist?

Diktatur, die götzenhafte Anbetung eines Mannes, gegen die die britische und die amerikanische Verfassung umfangreiche Vorsorge getroffen haben - eine Diktatur kann nicht einen Teil solcher Verfassungen bilden - ein Gesellschaftszustand, bei dem die Menschen ihren Gedanken keinen Ausdruck verleihen dürfen, bei dem Kinder ihre Eltern bei der Polizei denunzieren, bei dem ein Geschäftsmann oder kleiner Ladenbesitzer seinen Konkurrenten damit zugrunde richtet, daß er unwahre Gerüchte über dessen private Meinung in Umlauf setzt - ein solcher Gesellschaftszustand kann nicht lange andauern, wenn er stetig in Berührung mit der gesunden Außenwelt gebracht wird.

Das Leben des zivilisierten Fortschritts, das ständig im Fluß ist, und die damit verbundene Zusammenarbeit, dieses Leben mit seiner Erhabenheit und seinen Freuden, ist, wie die Geschichte beweist, oft ausgelöscht worden. Ich glaube aber, daß wir jetzt endlich der Barbarei den Rang so weit abgelaufen haben, um sie überwachen und vermeiden zu können. Notwendig ist lediglich, daß wir uns darüber klar sind, was im Gange ist und daß wir rechtzeitig unsere Entschlüsse fassen. Selbstverständlich werden wir das schließlich einmal tun, und wir werden es zweifellos tun. Um wieviel härter sind aber unsere Bemühungen aus Anlaß eines jeden Tages, den wir dabei versäumen.

Das ist es, was ich Ihnen bei dieser Gelegenheit zu sagen habe. Und nun lassen Sie mich fragen, ob dies eine Aufforderung zum Kriege ist? Kann irgend jemand behaupten, daß das Treffen von Vorbereitungen zum Widerstand gegen einen Angriff gleichbedeutend mit der Entfesselung eines Krieges ist? Das ist tatsächlich ein ganz trauriges Kapitel. Ich erkläre, daß solche Vorbereitungen die einzige Friedensgarantie, die beste und sicherste Aussicht auf den Frieden sind - die schnelle organisierte Zusammenfassung von Kräften, um nicht nur einem militärischen, sondern auch einem moralischen Angriff zu begegnen; das entschlossene und nüchterne Aufsichnehmen von Pflichten durch die englischsprechenden Völker und durch alle großen und kleinen Staaten - von denen es viele gibt -, die Seite an Seite mit ihnen zu marschieren wünschen.

Ihre treue und innige bewaffnete und wirksame Kameradschaft würde fast über Nacht den Weg des Fortschritts frei machen und unser aller Leben von der Furcht befreien, die für Hunderte von Millionen Menschen bereits Gottes Sonnenlicht verdunkelt.

(E: The New York Times vom 17. Oktober 1938. - D: Eigene Übersetzung.)

## *68.*
## *Aus der Rede des Führers auf dem Gauparteitag in Weimar vom 6. November 1938*

Man kann vielleicht von einem Wunder sprechen, wenn man sich diese Entwicklung vor Augen hält. All die alten Parteigenossen, die diesen gewaltigen Aufstieg miterlebten, können nur mit Rührung zurückdenken an diese Zeiten und an das, was sich seitdem Großes ereignete. Was uns aber jetzt zurückblickend fast wie ein Wunder erscheint, ist nichts anderes als der Lohn für eine unermeßliche und unermüdliche Arbeit!

Denn das können wir Nationalsozialisten wohl vor der deutschen Geschichte behaupten: Noch niemals ist inbrünstiger, mit mehr Arbeit und auch mit mehr Opfern um das deutsche Volk gerungen worden als in dieser Zeit des Kampfes unserer Bewegung um den deutschen Menschen! Nunmehr haben wir dafür von der Vorsehung den Lohn bekommen, genau so wie einst das Deutschland des Jahres 1918 seinen Lohn erhielt!

Damals wurde es jener Segnungen teilhaftig, die wir unter dem Sammelbegriff 'Demokratie' verstehen! Das Deutschland von damals hat sich angeklammert an die Hoffnungen, die vielleicht am stärksten jener Amerikaner aussprach, der uns einen Frieden zusicherte, in dem es weder Besiegte noch Sieger geben sollte. Nachdem das deutsche Volk im Glauben an diese Theorien die Waffen niedergelegt hatte, wurde es belehrt, daß Demokratie in der Praxis etwas anderes ist als in der Theorie.

Wenn heute manchmal Parlamentarier oder Politiker in fremden Ländern zu behaupten wagen, Deutschland hätte seine Verträge nicht gehalten, dann können wir diesen Männern nur zur Antwort geben: **Der größte Vertragsbruch aller Zeiten ist am deutschen Volk verübt worden!** Alles, was man Deutschland in jenen **14 Punkten** zugesichert hatte und auf Grund deren dann die deutschen Waffen niedergelegt wurden, ist nachher gebrochen worden.

1932 stand nun Deutschland vor dem endgültigen Zusammenbruch. Das Deutsche Reich und Volk, sie schienen verloren. Dann aber kam die deutsche Wiederauferstehung!

Sie begann mit einer Umwandlung des Glaubens. Während alle deutschen Parteien vor uns an Kräfte und Ideale glaubten, die außerhalb des Reiches und unseres Volkes lagen, haben wir Nationalsozialisten unentwegt den Glauben an unser eigenes Volk gefördert, ausgehend von der ewig gültigen Parole, daß Gott nur denen hilft, die bereit und entschlossen sind, sich selbst zu helfen. Wir haben an die Stelle all jener internationalen Faktoren - Demokratie, Völkergewissen, Weltgewissen, Völkerbund usw. - einen einzigen Faktor gestellt: unser eigenes Volk!

Dieses Volk aber mußte damit von seiner Zersplitterung und Zerrissenheit befreit werden. So entstand die nationalsozialistische Partei mit dem Befehl und der Aufgabe, dieses Sammelsurium politischer Verbände zu beseitigen und an ihre Stelle eine einzige Macht zu setzen: die Macht einer Bewegung! Die NSDAP. wurde damit zur Trägerin der deutschen Volksgemeinschaft.

Wir alle waren uns darüber im klaren, daß eine wahre Volksgemeinschaft nicht von heute auf morgen, nicht durch Theorien oder Propaganda erzielt wird, sondern daß viele Jahrzehnte hindurch, ja vielleicht immer und für alle Zeiten der einzelne Mensch für diese Volksgemeinschaft erzogen werden muß. Diese Erziehungsarbeit haben wir seit der Gründung der Partei und besonders seit der Übernahme der Macht durchgeführt.

Aber nichts ist vollkommen auf dieser Welt, und kein Erfolg kann als endgültig befriedigend empfunden werden. Daher wollen wir auch heute nicht etwa behaupten, das Erreichte sei schon das gewollte Ideal an sich. Uns schwebt ein Ideal vor, und ihm entsprechend erziehen wir die deutschen

Menschen, Generation um Generation.

So wird der Nationalsozialismus immer mehr von einem politischen Bekenntnis zu einer wirklichen Volkserziehung werden!

Als weitere Aufgabe war der Bewegung die Gestaltung einer neuen Führungsauslese und die Heranbildung einer neuen Führungsschicht gestellt. Nur ein Blinder kann heute noch bestreiten, daß die politische Führung der deutschen Nation jetzt innen und außen anders ist als etwa vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren.

Die Regenschirmtypen unserer bürgerlichen früheren Parteienwelt sind ausgelöscht und kehren niemals wieder!

Ich kann den wenigen, die vielleicht doch mit einer Träne im Auge darauf zurückblicken sollten, nur eines versichern: Diese Bewegung hat ihre heutige Führung aus einem harten Kampf heraus erhalten, die Führung der Zukunft aber, die wir heute großziehen, schaut noch ganz anders aus! Das wird ein Korps härtester Entschlossenheit und rücksichtslosester Tatkraft sein, so daß man sich in 30, 40 oder 50 Jahren gar nicht mehr wird vorstellen können, daß es einmal anders gewesen war. Die Partei ist der Garant dieser Führung unseres Volkes! Das Dritte aber, das wir uns schufen, ist die neue Wehrmacht. Ich habe vom ersten Tage an einen Grundsatz aufgestellt: Der Deutsche ist entweder der erste Soldat der Welt oder er ist überhaupt keiner! Keine Soldaten können wir nicht sein und wollen wir nicht sein. Daher werden wir nur die ersten sein!

Als friedliebender Mann habe ich mich bemüht, dem deutschen Volke jene Wehr und Waffen nunmehr zu schaffen, die auch andere zum Frieden zu überzeugen geeignet sind.

Es gibt nun allerdings Leute, die den Igel beschimpfen, weil er Stacheln hat. Sie brauchen freilich diesem Tier nur seine Ruhe zu lassen! Es hat noch kein Igel angegriffen, es sei denn, er wurde selbst bedroht. Das möchten auch wir uns vornehmen! Man soll uns nicht zu nahe treten. Wir wünschen nichts anderes als unsere Ruhe, unsere Arbeitsmöglichkeit und das Lebensrecht für unser Volk, das gleiche Recht, das auch die anderen für sich in Anspruch nehmen.

Das müßten gerade die demokratischen Staaten begreifen und verstehen, denn sie reden ja dauernd von Gleichberechtigung! Wenn sie von den Rechten der kleinen Völker sprechen, wie können sie dann empört sein, wenn auch ein großes Volk das gleiche Recht beansprucht! Der Sicherung und der Garantierung dieses Rechtsanspruches dient unsere nationalsozialistische Wehrmacht!

In diesem Sinne habe ich auch außenpolitisch eine Umstellung vorgenommen und mich jenen Staaten genähert, die ähnlich wie wir gezwungen waren, sich für ihr Recht einzusetzen. Wenn ich heute die Ergebnisse dieses unseres Handelns überprüfe, dann kann ich sagen: Urteilt alle selbst, ob wir nicht wirklich Ungeheures mit diesen Prinzipien erreicht haben!

Wir wollen aber gerade deshalb nie vergessen, was uns diese Erfolge möglich gemacht hat. Wenn heute gewisse ausländische Zeitungen schreiben: "Das hättet ihr doch alles auf dem Verhandlungswege erreichen können!" - so wissen wir sehr wohl, daß ja das Deutschland vor uns nichts anderes getan hat, als andauernd zu verhandeln. Fünfzehn Jahre lang haben sie nur verhandelt und haben dabei alles verloren. Ich bin ebenfalls bereit zu verhandeln, aber ich lasse keine Zweifel darüber:

Das deutsche Recht lasse ich weder auf dem Verhandlungswege noch auf irgendeinem anderen für Deutschland kürzen!

Vergiß nie, deutsches Volk, wem du deine Erfolge verdankst! Welcher Bewegung, welchen Gedanken und welchen Prinzipien! - Und zweitens: Sei immer vorsichtig, sei stets auf der Hut!

Es ist sehr schön, von internationalem Frieden und internationaler Abrüstung zu reden, allein, ich bin gegenüber einer Abrüstung der Waffen mißtrauisch, solange man nicht einmal den Geist abrüstet!

Es hat sich in der Welt die seltsame Gepflogenheit herausgebildet, die Völker in sogenannte autoritäre, das heißt disziplinierte Staaten und in demokratische Staaten einzuteilen. In den autoritären, das heißt in den disziplinierten Staaten ist es selbstverständlich, daß man fremde Völker nicht verleumdet, nicht über sie lügt und nicht zum Kriege hetzt! Aber die demokratischen Staaten sind eben "demokratisch", das heißt, dort darf dies alles geschehen!

In den autoritären Ländern ist eine Kriegshetze natürlich unstatthaft, denn ihre Regierungen sind ja verpflichtet, dafür zu sorgen, daß es keine Kriegshetze gibt. In den Demokratien aber haben die Regierungen nur eine Pflicht: die Demokratie aufrechtzuerhalten, das heißt die Freiheit, wenn notwendig auch zum Kriege hetzen zu dürfen!

Ich habe kürzlich drei dieser **internationalen Kriegshetzer** bei Namen genannt. Sie haben sich getroffen gefühlt, aber nicht etwa nach der grundsätzlichen Seite hin, nein, nur deshalb, weil ich es wagte, sie beim Namen zu nennen. Herr Churchill hat offen erklärt, er sei der Meinung, daß man das heutige Regime in Deutschland beseitigen müsse unter Zuhilfenahme innerer deutscher Kräfte, die ihm dankbar dafür zur Verfügung stehen würden.

Wenn Herr Churchill weniger mit Emigrantenkreisen, das heißt mit ausgehaltenen, vom Ausland bezahlten Landesverrätern, verkehren würde, sondern mit Deutschen, dann würde er den ganzen Wahnsinn und die Dummheit seines Geredes einsehen. Ich kann diesem Herrn, der auf dem Monde zu leben scheint, nur eines versichern: Eine solche Kraft, die sich gegen das heutige Regime wenden könnte, gibt es in Deutschland nicht! In Deutschland gibt es nur eine Kraft, die Kraft der deutschen Nation, in Führung und Gefolgschaft, in Wehr und in Waffen.

Ich will diesem Herrn gar nicht bestreiten, daß wir natürlich kein Recht haben, etwa zu verlangen, daß die anderen Völker ihre Verfassungen ändern. Ich habe aber als Führer der Deutschen die Pflicht, diese Verfassung und die Möglichkeiten, die sich aus ihr ergeben, zu berücksichtigen. Wenn vor einigen Tagen der Stellvertreter des englischen Oppositionsführers im Unterhaus erklärte, er mache kein Hehl daraus, daß er es begrüßen würde, wenn Deutschland und Italien vernichtet würden, dann kann ich natürlich nicht verhindern, daß dieser Mann vielleicht auf Grund der demokratischen Spielregeln mit seiner Partei tatsächlich in ein oder zwei Jahren zur Regierung kommt.

Aber das kann ich ihm versichern: ich werde verhindern, daß er Deutschland vernichtet! Und genau so wie ich überzeugt bin, daß das deutsche Volk dafür sorgen wird, daß die Pläne dieser Herren in bezug auf Deutschland nie gelingen, genau so wird auch das faschistische Italien, das weiß ich, für sich sorgen!

Ich glaube, daß für uns alle diese internationalen Hoffnungen nur eine Lehre sein können, fest zusammenzustehen und fest zu unseren Freunden zu rücken. Je mehr wir in Deutschland selbst eine einzige Gemeinschaft bilden, um so geringer werden die Aussichten dieser Kriegshetzer sein, und je enger wir uns besonders mit dem Staat zusammenschließen, der sich in gleicher Lage befindet wie wir, mit Italien, um so mehr wird ihnen die Lust vergehen, mit uns anzubinden!

Wenn wir das Jahr 1938 heute noch einmal im Geiste an uns vorüberziehen lassen, dann kann es

uns nur mit tiefstem Stolz und mit größter Freude erfüllen. Deutschland ist größer geworden auf dem natürlichsten und auf dem moralisch unanfechtbarsten Wege, den es gibt! **Millionen von Volksgenossen**, deren einzige **Sehnsucht und einziges Ziel es war, zu Deutschland zurückkehren** zu können, sind nun **in unsere Gemeinschaft eingerückt**! Sie werden das Reich nunmehr mit tragen helfen und ihm als treue Glieder dienen, weil sie selbst am besten erkennen konnten, was es heißt, abgesprengt und verlassen zu sein. Dieses Jahr ist aber für uns auch ein Jahr großer Verpflichtungen:

Wir müssen aus ihm die Erkenntnis und den Entschluß gewinnen, den erfolgreichen Weg niemals mehr zu verlassen! Wenn die andere Welt von Abrüstung spricht, dann sind auch wir dazu bereit, aber unter einer Bedingung: daß erst die Kriegshetze abgerüstet wird! Solange die anderen aber von Abrüstungen nur reden, die Kriegshetze aber infam weitertreiben, nehmen wir an, daß sie uns nur unsere Waffen stehlen wollen, um uns noch einmal das Schicksal von 1918/19 zu bereiten.

Da aber kann ich den Herren Churchill und Genossen nur eines sagen: Das gibt es nur einmal, und das kehrt nicht wieder!

Ich habe meinen Weg begonnen mit einem unbändigen Glauben an das deutsche Volk. Was anders hätte uns denn damals vor der Verzweiflung zurückhalten können? Ich glaubte an das deutsche Volk, an seine inneren Werte und damit auch an seine Zukunft.

Heute ist dieser Glaube wunderbar gerechtfertigt. Er hat in diesem letzten Jahr nur noch eine weitere Stärkung erfahren. Wie hat sich unser Volk in diesen fünf, sechs Jahren bewährt! Wie ist nicht alles das in Erfüllung gegangen, was ich Jahr um Jahr prophezeite, und was wir alle endlich erwarteten.

Wie hat sich nicht in diesen letzten Wochen und Monaten unser Volk so ganz wunderbar benommen. Sie können es mir glauben, meine Volksgenossen, ich bin ja so stolz und glücklich, daß ich euer Führer sein darf.

Gerade in diesen letzten Wochen hat unser deutsches Volk ein ebenso herrliches Bild harter Entschlossenheit gezeigt, wie ich es in seinen schwersten Belastungszeiten im Kriege kennengelernt habe: keine Nervosität, keine Hast, keine Unsicherheit, keine Verzweiflungsstimmung, sondern Zuversicht und treueste Gefolgschaft. Jeder einzelne Mann und jede einzelne Frau hat es gewußt, daß das Schicksal vielleicht auch den letzten Einsatz von uns hätte fordern können.

Dieser Geschlossenheit und dieser Ruhe ist es zu verdanken, wenn dieser letzte Einsatz uns erspart blieb! Das Schicksal hat uns nicht in die Schranken gefordert, weil es uns stark wußte! Das wollen wir als Lehre mitnehmen für alle Zukunft!

Dann kann unserem geliebten Deutschland nichts zustoßen, jetzt nicht und nicht in alle Ewigkeit.

Deutschland! Sieg Heil!

(DNB. vom 7. November 1938.)

*Die Empfindungen, die sich in Deutschland angesichts dieser merkwürdigen Entwicklung der Münchener Versöhnungspolitik in England bilden mußten, wurden am 7. November* ***durch Reichsaußenminister von Ribbentrop zum Ausdruck gebracht****. Angesichts der späteren Ereignisse, die zum Kriegsausbruch führten, ist besonders hervorzuheben, daß der Reichsaußenminister bewußt die ganze Verantwortung für die neue Hetz- und Rüstungswelle der Opposition zuschob und geflissentlich über den Anteil der führenden Männer der Regierung daran hinwegsah. Deutlich wird an dieser Haltung erkenntlich, daß der Reichsaußenminister immer noch*

*sorgfältig vermied, die Brücken zu einem besseren deutsch-englischen Verhältnis hinter sich abzubrechen.*

## *69.*
## *Aus der Rede des Reichsaußenministers von Ribbentrop vor dem Verein der Ausländischen Presse in Berlin vom 7. November 1938*

Die Stellung des Dritten Reiches als Weltmacht ist heute endgültig begründet. Dies bedeutet aber nicht, daß Deutschland nicht den Wunsch nach einem Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Mächte teilt.

In diesem Zusammenhang darf hier daran erinnert werden, daß der Führer es war, der die Mächte mit dem Ziel, einen friedlichen Ausweg aus der Krise zu finden, im September nach München einlud. In diesem Sinne hat der Führer auch mit dem englischen Premierminister auf dessen Wunsch am Tage seiner Abreise die bekannte **deutsch-englische Friedenserklärung** abgegeben.

Um so erstaunter waren wir, daß die erste Antwort auf den Geist von München in der Parole bestand: **Der Friede ist gerettet, deshalb Aufrüstung bis zum äußersten.** Dieses neue Aufrüstungsfieber in einigen Staaten wird gleichzeitig begleitet von einer erneuten Hetze der unverbesserlichen Kriegstreiber.

In diesem Zusammenhange müssen wir leider feststellen, daß diese Kriegshetzer, in der Besorgnis, man könne z. B. Deutschland **seine bekannte und unverrückbare Rechtsforderung auf Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien** erfüllen, in der afrikanischen Presse eine erstaunliche Propaganda gegen Deutschland und alles Deutsche betreiben.

Ministerpräsident Chamberlain und Außenminister Lord Halifax haben in weiser Einsicht allen diesen englischen Kriegshetzern und ihrer die Völker auseinandertreibenden Tätigkeit eine klare Abfuhr erteilt. Ebenso haben Frankreichs Ministerpräsident Daladier und sein Außenminister Bonnet in den letzten Wochen Reden gehalten, die in Deutschland einen sympathischen Widerhall gefunden haben.

Es ist zu erwarten, daß sich im weiteren Verfolg des in München mit England beschrittenen Weges in Zukunft neue Möglichkeiten des besseren Verständnisses auch zwischen Deutschland und Frankreich ergeben werden und entsprechend gestaltet werden können. In diesem Sinne ist der Wunsch des französischen Außenministers nach einer aufrichtigen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bei uns begrüßt worden. Der soeben bestätigte Ausgleich Italiens mit England liegt auf der gleichen Linie.

Diese Haltung der verantwortlichen Staatsmänner in London und Paris läßt die Hoffnung zu, daß letzten Endes doch die Vernunft über die Kriegshetzer in den westlichen Demokratien die Oberhand gewinnen mag. Der Führer hat in seiner **großen Rede in Weimar** das Treiben dieser Kriegshetzer mit unerbittlicher Schärfe und Logik gebrandmarkt. Diesem Treiben gegenüber steht das deutsche Volk einig und geschlossen hinter seinem Führer, stark und wachsam, immer bereit zum Frieden, aber ohne Sorge vor dem Krieg, und immer entschlossen, die Lebensrechte der Nation gegen jedermann zu wahren.

(DNB. vom 8. November 1938.)

*Gerade in diesen Monaten zeigte sich jedoch in zahlreichen Reden verantwortlicher britischer Staatsmänner und Politiker, wie tief die Feindschaft gegen Deutschland in alten führenden Kreisen des englischen öffentlichen Lebens verankert war. Die* ***Rede des Ministers für Überseehandel***

*Hudson vom 30. November 1938 ließ eine der tiefsten Wurzeln des englischen Kriegswillens hervortreten: den Haß gegen den durch seinen größeren Fleiß und seine bessere Leistung auf allen Weltmärkten trotz aller Boykotthetze immer noch erfolgreichen deutschen Konkurrenten.*

## *70.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Ministers für Überseehandel Hudson vom 30. November 1938*

Schließlich kommen wir zu dem Kapitel Deutschland. Ein ehrenwertes Mitglied des Hauses hat gefragt, warum wir es wie die Vereinigten Staaten von Amerika nicht abgelehnt haben, die Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland auszudehnen. Meine Antwort darauf lautet, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sich geweigert haben, die Meistbegünstigungsklausel auf Deutschland anzuwenden, weil dieses die amerikanischen Waren in Deutschland nachteilig behandelt. Deutschland läßt britischen Waren in Deutschland keine nachteilige Behandlung zuteil werden. Wir haben uns darüber zu beklagen, daß Deutschland durch seine Methoden den Handel in der ganzen Welt zerstört. Es liegt also kein Grund vor, die Meistbegünstigungsklausel fallenzulassen, was davon abhängt, wie unsere Waren in Deutschland behandelt werden. In Frage steht das viel umfassendere Problem, wie man der neuen Form der deutschen Konkurrenz in der ganzen Welt entgegentritt

Soweit wir feststellen können - denn es ist schwierig, sich wirklich genaue Auskunft darüber zu beschaffen, wie die Dinge eigentlich in Deutschland vor sich gehen -, besteht die Grundlage für die **wirtschaftliche Stellung Deutschlands** darin, daß es den Erzeugern von Waren in Zentral- und Südosteuropa bei weitem mehr bezahlt, als der Weltmarktpreis beträgt. Es ist klar, daß Deutschland dies auf Kosten seines eigenen Volkes tut. Wie es sein eigenes Volk behandelt, ist Sache der Deutschen Regierung. Wir werden aber auch davon berührt...

Ich versuche Ihnen klarzumachen, daß Deutschland durch solche Methoden in den Ländern dieses Teiles von Europa eine Erdrosselungsstellung erlangt, und zwar eine solche unwirtschaftlicher Art, die auf Kosten seines eigenen Volkes geht, weil nämlich solche Methoden eine Steigerung der Lebenshaltungskosten des eigenen Volkes und tatsächlich die Ausfuhr von Waren zu einem geringeren Preis als dem Selbstkostenpreis bedeuten. Verschiedene ehrenwerte Mitglieder fragten, was da die Lösung sei?...

Wir haben alle möglichen Verfahren, die wir ergreifen könnten, geprüft. Der einzige Weg, den wir sehen, ist der, daß wir unsere Industrien so organisieren, daß sie in die Lage versetzt werden, als eine geschlossene Einheit den entsprechenden deutschen Industrien entgegenzutreten und ihnen zu sagen: "Wenn ihr nicht bereit seid, mit euren jetzigen Methoden ein Ende zu machen und ein Abkommen zu treffen, wonach ihr euch verpflichtet, eure Waren zu Preisen zu verkaufen, die einen vernünftigen Gewinn gewährleisten, dann werden wir euch bekämpfen und euch mit euren eigenen Mitteln schlagen." Unser Land ist, was die finanzielle Seite anlangt, unendlich viel stärker als, ich möchte sagen, irgendein anderes Land in der Welt, aber auf alle Fälle stärker als Deutschland und deswegen genießen wir große Vorteile, die, wie ich glaube, dazu führen werden, daß wir den Kampf gewinnen. Hierfür ist aber notwendige Voraussetzung, daß unsere eigenen Industrien organisiert werden.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 342, Sp. 500ff.** *[Scriptorium merkt an: im Original "502."]* - D: ***Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges***, **Nr. 229**.)

*Es kann nicht wundernehmen, daß im Verlauf dieser Auseinandersetzungen nach München die britische Regierung ihre schon früher häufig genug bekundete Weigerung, den deutschen Rechtsansprüchen in der* ***Kolonialfrage*** *entgegenzukommen, auch jetzt wieder in aller Form bekräftigte, wobei* ***sie sich wieder hinter dem bekannten fadenscheinigen Vorwand verschanzte****, daß ihre Pflichten als Mandatarmacht keine alleinige Verfügung über* ***die Deutschland geraubten Kolonien*** *erlaube.*

## *71.*
## *Aus der Unterhausrede des britischen Kolonialministers Malcolm MacDonald vom 7. Dezember 1938*

Ich glaube nicht, daß es heute auch nur irgendeine Gruppe in diesem Lande gibt, die geneigt ist, irgendeinem anderen Land die Sorge für irgendeins der Territorien oder Völker zu übertragen, für deren Regierung wir als Kolonial- oder Mandatsmacht verantwortlich sind. Diese Auffassung hat heute nachmittag in jedem Teil des Hauses Ausdruck gefunden; es ist eine Auffassung, die von Seiner Majestät Regierung geteilt wird. Wir erörtern diese Frage nicht; wir ziehen sie nicht in Erwägung; sie ist gegenwärtig kein Gegenstand der praktischen Politik.

Falls wir jemals in eine Erörterung dieser Frage treten sollten, dürfen gewisse Dinge nicht vergessen werden. Vor allem ist dies Land nicht das einzige beteiligte Land. Großbritannien ist nicht das einzige Land, das nach dem Kriege zusätzliche territoriale Verantwortlichkeiten übernahm. Andere Länder würden gleichfalls einbezogen werden, und die Frage müßte von allen beteiligten Ländern zusammen untersucht werden. Es gibt jedoch noch eine weitere Erwägung von größter Tragweite, auf die der Antrag und beide Amendements Bezug nehmen. Die Völker, die am unmittelbarsten und vitalsten von irgendeinem solchen Vorschlag betroffen würden, sind die Völker, die in den Mandatsgebieten selbst leben. Wir können sie nicht als bloße Waren oder Vieh betrachten, über die man summarisch verfügt; wir haben Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen gegenüber diesen Völkern. Wir müssen ihren eigenen Wünschen Beachtung schenken; wir müssen die Wünsche der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in diesen Gebieten in Erwägung ziehen.

Soweit britische Mandatsgebiete betroffen sind, kommen nicht nur die großen einheimischen Eingeborenenbevölkerungen in Betracht; in gewissen Gegenden gibt es auch europäische Siedler, die ihr ganzes Vermögen in diesen Ländern angelegt haben und an ihrer Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren stark beteiligt waren. In gewissen Gegenden gibt es bedeutende indische Gemeinden. Wir müssen das Recht dieser Völker, sich zu dieser Frage zu äußern, die so wichtig für sie ist, berücksichtigen, und wir müssen ihren Ansichten volles Gewicht und volle Bedeutung beimessen. Es wäre unmöglich, irgendeine Änderung des Status irgendeines dieser Gebiete zu erwägen, ohne die spontanen Ansichten der Einwohner voll zu berücksichtigen. Außerdem haben diese Völker gewisse Vertragsrechte. Diese Völker haben gewisse materielle Interessen in diesen Gebieten. Diese Rechte und Interessen müssen voll gewahrt und gesichert werden.

Ich möchte aber außerdem auch noch folgendes wiederholen. Das Verhältnis zwischen der Exekutive und der Legislatur dieses Landes liegt klar auf der Hand. Jedenfalls würde es für eine Regierung unmöglich sein, irgend etwas in dieser Frage zu tun, ohne daß das Unterhaus die vollste Gelegenheit zur Aussprache hätte. Tatsächlich könnte nichts Entscheidendes ohne die positive Billigung des Parlaments geschehen. Soweit dies Haus betroffen ist, ist, wie ich sagte, von jedem Teil dieses Hauses in der Debatte von heute nachmittag eine einstimmige Meinungsäußerung erfolgt.

(E: **Parliamentary Debates. House of Commons. Bd. 342, Sp. 1239ff.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "1241."]* - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1939, S. 59f.)

*Den Gipfel der gegen Deutschland gerichteten britischen Ausfälle in dieser Zeit bildete ein **Vortrag**, den der frühere Erste Lord der Admiralität, Duff Cooper, am gleichen Tage in Paris hielt.*

## *72.*
## *Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris vom 10. Dezember 1938*

Herr Duff Cooper hat am 7. Dezember im hiesigen "Théatre des Ambassadeurs" einen Vortrag über das Thema "Die französisch-britische Freundschaft und der Friede" gehalten. Der Redner betonte in seinen kriegshetzerischen Ausführungen, die in jeder Hinsicht - mitunter auch in verletzender Form - gegen Deutschland gerichtet waren, die Notwendigkeit einer französisch-englischen Koalition zur Verteidigung der beiderseitigen Interessen. Wenn Deutschland auch stark sei, so seien die beiden Völker zusammen ihm ebenbürtig, und der Ausgang eines eventuellen Konfliktes brauche durchaus nicht zugunsten Deutschlands auszufallen. Duff Cooper tröstete sich damit, daß Amerika im Falle eines Konfliktes als der große Freund der westlichen Demokratien im Hintergrund stehen würde. Ein neuer Krieg würde weniger das Schicksal Englands und Frankreichs, als das der gesamten Zivilisation aufs Spiel setzen. Alle vergangenen Zivilisationen, so meinte er im Hinblick auf Deutschland, seien von kulturell minderwertigeren, zahlenmäßig aber stärkeren Völkern zerstört worden.

Bräuer

(***Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges***, **Nr. 232**.)

*Daß man sich in Deutschland auch in dieser Zeit der größten Korrektheit in den deutsch-englischen Beziehungen befleißigte, beweisen unter anderm die **Verhandlungen**, die auf Grund der Flottenverträge im Dezember **in Berlin** geführt wurden.*

## *73.*
## *Amtliche Verlautbarung der Reichsregierung vom 30. Dezember 1938 über die Ausnutzung des deutsch-englischen Flottenabkommens*

Die Deutsche Regierung hat vor kurzem der Britischen Regierung ihre Absicht mitgeteilt, in Übereinstimmung mit den in den deutsch-englischen Flottenabkommen vom **18. Juni 1935** und vom 17. Juli 1937 niedergelegten Verfahrensvorschriften gewisse ihr auf Grund dieses Abkommens zustehenden Rechte auszuüben.

Vertreter der britischen Admiralität sind am 29. d. M. in Berlin eingetroffen, wo sie mit den zuständigen deutschen Behörden Fragen erörtern werden, die sich aus der obigen Mitteilung ergeben.

(DNB. vom 30. Dezember 1938.)

## *74.*
## *Amtliche Verlautbarung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1938*

Die am 29. Dezember in Berlin eingetroffenen Vertreter der britischen Admiralität haben am Freitag die vorgesehenen Besprechungen über Fragen der deutsch-englischen Flottenabkommen vom **18. Juni 1935** und 17. Juli 1937 mit Vertretern der deutschen Marine abgehalten. Die Aussprache fand

in einem sehr freundschaftlichen Geiste statt. Die Vertreter der zwei Regierungen legten die gegenseitigen Erfahrungen über die in Rede stehenden Punkte dar. Eine abschließende Mitteilung der deutschen Regierung wird der britischen Regierung auf schriftlichem Wege zugeleitet werden.

Die britischen Vertreter sind am Sonnabend nach London zurückgereist.

(DNB. vom 31. Dezember 1938.)

## *Das Jahr 1939*

*Das Jahr 1939 begann wiederum mit unerfreulichen diplomatischen Auseinandersetzungen über empörende Entgleisungen der britischen Presse.*

### *75.*
### *Bericht des deutschen Botschafters in London vom 5. Januar 1939*

Ich habe den angeordneten Schritt erst heute ausgeführt, um den bisher auf Weihnachtsurlaub abwesenden Lord Halifax persönlich sprechen zu können. Ich habe schärfste Verwahrung gegen die in dem Aufsatz von Wells im *News Chronicle* ausgesprochenen schweren Beleidigungen des Führers und leitender Staatsmänner Deutschlands eingelegt und darauf hingewiesen, daß die Botschaft in den letzten Monaten leider in immer größerem Umfange derartige Beschwerden wegen Verunglimpfungen des Führers hätte vorbringen müssen; ich führte Lord Halifax diese Beschwerden und ihren Anlaß vor Augen, indem ich die einzelnen Fälle zitierte. Die schwerste Beschimpfung aber enthalte der Neujahrsaufsatz von Wells im *News Chronicle*, der weniger von der Absicht einer Kritik auszugehen schiene, die Beleidigungen nicht scheue, als lediglich zu dem Zweck geschrieben schiene, eine Häufung von schweren Kränkungen auf den Führer und Reichskanzler und auf dessen nächste Mitarbeiter auszusprechen.

Es sei mir bekannt, daß die Englische Regierung die Möglichkeiten einer unmittelbaren Einflußnahme auf die Presse als nicht gegeben ablehne und daß sie auch auf den Mangel an gesetzlichen Handhaben hinweise. Ich hätte auch gesehen, daß die beiden Aufsätze von Wells nicht einmal vor einer herabsetzenden Kritik des englischen Königspaares haltmachten und daß sie Chamberlain schwer beleidigten.

Diese Tatsachen aber könnten nichts an der Feststellung ändern, daß die zahlreichen Schmähungen des deutschen Staatsoberhauptes und die Unmöglichkeit einer entsprechenden Genugtuung das deutsche Volksempfinden schwer verletzten und nachteilige Folgen auf die englisch-deutschen Beziehungen haben müßten. Ich wollte daher erneut die Frage zur Erörterung stellen, ob nicht wenigstens für die Zukunft in irgendeiner Form Abhilfe geschaffen werden könnte.

Lord Halifax erwiderte, daß er nicht anstehe, den genannten Artikel, der ihm bekannt sei, als die empörendste Schmähung des Führers zu kennzeichnen, die er bisher in der Presse gelesen habe. Er wolle mir daher auch sein uneingeschränktes Bedauern über diese Beleidigung des Führers aussprechen und bäte mich, dieses Bedauern der Deutschen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Es sei höchst bedauerlich, daß in den letzten Monaten wieder zahlreiche Entgleisungen zu verzeichnen gewesen seien; eine Erklärung, wenn auch keine Entschuldigung dafür, sei in der Tatsache zu suchen, daß derartige Schmähartikel, wie z. B. auch der vorliegende, vorwiegend aus innerpolitischen Gründen geschrieben seien, um die Englische Regierung zu treffen. Auch die

allgemeinpolitische gereizte Stimmung, die jetzt vorherrsche, sei in Betracht zu ziehen.

Ich erwiderte Lord Halifax, daß der bisherige Zustand nicht so fortdauern könne. Ich müsse ernstlich ersuchen, auf irgendeine Weise eine Besserung herbeizuführen, um unerfreuliche politische Folgerungen zu vermeiden.

Lord Halifax stellte in Aussicht, daß er sein möglichstes im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Einflußmöglichkeiten tun wolle, um in Zukunft solche Beschimpfungen des Führers zu unterbinden.

Dirksen

(***Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges***, **Nr. 233**.)

*Am 18. Januar 1939 machte die Reichsregierung der britischen Regierung die Mitteilung, daß Deutschland seine U-Boot-Tonnage bis zur Parität mit der der Mitglieder des britischen Reiches ausbauen sowie die Bestückung der beiden im Bau befindlichen 10 000-t-Kreuzer ändern und damit von der Gleitklausel Gebrauch machen werde. Diese Mitteilung hielt sich vollkommen im Rahmen der Deutschland durch die Flottenverträge gewährten Rechte. Die* ***Reichstagsrede des Führers vom 30. Januar 1939*** *enthielt wiederum - wie in fast allen Jahren - in ausdrücklichen Worten den Wunsch, zu freundschaftlichen Beziehungen mit England zu gelangen.*

### *76.*
### *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 30. Januar 1939*

Deutschland hat gegen England und Frankreich keine territorialen Forderungen außer der nach **Wiedergabe unserer Kolonien**. So sehr eine Lösung dieser Frage zur Beruhigung der Welt beitragen würde, so wenig handelt es sich dabei um Probleme, die allein eine kriegerische Auseinandersetzung bedingen könnten.

Wenn überhaupt heute in Europa Spannungen bestehen, so ist dies in erster Linie dem unverantwortlichen Treiben einer gewissenlosen Presse zuzuschreiben, die kaum einen Tag vergehen läßt, ohne durch ebenso dumme wie verlogene Alarmnachrichten die Menschheit in Unruhe zu versetzen.

Was sich hier verschiedene Organe an Weltbrunnenvergiftung erlauben, kann nur als kriminelles Verbrechen gewertet werden. In letzter Zeit wird versucht, auch den Rundfunk in den Dienst dieser internationalen Hetze zu stellen.

Ich möchte hier eine Warnung aussprechen: Wenn die Rundfunksendungen aus gewissen Ländern nach Deutschland nicht aufhören, werden wir sie demnächst beantworten.

Hoffentlich kommen dann nicht die Staatsmänner in kurzer Zeit mit dem dringenden Wunsch, zum normalen Zustand wieder zurückzukehren. Denn ich glaube nach wie vor, daß unsere Aufklärung wirksamer sein wird als die Lügenkampagne dieser jüdischen Völkerverhetzer.

Auch die Ankündigung amerikanischer Filmgesellschaften, antinazistische, das heißt antideutsche Filme zu drehen, kann uns höchstens bewegen, in unserer deutschen Produktion in Zukunft antisemitische Filme herstellen zu lassen. Auch hier soll man sich nicht über die Wirkung täuschen. Es wird sehr viele Staaten und Völker geben, die für eine so zusätzliche Belehrung auf einem so

wichtigen Gebiet großes Verständnis besitzen werden!

Wir glauben, daß, wenn es gelänge, der jüdisch-internationalen Presse- und Propagandahetze Einhalt zu gebieten, die Verständigung unter den Völkern sehr schnell hergestellt sein würde.

Nur diese Elemente hoffen unentwegt auf einen Krieg. Ich aber glaube an einen langen Frieden!

Denn welche Interessengegensätze bestehen z. B. zwischen England und Deutschland? Ich habe mehr als oft genug erklärt, daß es keinen Deutschen und vor allem keinen Nationalsozialisten gibt, der auch nur in Gedanken die Absicht besäße, dem englischen Weltreich Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

Und wir vernehmen auch aus England Stimmen vernünftig und ruhig denkender Menschen, die die gleiche Einstellung Deutschland gegenüber zum Ausdruck bringen. Es würde ein Glück sein für die ganze Welt, wenn die beiden Völker zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gelangen könnten.

(Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 19.)

*Am 3. Februar gab der britische Außenminister Lord Halifax dem Wunsche nach einer Vertiefung der Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich Ausdruck. Der Handelsminister Oliver Stanley gab am 7. Februar im Unterhaus Mitteilung von Verhandlungen zwischen deutschen und englischen Industriegruppen. Am 18. Februar weilte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley anläßlich der Arbeitstagung des "internationalen Beratungsausschusses" und des internationalen Zentralverbandes "Freude und Arbeit" in London und wurde von Premierminister Chamberlain empfangen.*

*Zwischen den Vertretern der deutschen und englischen Kohlenindustrie wurden am 21. Februar die Verhandlungen mit positivem Ergebnis abgeschlossen. Am gleichen Tage **äußerte sich Premierminister Chamberlain im Unterhaus** über die Aussichten einer Friedenskonferenz und fand dabei bemerkenswerte Worte über das in England herrschende übertriebene Mißtrauen und die Leichtgläubigkeit im Hinblick auf die Angriffsabsichten anderer.*

## *77.*
## *Aus der Unterhauserklärung des britischen Premierministers Chamberlain vom 21. Februar 1939*

*Der Premierminister:* Wenn ich glauben könnte, daß eine solche Friedenskonferenz gegenwärtig ein positives Ergebnis zeitigen könnte, würde ich nicht zögern, sie einzuberufen. Aber eine gescheiterte Konferenz wäre schlechter als gar keine. Ich glaube, wir müssen, bevor wir mit dem Erfolg einer solchen Konferenz rechnen können, sicher sein, daß die Teilnehmer einen guten Willen und die Entschlossenheit mitbringen, zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen. Ich glaube nicht, daß bisher genügend Vertrauen geherrscht hat, um die Konferenz schon heute als einen praktischen Vorschlag erscheinen zu lassen.

*Mr. Maxton:* Der Premierminister sagte, daß sich die Einberufung einer Konferenz nicht lohnt, wenn unter den Teilnehmern nicht ein Geist des guten Willens herrsche. Aber waren diese Vorbedingungen denn gegeben, als der Premierminister nach Berchtesgaden, Godesberg und München fuhr?

*Der Premierminister:* Ja, ich glaube, daß die Teilnehmer der Konferenz von München mit der Absicht dorthin gingen, die Konferenz zu einem Erfolg zu führen. Doch das war ein Einzelfall. Wenn ich genau so vertrauensvoll in bezug auf den befriedigenden Abschluß einer Abrüstungskonferenz sein könnte, würde ich der erste sein, der sie befürwortet. Aber ich glaube, wir müssen, bevor die Zeit für eine solche Konferenz gekommen ist, in bezug auf das Vertrauen noch etwas größere Fortschritte machen.

Vielleicht würde es gar nicht so schlecht sein, wenn wir selbst etwas mehr Vertrauen zeigen und nicht jede Nachricht glauben würden, die uns über die Angriffsabsichten anderer erreicht. Ich bin nicht sicher, ob die ehrenwerten Mitglieder sich darüber klar sind, wie diese Haltung des Mißtrauens anderswo ihre Parallele findet.

(E: **Parliamentary Debates. House of Commons. Bd. 344, Sp. 233f.**
- D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1939, S. 283.)

*Alle diese bescheidenen Ansätze einer deutsch-englischen Zusammenarbeit, die sich trotz der Rüstungsdebatten der letzten Monate angebahnt hatten, fanden jedoch mit den Ereignissen des März 1939 radikal ein Ende.* ***Ein Mitglied der tschechischen Gesandtschaft in London*** *hatte noch am 12. März 1939 über die Politik Chamberlains Worte gefunden, die im Hinblick auf die folgenden Ereignisse und auf die Reaktion Englands auf die Eingliederung des Protektorats besondere Beachtung verdienen.*

## *78.*
## *Aus dem Bericht des tschechischen Vertrauensmannes in London, Prof. F. Dvornik, vom 12. März 1939*

Wir haben schon früher auf die Taktik Chamberlains aufmerksam gemacht, Hitler ständig irgendwelche Knüppel unter die Füße zu werfen, über welche er auf seinem Wege zu seinen Zielen stolpern würde, ihn nervös zu machen und ihn abzurackern durch unaufhörliche Schwierigkeiten und Komplikationen. Nur daß sich dieses Interesse Englands und Chamberlains - leider - nicht völlig mit dem unsern deckt. Es ist nämlich möglich, daß Hitler den Knüppel, über welchen er stolperte, im Zorn völlig zerhackte, so daß niemals mehr jemand mit ihm ein solches Spiel aufführen könnte.

Die Engländer würden keinen Fuß rühren, daß dieser Knüppel, der eine Weile in der englischen Politik eine untergeordnete Rolle gespielt hat, aus Hitlers Händen gerissen und vor dem Zerhacken bewahrt würde. Ich denke, daß der Sinn dieses "Gleichnisses" klar ist und keiner langen Erläuterung bedarf.

(Aus den Akten des tschechoslowakischen Außenministeriums.)

*Die letzte Phase der deutsch-englischen Beziehungen steht im Zeichen der völlig unvernünftigen und unbegründeten Reaktion Englands auf die deutschen Schritte, die zur Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren führten. Auf dem Hintergrunde einer hemmungslosen Agitation und einer wilden und verantwortungslosen Aufpeitschung der öffentlichen Meinung in England ließ sich die britische Regierung zu jenem verhängnisvollen Schritte hinreißen, der dann den Ablauf der Ereignisse zwangsläufig bis zum bitteren Ende vorherbestimmte:* ***zu der Erteilung eines***

*Beistandsversprechens, das von der polnischen Regierung als eine Blankovollmacht aufgefaßt werden mußte und aufgefaßt wurde*.

## *79.*
## *Bericht des deutschen Botschafters in London vom 18. März 1939*

Bei meinem heutigen Protest gegen Beschimpfung des Führers durch den Abgeordneten Duff Cooper habe ich Lord Halifax gegenüber folgendes ausgeführt:

Ich hätte wiederholt über schwere Verunglimpfungen des Führers Klage führen müssen; diese Beleidigungen seien in der Presse ausgesprochen gewesen, und man habe mir daraufhin geantwortet, daß die Britische Regierung diese Ausfälle zwar bedauert und in Aussicht gestellt habe, ihren Einfluß auf die Presse geltend machen zu wollen; da dieser Einfluß aber beschränkt sei und die gesetzlichen Handhaben zum Vorgehen gegen die Presseorgane fehlten, sei eine wirksame Abstellung nicht möglich. Ich wolle daher auf verschiedene schwere Beleidigungen des Führers, die in den letzten Tagen in der Presse wiedergegeben seien, nur hinweisen.

Bei Duff Cooper aber liege dieser Fall anders. Hier habe ein englischer Abgeordneter in einer Sitzung des Unterhauses den Führer in gemeinster Weise beschimpft, ohne daß der Speaker eingeschritten sei und ohne daß ein Mitglied der Regierung diese Sprache zurückgewiesen hätte. Es sei mir bekannt, daß das Unterhaus keine Geschäftsordnung wie andere Parlamente habe, sondern nach Gewohnheitsrecht geleitet werde. Ich müsse aber darauf hinweisen, daß laut einer Zeitungsnotiz das bekannte staatsrechtliche Werk von Erskine May es als üblich bezeichne, daß abfällige Bemerkungen über fremde Staatsoberhäupter nicht ausgesprochen werden sollten.

Lord Halifax erwiderte hierauf, was den Abgeordneten Cooper angehe, so sei dieser vom Führer ebenfalls angegriffen und als Kriegstreiber bezeichnet worden. Es sei daher wohl verständlich, daß eine Reaktion seitens des Angegriffenen erfolge. Für die Mitglieder der Regierung sei es nach den geltenden Gepflogenheiten nicht möglich gewesen, einzugreifen und derartige Angriffe zurückzuweisen; der Speaker sei autonom in seinen Befugnissen und könne keine Weisungen hinsichtlich seiner Geschäftsführung erhalten.

Ich fragte hierauf Halifax, ob die Britische Regierung jetzt auf dem Standpunkt stehe, daß fremde Staatsoberhäupter gewissermaßen vogelfrei seien.

Der Außenminister erwiderte, das habe er damit nicht sagen wollen.

Ich wies Lord Halifax darauf hin, daß eine Gleichstellung des Führers mit Duff Cooper wegen ihrer durchaus verschiedenen Stellungen nicht möglich sei. Außerdem habe der Führer Duff Cooper niemals beschimpft, sondern ihm nur den zutreffenden Vorwurf gemacht, daß die von Cooper befolgte Politik zum Kriege führen müsse. Da Cooper das Kabinett mit der Begründung verlassen habe, daß er die friedenserhaltende Politik Chamberlains nicht mitmachen könne, so hätten die Angriffe des Führers nur eine Darstellung eines vorhandenen Tatbestandes enthalten.

Ich gab meinem Befremden darüber Ausdruck, daß Lord Halifax nicht in der Lage sei, mir eine befriedigende Erklärung abzugeben; gerade England könne sich über unsere Haltung gegenüber der Hereinziehung des Staatsoberhauptes in die Tagespresse nicht beklagen. Dies ergebe sich aus der Diskretion unserer Presse während der Abdankung des früheren Königs. Nicht einmal die leitenden Staatsmänner der jetzigen oder einer vorherigen Regierung seien von amtlichen Persönlichkeiten angegriffen oder gar beschimpft worden.

Lord Halifax mußte dies zugeben. Er erklärte, daß er dem Premierminister Bericht erstatten werde.

Ich erwiderte, daß ich meiner Regierung ebenfalls einen Bericht über den Verlauf der Unterredung erstatten würde.

von Dirksen

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, Nr. 247.)

---

### *80.*
### *Rede des britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham vom 17. März 1939*

Eines ist gewiß. Die öffentliche Meinung der Welt hat einen stärkeren Schock erfahren, als ihr bis jetzt, selbst durch das gegenwärtige Regime in Deutschland, jemals zugefügt worden ist. Welches die endgültigen Auswirkungen dieser tiefgehenden Beunruhigung auf die Gemüter der Menschen sein werden, ist noch nicht abzusehen; eines aber ist sicher, daß nämlich diese Beunruhigung weitreichende Folgen für die Zukunft haben wird. Am vergangenen Mittwoch fand darüber eine Debatte im Unterhause statt, und zwar an dem gleichen Tage, an dem die deutschen Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten, und wir alle, ganz besonders aber die Regierung, waren im Nachteil, weil die uns zur Verfügung stehenden Nachrichten nur teilweiser und zum erheblichen Teil nichtamtlicher Art waren. Wir hatten keine Zeit, diese Nachrichten zu prüfen, noch viel weniger aber, uns darüber eine wohlerwogene Meinung zu bilden. Daraus ergab sich zwangsläufig, daß ich, im Namen der Regierung sprechend, angesichts der Verantwortung, die mit dieser Stellung verbunden ist, mich gezwungen sah, mich auf eine stark zurückhaltende und vorsichtige Darlegung dessen zu beschränken, über das ich seinerzeit, wie ich glaubte, nur geringe Erläuterungen abgeben konnte; und vielleicht war es auch ganz natürlich, daß diese etwas kühle und sachliche Erklärung Grund zu einem Mißverständnis gab, und daß einige Leute glaubten, daß meine Kollegen und ich, weil ich ruhig sprach und meinen Gefühlen nur beschränkten Ausdruck gab, uns von der Angelegenheit nicht stark beeindruckt fühlen. Ich hoffe, diesen Irrtum heute abend berichtigen zu können.

Zunächst möchte ich aber etwas zu dem Argument sagen, das sich aus diesen Ereignissen heraus entwickelt hat, in dieser Debatte benutzt wurde und seither in verschiedenen Organen der Presse erschienen ist. Es ist behauptet worden, daß diese Besetzung der Tschechoslowakei die unmittelbare Folge des Besuches gewesen sei, den ich im vergangenen Herbst Deutschland abstattete, und daß, da die Ergebnisse dieser Ereignisse in der Zerreißung der in München erreichten Verständigung bestanden hätten, damit bewiesen sei, daß die ganzen Umstände, unter denen diese Besuche erfolgt seien, irrig gewesen seien. Es wird behauptet, daß, weil es sich um eine persönliche Politik des Premierministers gehandelt habe, ihn die Schuld an dem Schicksal der Tschechoslowakei treffen müsse. Das ist eine gänzlich unvertretbare Schlußfolgerung. Die Tatsachen, wie sie sich heute darstellen, können an dem Zustand der Tatsachen, wie er im vergangenen September bestand, nichts ändern. Wenn ich damals recht hatte, so habe ich heute auch noch recht. Dann gibt es einige Leute, die erklären: "Wir waren der Ansicht, daß Sie im September unrecht hatten, und nunmehr ist festgestellt, daß wir recht hatten."

Lassen Sie mich das einmal überprüfen. Als ich mich entschloß, mich nach Deutschland zu begeben, erwartete ich niemals, der Kritik zu entgehen. Ich ging bestimmt nicht nach Deutschland, um Popularität zu erhaschen. Ich begab mich in erster Linie und vornehmlich aus dem Grunde nach Deutschland, weil mir dieser Schritt, angesichts der fast verzweifelten Lage, als die einzige Möglichkeit erschien, einen europäischen Krieg zu vermeiden. Und ich darf Sie daran erinnern, daß

sich, als zum ersten Male angekündigt wurde, daß ich im Begriff stünde, abzureisen, nicht eine einzige Stimme der Kritik erhob. Alle zollten diesem Bestreben Beifall. Erst später, als es sich herausstellte, daß die Ergebnisse der endgültigen Verständigung hinter den Erwartungen einiger Leute, die die Tatsachen nicht voll würdigten, zurückblieben, erst dann begannen die Angriffe, und selbst dann war es nicht der Besuch, sondern waren es die Verständigungsbedingungen, die gemißbilligt wurden.

Nun, ich habe niemals bestritten, daß die Bedingungen, die ich in München zu erreichen in der Lage war, nicht denjenigen entsprachen, die mir selbst willkommen gewesen sein würden. Aber ich hatte mich, wie ich damals erklärte, mit keinem neuen Problem zu befassen. Es handelte sich um etwas, was seit dem Frieden von Versailles immer bestanden hatte, um ein Problem, das schon längst hätte gelöst werden müssen, wenn nur die Staatsmänner der letzten zwanzig Jahre eine großzügigere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. Dieses Problem hatte sich wie eine lange vernachlässigte Krankheit entwickelt, und ein operativer Eingriff erwies sich als notwendig, um das Leben des Patienten zu retten.

Jedenfalls wurde der erste und unmittelbarste Zweck meines Besuches erreicht. Der Frieden Europas war gerettet; und wenn diese Besuche nicht stattgefunden hätten, so würden heute Hunderttausende von Familien um die Blüte der besten jungen Männer Europas trauern. Ich möchte noch einmal meinen tiefempfundenen Dank allen jenen Berichterstattern abstatten, die aus allen Teilen der Welt an mich geschrieben haben, um ihrer Dankbarkeit und ihrer Anerkennung für das, was ich damals tat und was ich seither versucht habe zu tun, Ausdruck zu geben.

Ich habe wirklich keinen Grund, für meine im vergangenen Herbst Deutschland abgestatteten Besuche Entschuldigungen vorzubringen. Denn welche Wahl hatten wir? Nichts von dem, was wir hätten unternehmen können, nichts von dem, was Frankreich oder Rußland hätten unternehmen können, wäre dazu angetan gewesen, die Tschechoslowakei vor einem Einmarsch und vor der Vernichtung zu bewahren. Selbst wenn wir später zum Kriege geschritten wären, um Deutschland für sein Vorgehen zu strafen, und wenn wir nach den furchtbaren Verlusten, die allen Teilnehmern an einem Kriege zugefügt worden wären, schließlich siegreich geblieben wären, würde es uns niemals möglich gewesen sein, die Tschechoslowakei in derselben Form wiederaufzurichten, die sie durch den **Frieden von Versailles** gefunden hatte.

Mit meiner Reise nach München verband ich aber noch einen weiteren Zweck, und zwar die Förderung der Politik, die ich von dem Augenblick an, da ich meinen jetzigen Posten übernahm, verfolgt habe, eine Politik, die zuweilen als die Politik der europäischen Beruhigung bezeichnet wird, obgleich ich selbst nicht der Ansicht bin, daß es sich dabei um eine sehr glückliche Bezeichnung oder um eine solche handelt, die den Zweck dieser Politik genau umschreibt. Wenn diese Politik erfolgreich sein sollte, so war es von wesentlicher Bedeutung, daß keine Macht den Versuch unternehmen sollte, die allgemeine Vorherrschaft in Europa zu erlangen, sondern daß jede einzelne Macht damit zufrieden sein sollte, vernunftmäßige Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer eigenen Hilfsquellen zu erlangen, sich ihren eigenen Anteil am internationalen Handel zu sichern und die Lebensbedingungen ihres eigenen Volkes zu verbessern. Ich glaubte, obgleich das vielleicht ein Aufeinanderprallen der Interessen verschiedener Staaten bedeuten konnte, daß es trotzdem durch die Übung gegenseitigen guten Willens und auf Grund eines Verständnisses für den Umfang der Wünsche anderer möglich sein sollte, alle Meinungsverschiedenheiten durch Erörterung und ohne einen bewaffneten Konflikt zu lösen. Indem ich mich nach München begab, hoffte ich, durch persönliche Fühlungnahme festzustellen, welche Gedanken Herrn Hitler bewegten und ob eine Wahrscheinlichkeit dafür bestehe, daß er bereit sein werde, bei einem Programm dieser Art mit uns zusammenzuarbeiten. Nun, die Atmosphäre, in der unsere Erörterungen stattfanden, war keine sehr günstige, weil wir uns inmitten einer akuten Krise befanden. In den Pausen zwischen mehreren offiziellen Besprechungen hatte ich aber trotzdem gewisse Gelegenheiten, mich mit ihm zu

unterhalten und seine Ansichten zu erfahren, und ich glaubte, daß die Ergebnisse nicht gänzlich unbefriedigend seien.

Nach Rückkehr von meinem zweiten Besuch berichtete ich dem Unterhause über meine meinerseits mit Herrn Hitler stattgehabte Besprechung, von der ich erklärte, daß Hitler, mit tiefem Ernst sprechend, wiederholt habe, was er bereits in Berchtesgaden erklärt hatte, daß es sich nämlich um die letzte seiner territorialen Bestrebungen in Europa handle und daß er nicht den Wunsch habe, in das Reich Völker, die einer anderen Rasse als der deutschen angehörten, einzuverleiben. Herr Hitler selbst bestätigte diesen Bericht über die Besprechung in der **Rede, die er im Sportpalast in Berlin hielt**, indem er erklärte "...dies ist der letzte territoriale Anspruch, den ich in Europa zu stellen habe." Und ein wenig später erklärte er in der gleichen Rede: "...Ich habe Herrn Chamberlain versichert, und ich betone das hiermit, daß es für Deutschland nach Lösung dieses Problems keine weiteren territorialen Probleme in Europa gibt." Und er fügte hinzu: "Ich werde an dem tschechischen Staate kein weiteres Interesse haben und dafür kann ich garantieren. Wir wollen nicht noch mehr Tschechen haben."

Und dann findet sich auch im Münchener Abkommen selbst, das die Unterschrift des Herrn Hitler trägt, die folgende Bestimmung: "Die endgültige Grenzfestsetzung wird durch eine internationale Kommission erfolgen" - die endgültige Festsetzung. Und schließlich brachten wir **in der Erklärung, die er und ich gemeinsam in München unterzeichneten**, zum Ausdruck, daß jede weitere Frage, die unsere beiden Länder betreffen würde, nach dem Konsultationsverfahren behandelt werden solle.

Nun, angesichts dieser wiederholten, mir freiwillig gegebenen Versicherungen hielt ich mich für berechtigt, darauf meine Hoffnung zu stützen, daß es, wenn erst einmal diese tschechoslowakische Frage geregelt sein würde, wie es in München den Anschein hatte, möglich sein würde, die Politik der Beruhigung, die ich beschrieben habe, weiter fortzuführen. Dennoch aber war ich zur gleichen Zeit nicht bereit, in meiner Vorsicht nachzulassen, bis ich davon überzeugt sein würde, daß diese Politik eingeleitet worden sei und daß auch andere sich diese Politik zu eigen gemacht hätten, und deshalb **wurde nach München unser Verteidigungsprogramm tatsächlich beschleunigt und genügend erweitert**, um gewisse Schwächen zu beseitigen, die während der Krise zutage getreten waren. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit des britischen Volkes nach München meine Hoffnung teilte und den tiefen Wunsch hegte, daß diese Politik weitergeführt werden möge. Heute aber teile ich Ihre Enttäuschung, Ihren Unwillen darüber, daß diese Hoffnungen so mutwillig zerstört worden sind.

Wie ist es möglich, die Ereignisse dieser Woche mit den Versicherungen, die ich Ihnen vorgelesen habe, in Einklang zu bringen? Als einer der Signatare des Münchener Abkommens hatte ich zweifellos, wenn Herr Hitler glaubte, daß dieses Abkommen aufgehoben werden sollte, Anspruch auf die Konsultation, die in der Münchener Erklärung vorgesehen ist. Statt dessen hat er das Gesetz in seine eigene Hand genommen. Noch vor dem Empfang des tschechischen Präsidenten, der sich Forderungen gegenübersah, denen zu widerstehen er keine Macht besaß, waren die deutschen Truppen schon auf dem Marsch und innerhalb weniger Stunden in der tschechischen Hauptstadt.

Auf der gestern in Prag zur Verlesung gekommenen Proklamation sind Böhmen und Mähren in das Deutsche Reich eingegliedert worden. Die nichtdeutschen Einwohner, zu denen selbstverständlich auch die Tschechen zählen, werden dem deutschen Protektor im deutschen Protektorat unterstellt. Sie unterliegen den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Reiches. Sie werden als sich selbstregierende Staaten bezeichnet, dem Reich unterstehen aber ihre Außenpolitik, ihre Zollverwaltung und die Verwaltung der indirekten Steuern, ihre Bankreserven und die Ausrüstung der entwaffneten tschechischen Streitkräfte. Am bedenklichsten ist es vielleicht, daß wir von dem Auftreten der Gestapo, der geheimen Polizei, hören, verbunden mit den üblichen

Gerüchten über Massenverhaftungen prominenter Persönlichkeiten, die Folgen einschließen, mit denen wir alle vertraut sind.

Jeder Mann und jede Frau in unserem Lande, die sich des Schicksals der Juden und der politischen Gefangenen in Österreich entsinnen, müssen heute von Kummer und Sorge erfüllt sein. Wessen Herz ist wohl nicht voll Mitgefühls für das stolze und tapfere Volk, das so plötzlich ein Opfer dieses Einmarsches wurde, dessen Freiheiten beschränkt sind und dessen nationale Unabhängigkeit der Vergangenheit angehört. Was ist aus der Erklärung "keine weiteren territorialen Bestrebungen", was aus der Versicherung "wir wollen keine Tschechen im Reich haben" geworden? Welche Achtung ist dem Grundsatz der Selbstbestimmung zuteil geworden, über den sich Herr Hitler so leidenschaftlich mit mir in Berchtesgaden stritt, als er die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei und seine Einverleibung in das Deutsche Reich forderte?

Jetzt erklärt man uns, daß diese Gebietsergreifung infolge von Unruhen in der Tschechoslowakei erforderlich wurde. Man erzählt uns, daß die Verkündung dieses neuen deutschen Protektorats gegen den Willen seiner Einwohner durch Unruhen unvermeidlich gemacht worden sei, die den Frieden und die Sicherheit seines mächtigen Nachbarn bedroht hätten. Wenn es zu Unruhen gekommen ist, wurden sie dann nicht von außen her geschürt? Und kann irgend jemand außerhalb Deutschlands ernsthaft der Ansicht sein, daß solche Unruhen eine Gefahr für jenes große Land hätten bedeuten können und daß sie eine Berechtigung für das, was sich ereignet hat, abgeben? Wird da in unsern Köpfen nicht unvermeidlich die Frage aufgeworfen, welcher Verlaß auf irgendwelche andern Versicherungen aus der gleichen Quelle ist, wenn es so leicht ist, gute Gründe zur Außerachtlassung von Versicherungen zu finden, die so feierlich und so oft gegeben wurden?

Es gibt noch eine Reihe weiterer Fragen, die unvermeidlich in unsern und in den Gedanken anderer, vielleicht sogar in Deutschland selbst, auftauchen. Deutschland hat unter seinem gegenwärtigen Regime der Welt eine Reihe unangenehmer Überraschungen bereitet. **Das Rheinland**, **der österreichische Anschluß**, **die Abtrennung des Sudetenlandes** - all diese Vorkommnisse haben die öffentliche Meinung der ganzen Welt verletzt und beleidigt. Welche und wie viele Anstände wir aber auch an den in jedem dieser Fälle angewendeten Methoden hätten nehmen können, jedenfalls ließ sich auf Grund der Rassenzugehörigkeit oder gerechter Ansprüche, denen zu lange Widerstand geleistet worden war, etwas zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der bestehenden Lage sagen.

Die Ereignisse aber, die im Laufe dieser Woche unter völliger Mißachtung der durch die deutsche Regierung selbst niedergelegten Grundsätze Platz gegriffen haben, scheinen mir in eine andere Klasse zu fallen und müssen uns alle veranlassen, uns die Frage vorzulegen: "Ist dies das Ende eines alten Abenteuers oder der Anfang eines neuen?"

"Ist es der letzte Angriff auf einen kleinen Staat oder werden ihm weitere folgen? Ist dies tatsächlich ein Schritt in der Richtung eines **Versuchs zur Weltherrschaft durch Gewalt**?"

Das sind schwerwiegende und ernste Fragen. Ich werde diese Fragen heute abend nicht beantworten. Ich bin aber überzeugt, daß sie eine tiefernste und gewissenhafte Erwägung nicht nur durch Deutschlands Nachbarn, sondern auch durch andere Mächte, vielleicht sogar solche jenseits der Grenzen Europas, notwendig machen werden. Schon jetzt liegen Anzeichen dafür vor, daß dieser Prozeß eingesetzt hat, und es ist offensichtlich, daß er nunmehr voraussichtlich einen schnelleren Verlauf nehmen wird.

Wir selbst werden uns selbstverständlich zunächst an unsere Partner in der britischen Gemeinschaft der Nationen und an Frankreich wenden, mit denen wir so eng verbunden sind; und ich bezweifle nicht, daß auch andere, die wissen, daß wir nicht uninteressiert an dem sind, was in Südosteuropa

vor sich geht, den Wunsch haben werden, mit uns zu konsultieren und unseren Rat einzuholen. Wir alle in unserem eigenen Lande müssen die Lage mit dem Sinn für Verantwortlichkeit überprüfen, den ihr Ernst erfordert. Von dieser Überprüfung darf nichts ausgeschlossen bleiben, was auf die nationale Sicherheit Bezug hat. Jede Phase unseres nationalen Lebens muß wieder einmal von diesem Standpunkt aus einer Prüfung unterzogen werden. Die Regierung muß, wie stets, die Hauptverantwortung tragen; ich weiß aber, daß jeder einzelne den Wunsch haben wird, auch seine eigene Einstellung einer Prüfung zu unterziehen, um noch einmal festzustellen, ob er alles getan hat, um seine Dienste dem Staate zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube nicht, daß es irgend jemanden gibt, der bereit ist, meine Aufrichtigkeit anzuzweifeln, wenn ich erkläre, daß es kaum irgend etwas gibt, was ich nicht dem Frieden opfern würde. In bezug auf eine Sache muß ich aber eine Ausnahme machen, und das ist die Freiheit, die wir seit Hunderten von Jahren genossen haben, und auf die wir niemals verzichten werden. Ich bedauere, daß von allen Menschen ausgerechnet ich dazu berufen bin, eine solche Erklärung abzugeben - das heißt also, über das Ausmaß, in dem die Ereignisse das Vertrauen erschüttert haben, das sich gerade zu zeigen begann und das, wenn man ihm gestattet hätte, sich in zunehmendem Maße zu entwickeln, dieses Jahr zu einem denkwürdigen in bezug auf die Wiedereinkehr gesunder Zustände und der Stabilität in ganz Europa hätte machen können.

Vor erst sechs Wochen sprach ich in dieser Stadt und wies auf Gerüchte und Verdächtigungen hin, von denen ich erklärte, daß sie hinweggefegt werden müßten. Ich wies darauf hin, daß jedes Verlangen nach Vorherrschaft durch Gewalt in der Welt ein Verlangen sei, dem sich die Demokratien entgegenstemmen müßten, und ich fügte hinzu, daß ich nicht glauben könne, daß eine solche Herausforderung beabsichtigt sei, weil keine Regierung, die die Interessen des eigenen Volkes am Herzen habe, solche Interessen zugunsten eines solchen Anspruchs den Schrecken eines Weltkrieges aussetzen könne.

Und in der Tat, angesichts der Lehren der Geschichte, die alle lesen können, erscheint es unglaublich, daß uns eine solche Herausforderung zuteil werden sollte. Ich fühle mich verpflichtet, zu erklären, daß, obgleich ich nicht darauf vorbereitet bin, unser Land durch neue, nicht klar umschriebene Verpflichtungen zu verpflichten, die sich unter Bedingungen auswirken könnten, die jetzt nicht vorauszusehen sind, kein größerer Irrtum begangen werden könnte, als anzunehmen, daß unser Volk, weil es den Krieg für eine sinnlose und grausame Angelegenheit hält, derart viel von seinem Selbstbewußtsein eingebüßt habe, um nicht alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um eine solche Herausforderung, sollte sie jemals erfolgen, zurückzuweisen. Für diese Erklärung finde ich, wie ich überzeugt bin, nicht nur die Unterstützung, die volle Zustimmung und das Vertrauen meiner Landsleute, sondern werde ich auch die Zustimmung des ganzen britischen Imperiums und aller anderen Staaten finden, die wohl den Frieden, die Freiheit aber noch mehr zu schätzen wissen.

(E: *The Times* vom 18. März 1939. - D: Eigene Übersetzung.)

---

## *81.*
## *Aus der Rede des britischen Außenministers Lord Halifax im Oberhaus vom 20. März 1939*

Ich möchte gern einiges über die Gründe sagen, mit denen die deutsche Regierung die von ihr ergriffenen Maßnahmen zu rechtfertigen sucht. Die direkte Ursache der gegenwärtigen Krise in Mitteleuropa hatte in der Slowakei ihren Ursprung, und es wird geltend gemacht, daß die deutsche Regierung bei Erhalt der Bitte um Unterstützung des zurückgetretenen slowakischen Ministerpräsidenten zum Eingreifen berechtigt war. In der Slowakei hat es immer eine Partei

gegeben, die für eine Autonomie eintrat. Diese Autonomie ist nach München tatsächlich zustande gekommen, und zwar durch Übereinkommen zwischen den verschiedenen slowakischen Parteien und der Zentralregierung in Prag.

Die radikalen Elemente in der Slowakei waren jedoch mit diesen Abmachungen nicht zufrieden, aber nach allen mir zur Verfügung stehenden Unterlagen kann ich mir nicht vorstellen, daß der plötzliche Entschluß gewisser slowakischer Führer, sich von Prag zu lösen, dem die Bitte um Schutz an das Deutsche Reich sofort auf dem Fuße folgte, unabhängig von äußeren Einflüssen gefaßt wurde. Es heißt, **das deutsche Eingreifen in der Tschechoslowakei sei durch die Unterdrückung der deutschen Minderheiten durch die Tschechen gerechtfertigt** gewesen. Jedoch, und auch das ist Tatsache, setzte die deutsche Presse erst kurz vor Hitlers Ultimatum an den tschechischen Präsidenten mit ihrer Kampagne vom letzten Sommer über die angeblichen tschechischen Brutalitäten gegen deutsche Staatsangehörige wieder ein.

Im Augenblick scheint **die Lage der deutschen Minderheit mit ihren ungefähr 250 000 Seelen** seit dem Münchener Abkommen so zu sein, daß man sie als Ausnahme-Vorzugsstellung bezeichnen könnte. Trotz des gemäß Art. 7 des Abkommens eingeräumten Optionsrechtes wurden die Angehörigen der deutschen Minderheit angehalten, in der Tschechoslowakei zu bleiben, um nützliche Zentren der deutschen Tätigkeit und Propaganda zu bilden, auch wurden der deutschen Minderheit von ihrem Führer diesbezügliche Weisungen erteilt. Auf Grund des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens über den gegenseitigen Schutz der Minderheiten erhielt die deutsche Regierung die gesetzliche Berechtigung, sich unmittelbar für die Belange ihrer Minderheiten in der Tschechoslowakei einzusetzen; auch erhielt die Minderheit sofort das Recht, selbständige Organisationen ins Leben zu rufen; im Anschluß daran gab die tschechoslowakische Regierung ihr Einverständnis dazu, daß die NSDAP. in der Tschechoslowakei in vollem Umfange das Recht zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit in Böhmen und Mähren erhielt.

Die Schlußfolgerung, daß weitaus die Mehrzahl der Zwischenfälle vor der deutschen Invasion mit Vorbedacht provoziert, und daß ihre Wirkung stark übertrieben wurde, ist schwerlich von der Hand zu weisen. Hier ist meines Erachtens ganz unparteiisch hinzuzufügen, daß die tschechoslowakischen Behörden angewiesen wurden, sich gegenüber diesen Provokationen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen, wie es auch tatsächlich geschah. Ich glaube, es ist nicht notwendig, über die Behauptung, der tschechoslowakische Präsident habe der Unterjochung seines Volkes tatsächlich zugestimmt, viel Worte zu verlieren. In Anbetracht der Umstände, unter denen er nach Berlin kam, sowie der bereits erfolgten Besetzung tschechischen Gebietes glaube ich, daß jeder einsichtige Mensch zu dem Schluß kommen muß, daß es sich hier kaum um Verhandlungen handelte, und daß es viel wahrscheinlicher ist, daß die tschechischen Vertreter einem Ultimatum gegenübergestellt wurden, unter Androhung von Gewalt, und daß sie klein beigaben, um ihr Volk vor dem Schrecken einer raschen und vernichtenden Beschießung aus der Luft zu bewahren.

Schließlich heißt es, Deutschland sei irgendwie durch die Tschechoslowakei gefährdet gewesen. Doch dürfte die deutsche Regierung selbst sicherlich kaum erwartet haben, daß diese Behauptung von irgendeiner Seite ernsthaft aufgenommen würde. In der Tat, wenn ich meine eigene Ansicht über diese verschiedenen Untersuchungen zusammenfassen darf, so möchte ich nur wünschen, daß an Stelle der veröffentlichten Mitteilungen und Erklärungen, die wenig überzeugend wirken, die überlegene Stärke Deutschlands offen als die entscheidende Instanz anerkannt worden wäre, die sie in der Tat gewesen ist.

Unter diesen Umständen hielt es die britische Regierung für angezeigt, unverzüglich bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Sie brach den Berliner Besuch des Handelsministers und des Sekretärs der Abteilung für Überseehandel sofort ab, von dem man erhofft hatte, daß er der Regierung ein unmittelbares Eingreifen in jene inoffizielle, gerade damals erfolgende Fühlungnahme der

Industrievertreter ermöglichen würde. Wir waren der Ansicht - und sind es auch noch - daß unter den inzwischen eingetretenen Umständen jede Weiterverfolgung unserer Bemühungen in dieser Richtung ganz offenbar undenkbar war und daß dieses und manche anderen Dinge auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußten und es auch noch bleiben müssen. Die britische Regierung hat den britischen Botschafter in Berlin zur Berichterstattung zurückgerufen; er ist gestern hier eingetroffen.

Außer diesen beiden Schritten haben wir bei der deutschen Regierung formell Protest erhoben, indem wir ihr mitteilten, daß wir nicht umhin konnten, die Ereignisse der letzten paar Tage als einen klaren Bruch des Münchener Abkommens und eine Verleugnung des Geistes anzusehen, in dem die Unterhändler sich damals selbst zur Zusammenarbeit für eine friedliche Regelung verpflichtet hatten. Auch nahmen wir Veranlassung, gegen die durch die deutschen Militärmaßnahmen in der Tschechoslowakei erfolgten Änderungen zu protestieren, und haben zum Ausdruck gebracht, daß unserer Ansicht nach diese Änderungen jeder rechtlichen Grundlage entbehrten.

Ich glaube daher, daß wir den Anspruch erheben dürfen, die deutsche Regierung über die Haltung der britischen Regierung nicht im unklaren gelassen zu haben und, wenn ich mich auch über die Wirkung von Protesten keinen übertriebenen Hoffnungen hingebe, so glaube ich doch, daß Sie, meine Herren, es durchaus für richtig halten, daß solche Proteste zu Protokoll genommen werden.

Von Zeit zu Zeit habe ich die Verfechter des deutschen Standpunktes bemüht gesehen, die Handlungsweise ihrer Regierung durch Heranziehung der Geschichte des britischen Imperiums zu rechtfertigen. Es ist wohl nicht erforderlich, Sie daran zu erinnern, daß der Grundsatz, nach dem das britische Imperium geführt wird, Erziehung zur Selbstverwaltung ist. **Wo in der Welt wir auch immer waren, überall haben wir eine Spur der Freiheit und Selbstverwaltung hinterlassen, und unsere geschichtliche Vergangenheit hat nichts gemein mit der Unterdrückung von Freiheit und Unabhängigkeit von Menschen, die durch ihre politische Entwicklung bereits in den Genuß der Vorzüge eines Eigenlebens gelangt waren.**

Auch wurde der Einwand erhoben, daß die Ereignisse in der Tschechoslowakei uns weder interessieren noch etwas angehen. Ganz richtig, wir haben stets anerkannt, daß, wenn aus keinem anderen, so doch aus geographischen Gründen Deutschland von einigen Gesichtspunkten aus in der Tschechoslowakei oder in Südosteuropa mehr interessiert sein muß als wir selbst. Es war das naturgegebene Feld für die Ausdehnung des deutschen Handels.

Aber abgesehen davon, daß Änderungen in irgendeinem Teil von Europa nachhaltige Wirkungen an anderer Stelle zeitigen, so ist die Lage doch eine völlig andere, wenn wir vor die Tatsache der willkürlichen Beseitigung eines unabhängigen, souveränen Staates durch Waffengewalt und unter Verletzung dessen, was ich als die elementarsten Grundregeln internationalen Verhaltens betrachte, gestellt werden. Es ist durchaus verständlich, daß im Lichte dieser Ereignisse der Regierung gesagt wird, daß die Münchener Politik ein tragischer Fehler war. Ich kann natürlich nicht beanspruchen, Lord Snell Vorschriften über den Ausdruck einer aufrichtig von ihm vertretenen Ansicht zu machen, wohl aber glaube ich, eine einzelne ihm entfahrene Bemerkung richtigstellen zu können. Er bezeichnete die vom Premierminister betriebene Politik als eine persönliche Politik. Falls der ehrenwerte Lord damit sagen will, daß das eine Politik war, für die der Premierminister sein Letztes an Energie, Einbildungs- und Entschlußkraft hergegeben hat, so gehe ich mit ihm durchaus einig - sollte er aber unterstellen, daß es eine Politik ohne vollständige Zusammenarbeit mit mir, als Außenminister, sowie mit jedem einzelnen Regierungsmitglied war, so müßte ich mir die Freiheit nehmen, seinen Ausführungen auf das schärfste zu widersprechen.

Bei Annahme des vom Oberhaus wie auch von anderer Seite gebilligten Münchener Abkommens hatte die Regierung Sr. Majestät zwei voneinander ganz verschiedene Ziele im Auge. Der erste Zweck bestand darin, zu der unter den durch die Zeit bedingten, äußerst schwierigen Umständen

bestmöglichen Lösung eines Problems zu gelangen, das tatsächlich ein solches war und dessen Lösung dringend geboten war, wenn der Frieden Europas gewahrt bleiben sollte. Und hierzu möchte ich sagen - was ich bereits an dieser Stelle gesagt habe -: ich hege nicht den mindesten Zweifel, daß die Regierung nach allen ihr zur Verfügung stehenden Informationen zu dem von ihr eingeschlagenen Kurs berechtigt war.

Der zweite Zweck von München war die Schaffung einer größeren europäischen Sicherheit auf der Grundlage von freiwillig angenommenen Beratungen als dem Mittel, durch das alle künftigen Schwierigkeiten beigelegt werden könnten. Dieser auf lange Sicht gefaßte Plan wurde, wie wir alle feststellen mußten, durch die Ereignisse in unheilvoller Weise Lügen gestraft. Man wirft uns vor, wir hätten den von Hitler abgegebenen Versicherungen, er würde nach München keine territorialen Ansprüche mehr hegen und keine Eingliederung von nichtdeutschen Elementen ins Reich mehr wünschen, allzu schnell Glauben geschenkt.

Das ehrenwerte Oberhausmitglied (Lord Snell) sprach von einem mehr als einfältigen Premierminister. Ich darf Ihnen, meine Herren, die Versicherung abgeben, daß weder der Premierminister, noch ich selbst, noch irgendein Regierungsmitglied zu irgendeinem Zeitpunkt es verabsäumt haben, sich des Unterschiedes zwischen Glauben und Hoffen in aller Schärfe bewußt zu bleiben. Es war bestimmt berechtigt und richtig, Hoffnungen zu hegen; doch haben wir stets - und ich möchte es jedem von Ihnen, meine Herren, anheimstellen, das Gegenteil zu beweisen - in voller Erkenntnis dessen gehandelt, daß Hoffnungen lediglich mit der Zeit zu wirklichen Überzeugungen werden können.

Es ist zweifellos der Fall, daß vorhergegangene Zusicherungen gebrochen worden sind, welche Rechtfertigung Hitler vom Standpunkt seiner Mission auch immer vorbringen mag, die er darin sieht, ehemals deutsches Gebiet und vorwiegend deutschen Raum in das Deutsche Reich einzugliedern. Für die Maßnahmen Hitlers bis nach München kann immerhin geltend gemacht werden, daß er seinen eigenen Grundsätzen treu geblieben ist, das heißt dem Zusammenschluß der Deutschen im und Ausschluß der Nichtdeutschen aus dem Reich. Diese Grundsätze hat er jetzt umgestoßen. Mit der Stellung von 8 000 000 Tschechen unter deutsche Herrschaft ist er seiner eigenen Lebensanschauung bestimmt untreu geworden. Die Welt wird nicht vergessen, daß im September vorigen Jahres **Hitler an den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes für 2 000 000 Sudetendeutsche appellierte**. Das ist ein Grundsatz, auf dem das britische Reich selbst aufgebaut wurde und dem wir infolgedessen bei der Behandlung von Hitlers Forderungen Rechnung zu tragen uns verpflichtet fühlten. Dieser Grundsatz ist nun in krasser Form durch eine Reihe von Maßnahmen Lügen gestraft worden, die gerade das Recht verleugnen, auf dem die deutsche Haltung vor sechs Monaten fußte. Welches auch immer die Wahrheit über die Behandlung der 250 000 Deutschen sein mag, ich kann unmöglich glauben, daß das nur durch die Unterwerfung von 8 000 000 Tschechen wiedergutgemacht werden kann.

Welche Schlußfolgerung sollen wir nun aus dieser Eroberung der Tschechoslowakei ziehen? Sollen wir annehmen, daß die deutsche Politik damit in eine neue Phase eingetreten ist? Wird sich die deutsche Politik weiterhin auf die Festigung der vorwiegend von einer deutschstämmigen Bevölkerung bewohnten Gebiete beschränken? Oder wird sich die deutsche Politik nunmehr auch auf die Beherrschung von nichtdeutschen Völkern richten? Das sind sehr schwerwiegende Fragen, die heute in allen Teilen der Welt aufgeworfen werden.

Das deutsche Vorgehen in der Tschechoslowakei ist nach neuen Methoden erfolgt. Die Welt hat in der letzten Zeit mehr als eine neue Wendung auf dem Gebiet der Technik des internationalen Umgangs erlebt - Krieg ohne Kriegserklärung, Ausübung eines Druckes unter Androhung sofortiger Gewaltmaßnahmen, Eingreifen bei internen Schwierigkeiten anderer Staaten; Länder sehen sich vor die Tatsache der Förderung des Separatismus gestellt, und zwar nicht etwa im Interesse der

Separatisten oder Minderheiten, sondern im imperialen Interesse Deutschlands. **Die schlechte Behandlung der deutschen Minderheiten in anderen Ländern**, auf die man sich beruft und die in manchen oder auch in vielen Fällen wirklich aus natürlichen Gründen entspringen mag, die aber auch Gegenstand und Ergebnis einer Provokation von außen her sein kann, wird als Vorwand zum Eingreifen benutzt.

Diese Methoden sind einfach und mit zunehmender Erfahrung ganz unverkennbar. Haben wir irgendwelche Sicherheiten, daß sie nicht auch anderweitig Anwendung finden? Jedes Deutschland benachbarte Land lebt jetzt in der Ungewißheit, was der nächste Tag bringen wird, und jedes Land, das auf seine nationale Identität und Souveränität Wert legt, fühlt sich von einer inneren, von außen her geschürten Gefahr bedroht. Während der letzten Tage ging das Gerücht um, die deutsche Regierung habe bei ihren Wirtschaftsverhandlungen mit der rumänischen Regierung eine scharfe Haltung angenommen. Ich kann erfreulicherweise mitteilen, daß ein Bericht, in dem sogar von einem Ultimatum die Rede war, von der rumänischen Regierung selbst dementiert worden ist; aber selbst wenn Rumänien heute nicht bedroht ist, bzw. wenn bis heute diese Bedrohung noch keine konkrete Form angenommen hat, und sich in diesem Sinne auch nicht auszuwirken braucht, so ist es doch nicht überraschend, wenn die Bukarester Regierung - ebenso wie andere Regierungen - den Ereignissen der letzten Tage mit den größten Besorgnissen gegenübersteht...

Ich möchte noch folgendes sagen: **Seit Jahren hat das britische Volk stets den Wunsch gehegt, mit dem deutschen Volk in gutem Einvernehmen zu leben.** In unserem Volk ist kein nationales Empfinden so stark ausgeprägt wie die Neigung, nach einem Kampf dem Gegner die Hand zu reichen und die Angelegenheit beizulegen.

Unser Volk war nicht so rückständig, um nicht einige änderungsbedürftige Fehler im **Versailler Vertrag** einzugestehen, aber jedesmal, wenn sich im Lauf der letzten Jahre die Möglichkeit einer besserem Verständigung zu bieten schien, hat die deutsche Regierung etwas unternommen, das ein Weiterkommen unmöglich machte; ganz besonders war das in den letzten Monaten der Fall. Sehr bald nach München wurden von der deutschen Regierung Maßnahmen ergriffen, die der Weltmeinung einen heftigen Stoß versetzten. Vor kurzem noch durfte man hoffen - wenn auch viele Wolken am und hinter dem Horizont aufzogen -, daß wir einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit entgegensehen könnten; und es bestand sogar Hoffnung, daß sich diese wirtschaftliche Zusammenarbeit noch weiter ausgestalten würde, als wir bei den von mir bereits erwähnten Besuchen beschlossen hatten. Diese ganze Initiative wurde durch die Maßnahmen der deutschen Regierung in der letzten Woche wieder zunichte gemacht, und es ist schwer, sich vorzustellen, wann sie wiederaufgenommen werden kann...

Es ist noch nicht möglich, die Folgen der deutschen Maßnahmen völlig abzusehen. Die Geschichte kennt manche Versuche, Europa eine Herrschaft aufzuzwingen. Aber alle diese Versuche haben früher oder später denen, die sie unternommen haben, Unheil gebracht. Noch nie hat es sich auf die Dauer als möglich erwiesen, den Geist der freien Völker auszurotten. Wenn man der Geschichte glauben darf, wird das deutsche Volk die in seinem Namen gegen das tschechoslowakische Volk ergriffenen Maßnahmen noch bedauern.

Vor zwanzig Jahren gelangte das tschechoslowakische Volk mit Hilfe und Förderung des größten Teiles der Welt wieder in den Besitz seiner Freiheiten. Jetzt wurden sie ihm mit Gewalt wieder entrissen. Im Lauf seiner langen Geschichte wird es nicht das erstemal sein, daß dieses zähe, tapfere und arbeitsame Volk seine Unabhängigkeit verloren hat. Aber es hat niemals das verloren, was die Grundlage für Unabhängigkeit ist: die Freiheitsliebe.

Inzwischen wird die Welt, genau wie sie nach dem letzten Krieg dem Aufstieg der tschechischen Nation zusah, heute ihre Bemühungen verfolgen, sich ihr kulturelles Eigenleben und, was noch

wichtiger ist, ihre geistige Freiheit unter dem letzten und grausamsten Schlag, dessen Opfer sie geworden ist, zu erhalten.

(E: *Parliamentary Debates*. House of Lords. Bd. 112, Sp. 310 ff. - D: Eigene Übersetzung.)

## *82.*
## *Unterhauserklärung des britischen Premierministers Chamberlain vom 31. März 1939*

Wie ich diesen Morgen erklärte, besitzt die britische Regierung keinerlei amtliche Bestätigung für die Gerüchte irgendeines geplanten Angriffes auf Polen. Es darf daher nicht angenommen werden, daß die Regierung diese Gerüchte für wahr hält. Ich freue mich, diese Gelegenheit zu ergreifen, um erneut die allgemeine Politik der Regierung zu erklären: Die britische Regierung hat sich ständig für Berichtigungen eingesetzt, und zwar auf dem Wege freier Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien, für jede Streitigkeit, die sich zwischen ihnen ergeben mag. Sie hält dies für den natürlichen und angemessenen Weg dort, wo Streitigkeiten vorhanden sind. Ihrer Ansicht nach sollte es keine Frage geben, die nicht durch friedliche Mittel zu lösen wäre, und sie würde daher keinerlei Rechtfertigung dafür finden, daß Gewalt oder Drohung mit Gewalt an die Stelle der Methoden der Verhandlung gesetzt werde.

Wie dem Hause bekannt ist, finden zur Zeit gewisse Konsultationen mit anderen Regierungen statt. Um die Haltung der britischen Regierung in der Zwischenzeit völlig klarzustellen, bevor diese Konsultationen abgeschlossen sind, fühle ich mich veranlaßt, dem Hause mitzuteilen, daß während dieser Zeitdauer für den Fall irgendeiner Aktion, die klarerweise die polnische Unabhängigkeit bedroht und die die polnische Regierung daher für so lebenswichtig ansieht, daß sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet, die britische Regierung sich verpflichtet fühlen würde, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren.

**Sie hat der polnischen Regierung eine derartige Zusicherung gegeben.**

Ich kann hinzufügen, daß die französische Regierung mich autorisiert hat, darzulegen, daß sie die gleiche Haltung in dieser Frage einnimmt wie die britische Regierung.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 345, Sp. 2415.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "2421."]* - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1939, S. 456f.)

*Die Hemmungslosigkeit, mit der sich auch die verantwortlichen Männer der Londoner Regierung einer künstlich aufgepeitschten und gänzlich unberechtigten Kriegspsychose hingaben, wird am besten durch den* ***peinlichen Zwischenfall*** *gekennzeichnet, den der damalige Erste Lord der Admiralität, Earl Stanhope, am 4. April 1939 durch unbegreiflich unbedachtsame Äußerungen verursachte.*

## *83.*
## *Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London vom 6. April 1939*

Anläßlich einer Filmvorführung an Bord des britischen Flugzeugmutterschiffes "Ark Royal" am Abend des 4. April d. J. sagte der Erste Lord der Admiralität, Earl Stanhope, auf eine Reihe leerer Sitze hinweisend: "Kurz bevor ich die Admiralität verließ, war es nötig, Befehle zu geben, die Luftabwehrgeschütze der Kriegsmarine zu bemannen, und dies erklärt die leeren Sitze." Späterhin erklärte Lord Stanhope einem Berichterstatter, daß die Flotte alle Vorkehrungen treffe und stets bereit sei.

Auf Veranlassung der Admiralität wurde eine sogenannte "D"-Notiz ausgegeben, die besagte, daß es nicht im internationalen Interesse wäre, wenn die Rede Lord Stanhopes veröffentlicht würde. Die Rede Lord Stanhopes wurde dann nur von einem Teil der Morgenpresse in sensationeller Aufmachung gebracht. *Times* und *Daily Telegraph* enthielten sich jeder Bezugnahme.

Die Bemerkungen des Ersten Lords der Admiralität haben sowohl im Unterhaus als auch in den Redaktionen starkes Aufsehen hervorgerufen. Lord Stanhope soll angeblich dem Premierminister seinen Rücktritt angeboten haben, der jedoch nicht angenommen worden sei.

In der Unterhaussitzung vom 5. d. M. fragte daraufhin der Stellvertretende Führer der Opposition, Abgeordneter Greenwood, den Premierminister, oh er eine Erklärung zu dem offiziellen Ersuchen der Regierung abgeben könne, die Presse möge die von Lord Stanhope in seiner Rede erwähnten Anweisungen der Admiralität nicht veröffentlichen.

Der Premierminister wies darauf hin, daß die Rede anläßlich einer Zusammenkunft wegen der Organisation von Filmvorführungen auf Kriegsschiffen gehalten worden sei. Lord Stanhope habe unvorbereitet (*unpremeditated*) gesprochen. Er habe darauf hingewiesen, daß die Teilnehmer an der Veranstaltung nicht vollzählig wären, da eine Reihe von ihnen an Bord ihrer eigenen Schiffe zurückgehalten worden seien. Sie lägen in Bereitschaft, die Geschütze zu bemannen, was in Spannungszeiten eine Normalmaßnahme sei. Die Admiralität habe keine anderen Befehle ausgegeben, als daß diese Übung auch selbst bei einer so besonderen Gelegenheit nicht geändert werden solle.

Der Premierminister fügte hinzu, daß er die Presse haben bitten lassen, die Rede des Ersten Lords der Admiralität nicht zu veröffentlichen oder, wenn es geschehe, ihr keine besondere Bedeutung zuzuschreiben. Seine Bemühungen, dem Publikum eine unnütze Aufregung zu ersparen, seien erfolglos gewesen. Doch habe der Vorfall die stete Bereitschaft der Flotte bewiesen. Lord Stanhope habe ihm gegenüber sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß seine Worte, die sicherlich nicht glücklich gewählt worden wären, so stark kommentiert worden seien. Er, der Premierminister, glaube nicht, daß ein Vorfall dieser Art die Eignung Lord Stanhopes als Leiter der Admiralität berühre.

Mit dieser Erklärung hat der Zwischenfall zunächst seine Erledigung gefunden.

Die Verordnung der Admiralität läßt sich nur mit der Unmenge der hier kürzlich kursierenden Gerüchte und Sensationsmeldungen und der hierdurch ausgelösten Übernervosität erklären. Erstaunlich ist jedoch, daß solche Bemerkungen aus dem Munde des Ersten Lords der Admiralität fallen können, fraglos eine "Gaffe" erster Güte. Es ist nicht zum erstenmal, daß Stanhope durch Unbedachtsamkeit eine unbequeme Sensation heraufbeschwört.

Die Linkspresse hat den Zwischenfall aufgegriffen, vor allem, um gegen die Institution der sogenannten "D"-Notizen vorzugehen. Nach vorherrschender Auffassung kann ein Schriftleiter, der eine solche "D"-Notiz unbeachtet läßt, unter Umständen nach dem "Official Secrets Act" belangt werden. Nachdem nunmehr die Admiralität eine eigene Rede ihres Chefs, die dieser selber freigegeben hatte, unterdrückt hat, wird in der Presse gefordert, daß "D"-Notizen nicht mehr als offizielle Verbote angesehen werden sollen.

Im Auftrag
von Selzam

(***Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges***, **Nr. 249**.)



*In zwei großen Reden antwortete der Führer auf den englischen Stimmungsumschwung. Diese Reden sind ein deutlicher Beweis der Tatsache, daß er auch jetzt die Hoffnung auf eine endgültige deutsch-englische Verständigung noch nicht aufgegeben hatte. Obgleich Deutschland durch die politische Haltung Englands seit den März-Ereignissen genötigt war, das deutsch-englische Flottenabkommen zu kündigen, weil seine Voraussetzung - daß nämlich Deutschland und England nie wieder Krieg miteinander führen würden - erschüttert war, fand er gleichwohl Worte, die von einem tiefen Verständnis der britischen Lebensnotwendigkeiten zeugten und die noch immer versuchten, den historischen Leistungen des britischen Imperiums und der Richtung der britischen Politik einen positiven Sinn abzugewinnen.*

## *84.*
## *Aus der Rede des Führers vom 1. April 1939 in Wilhelmshaven*

Wir wissen heute aus den Akten der Geschichte, wie die damalige Einkreisungspolitik planmäßig von England aus betrieben worden war. Wir wissen aus zahlreichen Feststellungen und Publikationen, daß man in diesem Lande die Auffassung vertrat, es sei notwendig, Deutschland militärisch niederzuwerfen, weil seine Vernichtung jedem britischen Bürger ein höheres Ausmaß von Lebensgütern sichern würde. Gewiß, Deutschland hat damals Fehler begangen. Sein schwerster Fehler war, diese Einkreisung zu sehen und sich ihrer nicht beizeiten zu erwehren. Die einzige Schuld, die wir diesem damaligen Regime vorwerfen können, ist die, daß es von dem teuflischen Plan eines Überfalls auf das Reich volle Kenntnis hatte und doch nicht die Entschlußkraft aufbrachte, diesen Überfall beizeiten abzuwehren, sondern diese Einkreisung bis zum Anbruch der Katastrophe ausreifen ließ. Die Folge war der Weltkrieg!...

Wenn heute ein englischer Staatsmann meint, man könne und müsse alle Probleme durch freimütige Verhandlungen und Besprechungen lösen, dann möchte ich diesem Staatsmann nur sagen: "Dazu war vor unserer Zeit fünfzehn Jahre lang Gelegenheit!" Wenn die Welt heute sagt, daß man die Völker teilen müsse in tugendhafte Nationen und in solche, die nicht tugendhaft sind - und zu den tugendhaften Nationen gehören in erster Linie die Engländer und die Franzosen und zu den nicht tugendhaften gehören die Deutschen und Italiener -, dann können wir nur antworten: "Die Beurteilung, ob ein Volk tugendhaft oder nicht tugendhaft ist, die kann doch wohl ein Irdischer kaum aussprechen, das müßte man dem lieben Gott überlassen!" Vielleicht wird mir nun dieser selbe britische Staatsmann entgegnen: "Gott hat das Urteil schon gesprochen, denn er hat den tugendhaften Nationen ein Viertel der Erde geschenkt und den nicht tugendhaften alles genommen!" Darauf sei die Frage gestattet: "Mit welchen Mitteln haben die tugendhaften Nationen sich dieses Viertel der Erde erworben?" und man muß antworten: "Es sind keine tugendhaften Methoden gewesen!" **Dreihundert Jahre lang hat dieses England nur als untugendhafte Nation gehandelt, um jetzt im Alter von Tugend zu reden!** So konnte es passieren, daß in dieser britischen tugendlosen Zeit **46 Millionen Engländer fast ein Viertel der Erde unterworfen haben, während 80 Millionen Deutsche infolge ihrer Tugendsamkeit zu 140 auf einem Quadratkilometer leben müssen**. Ja, vor zwanzig Jahren, da war die Frage der Tugend für die britischen Staatsmänner immer noch nicht ganz geklärt, insofern es sich um Eigentumsbegriffe handelte. Damals hielt man es mit der Tugend noch für vereinbarlich, einem anderen **Volk, das seine Kolonien nur durch Verträge oder durch Kauf erworben hatte, sie einfach wegzunehmen, weil man die Macht hatte...** Wenn heute ein britischer Staatsmann fordert, daß jedes Problem, das inmitten der deutschen Lebensinteressen liegt, erst mit England besprochen werden müßte, dann könnte ich genau so gut verlangen, daß jedes britische Problem erst mit uns zu besprechen sei.

Gewiß, diese Engländer mögen mir zur Antwort geben: "In **Palästina** haben die Deutschen nichts

zu suchen!" - Wir wollen auch gar nichts in Palästina suchen. Allein, sowenig wir Deutschen in Palästina etwas zu suchen haben, so wenig hat England in unserem deutschen Lebensraum etwas zu suchen!...

Ich habe einst ein Abkommen mit England abgeschlossen, das **Flottenabkommen**. Es basiert auf dem heißen Wunsch, den wir alle besitzen, nie in einen Krieg gegen England ziehen zu müssen. Dieser Wunsch kann aber nur ein beiderseitiger sein. Wenn in England dieser Wunsch nicht mehr besteht, dann ist die praktische Voraussetzung für dieses Abkommen damit beseitigt. Deutschland würde auch das ganz gelassen hinnehmen! Wir sind deshalb so selbstsicher, weil wir stark sind, und wir sind so stark, weil wir so geschlossen sind und weil wir außerdem sehend sind!

(DNB. vom 1. April 1939.)

### *85.*
### *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 28. April 1939*

Die Münchener Lösung konnte unter keinen Umständen als eine endgültige gelten; denn sie hat ja selbst zugegeben, daß weitere Probleme noch der Lösung bedürften und gelöst werden sollten. Daß sich nun die Betroffenen - und dies ist entscheidend - nicht an die vier Mächte gewandt haben, sondern nur an Italien und Deutschland, kann wirklich nicht uns vorgeworfen werden. Ebensowenig auch, daß der Staat endlich als solcher von selbst zerfallen war und damit eine Tschecho-Slowakei nicht mehr existierte. Daß aber, nachdem das ethnographische Prinzip schon längst außer Kraft gesetzt worden war, nunmehr auch Deutschland **seine immerhin tausendjährigen Interessen, die nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art sind**, in seine Obhut nahm, ist wohl selbstverständlich.

Ob die Lösung, die Deutschland gefunden hat, richtig oder nicht richtig ist, wird die Zukunft erweisen. Sicher aber ist das eine, daß die Lösung nicht einer englischen Kontrolle oder englischen Kritik untersteht. Denn die Länder Böhmen und Mähren haben als letztes Restgebiet der ehemaligen Tschecho-Slowakei mit der Münchener Abmachung überhaupt nichts mehr zu tun. Sowenig, als etwa englische Maßnahmen, sagen wir in Irland, mögen sie richtig oder falsch sein, einer deutschen Kontrolle oder Kritik unterstellt sind, so wenig ist dies bei diesen alten deutschen Kurfürstentümern der Fall.

Wie man aber die in München zwischen Herrn Chamberlain und mir persönlich getätigte Abmachung auf diesen Fall beziehen kann, ist mir gänzlich unverständlich; denn dieser Fall der Tschechoslowakei war ja in dem Münchener Protokoll der vier Mächte geregelt worden, soweit er eben damals geregelt werden konnte. Darüber hinaus war nur vorgesehen, daß, wenn die Beteiligten nicht zu einer Einigung kommen würden, sie sich an die vier Mächte würden wenden können. Und diese wollten dann nach drei Monaten zu einer weiteren Beratung zusammentreten.

Nun haben aber diese Beteiligten sich überhaupt nicht mehr an die vier Mächte gewandt, sondern nur an Deutschland und Italien. Wie sehr diese dazu doch letzten Endes berechtigt waren, geht daraus hervor, daß weder England noch Frankreich dagegen Einspruch erhoben haben, sondern den von Deutschland und Italien gefällten Schiedsspruch ohne weiteres auch selbst akzeptierten.

Nein, die Abmachung, die zwischen Herrn Chamberlain und mir getroffen wurde, hat sich nicht auf dieses Problem bezogen, sondern ausschließlich auf Fragen, die das Zusammenleben Englands und Deutschlands betreffen. Das geht auch eindeutig hervor aus der Feststellung, daß solche Fragen im Sinne des Münchener Abkommens und des deutsch-englischen Flottenvertrages in Zukunft also

freundschaftlich behandelt werden sollten, und zwar auf dem Wege der Konsultierung.

Wenn sich aber dieses Abkommen auf jede künftige deutsche Betätigung politischer Art bezogen haben würde, dann dürfte auch England keinen Schritt mehr unternehmen, sei es zum Beispiel in Palästina oder woanders, ohne sich mit Deutschland erst zu konsultieren. Es ist selbstverständlich, daß wir dies nicht erwarten; ebenso aber lehnen wir jede ähnliche Erwartung, die an uns gestellt wird, ab.

Wenn nun Herr Chamberlain daraus folgert, daß diese Münchener Abmachung damit hinfällig sei, weil sie von uns gebrochen worden wäre, so nehme ich nunmehr diese Auffassung zur Kenntnis und ziehe daraus die Konsequenzen.

Ich habe während meiner ganzen politischen Tätigkeit immer den Gedanken der **Herstellung einer engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit** vertreten. Ich fand in meiner Bewegung ungezählte gleichgesinnte Menschen. Vielleicht schlossen sie sich mir auch wegen dieser meiner Einstellung an. Dieser Wunsch nach einer deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit deckt sich nicht nur mit meinen Gefühlen, die sich aus der Herkunft unserer beiden Völker ergeben, sondern auch mit meiner Einsicht in die im Interesse der ganzen Menschheit liegende Wichtigkeit der Existenz des britischen Weltreiches.

Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich im Bestande dieses Reiches einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft sehe.

Wie immer auch Großbritannien seine kolonialen Gebiete erworben hat - ich weiß, es geschah dies alles durch Gewalt und sehr oft durch brutalste Gewalt -, so bin ich mir doch darüber im klaren, daß kein anderes Reich auf anderem Wege bisher entstanden ist, und daß letzten Endes vor der Weltgeschichte weniger die Methode als der Erfolg gewertet wird, und zwar nicht im Sinne des Erfolges der Methode sondern des allgemeinen Nutzens, der aus einer solchen Methode entsteht.

Das angelsächsische Volk hat nun ohne Zweifel eine unermeßliche kolonisatorische Arbeit auf dieser Welt vollbracht. Dieser Arbeit gehört meine aufrichtige Bewunderung. Der Gedanke an eine Zerstörung dieser Arbeit erschien und erscheint mir von einem höheren menschlichen Standpunkt aus nur als ein Ausfluß menschlichen Herostratentums. Allein dieser mein aufrichtiger Respekt vor dieser Leistung bedeutet nicht einen Verzicht auf die Sicherung des Lebens meines eigenen Volkes.

Ich halte es für unmöglich, eine dauernde Freundschaft zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Volk herzustellen, wenn nicht auch auf der anderen Seite die Erkenntnis vorhanden ist, daß es nicht nur britische, sondern auch deutsche Interessen gibt, daß nicht nur die Erhaltung des britischen Weltreiches für die britischen Männer Lebensinhalt und Lebenszweck ist, sondern für die deutschen Männer die Freiheit und Erhaltung des Deutschen Reiches!

Eine wirkliche dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden Nationen ist nur denkbar unter der Voraussetzung der gegenseitigen Respektierung. Das englische Volk beherrscht ein großes Weltreich. Es hat dieses Weltreich gebildet in einer Zeit der Erschlaffung des deutschen Volkes. Vordem war Deutschland ein großes Weltreich. Es beherrschte einst das Abendland. In blutigen Kämpfen und religiösen Streitigkeiten sowie aus den Gründen einer inneren staatlichen Aufsplitterung ist dieses Reich an Macht und Größe gefallen und endlich in tiefen Schlaf versunken.

Allein als dieses alte Reich sein Ende zu nehmen schien, da wuchs bereits der Keim zu seiner Wiedergeburt. Aus Brandenburg und Preußen entstand ein neues Deutschland, das Zweite Reich, und aus ihm wurde nunmehr endlich das deutsche Volksreich. Es möchten nun alle Engländer

begreifen, daß wir nicht im geringsten das Gefühl einer Inferiorität den Briten gegenüber besitzen. Dazu ist unsere geschichtliche Vergangenheit zu gewaltig!

England hat der Welt viele große Männer geschenkt, Deutschland nicht weniger. Der schwere Kampf um die Lebensbehauptung unseres Volkes hat im Laufe von drei Jahrhunderten nur in der Verteidigung des Reiches von uns Blutopfer gefordert, die weit darüber hinaus gingen, was andere Völker für ihre Existenz zu bringen hatten. Wenn Deutschland als ewig angegriffener Staat dabei trotzdem seinen Besitz stand nicht zu wahren vermochte, sondern viele Provinzen opfern mußte, dann nur infolge seiner staatlichen Fehlentwicklung und der daraus bedingten Ohnmacht!

Dieser Zustand ist nun überwunden. Wir haben daher als Deutsche nicht im geringsten die Empfindung, dem britischen Volk etwa unterlegen zu sein. Die Achtung vor uns selbst ist genau so groß wie die eines Engländers vor England. Die Geschichte unseres Volkes hat in ihrer nunmehr fast zweitausendjährigen Dauer Anlässe und Taten genug um uns mit einem aufrichtigen Stolz zu erfüllen.

Wenn nun England für diese unsere Einstellung kein Verständnis aufbringt, sondern in Deutschland glaubt vielleicht einen Vasallenstaat erblicken zu können, dann ist allerdings unsere Liebe und unsere Freundschaft an England umsonst dargeboten worden. Wir werden deshalb nicht verzweifeln oder verzagen, sondern wir werden dann - gestützt auf das Bewußtsein unserer eigenen Kraft und auf die Kraft unserer Freunde - die Wege finden, die unsere Unabhängigkeit sicherstellen und unserer Würde keinen Abbruch tun.

Ich habe die Erklärung des britischen Premierministers vernommen, nach der er meint, in Versicherungen Deutschlands kein Vertrauen setzen zu können. Ich halte unter diesen Umständen es für selbstverständlich, daß wir weder ihm noch dem englischen Volk weiterhin eine Lage zumuten wollen, die nur unter Vertrauen denkbar ist.

Als Deutschland nationalsozialistisch wurde und damit seine Wiederauferstehung einleitete, habe ich im Verfolg meiner **unentwegten Freundschaftspolitik England gegenüber** von mir aus **selbst den Vorschlag einer freiwilligen Begrenzung der deutschen Seerüstung** gemacht.

Diese Begrenzung setzte allerdings eines voraus, nämlich den Willen und die Überzeugung, daß zwischen England und Deutschland niemals mehr ein Krieg möglich sein würde. Diesen Willen und die Überzeugung besitze ich auch heute noch.

Ich muß aber nunmehr feststellen, daß die Politik Englands inoffiziell und offiziell keinen Zweifel darüber läßt, daß man in London diese Überzeugung nicht mehr teilt, sondern im Gegenteil der Meinung ist, daß, ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte. Man sieht also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an.

Ich bedaure dies tief; denn die einzige Forderung, die ich an England stellte und immer stellen werde, ist die nach **Rückgabe unserer Kolonien**. Ich ließ aber keine Unklarheit darüber, daß dies niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein würde. Ich war immer des Glaubens, daß England, für das diese Kolonien keinen Wert haben, einmal Verständnis für die deutsche Lage aufbringen würde und die deutsche Freundschaft dann höher bewerten müßte als Objekte, die keinerlei realen Nutzen für England abwerfen, während sie für Deutschland lebenswichtig sind.

Ich habe aber, davon abgesehen, nie eine Forderung gestellt, die irgendwie britisches Interesse berührt haben würde, oder die dem Weltreich hätte gefährlich werden können und mithin für

England irgendeinen Schaden bedeutet haben könnte. Ich habe mich immer nur im Rahmen jener Forderungen bewegt, die auf das engste mit dem deutschen Lebensraum und damit dem ewigen Besitz der deutschen Nation zusammenhängen.

Wenn nun England heute in der Publizistik und offiziell die Auffassung vertritt, daß man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müßte, und dies durch die uns bekannte Politik der Einkreisung bestätigt, dann ist damit die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt. Ich habe mich daher entschlossen, dies der britischen Regierung mit dem heutigen Tage mitzuteilen.

Es handelt sich dabei für uns nicht um eine materielle Angelegenheit - denn ich hoffe noch immer, daß wir ein Wettrüsten mit England vermeiden können -, sondern um einen Akt der Selbstachtung. Sollte die Britische Regierung aber Wert darauf legen, mit Deutschland über dieses Problem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung kommen zu können.

(*Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 460, S. 30ff.)

## *86.*
## *Memorandum der Reichsregierung an die britische Regierung vom 28. April 1939 über die Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens*

Als die Deutsche Regierung im Jahre 1935 der Königlich Britischen Regierung **das Angebot machte, durch einen Vertrag die Stärke der deutschen Flotte in ein bestimmtes Verhältnis zu der Stärke der Seestreitkräfte des Britischen Reiches zu bringen**, tat sie dies auf Grund der festen Überzeugung, daß für alle Zeiten die Wiederkehr eines kriegerischen Konfliktes zwischen Deutschland und Großbritannien ausgeschlossen sei.

Indem sie durch das Angebot des Verhältnisses 100 : 35 freiwillig den Vorrang der britischen Seeinteressen anerkannte, glaubte sie mit diesem in der Geschichte der Großmächte wohl einzig dastehenden Entschlusse einen Schritt zu tun, der dazu führen würde, für alle Zukunft ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu begründen. Selbstverständlich setzte dieser Schritt der Deutschen Regierung voraus, daß die Königlich-Britische Regierung auch ihrerseits zu einer politischen Haltung entschlossen sei, die eine freundschaftliche Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen sicherstellte.

Auf dieser Grundlage und unter diesen Voraussetzungen ist **das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935** zustande gekommen. Das ist von beiden Seiten beim Abschluß des Abkommens übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso haben noch im vorigen Herbst, nach der Konferenz von München, der Deutsche Reichskanzler und der Britische Ministerpräsident **in der von ihnen unterzeichneten Erklärung** feierlich bestätigt, daß sie das Abkommen als symbolisch für den Wunsch beider Völker ansähen, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Die Deutsche Regierung hat an diesem Wunsche stets festgehalten und ist auch heute noch von ihm erfüllt. Sie ist sich bewußt, in ihrer Politik dementsprechend gehandelt und in keinem Falle in die Sphäre englischer Interessen eingegriffen oder diese Interessen sonstwie beeinträchtigt zu haben. Dagegen muß sie zu ihrem Bedauern feststellen, daß sich die Königlich-Britische Regierung neuerdings von der Linie einer entsprechenden Politik gegenüber Deutschland immer weiter entfernt.

Wie die von ihr in den letzten Wochen bekanntgegebenen politischen Entschließungen und ebenso die von ihr veranlaßte deutschfeindliche Haltung der englischen Presse deutlich zeigen, ist für sie jetzt die Auffassung maßgebend, daß England, gleichviel in welchem Teil Europas Deutschland in kriegerische Konflikte verwickelt werden könnte, stets gegen Deutschland Stellung nehmen müsse, und zwar auch dann, wenn englische Interessen durch einen solchen Konflikt überhaupt nicht berührt werden.

Die Königlich-Britische Regierung sieht mithin einen **Krieg Englands gegen Deutschland** nicht mehr als eine Unmöglichkeit, sondern im Gegenteil als ein Hauptproblem der englischen Außenpolitik an.

Mit dieser Einkreisungspolitik hat die Königlich-Britische Regierung einseitig dem **Flottenabkommen vom 18. Juni 1935** die Grundlage entzogen und dadurch dieses Abkommen sowie die zu seiner Ergänzung vereinbarte "Erklärung" vom 17. Juli 1937 außer Kraft gesetzt.

Das gleiche gilt auch für den Teil III des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 17. Juli 1937, in dem die Verpflichtung zu einem zweiseitigen deutsch-englischen Nachrichtenaustausch festgelegt worden ist. Die Durchführung dieser Verpflichtung setzt naturgemäß voraus, daß zwischen beiden Partnern ein offenes Vertrauensverhältnis besteht. Da die Deutsche Regierung ein solches Verhältnis zu ihrem Bedauern nicht mehr als gegeben ansehen kann, muß sie auch die Bestimmungen des erwähnten Teiles III als hinfällig geworden bezeichnen.

Von diesen der Deutschen Regierung gegen ihren Willen aufgezwungenen Feststellungen bleiben die qualitativen Bestimmungen des deutsch-englischen Abkommens vom 17. Juli 1937 unberührt. Die Deutsche Regierung wird diese Bestimmungen auch in Zukunft beachten und so ihren Teil dazu beitragen, daß ein allgemeiner unbeschränkter Wettlauf in den Seerüstungen der Nationen vermieden wird.

Darüber hinaus wird die Deutsche Regierung, falls die Königlich-Britische Regierung Wert darauf legt, mit Deutschland über die hier in Betracht kommenden Probleme erneut in Verhandlungen einzutreten, dazu gern bereit sein. Sie würde es begrüßen, wenn es sich dann als möglich erwiese, auf sicherer Grundlage zu einer klaren und eindeutigen Verständigung zu gelangen.

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 294**.)

### *87.*
### *Aus dem Memorandum der britischen Regierung an die Reichsregierung vom 23. Juni 1939 zur Kündigung des Flottenabkommens*

**1.** In ihrem Memorandum vom 28. April d. J. erklärt die Deutsche Regierung, daß sie, als sie im Jahre 1935 das Angebot machte, sich auf einen Prozentsatz der britischen Flottenstreitkräfte zu beschränken, dies getan habe "auf Grund der festen Überzeugung, daß die Wiederkehr eines kriegerischen Konflikts zwischen Deutschland und Großbritannien für alle Zeiten ausgeschlossen sei".

**2.** Die Deutsche Regierung rechtfertigt ihre Handlungsweise - nämlich die Lösung des **Englisch-Deutschen Flottenabkommens von 1935**, der Ergänzenden Erklärung von 1937 und des Teiles III des Flottenabkommens von 1937 - damit, daß das Verhalten der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich zeige, daß diese Regierung jetzt der Ansicht sei, daß, ganz gleich in welchem Teil Europas Deutschland in einen kriegerischen Konflikt verwickelt werden würde,

Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte, selbst in Fällen, wo englische Interessen durch einen solchen Konflikt nicht berührt wären.

**3.** Die Frage, ob die Haltung der Regierung Seiner Majestät überhaupt in irgendeinem Fall eine Rechtfertigung dafür sein kann, daß die Deutsche Regierung diese Verträge löst, ohne daß mindestens vorher eine Konsultation zwischen den beiden Regierungen stattgefunden hätte, wird weiter unten behandelt. Es trifft nicht zu, daß, ganz gleich in welchem Teil Europas Deutschland in einen kriegerischen Konflikt verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte. Großbritannien könnte nur dann gegen Deutschland Stellung nehmen, wenn Deutschland eine Angriffshandlung (*act of agression*) gegen ein anderes Land begehen sollte; und die politischen Entscheidungen, auf die die Deutsche Regierung in ihrem Memorandum offenbar Bezug nimmt, und die **Garantien Großbritanniens an gewisse Länder** zum Gegenstande haben, könnten sich nur dann auswirken, wenn die betreffenden Länder von Deutschland angegriffen werden sollten.

**4.** Die Deutsche Regierung nimmt in ihrem Memorandum das Recht in Anspruch, die britische Politik als eine Politik der Einkreisung zu bezeichnen. Diese Bezeichnung ist ohne jede Berechtigung und offenbart ein Mißverstehen und eine Mißdeutung der britischen Absichten, die richtiggestellt werden müssen.

**5.** Die Handlungsweise, mit der die Deutsche Regierung kürzlich gewisse Gebiete dem Reiche einverleibte, hat, gleichviel was nach Ansicht der Deutschen Regierung die Rechtfertigungsgründe dafür gewesen sein mögen, zweifellos vielerorts zu einer stark zunehmenden Beängstigung geführt. Die Schritte, die die Regierung des Vereinigten Königreichs daraufhin getan hat, haben keinen anderen Zweck als den, zur Beseitigung dieser Angst beizutragen, und zwar dadurch, daß sie kleineren Nationen dazu verhilft, sich im Genuß ihrer Unabhängigkeit sicher zu fühlen, wozu sie das gleiche Recht haben wie Großbritannien oder Deutschland selbst. Die Bindungen, die Großbritannien in dieser Absicht kürzlich eingegangen ist, sind begrenzt, und sie können, wie bereits oben gesagt, nur dann wirksam werden, wenn die betreffenden Länder Opfer eines Angriffs würden.

**6.** Ebenso hat die Regierung Seiner Majestät auch weder die Absicht noch den Wunsch, der Entwicklung des deutschen Handels Schranken zu ziehen. Im Gegenteil, auf Grund des Englisch-Deutschen Zahlungsabkommens ist Deutschland ein erheblicher Betrag von freien Devisen zum Erwerb von Rohstoffen zur Verfügung gestellt worden. Dieses Abkommen ist für Deutschland so günstig wie nur irgendeins, was je abgeschlossen worden ist, und Seiner Majestät Regierung würde gern weitere Erörterungen über Maßnahmen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Aussicht nehmen, wenn nur die wesentliche Vorbedingung sichergestellt werden könnte, nämlich die Herstellung gegenseitigen Vertrauens und guten Willens, die die notwendige Voraussetzung für ruhige, vorurteilslose Verhandlungen ist.

**7.** Der ständige Wunsch der Regierung Seiner Majestät war und ist keineswegs die Betreibung eines Krieges mit Deutschland, sondern die Herstellung englisch-deutscher Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung der Notwendigkeiten beider Länder bei gleichzeitiger gebührender Rücksicht auf die Rechte anderer Nationen.

**8.** Während aber Seiner Majestät Regierung aus diesen Gründen nicht zugeben kann, daß in ihrer Politik oder Haltung irgendeine Änderung eingetreten wäre, die den kürzlichen Schritt der Deutschen Regierung rechtfertigte, muß sie hinzufügen, daß ihrer Ansicht nach der Hauptzweck des Englisch-Deutschen Flottenabkommens darin bestand, in die Lage zur See eine gewisse Stabilität zu bringen und ein unnötiges Wettrüsten zu vermeiden.

**9.** Aus diesem Grunde sahen die Abkommen keine einseitige Kündigung auf Betreiben nur einer der Parteien vor, sondern nahmen eine Lösung oder Abänderung nur durch gegenseitige Konsultation in Aussicht - und Seiner Majestät Regierung bedauert, daß die Deutsche Regierung sich nicht in der Lage gesehen hat, dieses Verfahren auch im vorliegenden Fall einzuschlagen. Denn in dem Abkommen von 1935 war ausdrücklich gesagt, daß es ein dauerndes sein sollte, und Seiner Majestät Regierung möchte die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung auf den Wortlaut des Notenwechsels vom 18. Juni 1935 hinlenken, der das Englisch-Deutsche Flottenabkommen von jenem Jahre enthält und aus dem sowohl der Charakter des Abkommens wie die Umstände, die für seine Abänderung in Aussicht genommen waren, völlig klar hervorgehen. [...]

**23.** Im letzten Absatz ihres Memorandums erklärt die Deutsche Regierung, daß sie bereit ist, in Verhandlungen über zukünftige Fragen einzutreten, wenn Seiner Majestät Regierung es wünscht. Wie oben gesagt, ergibt sich aus der deutschen Handlungsweise der letzten Zeit eine Lage, die in mancher Hinsicht ungewiß ist, und ein Meinungsaustausch würde dazu beitragen, sie zu klären...

**24.** Wenn jedoch die Deutsche Regierung an Verhandlungen über ein anderes Abkommen denkt, das an die Stelle der jetzt von ihr gelösten Vereinbarungen treten soll, so würde Seiner Majestät Regierung gern Angaben über den Umfang und Zweck haben, den die Deutsche Regierung für ein solches Abkommen angemessen finden würde.

**25.** Insbesondere wünscht Seiner Majestät Regierung zu wissen, erstens, wann nach deutscher Ansicht die Erörterungen für den Abschluß eines solchen Abkommens stattfinden sollten. Zweitens wünscht Seiner Majestät Regierung zu wissen, was die Deutsche Regierung vorschlagen würde, um sicherzustellen, daß etwaige Schritte im Sinne einer Kündigung oder Änderung des neuen Abkommens während seiner Gültigkeitsdauer die Zustimmung beider Parteien hätten.

(E: Cmd. 6106. No. 24. - D: DNB. vom 29. Juni 1939.)

*Die britische Regierung ließ sich indessen durch die Warnung und das gleichzeitige Entgegenkommen des Führers in der Weiterverfolgung ihrer Einkreisungspolitik nicht beirren. Die verantwortlichen Leiter der britischen Außenpolitik, insbesondere der **Außenminister Lord Halifax**, bestritten nicht, daß England eine Mächtegruppierung zu organisieren suche, die dazu dienen sollte, einen machtmäßigen Druck auf Deutschland auszuüben. Dem Vorwurf der Einkreisungspolitik wußte er nur mit dem sinnlosen und nichtssagenden Argument zu begegnen, daß **Deutschland an dieser Einkreisung selbst schuld sei**.*

## *88.*
## *Instruktion des britischen Außenministers Lord Halifax an den Botschafter Sir Nevile Henderson vom 16. Juni 1939*

Der deutsche Botschafter sprach heute morgen im Auswärtigen Amt vor, um ein technisches Abkommen ohne große Bedeutung zwischen den beiden Regierungen zu unterzeichnen, und ich hatte danach mit ihm eine Unterredung von wenigen Augenblicken. Diese folgte zum Teil der gewohnten Linie, indem er seinerseits die Wirkung darlegte, die in Deutschland durch die Einkreisung hervorgerufen werde. Der Botschafter äußerte die Ansicht, daß ebenso wie der alte Ausdruck "*The Fleet in being*" einen Druck, auch ein offenes Vorgehen, andeutete, jetzt die von uns organisierte Umgruppierung der Mächte tatsächlich dazu bestimmt sei, einen Zwang auf Deutschland auszuüben, und dies sei es, was man verüble. Seine Exzellenz sagte und machte

späterhin in unserm Gespräch die gleiche Bemerkung, daß viel von dem gegenwärtigen Empfinden auf die ganze Erörterung über unsere Anti-Aggressions-Verhandlungen mit Rußland zurückzuführen sei. Seines Erachtens würde es die Lage erleichtern, wenn die Verhandlungen einmal so oder so erledigt wären. Ich dachte, diese Bemerkung sei vielleicht nicht ohne Bedeutung.

**2.** Ich erwiderte, wenn jemand Deutschland einkreise, so tue es das selber durch die Politik, die es beharrlich verfolge. Wie immer man über die jetzt von unserm Land betriebene Politik denken möge, es erscheine uns ganz klar, daß der deutsche Kanzler das Porzellan in Europa zerbrochen habe, und daß nur er es auch wieder zusammenflicken könne. Wir hätten uns unserseits wiederholt bemüht, den Weg für eine Entspannung und eine Besserung der Beziehungen zu öffnen, dies habe aber bisher von Herrn Hitler keinerlei Erwiderung ausgelöst.

**3.** Ich sagte Herrn von Dirksen, ich hoffte, er werde es mich wissen lassen, wenn er mir irgendwann einmal etwas, das er für wichtig halte, mitzuteilen wünsche, und er drückte in Erwiderung hierauf einen ähnlichen Wunsch aus, ich möchte nicht zögern, ihn jederzeit herzubitten.

Halifax

(E: Cmd. 6106. No. 23. - D: Eigene Übersetzung.)

## *89.*
## *Aus dem Vortrag des britischen Außenministers Lord Halifax vom 29. Juni 1939 vor dem Royal Institute of International Affairs im Chatham House*

Unser erster Entschluß ist, der Aggression Einhalt zu gebieten. Ich brauche nicht die Aggressionshandlungen wieder aufzuzählen, die stattgefunden haben, oder die Wirkung, die sie auf das allgemeine Vertrauen ausübten, das Nationen in Worte und feierliche Versprechen zu setzen vermögen. Aus diesem Grund, und aus diesem Grund allein, haben wir uns mit anderen Nationen vereinigt, um einer gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Wir alle kennen diese Vereinbarungen, und die Welt weiß, daß sie keinen anderen Zweck haben als Verteidigung. Sie bedeuten das, was sie ausdrücken - nichts mehr und nichts weniger. Aber man hat sie gebrandmarkt, als zielten sie auf die Isolierung - oder, wie man es nennt, die Einkreisung Deutschlands und Italiens hin, und als seien sie darauf berechnet, zu verhindern, daß sie sich den für ihre nationale Existenz notwendigen Lebensraum schaffen. Ich werde mich mit diesen Anschuldigungen heute abend befassen, und ich gedenke es mit vollendetem Freimut zu tun.

Man sagt uns, unsere Beweggründe seien, Deutschland in einem Ring feindseliger Staaten zu isolieren, seine natürlichen Ausmündungen zu verstopfen, die ganze Existenz einer großen Nation einzuengen und zu erdrosseln. Wie verhält es sich damit? Die Tatsachen sind sehr einfach, und jeder kennt sie. **Deutschland isoliert sich selbst** und tut es höchst erfolgreich und vollständig. Es isoliert sich von andern Ländern wirtschaftlich durch seine Politik der Autarkie, politisch durch eine Politik, die andern Nationen dauernd Sorge bereitet, und kulturell durch seine Rassenpolitik. Wenn man sich vorsätzlich durch eigene Handlungen von andern isoliert, so kann man niemand als sich selbst die Schuld daran beimessen, und solange diese Isolierung weitergeht, müssen sich die unausbleiblichen Folgen verstärken und deutlicher abzeichnen. Das letzte, was wir wünschen, ist, den einzelnen Deutschen, Mann oder Frau oder Kind, Entbehrungen leiden zu sehen; doch wenn dies geschieht, liegt die Schuld daran nicht bei uns, und es hängt von Deutschland, und bloß von Deutschland, ab, ob dieser Prozeß der Isolierung weitergeht oder nicht, denn er läßt sich jeden Tag durch eine Politik der Zusammenarbeit beenden. Es ist angebracht, dies klar auszusprechen, damit hier oder anderwärts kein Mißverständnis bestehe.

Ich komme jetzt zum Lebensraum. Dies Wort... bedarf einer fairen und sorgfältigen Prüfung. Natürlich sieht sich jede entwickelte Gemeinschaft dem vitalen Problem des Lebensraums gegenüber. Das Problem wird indes nicht einfach dadurch gelöst, daß man mehr Gebiet erwirbt. Ja, das wird das Problem vielleicht nur verschärfen. Es kann bloß dadurch gelöst werden, daß man die heimischen Angelegenheiten eines Landes weise ordnet und die Beziehungen zu andern Ländern draußen anpaßt und verbessert. Nationen breiten dadurch ihren Reichtum aus und heben den Lebensstandard ihres Volks, daß sie das Vertrauen ihrer Nachbarn gewinnen und damit den Warenverkehr unter sich erleichtern. Das genaue Gegenteil ist die wahrscheinliche Folge, wenn eine Nation die unabhängige Existenz ihrer kleineren schwachen Nachbarn unterdrückt. Und falls Lebensraum in diesem Sinn angewendet werden soll, verwerfen wir ihn und müssen uns seiner Anwendung widersetzen. Es ist bemerkenswert, daß dieser Anspruch auf Lebensraum in einem Augenblick vorgebracht wird, da Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, das Arbeiter in großer Zahl aus der Tschecho-Slowakei, aus Holland und Italien einführt, um den Bedürfnissen seiner Industrie und Landwirtschaft zu genügen. Wie kann Deutschland da geltend machen, daß es übervölkert sei? Belgien und Holland und in geringerem Grad unsere eigenen Inseln haben bereits bewiesen, daß eine sogenannte Übervölkerung durch produktive Arbeit verhütet werden kann. Die weiten Räume und natürlichen Hilfsquellen des Britischen Reichs und der Vereinigten Staaten von Amerika vermochten sie nicht vor weitverbreiteter Not während des großen Niedergangs von 1929 - 1932 zu bewahren. Die Welt ist wirtschaftlich viel zu eng verflochten, als daß ein Land hoffen könnte, auf Kosten seiner Nachbarn zu profitieren, und weniger als jedes andre Land kann Deutschland hoffen, seine wirtschaftlichen Probleme in **Isolierung** zu lösen. Wir können ohne Zweifel gegenwärtig nicht den Tag voraussehen, an dem der Handel überall frei sein wird. Aber es ist, bei gegebener Gelegenheit, möglich, Abmachungen zu treffen, die den Bereich der Freiheit stark erweitern würden. Durch Zusammenarbeit - und wir für unser Teil sind bereit, zusammenzuarbeiten - gibt es reichlich Spielraum, um auf alle Nationen die Gelegenheit umfassenderen wirtschaftlichen Lebens auszudehnen mit allem, was in dem Ausdruck "Lebensraum" inbegriffen liegt.

(E: Cmd. 6106. No. 25. - D: Eigene Übersetzung.)

*In Weiterverfolgung ihrer Einkreisungspolitik suchte die britische Regierung in den folgenden Monaten der sich immer mehr zuspitzenden Krise den Polen den Rücken zu stärken, wo sie nur Gelegenheit hatte. Sie identifizierte sich mit den polnischen Übergriffen und ließ sich wider besseres Wissen sogar zu einer* ***Verteidigung der unhaltbaren Lage Danzigs*** *nach dem Versailler Diktat herbei.*

## *90.*
## *Unterhauserklärung des britischen Premierministers Chamberlain über Danzig vom 10. Juli 1939*

Ich habe schon früher festgestellt, daß die Regierung Seiner Majestät mit der polnischen und der französischen Regierung hinsichtlich der Danziger Frage in enger Fühlungnahme steht. Ich habe den Informationen, die dem Haus bereits über die dortige Lage gegeben worden sind, gegenwärtig nichts hinzuzufügen. Aber es ist vielleicht von Nutzen, wenn ich die einzelnen Teile dieser Frage, so wie sie sich der Regierung Seiner Majestät darstellen, noch einmal bespreche.

**Volksmäßig ist Danzig fast völlig eine deutsche Stadt;** aber der Wohlstand seiner Bewohner **hängt in sehr hohem Maße vom polnischen Handel ab**. Die Weichsel ist der einzige Wasserweg, der Polen mit der Ostsee verbindet, und **der Hafen an seiner Mündung hat natürlich für Polen**

**eine lebenswichtige strategische und wirtschaftliche Bedeutung**. Eine andere Macht, die sich in Danzig festsetzt, könnte, wenn sie wollte, Polens Zugang zur See sperren und auf diese Weise einen wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Polen ausüben. Die für die Ausarbeitung des heutigen Status der Freien Stadt Verantwortlichen waren sich dieser Tatsache durchaus bewußt und taten ihr Bestes, um **entsprechende Vorkehrungen zu treffen**. Überdies **kann von einer Bedrückung der deutschen Bevölkerung Danzigs keine Rede sein**. Die Verwaltung der Freien Stadt liegt im Gegenteil in deutschen Händen, und die einzigen ihr auferlegten Beschränkungen sind nicht so geartet, daß sie die Freiheit ihrer Bürger beschneiden. Obwohl die heutige Regelung einer Verbesserung zugänglich sein mag, kann sie doch an sich nicht als ungerecht oder unlogisch angesehen werden. Die Aufrechterhaltung des *status quo* ist in der Tat vom Deutschen Reichskanzler selbst bis 1944 durch den zehnjährigen Vertrag, den er mit Marschall Pilsudski abgeschlossen hat, garantiert worden.

Bis zum letzten März schien Deutschland der Ansicht zu sein, daß, obschon die Stellung Danzigs letztlich vielleicht einmal revidiert werden müsse, diese Frage weder dringend sei noch geeignet, um zu einem ernsthaften Konflikt zu führen. Aber als dann die deutsche Regierung im März ein Angebot in Form gewisser Wünsche machte, das von einer Pressekampagne begleitet wurde, erkannte die polnische Regierung, daß sie sich unter Umständen schon sehr schnell einer einseitigen Lösung gegenübersehen könnte, der sie sich mit allen Machtmitteln zu widersetzen haben würde. Sie hatte die Ereignisse in Österreich, in der Tschechoslowakei und im Memelland vor Augen. Demzufolge lehnte sie es ab, den deutschen Standpunkt anzunehmen und machte ihrerseits Vorschläge für eine mögliche Lösung der Probleme, an denen Deutschland interessiert war. Am 23. März ordnete Polen gewisse Defensivmaßnahmen an, und am 26. März schickte es seine Antwort nach Berlin. Ich bitte das Haus, sich diese Daten sorgfältig zu merken. Es ist in Deutschland freimütig erklärt worden, daß es **die britische Garantie** war, die die polnische Regierung dazu ermutigt hat, die oben beschriebene Aktion zu unternehmen. Es muß aber festgestellt werden, daß **unsere Garantie erst am 31. März gegeben wurde; am 26. März war darüber der polnischen Regierung gegenüber noch nicht einmal Erwähnung getan worden**.

Kürzliche Vorfälle in Danzig haben unvermeidlicherweise Befürchtungen aufkommen lassen, daß beabsichtigt wird, den künftigen Status der Freien Stadt durch einseitiges Vorgehen, das durch heimliche Methoden organisiert würde, zu regeln und so Polen und die anderen Mächte vor ein *fait accompli* zu stellen. Unter diesen Umständen würde, gibt man zu verstehen, jede Maßnahme, die Polen zur Wiederherstellung der Sachlage ergreift, als eine von ihm unternommene Angriffshandlung hingestellt werden, und wenn seine Aktion durch andere Mächte unterstützt würde, dann würden diese ihrerseits bezichtigt werden, Polen bei der Gewaltanwendung zu helfen und Vorschub zu leisten.

Wenn sich die Ereignisse in der Tat so abspielen sollten, wie es diese Hypothese vorsieht, werden sich die ehrenwerten Herren auf Grund dessen, was ich früher sagte, darüber klar sein, daß der Fall nicht als rein lokale Angelegenheit angesehen werden kann, die nur die Rechte und Freiheiten der Danziger betrifft, die, nebenbei gesagt, in keiner Weise bedroht sind; sie würde vielmehr sofort ernstere, die nationale Existenz und Unabhängigkeit Polens berührende Fragen aufwerfen. Wir haben garantiert, Polen für den Fall einer klaren Bedrohung seiner Unabhängigkeit beizustehen, die ihm einen Widerstand mit seinen nationalen Streitkräften lebenswichtig erscheinen ließe, und wir sind fest entschlossen, dieses Versprechen zur Ausführung zu bringen.

Ich habe bereits gesagt, daß die heutige Regelung weder grundsätzlich ungerecht noch unlogisch ist; sie mag Verbesserungen zugänglich sein. Über die möglichen Verbesserungen könnte man vielleicht in einer klareren Atmosphäre verhandeln. Oberst Beck hat denn auch selbst in seiner Rede vom 5. Mai gesagt, daß alle Besprechungen möglich seien, wenn die deutsche Regierung sich an zwei Bedingungen halte, nämlich an friedliche Absichten und Methoden des Vorgehens. Der Deutsche

Reichskanzler hat in seiner Reichstagsrede vom 28. April gesagt, daß, wenn die polnische Regierung zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland kommen wolle, er dies nur begrüßen würde. Er fügte hinzu, daß eine solche Regelung dann auf einer ganz klaren und beide Teile gleichmäßig bindenden Verpflichtung beruhen müßte.

Die Regierung Seiner Majestät ist sich darüber klar, daß die jüngsten Ereignisse in der Freien Stadt das Vertrauen gestört und es für den Augenblick schwer gemacht haben, eine Atmosphäre zu finden, in der vernünftige Ratschläge die Oberhand gewinnen können. Angesichts dieser Lage ist die polnische Regierung ruhig geblieben, und die Regierung Seiner Majestät hofft, daß **die Freie Stadt mit ihren alten Überlieferungen** wieder einmal, wie schon früher in ihrer Geschichte, beweisen wird, daß verschiedene Nationalitäten zusammenarbeiten können, wenn ihre wirklichen Interessen zusammenfallen. Inzwischen verlasse ich mich darauf, daß alle Beteiligten ihre Entschlossenheit erklären und zeigen werden, keinerlei Zwischenfälle im Zusammenhang mit Danzig einen derartigen Charakter annehmen zu lassen, daß eine Bedrohung des Friedens von Europa daraus erwachsen könnte.

(E: ***Parliamentary Debates*. House of Commons. Bd. 349, Sp. 1787ff.**
*[Scriptorium merkt an: im Original "1791."]* - D: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 1939. S. 818ff.)

*Nachdem die deutsch-polnischen Beziehungen durch den Notenwechsel zwischen Warschau und Danzig einerseits und Berlin und Warschau andererseits in der Zeit vom 5. bis 10. August 1939 (vgl. Deutsches Weißbuch: "Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise", Nr. 1-5) zunehmend gespannter geworden waren, war der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, am 18. August zu der Überzeugung gekommen, daß man die Dinge nicht mehr treiben lassen könne. In dem Telegramm an den britischen Außenminister wiederholte er daher seine schon bei früherer Gelegenheit vorgebrachte Anregung, daß der Premierminister ein persönliches Schreiben an den Führer richten und durch einen besonderen Boten übermitteln solle (vgl. britisches Weißbuch: "Germany No. 1 [1939] Final Report by The Right Honourable Sir Nevile Henderson G.G.M.G on the circumstances leading to the Termination of his Mission to Berlin," September 20, 1939, Cmd. 6115. Nr. 23).*

*Infolge dieser Anregung kam es zu dem Briefwechsel zwischen **Chamberlain** und dem Führer vom 22./23. August 1939, in dem der Führer wiederum die jahrelangen vergeblichen deutschen Bemühungen um die englische Freundschaft betonte.*

## *91.*
## *Schreiben des britischen Premierministers an den Führer vom 22. August 1939*

Euer Exzellenz!

Euer Exzellenz werden bereits von gewissen Maßnahmen Kenntnis erhalten haben, die von Seiner Majestät Regierung getroffen und heute abend in der Presse und im Rundfunk bekanntgegeben wurden.

Diese Maßnahmen sind nach Ansicht Seiner Majestät Regierung notwendig geworden durch Truppenbewegungen, über die aus Deutschland berichtet worden ist und durch die Tatsache, daß anscheinend die Ankündigung eines deutsch-sowjetischen Abkommens in gewissen Kreisen in Berlin als Anzeichen dafür aufgefaßt wird, daß eine Intervention seitens Großbritanniens zugunsten Polens nicht mehr eine Eventualität darstellt, mit der zu rechnen notwendig ist. Kein größerer

Fehler könnte begangen werden. Welcherart auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Großbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern, wie Seiner Majestät Regierung wiederholt öffentlich und klar dargelegt hat und diese entschlossen ist, zu erfüllen. Es ist behauptet worden, daß, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt hätte, jene große Katastrophe vermieden worden wäre. Unabhängig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, daß im vorliegenden Falle kein solch tragisches Mißverständnis entsteht.

Nötigenfalls ist Seiner Majestät Regierung entschlossen und bereit, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen, und es ist unmöglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen. Es würde eine gefährliche Täuschung sein zu glauben, daß ein einmal begonnener Krieg frühzeitig enden würde, selbst wenn ein Erfolg auf einer der verschiedenen Fronten, an denen er geführt werden wird, erzielt worden sein sollte.

Nachdem unser Standpunkt auf diese Weise vollkommen klar dargelegt ist, möchte ich Euer Exzellenz wiederholt meine Überzeugung dahingehend zum Ausdruck bringen, daß Krieg zwischen unseren beiden Völkern die größte Katastrophe darstellen würde, die überhaupt eintreten könnte. Ich bin überzeugt, daß weder unser Volk noch das Ihrige einen Krieg wünscht, und ich kann nicht ersehen, daß die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen irgend etwas enthalten, das nicht ohne Gewalt gelöst werden könnte und sollte, wenn nur ein Zustand des Vertrauens wiederhergestellt werden könnte, der es ermöglichen würde, Verhandlungen zu einer besseren als der heute bestehenden Atmosphäre zu führen.

Wir sind immer bereit gewesen und werden es auch stets sein, zu der Schaffung von Bedingungen beizutragen, in denen solche Verhandlungen stattfinden könnten, und in denen es möglich sein würde, gleichzeitig jene größeren, zukünftige internationale Beziehungen berührenden Probleme zu erörtern, einschließlich die uns und Euer Exzellenz interessierenden Angelegenheiten.

In dem heute bestehenden Spannungszustande nehmen jedoch die Schwierigkeiten zu, die friedlichen Verhandlungen im Wege stehen, und je länger diese Spannung aufrechterhalten wird, desto schwerer wird sich die Vernunft durchzusetzen vermögen. Diese Schwierigkeiten könnten jedoch gemildert, wenn nicht beseitigt werden, wenn über einen anfänglichen Zeitraum auf beiden Seiten - und überhaupt auf allen Seiten - eine Pause eingehalten werden könnte, in der Pressepolemik und jedwede Aufreizung einzustellen sei.

Wenn eine solche Pause herbeigeführt werden könnte, dann dürfte Grund zu der Hoffnung bestehen, daß, nach Ablauf dieses Zeitraumes, in dem Schritte unternommen werden könnten, um die von beiden Seiten erhobenen Beschwerden bezüglich der **Behandlung von Minderheiten** zu untersuchen und in Angriff zu nehmen, geeignete Bedingungen geschaffen sein würden für die Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die zwischen ihnen bestehenden Fragen (unter Mitwirkung eines neutralen Vermittlers, sollten beide Parteien dies für zweckmäßig erachten).

Ich fühle mich jedoch verpflichtet zu sagen, daß nur eine geringe Hoffnung bestehen würde, solche Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, wenn es nicht von Anfang an feststünde, daß ein zu erreichendes Abkommen bei seinem Abschluß von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung solcher Garantien nach ihrem Vermögen beizutragen.

In diesem Augenblick gestehe ich, daß ich keinen anderen Weg sehe, eine Katastrophe zu vermeiden, die Europa in den Krieg führen wird.

Im Hinblick auf die schweren Folgen für die Menschheit, die aus einer Handlung ihrer Herrscher entstehen können, vertraue ich darauf, daß Euer Exzellenz mit tiefster Überlegung die Ihnen von mir dargelegten Gesichtspunkte abwägen werden.

Neville Chamberlain

(E: Cmd. 6106. No. 56. D: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 454**.)

---

***92.***
***Antwortschreiben des Führers an den britischen Premierminister vom 23. August 1939***

Euer Exzellenz!

Der Königlich-Britische Botschafter hat mir soeben ein Schreiben überreicht, in dem Eure Exzellenz namens der Britischen Regierung auf eine Reihe von Punkten hinweisen, die Ihrer Auffassung nach von größter Wichtigkeit seien.

Ich darf dieses Ihr Schreiben wie folgt beantworten:

**1.** Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil - wenn auch leider vergebens - **jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben**. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem großen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar wären.

**2.** Das Deutsche Reich besitzt aber - wie jeder andere Staat - bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten unmöglich ist. Sie liegen nicht außerhalb des Rahmens der durch die frühere deutsche Geschichte gegebenen und durch wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. Einige dieser Fragen besaßen und besitzen zugleich eine nationalpolitisch und psychologisch für jede Deutsche Regierung zwingende Bedeutung.

Zu ihnen gehören die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des **Korridors**. Zahlreiche Staatsmänner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewußt. Hinzufügen möchte ich noch, daß alle diese Gebiete, die in der vorher erwähnten deutschen Interessensphäre liegen, und insbesondere die seit achtzehn Monaten zum Reich zurückgekehrten Länder ihre kulturelle Erschließung nicht durch Engländer, sondern ausschließlich durch Deutsche erhalten haben, und zwar **zum Teil schon in und seit einer Zeit, die über tausend Jahre zurückliegt**.

**3.** Deutschland war bereit, die **Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen**. Die von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegenüber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenüber Rumänien, Ungarn usw. sowie die später abgegebenen sogenannten **Garantieerklärungen** hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch für Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

**4.** Die von England Polen gegebene **Generalzusicherung**, ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung aufgefaßt werden, nunmehr - gedeckt durch einen solchen Freibrief - eine Welle furchtbaren Terrors gegen die 1½ Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die in Polen lebt,

anlaufen zu lassen. **Die Greuel, die seitdem dort stattfinden**, sind für die Betroffenen entsetzlich, für das dabei zusehen sollende Deutsche Reich unerträglich. Der Freien Stadt **Danzig gegenüber hat Polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen**, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der **wirtschaftlichen Abdrosselung** begonnen.

**5.** Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor kurzem mitteilen lassen, daß sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, daß sie nicht dulden wird, daß weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, daß sie nicht dulden wird, daß man die Verfolgungen des deutschen Elementes fortsetzt, daß sie ebenso nicht dulden wird, durch wirtschaftliche Maßnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heißt, durch eine Art von Zollblockade der Danziger Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten, und daß sie auch nicht dulden wird, daß sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden.

**6.** Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, daß Sie in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Ihre Erklärung zur Kenntnis und versichere Ihnen, daß sie keine Änderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches in dem in Punkt 5 mitgeteilten Sinn wahrzunehmen. Ihre Versicherung, daß Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls. Deutschland ist - wenn es von England angegriffen wird - darauf vorbereitet und dazu entschlossen. Ich habe schon öfter als einmal vor dem Deutschen Volk und der Welt erklärt, daß es über den Willen des neuen Deutschen Reiches keinen Zweifel geben könne, lieber jede Not und jedes Unglück und auf jede Zeit auf sich zu nehmen, als seine nationalen Interessen oder gar seine Ehre preiszugeben.

**7.** Die Deutsche Reichsregierung hat Kenntnis davon bekommen, daß die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet, nach den eigenen Erklärungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpräsident, feststeht. Dies soll auch für Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militärische Maßnahmen außer solchen defensiver Natur zu treffen, und - wie schon betont - nie beabsichtigte und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankündigung, wie Sie sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Schreiben mir bestätigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln. Ich teile daher Euer Exzellenz mit, daß ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

**8.** Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des **Versailler Diktates** jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. Erst nach der Änderung der Gesinnung der dafür verantwortlichen Mächte kann auch eine Änderung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland in einem positiven Sinne eintreten. Ich habe zeit meines Lebens **für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft**, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie - wenigstens bisher - **von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches überzeugt worden**. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich.

Adolf Hitler

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 456**.)

*Sir Nevile Henderson hat in einem **Telegramm vom 23. August an Lord Halifax** bestätigt, daß auch in seinen persönlichen Unterhaltungen mit dem Führer, die sich an diesen Briefwechsel anschlossen, der gleiche Gesichtspunkt immer wieder nachdrücklich in den Vordergrund gerückt wurde.*

## *93.*
## *Aus dem Telegramm des Botschafters Sir Nevile Henderson an den britischen Außenminister Lord Halifax vom 24. August 1939 über seine Unterredung mit dem Führer*

Er sprach mehrere Male von seinen **wiederholten Freundschaftsangeboten an England und deren unveränderlicher und verächtlicher Abweisung**. Ich verwies auf vorjährige Bemühungen des Ministerpräsidenten und seinen Wunsch nach Zusammenarbeit mit Deutschland. Er sagte, er habe damals an Herrn Chamberlains guten Willen geglaubt, er tue das aber, namentlich seit Einkreisungsbemühungen der letzten paar Monate, nicht mehr. Ich legte das Fälschliche dieser Ansicht dar, doch seine Antwort lautete, er sei jetzt endgültig von der Richtigkeit der ihm früher von andern vorgehaltenen Ansichten überzeugt, daß England und Deutschland sich nie einigen könnten.

(E: Cmd. 6106. No. 58. - D: Eigene Übersetzung.)

*An dem Tage, an dem der britische Premierminister den Antwortbrief des Führers in seinen Händen hielt, das heißt am 24. August 1939, gab er im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er die Durchführung umfassender militärischer Maßnahmen bekanntgab. Die Rede, die sich im übrigen mit dem inzwischen bekannt gewordenen **deutsch-russischen Nichtangriffspakt** beschäftigte, enthielt nur die Versicherung, daß das **an Polen gegebene Beistandsversprechen** unabhängig von den Verhandlungen in Moskau erteilt worden sei und infolgedessen von dem Zusammenbruch dieser Verhandlungen und der deutsch-russischen Annäherung nicht berührt werden könne.*

*Trotz dieser wenig ermutigenden Rede ließ der Führer am 25. August 1939 den britischen Botschafter Sir Nevile Henderson nochmals zu sich kommen, um ihm **ein letztes, weitreichendes Freundschaftsangebot** mitzuteilen.*

## *94.*
## *Erklärung des Führers gegenüber dem britischen Botschafter vom 25. August 1939, mittags 13.30 Uhr*

Der Führer erklärte einleitend, daß der Britische Botschafter am Schluß der letzten Unterredung der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein wird. Er, der Führer, habe sich daraufhin die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und wolle heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Rußland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe.

Auch die gestrige Unterhaussitzung bzw. die Reden Chamberlains und Lord Halifax' hätten den Führer veranlaßt, noch einmal mit dem Britischen Botschafter zu sprechen. Die Behauptung, daß Deutschland die Welt erobern wolle, ist lächerlich. Das Britische Imperium umfaßt 40 000 000 qkm, Rußland 19 000 000 qkm, Amerika 9 500 000 qkm, während Deutschland noch nicht 600 000 qkm umfaßt. Wer also die Welt erobern will, ist klar.

Der Führer teilte dem Britischen Botschafter folgendes mit:

1. Die **polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden**, gleich, wer verantwortlich ist. Wenn die Polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist dies nur, daß sie selbst keinen Einfluß mehr auf ihre militärischen Unterorgane besitze. In der letzten Nacht seien wieder einundzwanzig neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfälle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die Polnische Regierung erkläre, nicht verantwortlich dafür zu sein, so beweise dies, daß es ihr nicht mehr möglich sei, ihre eigenen Leute im Zaume zu halten.
2. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.
3. Das Problem Danzig und Korridor müsse gelöst werden. Der Britische Ministerpräsident habe eine Rede gehalten, die nicht im geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede könne höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen. Ein solcher Krieg würde blutiger sein als der von 1914 bis 1918. Im Unterschied zu dem letzten Krieg würde Deutschland keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen haben. Das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos und bedeute eine Wende in der Außenpolitik des Reiches auf längste Zeit. Rußland und Deutschland würden unter keinen Umständen mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Davon abgesehen würden die mit Rußland getroffenen Abmachungen auch wirtschaftlich für eine längste Kriegsperiode sichern.

Dem Führer habe **immer an der deutsch-englischen Verständigung gelegen**. Ein Krieg zwischen England und Deutschland könne im günstigsten Fall Deutschland einen Gewinn bringen, England aber überhaupt nicht.

Der Führer erklärt, daß das deutsch-polnische Problem gelöst werden müsse und gelöst werden würde. Er ist aber bereit und entschlossen, nach der Lösung des Problems noch einmal an England mit einem umfassenden großen Angebot heranzutreten. Er ist ein Mann großer Entschlüsse und wird auch in diesem Fall zu einer großen Handlung fähig sein. Er bejaht das Britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist,
2. seine Verpflichtungen Italien gegenüber nicht tangiert werden, d. h. mit anderen Worten: Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen und könnte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.
3. Er wünscht ebenso den unverrückbaren Entschluß Deutschlands zu betonen, **nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten**.

Der Führer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreichs unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprächen und wirtschaftlich tragbar wären. Endlich versichert der Führer erneut, daß er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen.

Der Führer wiederholt, daß er ein Mann großer und ihn selbst verpflichtender Entschlüsse sei und daß dies sein letzter Vorschlag wäre. Er werde sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten.

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 457**.)

*In einem Telegramm vom 25. August 1939 hat Sir Nevile Henderson über seine Unterredung mit dem Führer an den britischen Außenminister berichtet. Der Bericht schließt mit den Sätzen:*

*"Nachdem ich fortgegangen war, sandte Herr von Ribbentrop Dr. Schmidt zur Botschaft mit dem Text der wörtlichen Erklärung und weiterhin mit einer Mitteilung von ihm selbst, die dahin ging, daß Herr Hitler immer und auch jetzt noch ein Abkommen mit England gewünscht habe und daß er mich bitte, Seiner Majestät Regierung zu veranlassen, daß sie das Angebot sehr ernst nähme." (Cmd. 6106. No. 69.)*

*Am Abend des gleichen Tages, an dem der Führer dem britischen Botschafter dieses weitreichende Angebot gemacht hatte, wurde in London **der britisch-polnische Beistandspakt** unterzeichnet.*

***Es ist später von Unterstaatssekretär Butler im Unterhaus festgestellt worden, daß sich dieses Abkommen einzig und allein gegen Deutschland richtete.** Die wahren Motive der britischen Politik konnten nicht deutlicher gekennzeichnet werden, als es damit geschah: Nicht die Unabhängigkeit und das Schicksal Polens waren es, die England bestimmten, sondern lediglich das Bestreben, der Revision der deutschen Ostgrenzen und einer davon befürchteten deutschen Machtsteigerung entgegenzutreten.*

## *95.*
## *Unterhauserklärung des britischen Unterstaatssekretärs Butler vom 19. Oktober 1939*

Auf die Anfrage Mr. Harveys antwortend, der den Premierminister gefragt hatte, ob der in dem am 25. August d. J. zwischen dem Vereinigten Königreich und Polen geschlossenen Abkommen enthaltene Hinweis auf einen Angriff durch eine europäische Macht auch für den Fall eines Angriffs durch andere Mächte als Deutschland, einschließlich Rußlands, Geltung haben solle, erklärte Mr. Butler, Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten: "Nein, mein Herr. Während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, herrschte zwischen der Polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät Einverständnis darüber, daß das Abkommen lediglich für den Fall eines Angriffs durch Deutschland Geltung haben solle, und die Polnische Regierung bestätigt, daß dem so ist."

(E: *The Times* vom 20. Oktober 1939. - D: Eigene Übersetzung.)

*Nachdem im Grunde die praktischen Möglichkeiten, zu einer raschen deutsch-englischen Verständigung zu kommen, durch den formellen Abschluß des britisch-polnischen Beistandspaktes und die darin beschlossene Bestätigung der an Polen gegebenen Blanko-Vollmacht vereitelt waren, ging* ***die britische Antwortnote vom 28. August 1939*** *gleichwohl noch einmal auf dieses Angebot ein. Indessen ließ ihre Formulierung deutlich erkennen, daß man es in London nur auf eine dilatorische Behandlung dieser ernsten und schicksalsschweren Frage angelegt hatte und infolgedessen einer genauen Stellungnahme auszuweichen trachtete.*

### *96.*
### *Memorandum der Britischen Regierung vom 28. August 1939, dem Führer vom britischen Botschafter abends 22.30 Uhr übergeben*

Seiner Majestät Regierung hat die ihr vom Herrn Deutschen Reichskanzler durch den Britischen Botschafter in Berlin übermittelte Botschaft empfangen und hat dieselbe mit der ihr gebührenden Sorgfalt geprüft.

**1.** Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, daß Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen, und sie teilt diesen Wunsch voll und ganz. Auch sie glaubt, wie der Herr Reichskanzler, daß, wenn eine vollständige und dauernde Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermeßlichen Segen bringen würde.

**2.** Die Botschaft des Herrn Reichskanzlers behandelt zwei Gruppen von Fragen - diejenigen, die gegenwärtig Gegenstand von Differenzen zwischen Deutschland und Polen sind, und diejenigen, die die endgültigen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien berühren. Im Zusammenhang mit diesen zuletzt genannten Fragen ersieht Seiner Majestät Regierung, daß der Herr Reichskanzler gewisse Vorschläge angedeutet hat, die er unter einer Bedingung der Britischen Regierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Verständigung zu unterbreiten bereit sein würde. Diese Vorschläge sind naturgemäß in sehr allgemeiner Form gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Wege beigelegt werden, sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem aufrichtigen Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen.

**3.** Die Bedingung, die der Herr Reichskanzler festlegt, ist, daß eine Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Differenzen vorangehen muß. In dieser Beziehung ist Seiner Majestät Regierung vollkommen gleicher Ansicht. Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung derselben angewandt wird. Zu diesen Punkten, deren Wichtigkeit dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig sein wird, ist in seiner Botschaft nichts gesagt, und Seiner Majestät Regierung fühlt sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß eine Verständigung bezüglich dieser beiden Punkte für die Erzielung eines weiteren Fortschrittes unbedingt notwendig ist. Die Deutsche Regierung wird sich dessen bewußt sein, daß Seiner Majestät Regierung gegenüber Polen Verpflichtungen hat, die sie binden und die einzulösen sie beabsichtigt. Sie könnte nicht wegen irgendeines Großbritannien angebotenen Vorteils einer Lösung zustimmen, die die Unabhängigkeit eines Staates gefährden würde, dem sie ihre Garantie gegeben hat.

**4.** Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden

Nationen erzielt werden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und Seiner Majestät Regierung erinnert sich, daß der Herr Reichskanzler in seiner **Rede am 28. April** die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen anerkannt hat.

Wie jedoch der britische Premierminister in seinem **Schreiben vom 22. August** an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck brachte, ist es nach Ansicht Seiner Majestät Regierung unerläßlich für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, daß es im voraus feststünde, daß ein zu erzielendes Abkommen von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung einer solchen Garantie beizutragen.

Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung folgt hieraus, daß als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen und Polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die die oben erwähnten Grundsätze einschließen würde, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine internationale Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der Polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten, und Seiner Majestät Regierung hofft, daß die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein würde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wenn, wie Seiner Majestät Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung führen würden, so wäre der Weg offen für Besprechungen über jene breitere und umfassendere Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstreben.

**5.** Seiner Majestät Regierung stimmt mit dem Herrn Reichskanzler darin überein, daß eine der hauptsächlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage in Berichten über die **Behandlung der Minderheiten** ihren Ursprung hat. Der gegenwärtige Spannungszustand, zusammen mit den ihn begleitenden **Grenzzwischenfällen**, **Berichten über Mißhandlungen** und der aufreizenden Propaganda ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage äußerster Dringlichkeit, daß alle Zwischenfälle dieser Art unverzüglich und mit fester Hand unterdrückt werden, und daß die Verbreitung unbestätigter Gerüchte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der ohne Provokation auf beiden Seiten eine eingehende Prüfung der Möglichkeiten einer Lösung unternommen werden könnte. Seiner Majestät Regierung ist überzeugt, daß beide beteiligten Regierungen sich dieser Erwägung völlig bewußt sind.

**6.** Seiner Majestät Regierung hat ihre eigene Haltung gegenüber den besonderen zwischen Deutschland und Polen strittigen Angelegenheiten erschöpfend zum Ausdruck gebracht. Sie vertraut darauf, daß der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, daß Seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.

Daß eine solche Lösung erzielt werden sollte, erscheint Seiner Majestät Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gründen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lösung selbst entstehen, sondern auch wegen der umfassenderen Erwägungen, von denen der Herr Reichskanzler mit solcher Überzeugung gesprochen hat.

**7.** Es ist unnötig, in der vorliegenden Antwort die Vorteile einer friedlichen Lösung hervorzuheben gegenüber einem Entschluß, die in Frage kommenden Probleme mit Waffengewalt zu lösen. Die Folgen eines Entschlusses, Gewalt zu gebrauchen, sind in dem **Schreiben des Premierministers vom 22. August** an den Herrn Reichskanzler klar dargelegt worden, und Seiner Majestät Regierung zweifelt nicht daran, daß diese Folgen vom Herrn Reichskanzler genau so klar erkannt werden wie

von Seiner Majestät Regierung selbst.

Andererseits glaubt Seiner Majestät Regierung, indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Rüstungen zur Kenntnis nimmt, daß, wenn eine friedliche Lösung erreicht werden kann, die Unterstützung der Welt zuversichtlich vorausgesetzt werden könnte für praktische Maßnahmen, die es ermöglichen würden, den Übergang von einer Vorbereitung zum Kriege auf eine normale Tätigkeit friedlichen Handels sicher und reibungslos durchzuführen.

**8.** Eine gerechte Lösung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum Weltfrieden öffnen. Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Großbritannien zerschlagen, würde die beiden Nationen in Konflikt bringen und könnte sehr wohl die gesamte Welt in den Krieg stürzen. Ein solches Ergebnis wäre eine Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte.

(E: Cmd. 6106. No. 74. - D: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 463**.)

*Über die offenkundig hinhaltende Taktik der britischen Regierung hinwegsehend, leitete der Führer **seine Antwortnote vom 29. August 1939** mit den Sätzen ein:*

*"Der Kgl. Britische Botschafter in Berlin hat der Kgl. Britischen Regierung Anregungen übermittelt, die ich vorschlagen zu müssen glaubte, um*

1. *dem Willen der Reichsregierung nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft noch einmal Ausdruck zu geben,*
2. *keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß eine solche Verständigung nicht erkauft werden könnte mit dem Verzicht auf lebenswichtige deutsche Interessen oder gar einer Preisgabe von Forderungen, die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Würde und Ehre unseres Volkes begründet sind.*

*Mit Befriedigung hat die Deutsche Regierung aus den Antwortschreiben der Kgl. Britischen Regierung und den mündlichen Erläuterungen des Kgl. Britischen Botschafters entnommen, daß die Kgl. Britische Regierung auch ihrerseits bereit ist, das deutsch-englische Verhältnis zu bessern, es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen." (**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 464**.)*

*Diese Einleitung ließ klar erkennen, daß der Führer bestrebt war, alle Empfindlichkeiten beiseitezusetzen und nur auf diejenigen Punkte der englischen Note einzugehen, die die friedliche Entwicklung der Lage positiv zu fördern geeignet waren. Trotz aller Zweifel in die polnische Verhandlungsbereitschaft beschränkte sich die Note daher darauf, das in dem britischen Memorandum enthaltene Vermittlungsangebot anzunehmen und das Einverständnis der deutschen Regierung zu erklären, daß ein mit allen Vollmachten versehener polnischer Vertreter bis zum 30. August 1939 die Verhandlungen in Berlin übernähme. Sir Nevile Henderson hat auch zu dieser Unterredung, welche die Rückgabe der deutschen Antwortnote begleitete, einen aufschlußreichen Kommentar gegeben. In seinem Telegramm an Lord Halifax vom 29. August 1939 bestätigte er, daß der Führer wiederholt hatte, er wünsche die britische Freundschaft mehr als irgend etwas auf der Welt. Aber er könne nicht Deutschlands Lebensinteressen dafür opfern. "Es sei ein unerträglicher Vorschlag, wenn Seiner Majestät Regierung über einen solchen Gegenstand einen Handel abschließen wolle". (Cmd. 6106. No. 80.)*

*Das Schicksal der angeblichen britischen "Vermittlungsaktion" ist bekannt: in ihrem **Memorandum***

*vom 30. August 1939 ließ die britische Regierung durchblicken, daß sie zu einer tatsächlichen Vermittlung in Wirklichkeit gar nicht gewillt gewesen war; sie beschränkte sich darauf, die Reichsregierung nunmehr auf den "unmittelbaren Meinungsaustausch" mit der polnischen Regierung zu verweisen. Es war damit klar, daß die ganzen letzten Ereignisse auf seiten der britischen Regierung überhaupt nur noch Einzelheiten eines taktischen Spiels gewesen waren, das darauf abgezielt hatte, Zeit zu gewinnen und das zu diesem Zweck mit Hilfe einer bewußt ungenauen Ausdrucksweise den Anschein erweckt hatte, als wenn die britische Regierung zu einer wirklichen Vermittlung zwischen Deutschland und Polen bereit und imstande gewesen sei. Die Dokumente des britischen Blaubuches selbst haben erwiesen, in welchem Maße hier von britischer Seite ein falsches Spiel getrieben worden ist. Während der ganze "Vermittlungsvorschlag" auf der in dem britischen Memorandum vom 28. August zum Ausdruck gebrachten Behauptung beruht hatte, man habe in London bereits eine "definitive Zusicherung" von der polnischen Regierung über ihre Verhandlungsbereitschaft erhalten, geht aus dem britischen Blaubuch hervor, daß davon überhaupt nicht die Rede sein konnte.*

*Noch in einem Telegramm vom 30. August 1939 berichtet nämlich der britische Botschafter in Warschau, Sir Howard Kennard, an Lord Halifax, er sei sicher, "daß es unmöglich sein würde, die polnische Regierung dazu zu veranlassen, Herrn Beck oder irgendeinen anderen Vertreter sofort nach Berlin zu entsenden, um eine Vermittlung auf der von Herrn Hitler vorgeschlagenen Grundlage zu erörtern". (Cmd. 6106. No. 84.)*

*Die Aufdeckung des britischen Falschspiels durch die Note vom 30. August 1939 bedeutete naturgemäß das Ende der deutschen Verständigungsbemühungen. Zwar ließ der Führer auch jetzt noch keine Möglichkeit ungenutzt, die eine friedliche Regelung hätte herbeiführen können. Indessen war allen diesen Friedensbemühungen das Rückgrat gebrochen, das bei der gegenwärtigen politischen Verfassung Europas naturnotwendig in einer deutsch-englischen Verständigung liegen muß.*

*Die englische Intransigenz hatte den Ausbruch des Konflikts unvermeidlich gemacht. Vom 1. September ab mußte sich Deutschland mit Waffengewalt der polnischen Übergriffe erwehren. In seiner Reichstagsrede am 1. September 1939 setzte der Führer die Gründe des deutschen Vorgehens auseinander. Auch in dieser Rede wird noch einmal erkenntlich, welche Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung durch die vorgehenden Ereignisse vernichtet worden waren.*

## *97.*
## *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 1. September 1939*

Wenn nun Staatsmänner im Westen erklären, daß dies ihre Interessen berühre, so kann ich eine solche Erklärung nur bedauern; sie kann mich aber nicht eine Sekunde in der Erfüllung meiner Pflicht wankend machen. Ich habe es feierlich versichert und wiederhole es, daß wir von diesen Weststaaten nichts fordern und nie etwas fordern werden. Ich habe versichert, daß die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland eine endgültige ist. Ich habe England immer wieder eine Freundschaft und, wenn notwendig, das engste Zusammengehen angeboten. Aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muß von der anderen ihre Erwiderung finden. Deutschland hat keine Interessen im Westen. Unser Westwall ist zugleich für alle Zeiten die Grenze des Reiches. Wir haben auch keinerlei Ziel für die Zukunft, und diese Einstellung des Reiches wird sich nicht mehr ändern.

(*Verhandlungen des Reichstages*, Bd. 460, S. 46f.)

*Die britische Regierung steuerte nunmehr zielbewußt auf die Ausbreitung und Verallgemeinerung des deutsch-polnischen Konfliktes zu. Ihre ultimativen **Noten vom 1.**, **3. September** und die **planmäßige Vereitelung** des **italienischen Vermittlungsvorschlages** und die **Kriegserklärung vom 3. September** bezeichnen die letzten Etappen ihres auf den Ausbruch des allgemeinen Krieges angelegten diplomatischen Spiels.*

### *98.*
### *Note der britischen Regierung vom 1. September 1939, dem Reichsaußenminister von Botschafter Henderson um 21 Uhr übergeben*

Euer Exzellenz!

Im Auftrage des Ministers Seiner Majestät für Auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen.

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die Deutsche Wehrmacht erlassen, aus dem klar hervorging, daß **er im Begriff war, Polen anzugreifen**.

Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich und der Französischen Regierung gelangt sind, geht hervor, daß deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben und daß Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.

Unter diesen Umständen sind die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs der Auffassung, daß die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzung geschaffen hat (nämlich einen agressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.

Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit ist, der Regierung des Vereinigten Königreichs befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Nevile Henderson

(E: Cmd. 6106. No. 105. - D: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 472**.)

### *99.*
### *Notiz des italienischen Botschafters Attolico, dem Auswärtigen Amt am 2. September 1939 vormittags übergeben*

Zur Information läßt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, daß es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt, wo sie jetzt sind;

2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;
3. Lösung des polnisch-deutschen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde.

Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein.

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 474**.)

### *100.*
### *Mitteilung der Havas-Agentur vom 2. September 1939*

Die Französische Regierung ist gestern ebenso wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die Französische Regierung eine positive Antwort gegeben.

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 475.**)

### *101.*
### *Aus der Unterhausrede des britischen Premierministers Chamberlain vom 2. September 1939 nachmittags*

> **Eine gleichlautende Erklärung wurde kurze Zeit später vom Außenminister Lord Halifax im Oberhaus abgegeben.**

Auf die mahnende Botschaft, die gestern abend Deutschland übermittelt wurde, ist bisher noch keine Antwort eingelaufen.

Es ist möglich, daß diese Verzögerung auf von der italienischen Regierung gemachte Vorschläge zurückzuführen ist, wonach eine Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen und unverzüglich eine Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Polen, Deutschland und Italien einberufen werden sollte.

Der Britischen Regierung ist es aber nicht möglich, an einer Konferenz teilzunehmen zu einer Zeit, da Polen einer Invasion ausgesetzt ist, polnische Städte mit Bomben belegt werden und Danzig durch Gewalt Gegenstand einer einseitigen Lösung geworden ist.

(E: Cmd. 6106. No. 116. - D: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 476**.)

### *102.*
### *Note der britischen Regierung vom 3. September 1939, von Botschafter Henderson vormittags 9 Uhr im Auswärtigen Amt übergeben*

Euer Exzellenz!

In der **Mitteilung**, welche ich die Ehre hatte, Ihnen am 1. September zu machen, unterrichtete ich

Sie auf Weisung des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Obwohl diese Mitteilung vor mehr als 24 Stunden erfolgte, ist keine Antwort eingegangen, hingegen wurden die deutschen Angriffe auf Polen fortgesetzt und verstärkt. Ich habe demgemäß die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britischer Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im oben erwähnten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Nevile Henderson

(E: Cmd. 6106. No. 118. - D: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 477**.)

## *103.*
## *Note des britischen Außenministers Lord Halifax an den Deutschen Geschäftsträger in London vom 3. September 1939, vormittags 11.15 Uhr übergeben*

Herr Geschäftsträger!

Am 1. September unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die dortige Regierung davon, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtung gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahinge[he]nd abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Um 9 Uhr vormittags am heutigen Tage unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die Deutsche Regierung dahingehend, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britische Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obengenannten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Da keine solche Zusicherungen eingingen, habe ich die Ehre, **Sie davon zu unterrichten, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von 11 Uhr vormittags am heutigen Tage, dem 3. September, an gerechnet, besteht**.

Halifax

(D: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 478**.)

**Bezeichnenderweise fehlt diese Note im britischen Blaubuch Cmd. 6106. Die rein propagandistische Anlage dieser englischen Veröffentlichung zeigt sich auch daran wieder: man hielt es offenbar für klüger, die Tatsache zu verschleiern, daß England diesen Krieg erklärt hat.)**

## *104.*
## *Memorandum der Reichsregierung vom 3. September 1939, dem britischen Botschafter vom Reichsaußenminister vormittags 11.30 Uhr ausgehändigt*

**Eine Abschrift dieses Memorandums wurde dem Französischen Botschafter vom Reichsaußenminister am 3. September 1939, mittags 12.20 Uhr, übergeben.**

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

**1.** Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.

**2.** Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der **Versailler Vertrag** Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre - dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewußt - zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Diktates für eine große Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren. Auch britische Staatsmänner erklärten die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettspolitik.

**3.** Die Britische Regierung hat - ein einmaliger Vorgang in der Geschichte - dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. Daraufhin hat **der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen** sofort unerträgliche Formen angenommen. **Die Freie Stadt Danzig** wurde **gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt**, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verstöße gegen das Gesetz des Danziger Status wurden gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dennoch fünf Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden und daß sie entschlossen sei, für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden

Verpflichtungen einzuhalten. Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

**4.** Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gedeckten Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reichs, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser fortdauernden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrigbleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen. Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischer Absichten oder Verpflichtungen im Osten Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem **unter britischem Protektorat** stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, **sich von Polen mißhandeln zu lassen**.

**5.** Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutze des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine **Verständigung, ja eine engste Freundschaft mit ihm** wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. **jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen**. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die **Absicht, die Welt zu beherrschen**, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen. Die im Auftrag der Britischen Regierung von Herrn King Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den **Versailler Vertrag**, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

(**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**, **Nr. 479**.)

*Nach dem erfolgreichen Abschluß des polnischen Feldzuges unternahm der Führer in seiner* ***Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 einen letzten Schritt zum Frieden und zur Verständigung****. Das Schicksal dieses Schrittes ist bekannt: England stieß die ausgestreckte deutsche Friedenshand zurück.*

## *105.*
## *Aus der Reichstagsrede des Führers vom 6. Oktober 1939*

Nicht geringer waren meine Bemühungen für eine deutsch-englische Verständigung, ja, darüber hinaus für eine deutsch-englische Freundschaft. Niemals und an keiner Stelle bin ich wirklich den britischen Interessen entgegengetreten. Leider mußte ich mich nur zu oft britischer Eingriffe deutschen Interessen gegenüber erwehren, auch dort, wo sie England nicht im geringsten berührten. Ich habe es geradezu als ein Ziel meines Lebens empfunden, die beiden Völker nicht nur verstandes-, sondern auch gefühlsmäßig einander näherzubringen. Das deutsche Volk ist mir auf diesem Wege willig gefolgt. Wenn mein Bestreben mißlang, dann nur, weil eine mich persönlich geradezu erschütternde Feindseligkeit bei einem Teil britischer Staatsmänner und Journalisten vorhanden war, die kein Hehl daraus machten, daß es ihr einziges Ziel wäre, aus Gründen, die uns unerklärlich sind, gegen Deutschland bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder den Kampf zu eröffnen. Je weniger sachliche Gründe diese Männer für ihr Beginnen besitzen, um so mehr versuchen sie, mit leeren Phrasen und Behauptungen eine Motivierung ihres Handelns vorzutäuschen. Ich glaube aber auch heute noch, daß es eine wirkliche Befriedung in Europa und in der Welt nur geben kann, wenn sich Deutschland und England verständigen. Ich bin aus dieser Überzeugung heraus sehr oft den Weg zu einer **Verständigung** gegangen. Wenn dies am Ende doch nicht zum gewünschten Ergebnis führte, dann war es **wirklich nicht meine Schuld**.

(*Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 460, S. 59.)

*Reichsaußenminister von Ribbentrop hat in seiner **Rede in Danzig am 24. Oktober 1939** das historische Fazit der deutschen Friedens- und Verständigungspolitik gezogen. Seine Feststellungen bilden das Schlußwort zu einer Epoche von nahezu 7 Jahren, in der die in ihrer Tragweite unabsehbare Möglichkeit zu einem Neubau Europas und einer fruchtbaren weltpolitischen Entwickelung auf der Grundlage des freundschaftlichen deutsch-englischen Zusammenwirkens bestanden hatte. Diese weltgeschichtliche Chance ist nunmehr verpaßt. Die europäische Neuordnung wird sich auch so unausweichlich vollziehen: wenn nicht mit England, dann ohne England oder - gegen England.*

## *106.*
## *Aus der Danziger Rede des Reichsaußenministers von Ribbentrop vom 24. Oktober 1939*

**Die Verständigung mit England** war immer das Fundament der Außenpolitik des Führers. Als außenpolitischer Mitarbeiter des Führers kann ich es vor der Weltöffentlichkeit bekunden, daß seit dem 30. Januar 1933 der Führer nichts, aber auch gar nichts unversucht gelassen hat, um diese Verständigung mit England herbeizuführen. Unzählige Reden, Handlungen, Taten des Führers, unzählige Reisen von mir in seinem Auftrag nach England dienten ausschließlich diesem Zweck. Dabei handelt es sich nicht etwa um vage Ideen, sondern um ganz konkrete Vorschläge, die ich wiederholt dem englischen Premierminister, Außenminister oder sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten des politischen Lebens im Auftrage des Führers unterbreitete. Diese Angebote umfaßten im wesentlichen folgende Punkte:

1. Ein deutsch-englisches Flottenabkommen auf der Basis 35 :100.
2. Die ewige Unantastbarkeit der zwischen Deutschland und England liegenden Länder Holland, Belgien und Frankreich.
3. Respektierung der britischen Interessen in der Welt durch Deutschland und Respektierung der deutschen Interessen in Osteuropa durch England.

4. Ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen den beiden Ländern, wobei Deutschland auf englische Waffenhilfe verzichtete, seinerseits aber bereit war, sowohl seine Flotte als auch eine bestimmte Zahl von Divisionen jederzeit England zur Sicherung seines Imperiums zur Verfügung zu stellen.

England hat dies abgelehnt und dem Führer bei jeder Gelegenheit sowohl durch den Mund verantwortlicher britischer Minister, Politiker, Parlamentarier als auch durch die Presse zu verstehen gegeben, daß England auf die Freundschaft Deutschlands keinerlei Wert legt.

Trotzdem hat der Führer seine Bemühungen, die ebenso seiner gefühlsmäßigen Einstellung als auch seiner völkischen Einsicht entsprangen, mit einer beispiellosen Zähigkeit und Hartnäckigkeit fortgesetzt. Und erst nachdem er wieder und wieder bis an die Grenze des Menschenmöglichen gegangen war, mußte er erkennen, daß man in England nicht wolle. Der Führer hat dann allerdings auch die Konsequenz aus dieser englischen Haltung gezogen und nunmehr in nüchterner Erkenntnis der realen politischen Gegebenheiten die deutsche Außenpolitik aufgebaut. Die Länder, deren Interessen denen Deutschlands solidarisch waren, waren hierbei für Deutschland vor allem von Bedeutung. Eine Annäherung an diese wurde gesucht und ihre Freundschaft gefunden...

Meine Volksgenossen! Nunmehr zu den Gegnern und zu Englands Kriegsschuld!

Zunächst Frankreich: Ich glaube, daß heute in der gesamten Weltöffentlichkeit nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß das französische Volk diesen Krieg nicht gewollt hat, daß das französische Volk lieber heute als morgen Frieden haben möchte und daß ihm dieser Krieg mit einer Verschlagenheit, einem Zynismus und einer Brutalität sondergleichen von England und seinen Handlangern in Paris und in der französischen Regierung aufgezwungen wurde.

England: Ich habe Ihnen bereits vorhin einen kurzen Überblick über die englische Politik gegen Deutschland seit dem 30. Januar 1933 gegeben und will Ihnen nunmehr heute abend den unwiderlegbaren Beweis erbringen, daß dieser Krieg gegen Deutschland von der jetzigen englischen Regierung seit Jahren heimlich und planmäßig vorbereitet wurde.

**Die Münchener Konferenz** ist im vorigen Jahr von einem Teil der Welt als das große Friedenswerk des derzeitigen englischen Premierministers Chamberlain gerühmt worden. Nichts ist falscher als das. Vergegenwärtigen wir uns nochmals die Lage, die zu München führte. Die britische Regierung hatte der damaligen tschechoslowakischen Regierung ihre Unterstützung gegen Deutschland in Aussicht gestellt und damit aus diesem Problem, das ohne das Einmischen von England über Nacht gelöst worden wäre, überhaupt erst eine europäische Krise gemacht. Wenn daher Herr Chamberlain später in München seine Hand zu einer halbwegs vernünftigen Lösung dieses Problems, und zwar im allerletzten Augenblick bot, so hat er damit nichts anderes getan, als seinen eigenen Fehler, durch den er die Krise erst schuf und durch den er Europa an den Rand des Krieges gebracht hatte, zum Teil wiedergutzumachen.Warum aber tat er das? Die Antwort gab uns die erste Rede, die Herr Chamberlain nach seiner Rückkehr nach London hielt, und in der er in der einen Hand den Ölzweig des Friedens heimbrachte, in der anderen aber dem englischen Volk ein gigantisches Aufrüstungsprogramm präsentierte. Das heißt also, Herr Chamberlain, der gehofft hatte, Deutschland mit Kriegsdrohungen von seinen berechtigten Forderungen zur Befreiung seiner Sudetendeutschen abzubringen, hat die Drohung lediglich deshalb nicht ausgeführt, weil England rüstungsmäßig nicht fertig war. Chamberlain war also nicht nach München gekommen, um den Krieg zu verhindern, sondern um den von der britischen Regierung beschlossenen Krieg nur zu verschieben.

Daß nun in England bereits seit Jahren eine systematische Hetze in der Öffentlichkeit gegen alles Deutsche getrieben wurde, daß man Vorbereitungen für einen kommenden Krieg nach jeder

Richtung hin traf - ich erinnere nur an die von Herrn Chamberlain kürzlich zugegebene, bereits vor zwei Jahren erfolgte Organisation eines Blockadeministeriums - ist bekannt. Im Winter 1938/39 aber steigerte sich die Hetze in geradezu ungeheuerlicher Weise. Das englische Volk, das im Grunde in Freundschaft mit dem deutschen Volk leben möchte, wurde jetzt ganz offen mit allen Mitteln der Propaganda von den englischen Kriegshetzern, und zwar unter Förderung durch die englische Regierung, in eine Haß- und Panikstimmung gegen Deutschland gebracht. Ich könnte Ihnen unzählige Beispiele für diesen systematischen Propagandafeldzug geben.

Soweit die Propaganda! Das Ziel der englischen Regierung mußte es aber nun sein, Großbritannien auch politisch und diplomatisch in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu Deutschland zu bringen, der es ihm je nach Lage der Dinge ermöglichen sollte, den Krieg gegen Deutschland zu dem ihr am günstigsten erscheinenden Zeitpunkt zu entfesseln. Dies mußte wiederum in einer solchen Weise geschehen, daß es für die kriegshetzerische britische Regierung vor ihrem eigenen Volk ein Zurück nicht mehr geben konnte, das heißt also, es mußte ein Vorwand gefunden werden, der es der britischen Regierung gestattete, dem englischen Volk gegenüber den Kriegsgrund so zwingend erscheinen zu lassen, daß jeder Engländer ein Zurückweichen als mit dem Ansehen seiner Nation unvereinbar ansehen sollte. Diesen Zustand suchte Herr Chamberlain herbeizuführen mit der **Garantie an Polen**. Daß diese Garantie nur ein Vorwand war, ergibt sich weiter eindeutig aus der **soeben im britischen Parlament abgegebenen offiziellen Erklärung der britischen Regierung, daß die Garantie sich ausschließlich gegen Deutschland richten sollte**. Nicht die Unversehrtheit des polnischen Staates war für England interessant, sondern ausschließlich die Waffenhilfe gegen Deutschland.

Mit dieser Garantie, mit der sich England zu sofortigem, und zwar unbeschränktem Beistand Polen gegenüber verpflichtete, hat England das jahrhundertealte Fundament seiner kontinentalen Politik verlassen. Während noch im Jahre 1936 sogar der bekannte Deutschenfeind Sir Austen Chamberlain erklärte, England werde keinen Finger rühren wegen des polnischen Korridors, England habe kein Interesse am Korridor, hat nunmehr sein Bruder ausgerechnet für dieses allerschwerste Unrecht, das Versailles Deutschland angetan hat, die englische Waffenhilfe verpfändet. Diese Politik, die zunächst wahnsinnig erscheint, ist nur zu verstehen als ein Ausdruck des konsequenten Willens Großbritanniens, sich unter allen Umständen, und zwar in nicht zu ferner Zeit, einen Vorwand zu einem Losschlagen gegen Deutschland zu verschaffen. Die Folgen dieser von England klar berechneten Politik stellten sich programmäßig ein, und Sie, meine Danziger Volksgenossen, haben sie am eigenen Leibe ja zur Genüge zu spüren bekommen. Die Polen verfielen in einen Taumel des Größenwahnsinns. Wiederum zeigten sich nun die wahren Absichten der englischen Politik. Anstatt Polen, was für die englische Regierung ein leichtes gewesen wäre, zu dem immer noch möglichen Ausgleich zu raten, wissen wir heute, daß **England nicht etwa Polen zur Ruhe ermahnte, sondern zu aggressiven Handlungen geradezu aufgestachelt hat**.

Ein weiterer Beweis für den **absoluten Kriegswillen der britischen Regierung gegen Deutschland** sind die Vorgänge in den letzten Tagen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges. Der italienische Botschafter in Berlin überbrachte am 2. September eine **Botschaft von Mussolini**, wonach Italien noch die Möglichkeit zu einer friedlichen Beilegung des polnischen Konfliktes habe. Die Havas-Agentur vom gleichen Tage veröffentlichte die **Zustimmung der französischen Regierung** zu diesem italienischen Friedensplan. Während auch Deutschland zustimmte, wurde derselbe noch am Nachmittag durch eine **Erklärung des englischen Außenministers Lord Halifax abgelehnt**. Daß der englische Premierminister, Herr Chamberlain, die Stirn hat, diese Sabotierung des Mussolini-Plans Deutschland zuzuschieben, ist ein erschütternder Beweis seines schlechten Gewissens.

Ihr wahres Gesicht und ihren Vernichtungswillen gegenüber dem deutschen Volk aber hat die englische Regierung gezeigt, als sie das großzügige Friedensangebot, das der **Führer am 6.**

**Oktober** vor dem Reichstag an England machte, ablehnte und durch ihren Sprecher, den britischen Premierminister Chamberlain, mit Beschimpfungen beantworten ließ, die im gesamten deutschen Volk hellste Empörung ausgelöst haben.

Jeder vernünftige Mensch muß sich nun fragen: Was ist eigentlich der wahre Grund dieser gewissenlosen, ja an Wahnsinn grenzenden englischen Außenpolitik?

**Englische Kriegshetzer** behaupten, **Deutschland strebe nach der Weltherrschaft**. Diese Behauptung ist schon an sich verlogen und dumm, denn jeder Gymnasiast weiß heute, daß es so etwas wie eine Weltherrschaft nicht mehr gibt und wohl auch in Zukunft niemals mehr geben wird, aus einem englischen Munde aber ist diese Behauptung eine Unverschämtheit. Denn: während 46 Millionen Engländer 40 Millionen Quadratkilometer besitzen, das heißt über ein Viertel der gesamten Erdoberfläche verfügen, verfügt Deutschland für seine 80 Millionen nur über eine Fläche von zirka 600 000 Quadratkilometer. Während England 611 Dominien, Kolonien, Protektorate, Reservate und sonstige Schutzstaaten sein eigen nennt, hat Deutschland heute keinerlei Kolonialbesitz. Wenn ich die von England in der Welt beherrschten Völker Namen für Namen Ihnen vorlesen wollte, so würde diese heutige Kundgebung zumindest um eine Stunde verlängert werden müssen. So z. B. stehen in Indien neben 290 Millionen in den verschiedenen Provinzen von Britisch-Indien wohnenden Indern noch 562 indische Fürstentümer unter britischer Herrschaft. Es gibt kein Gebiet der Erde, wo nicht die **britische Flagge gegen den Willen der betroffenen Völker weht**, wo nicht Gewalttat, Raub und Lüge die Wege des britischen Imperialismus kennzeichnen. Unermeßliche Reichtümer hat Großbritannien so im Verlauf der Jahrhunderte aufgestapelt. Der Vorwurf des Strebens nach Weltherrschaft trifft daher ausschließlich England, Deutschland gegenüber ist er - noch dazu aus englischem Munde - unverschämt oder besser noch einfach lächerlich.

Der Führer hat wiederholt die sehr begrenzten Ziele der deutschen Außenpolitik klar und eindeutig umschrieben. Sie heißen in einem Satz zusammengefaßt: Sicherstellung des Lebens und der Zukunft des deutschen Volkes in seinem natürlichen Lebensraum, der dem deutschen Volksgenossen einen angemessenen Lebensstandard sichert und seine kulturelle Entwicklung ermöglicht. Während die britische Regierung für die kapitalistischen Interessen und den Luxus einer Oberschicht kämpft, die großen Massen der englischen Arbeiter aber tagtäglich um ihre Existenz und soziale Verbesserungen ringen, ist das Ziel der nationalsozialistischen deutschen Führung die Sicherung des täglichen Brotes jedes einzelnen seiner 80 Millionen Volksgenossen. Gerade diesem primitivsten Lebensrecht eines Volkes aber stellt sich England entgegen.

Was ist nun das Resultat von sechseinhalb Jahren deutscher Außenpolitik?

Der Prozeß der Konsolidierung des Deutschen Reiches in Europa ist abgeschlossen. Das Unrecht von **Versailles** ist beseitigt, Deutschland hat durch die Neuregelung im Osten Siedlungsraum für Generationen und ist zurzeit bemüht, all die deutschen Splittergruppen in Europa, die umgesiedelt werden können, in diesem Raum zu vereinigen. Es schafft damit endgültige, klare völkische Zustände und Grenzen und beseitigt durch diese großzügigen Umsiedlungsaktionen die Möglichkeit zukünftiger Konflikte. Die Grenzen des Reiches im Norden, Osten, Süden und Westen sind nunmehr endgültige. Deutschland hat, wie der Führer auch in seiner letzten Reichstagsrede wieder erklärte, an Frankreich und England mit Ausnahme der Rückgabe des **ehemaligen deutschen Kolonialbesitzes**, das heißt also der selbstverständlichen kolonialen Betätigung, wie sie einer Großmacht zusteht, keine Forderungen. Der Unsinn von Versailles ist beseitigt, und in Europa sind stabile Verhältnisse geschaffen. Dies ist das ausschließliche Verdienst des Führers.

Ausgerechnet aber mit Verwirklichung dieses Zustandes, mit dem alle Voraussetzungen für einen europäischen Dauerfrieden gegeben sind, hält die englische Regierung nunmehr den Zeitpunkt für

gekommen, um zwischen dem englischen und dem deutschen Volk einen Krieg auf Leben und Tod zu entfachen. Die britische Regierung spielt damit ein gefährliches Spiel mit dem Schicksal ihres Imperiums. Wenn die britische Regierung diese Politik, die man sowohl im Interesse des englischen Volkes als auch der Menschheit an sich schlechthin als verbrecherisch bezeichnen muß, fortsetzt, so wird sie eines Tages als Totengräber des britischen Imperiums in die Geschichte eingehen. Daß diese Entwicklung weder im Interesse des britischen noch des deutschen Volkes liegt, das ist für diese kleine Clique von gewissenlosen Hasardeuren oder engstirnigen Doktrinären, die in einem Dilettantismus ohnegleichen ihr Volk in den Abgrund führen, anscheinend belanglos. Als Anfang September der englische Botschafter das letztemal bei mir war, habe ich ihn mit den Worten verabschiedet, es werde eines Tages von den Chronisten der Weltgeschichte als eine historische Groteske registriert werden, daß England, ohne die geringsten Interessengegensätze mit Deutschland zu haben, ausgerechnet dem Mann den Krieg erklärt hat, der die **Verständigung mit England zu einem politischen Glaubensbekenntnis erhoben** hatte.

Aber Herr Chamberlain hat es nicht anders gewollt. Aus seiner letzten Rede vor dem englischen Parlament, in der er in einem Gemisch von Naivität, britischer Überheblichkeit und Schulmeisterei das Angebot des Führers ablehnte, möchte ich zur Charakterisierung der ganzen Unwahrhaftigkeit, Heuchelei und des Dilettantismus der jetzigen britischen Machthaber nur einen einzigen Punkt herausgreifen, das ist die Behauptung, Deutschland und sein Führer hätten ihr Wort gebrochen, und es sei daher nicht mehr möglich, einem Wort Deutschlands zu vertrauen.

Solche Äußerungen haben wir in der letzten Zeit wiederholt aus dem Munde englischer Schwätzer hören müssen. Diese Schwätzer sind unfähig, irgendeine nützliche Arbeit für die menschliche Gemeinschaft zu leisten. Um so krampfhafter sind sie daher bemüht, aus ihrer Froschperspektive völkerbewegende Ereignisse und Begebenheiten zu kritisieren, deren inneres Gesetz und äußere Gestaltung sie in ihren Spatzengehirnen überhaupt nicht zu fassen vermögen.

Etwas anderes ist es allerdings, wenn der Leiter des britischen Imperiums selbst mit dreister Stirn eine solche Behauptung aufstellt, die nicht nur jeglicher Grundlage entbehrt, sondern an die er zweifellos selbst nicht glaubt. Im Zusammenhang mit den Taten des Führers zur Konsolidierung der europäischen Verhältnisse gerade in dem Munde eines britischen Ministers den Vorwurf des Wortbruches zu hören, ist nicht nur der Gipfel der Heuchelei, sondern viel mehr als das, nämlich eine bodenlose Dummheit. Daß die einmalige historische Persönlichkeit des Führers über solche lächerlichen Angriffe eines britischen Parlamentariers erhaben ist, ist selbstverständlich. Ich kann hier nur die Worte des Führers aus seiner letzten Reichstagsrede wiederholen, daß das Urteil über ihn in der Geschichte Gott sei Dank einst nicht von erbärmlichen Skribenten geschrieben wird, sondern durch sein Lebenswerk selbst. Aber hinter diesem britischen Vorwurf eines angeblichen Wortbruches unseres Führers steckt wiederum eine typisch britische Niedertracht und Berechnung. Man will gewissermaßen durch eine Diffamierung des Führers durch das hochehrenwerte britische Parlament das brave und anständige deutsche Volk entfremden. Da haben aber nun die englischen Herren Parlamentarier wiederum einen kapitalen Fehler gemacht. Denn: das deutsche Volk ist heute Adolf Hitler, und Adolf Hitler ist das deutsche Volk. Der Vorwurf des Wortbruches des Herrn Chamberlain trifft daher jeden einzelnen dieser 80 Millionen Deutscher. Ihr Danziger gehört auch zu diesen 80 Millionen Deutscher, und ich frage euch: Fühlt ihr euch wortbrüchig? Nein! Dann möchte ich mich heute abend zu eurem Sprecher, wie auch zum Sprecher der ganzen 80 Millionen Deutscher machen und Herrn Chamberlain erklären: Dieses deutsche Volk hat jeden Schritt und jede Tat des Führers zur Befreiung aus den Fesseln des Versailler Vertrages nicht nur gutgeheißen, sondern begeistert begrüßt und verbittet sich ein für allemal eine solche englische Unverschämtheit. Wir bestreiten darüber hinaus Großbritannien als dem Urheber allen Unglücks von Versailles überhaupt das Recht, über irgendeine Handlung Deutschlands und der deutschen Regierung in den letzten Jahren zu "urteilen".

Wenn aber von Wortbruch gesprochen wird, so glaube ich hier als die einmütige Auffassung des deutschen Volkes feststellen zu können, daß der größte Wortbruch aller Zeiten beim Waffenstillstand im Jahre 1918 dem deutschen Volk gegenüber verübt wurde! England war der Anstifter dieses Wortbruches, das haben maßgebendste Engländer selbst zugeben müssen. Daß aber darüber hinaus ein englischer Staatsmann nicht das Recht hat, ja, wenn er klug genug wäre, sich schwer hüten würde, überhaupt den Ausdruck "Wortbruch" in den Mund zu nehmen, dafür will ich Ihnen jetzt nur einige wenige Beispiele aus der jüngsten **Geschichte des britischen Imperiums** zitieren.

**1. Beispiel:** Im Londoner Vertrag von 1915 hat England den Italienern für den Fall, daß England und Frankreich nach Kriegsende ihren Besitz in der Türkei, in Asien oder in Afrika erweitern sollten, entsprechende Kompensationen in Vorderasien und Afrika zugesagt. Was aber tat Großbritannien? England hat sein Wort Italien gegenüber auf das schmählichste gebrochen und es mit einigen Dorngebüschen im Wüstengebiet von Jubaland nachträglich abzufinden versucht. Erst die Genialität des Duce - und auch dies wieder im schärfsten Kampf gegen England - hat es dann fertiggebracht, im Jahre 1936 aus eigener Kraft diese Kompensationen für Italien zu schaffen. Dies ist ein eklatanter Wortbruch Großbritanniens!

**2. Beispiel:** Im Jahre 1915 sicherte die britische Regierung durch den Mund des britischen Oberkommissars in Ägypten den Arabern die Schaffung eines alle arabischen Gebiete umfassenden arabischen Staates einschließlich Palästina zu. Was aber hat Großbritannien getan? Der unabhängige arabische Staat wurde nicht gegründet, und der bekannte englische Oberst Lawrence, der die Araber während des Krieges für England gewann und ihnen im Auftrage der englischen Regierung sein Wort verpfändet hatte, quittierte wegen dieses Treu- und Wortbruchs seiner eigenen Regierung seinen Dienst. In diesem Falle war der Betrug der englischen Regierung aber noch ein doppelter, denn: trotz des den Arabern gegebenen Versprechens wurde noch während des Krieges durch die Balfour-Deklaration das arabische Palästina den Juden zugesagt. Mit diesem Versprechen an die Juden beabsichtigte England, einflußreiche Juden für den Eintritt Amerikas in den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen. Dies war ein doppelter Wortbruch der britischen Regierung!

**3. Beispiel:** Während des Weltkrieges hat die britische Regierung am 20. August 1917 den Indern volle Selbstverwaltung und den Status der anderen britischen Dominien zugesichert. Was tat Großbritannien? Auch dieses Wort wurde schmählich gebrochen, und Indien ist heute, 20 Jahre nach dem Kriege, unter einem dünnen Mantel nichtssagender Scheinkonzessionen nichts anderes, als was es immer war, nämlich eine britische Kolonie. Dies war ein weiterer englischer Wortbruch!

Vor einigen Tagen hat nun England, wie wir in der Presse lesen, Indien erneut das Versprechen der Selbstverwaltung gemacht.Wir können getrost den Bruch auch dieses Wortes bereits im voraus registrieren.

**4. Beispiel:** Das britische Reich ist in Amerika während des Weltkrieges freiwillig ungeheure Schulden für Kriegslieferungen eingegangen mit ganz klaren und präzisen Rückzahlungsversprechungen. Was tat Großbritannien? England hat diesen Schuldenvertrag einfach gebrochen und nicht bezahlt. Es denkt auch in Zukunft nicht daran, diesen Betrag von 10 Milliarden jemals zu bezahlen, aber bereits jetzt ruft es schon wieder in Amerika nach Krediten und Unterstützung, und zwar wiederum zur Lieferung von Kriegsmaterial gegen Deutschland. Gewissenlose Elemente möchten wie im Weltkriege auch heute wieder an solchen Krediten ihr Blutgeld verdienen. Interessant wird es aber sein, ob das amerikanische Volk, das die englische Kriegsschuld von damals auf sich nehmen mußte, auch heute wieder gewillt ist, zugunsten einiger Parasiten neue und völlig sinnlose Opfer auf sich zu nehmen und seinen Lebensstandard einzuschränken.

**5. Beispiel:** Am 30. September 1938 schloß Herr Chamberlain in München auf sein eigenes Drängen mit dem Führer eine **Vereinbarung** ab, in der der Wunsch der beiden Führer ausgedrückt ist, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen. Was aber tat Herr Chamberlain? Herr Chamberlain hat dieses Abkommen gebrochen. Denn: er duldete in London bereits wenige Tage nach Abschluß dieser Vereinbarung die wüsteste Kriegshetze gegen Deutschland, er **predigte die Aufrüstung mit allen Mitteln**, beteiligte sich selbst an der Hetze und **erklärte unter Bruch des Münchener Abkommens am 3. September 1939 Deutschland den Krieg**.

Diese Beispiele britischer Wortbrüche stammen aus der letzten Zeit. In Wahrheit stehen an jeder Etappe des Aufbaues des britischen Imperiums in den letzten Jahrhunderten unzählige Wortbrüche. Es ist nicht umsonst, daß der Volksmund, und zwar gleichermaßen in der ganzen Welt das Wort geprägt hat "perfides Albion!" Schon vor bald zweihundert Jahren hat Friedrich der Große, als er im Siebenjährigen Kriege von den Engländern treulos verlassen wurde, folgendes gesagt: "Einem Verbündeten die Treue brechen, Komplotte schmieden, wie sie keiner seiner Feinde ersinnen könnte, mit Eifer auf seinen Untergang hinarbeiten, ihn verraten und verkaufen, ihn sozusagen meucheln, solche Freveltaten, so schwarze und verwerfliche Handlungen - das ist England!"

Folgenschwerer aber als diese Beschuldigung des deutschen Volkes, die aus dem Munde eines britischen Ministers kindisch wirkt, ist die politische Bedeutung der Chamberlainrede. Jedes Wort, das Herr Chamberlain vor dem englischen Parlament am 12. Oktober gesagt hat, beweist, daß zwischen der großzügigen und säkularen Einstellung des Führers und dem materialistischen Starrsinn des Herrn Chamberlain eben ein Abgrund klafft. Herr Chamberlain spricht zwar auch vom Frieden, aber dieser Friede heißt: "Zurück zu Versailles und Vernichtung des Nationalsozialismus!" Dieser Friede würde heißen: Verewigung von Zwietracht, Unfrieden und Unordnung in Europa und Vernichtung des deutschen Volkes. Aber da mag Herr Chamberlain sich noch so viel Mühe geben: Diese Zeiten kommen niemals wieder, und die Idee, ein 80-Millionen-Volk vernichten zu wollen, ist würdig eines Don Quixote.

Das historische Friedensangebot des Führers vor dem Reichstag aber hat Herr Chamberlain nicht nur nicht verstanden, sondern er hat in seltener Konsequenz seiner bisherigen falschen Politik gegenüber Deutschland nun wieder gerade den Fehler gemacht, den man nicht machen durfte, und vor dem der Führer noch dazu in seiner Rede ausdrücklich gewarnt hat. Er hat nämlich tatsächlich das Angebot des Führers als Schwächezeichen Deutschlands ausgelegt. In gänzlicher Verkennung des hohen ethischen Wertes und der hohen Warte, von der aus der Führer dieses Friedensangebot an England machte, um ein völlig sinnloses Blutvergießen der Völker zu verhindern, hat Herr Chamberlain nunmehr die deutsche Friedenshand endgültig zurückgewiesen. Der englische Premierminister hat damit vor der Welt eine schwere Verantwortung auf sich genommen und gleichzeitig erneut bewiesen, daß, ganz gleich was Deutschland immer tun würde, **England diesen Krieg gegen Deutschland eben führen will**.

Deutschland nimmt diese britische Kampfansage auf. Das deutsche Volk ist nunmehr entschlossen, diesen ihm von den britischen Kriegshetzern aufgezwungenen Krieg zu führen und nicht eher die Waffen niederzulegen, bis die Sicherheit des Deutschen Reiches in Europa gewährleistet ist und die Garantien dafür geschaffen sind, daß ein solcher Angriff auf das deutsche Volk für alle Zeiten ausgeschlossen ist. Der englische Premierminister proklamiert die Beseitigung der deutschen Regierung. Ich sehe davon ab, die Beseitigung der britischen Regierung und ihrer Hintermänner zu proklamieren, denn ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß im weiteren Verlauf der Ereignisse das englische Volk, das wider seinen Willen von den englischen Kriegshetzern in diesen Krieg gegen Deutschland gezwungen wurde, dieses selbst besorgen wird. Das polnische Beispiel hat gezeigt, daß es nicht gut tut, Deutschland herauszufordern. Herrn Chamberlain und seinen Mitschuldigen an diesem Kriege werden dann noch die Augen aufgehen. Sie werden dann vielleicht eines Tages Zeit und Muße haben, darüber nachzudenken, ob sie gut beraten waren, als sie das

deutsche Friedensangebot als ein Zeichen der Schwäche auslegten und ablehnten und statt dessen Deutschland herausforderten!

Das deutsche Volk, durch den Nationalsozialismus zu einem stählernen Block zusammengeschweißt, steht geschlossen hinter seiner Führung, und vor dem Reich steht heute eine ruhmreiche Armee und Luftwaffe und eine mit jungem Ruhm bedeckte Marine. In vollem Bewußtsein, daß das Recht auf seiner Seite ist und daß es bis zuletzt alles getan hat, um diesen völlig sinnlosen, ihm aufgezwungenen Krieg zu vermeiden, wird Deutschland mit der gewaltigen Wucht seiner ganzen Volkskraft diesen Krieg zu Ende führen. Daß dieses Ende in dem Entscheidungskampf des deutschen Volkes aber nur ein großer deutscher Sieg sein wird, dafür bürgt uns Deutschen unsere eigene Kraft und unser Glaube in den Mann, der für uns das Höchste auf der Welt bedeutet:

Unser Führer!

(**Joachim von Ribbentrop, Die alleinige Kriegsschuld Englands. Rede gehalten in Danzig am 24. Oktober 1939** [Schriften des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung, Heft 8]. Berlin 193[9].)

************************************************************************************

## *Mehr aus unserem Archiv:*

**Dokumente über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung**

**Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**

**Des Führers Kampf um den Weltfrieden**

**Hitlers Versuche zur Verständigung mit England**

**Holocaust in Dresden**

**Die Reden Hitlers für Gleichberechtigung und Frieden**

**Was die Welt nicht wollte: Hitlers Friedensangebote 1933-1939**